

„Ostland-Schriften“

herausgegeben vom „Ostland-Institut“ in Danzig.

Hest 4.

(VII B 29)

Ostpreußen
im
polnischen Schrifttum

Don

Rudolf Neumann

Diplom-Volkswirt

Danzig.

1931.

1 3 91

„Ostland-Schriften“
herausgegeben vom „Ostland-Institut“ in Danzig.
Heft 4.

Ostpreußen
im
polnischen Schrifttum

Von

Rudolf Neumann
Diplom-Volkswirt



III B 9

A. Satorna

1931.

Druck von W. F. Burau, Danzig.

Wojewódzka Biblioteka Publiczna
w Olsztynie



081-008681

Antiqua-Satz bedeutet wörtliche Übersetzung
polnischer Textstellen.

821.112.2(091):82(091)

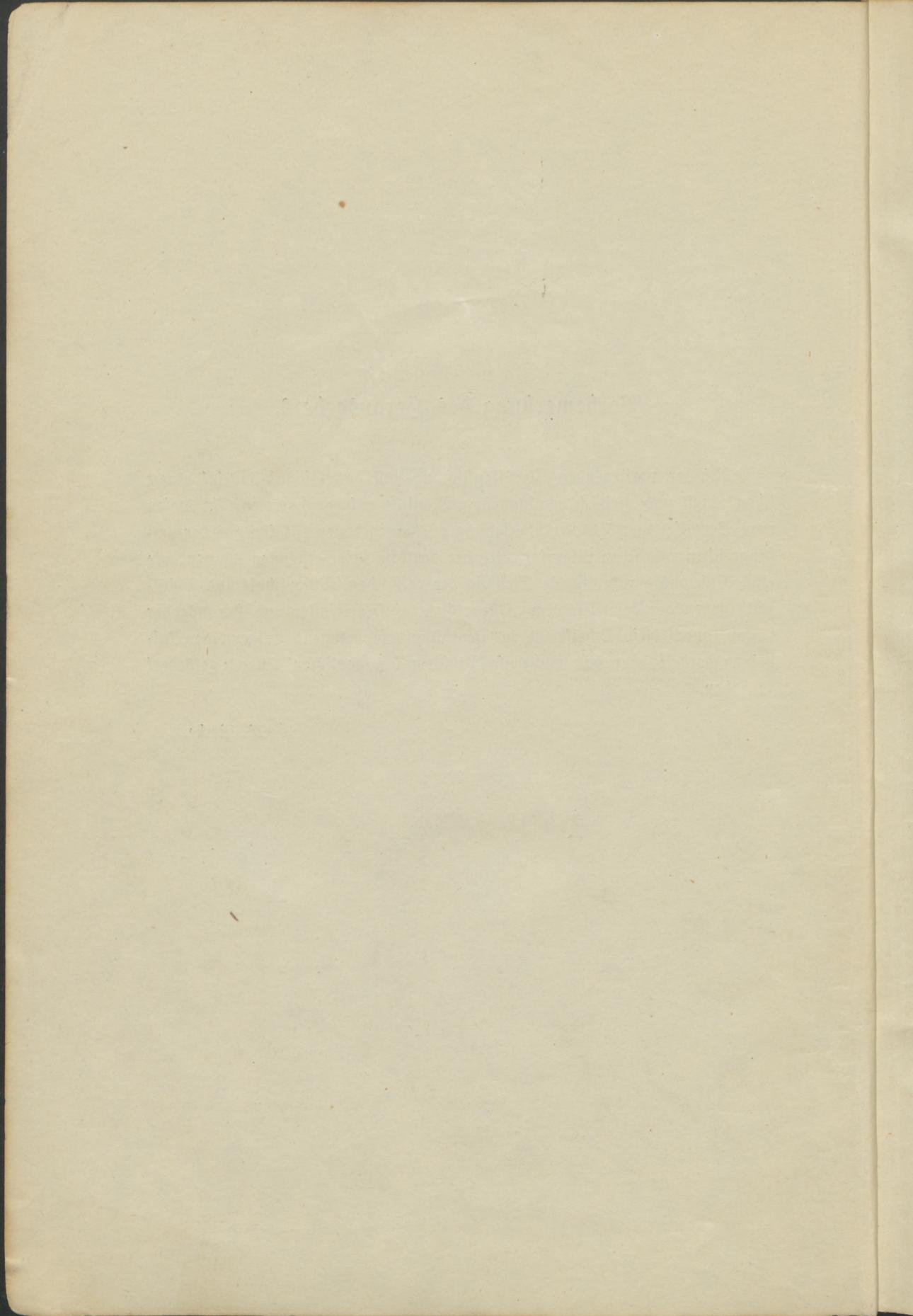


Akc 00 Nr 1 | 22 |

Vorbemerkung des Herausgebers.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung will das Ostland-Institut einem schon längst und vielfach empfundenen Wunsche entgegenkommen. An diesen vom Verfasser in wörtlicher Übersetzung wiedergegebenen Zitaten aus der umfangreichen polnischen Literatur wird der deutsche Leser erkennen können, wie einheitlich und geradlinig die Stellung der polnischen Wissenschaft und Publizistik gegenüber dem Problem „Ostpreußen“ ist. Verfasser und Herausgeber hoffen, durch diese Schrift die in Deutschland so dringend notwendige Aufklärungsarbeit über das wichtigste Problem des deutschen Ostens gefördert zu haben.

W. Redde.



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einführung	7
Quellenverzeichnis	43
Quellen	45
Nachtrag	173
Verfasserverzeichnis	181
Sachverzeichnis	183



484

976

Einführung

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, berücksichtigt diese Sammlung des polnischen Schrifttums über Ostpreußen nur Veröffentlichungen der Nachkriegszeit. Eine solche, aus manchen Gründen gebotene, zeitliche Begrenzung der Quellen ist ohne viel Bedenken durchführbar — einfach weil vor dem Kriege das Interesse der polnischen Öffentlichkeit für Ostpreußen, demgemäß auch der literarische Niederschlag, doch recht gering war. Zwar haben gelegentlich sich polnische Ethnographen mit den Masuren bzw. Historiker mit Ostpreußen beschäftigt oder auch Politiker wiederholt — übrigens ohne nachhaltigen Erfolg! — versucht, die Aufmerksamkeit des polnischen Volks auf Ostpreußen zu lenken (z. B. Poplawski, s. Arn. 129 bis 131), das Druckergebnis aber war bescheiden: — außer dem unten erwähnten Werk von Kełczyński gerade einige Broschüren und Aufsätze meist nicht sonderlicher Bedeutung, überdies, da in Zeitschriften und Sammelwerken verstreut, heute oft nur schwer erreichbar.

Immerhin sind ältere Werke berücksichtigt worden, wo dies z. B. für Vergleichszwecke nötig erschien, und zwar:

J. Buzek: *Historia polityki narodowościowej Rządu Pruskiego wobec Polaków od traktatów wiedeńskich do ustaw wyjątkowych z r. 1908* (= Geschichte der Nationalitätenpolitik der Preussischen Regierung gegenüber den Polen von den Wiener Verträgen bis zu den Ausnahmegesetzen des Jahres 1908), Lemberg 1909. Zitiert: Buzek, Arn. 17, 18.

J. Buzek, Professor an der Universität Lemberg, war später einer der Unterzeichner der polnischen Sammel Denkschrift an die Friedenskonferenz von Versailles: „*Questions . . .*“ (s. diesel!), wo sein Name so manches deckt, was zu seinen früheren Feststellungen in absolutem Widerspruch steht (vergl. z. B. No. 17 und No. 20 Schluß!).

W. Kełczyński: *O Mazurach* (= über die Masuren), Posen 1872. Zitiert: Kełczyński, O. Mazurach, Arn. 15, 16.

Kełczyński, ganz zu Unrecht als „*Masure*“ bezeichnet (z. B. bei Sukert, a. a. D. S. 50, „*der Stolz der preussischen Masuren*“ oder Szymański, a. a. D. S. 3), da er einer kaschubischen Adelsfamilie entstammte, wurde 1838 in Löben als Sohn eines preussischen Gendarmen v. Winkler geboren, änderte als Student Namen und Überzeugung und wurde einer der ersten polnischen Gelehrten, die die Geschichtswissenschaft bedenkenlos nationalpolnischer Propaganda dienstbar machten. K. starb 1918 als Direktor des Ossoliński-Nationalinstituts in Lemberg.

Die Behauptungen dieser ersten Schrift wurden von Kełczyński in der folgenden Arbeit selbst zurückgenommen.

W. Kętrzyński: O ludności polskiej w Prusiech niegdyś krzyżackich (= Über die polnische Bevölkerung im ehemaligen Ordenspreußen), Lemberg 1882. Zitiert: Kętrzyński, O ludności, Nr. 68 a.

Dieses als „nationale Tat, als unfehlbares Zeugnis für unsere Rechte im Westen und Norden“ gerühmte Werk ist noch heute — trotz der vernichtenden Kritik von deutscher Seite! — für Polen maßgebend. So bringt z. B. das Jahrbuch des Westmarkenvereins „Polska Zachodnia“ 1926, S. 61 ff. eine inhaltliche Zusammenfassung; die Schlussworte (s. No. 68 a) werden, teilweise wörtlich, wiederholt bei Bagiński (a. a. D. S. 76 f.), liegen den Darstellungen von Szymański (No. 24), Limanowski (No. 62), sowie Sukert (a. a. D. S. 41 ff.) zu Grunde.

J. L. Popławski: Pisma Polityczne (= Politische Schriften), 2 Bände, Lemberg 1910. Zitiert: Popławski, Pisma, Nr. 129—131.

Popławski's Ideen über die territoriale Gestaltung des künftigen Polens, seit 1887 verkündet, das wichtigste geistige Rüstzeug Roman Dmowski's, erfuhren ihre (teilweise) Verwirklichung 1919 durch den Versailler Traktat; betr. Ostpreußen wirken sie noch heute als politisches Ideal weiter. — Über Popławski siehe: Recke, Die polnische Frage, S. 159 ff.

Nach dem Kriege ist eine gründliche Wandlung eingetreten! Polens Kampf um Ostpreußen bei der Friedenskonferenz weckte erneut das Interesse der polnischen Öffentlichkeit für Ostpreußen, die Abstimmungszeit 1920 verstärkte es noch, und — als es nach dem für Polen so beschämenden Abstimmungsergebnis vielleicht hätte erlahmen können, wurde und wird es durch verschiedene Buchveröffentlichungen, die größtenteils von dem polnischen „Westmarkenverein“ herausgegeben sind, sowie durch zahlreiche Zeitschriften und Zeitungsaufsätze dauernd wachgehalten, womöglich noch gesteigert.

Vom „Westmarkenverein“ (Z. D. K. Z. = Związek Obrony Kresów Zachodnich = Verband zur Verteidigung der Westmarken), dieser aus amtlichen Quellen gespeisten, behördlich unterstützten Propaganda-Institution, sind herausgegeben die Bücher und Schriften von: Bagiński (mit Unterstützung der „Meeres- und Flüßliga“), Grępcz, Kierski, Kurnatowski, Rogowski, Stokowski und Szymański. — Über die Stellung des „Westmarkenvereins“ zu Ostpreußen siehe die Nr. 154, 161.

Sieht man von den Pressestimmen, denen oft jeglicher Wahrheitsgehalt fehlt (z. B. Nr. 95, 96, 170) und die hier nur in sehr beschränktem Umfang zwecks gelegentlicher Ergänzung verwertet wurden, ganz ab, so erscheint das polnische Schrifttum über Ostpreußen reichlich armselig. Und zwar gilt diese, von polnischer Seite¹⁾ für die Zahl der Schriften gemachte Feststellung wohl in noch höherem Maße für ihren Inhalt und Wert. Wissenschaftlichen Charakter besitzt keine der hier behandelten Schriften; dies Urteil gilt auch — oder gerade! — für diejenigen unter ihnen, die Wissenschaft vortäuschen wollen (eher möchte man sagen: je „wissenschaftlicher“ die Schriften maskiert sind, um so geringer ist oft ihr Wahrheitsgehalt, z. B. Prutenus!). — Oftmals bieten sie baren Unfuss, niemals aber können sie ihren Propagandazweck verbergen.

¹⁾ Stokowski im Vorwort zu „Prusy Wschodnie“, S. 5 ff.

Wegen der Neigung der Verfasser, — ob aus Raummangel oder aus Gründen der Propaganda, bleibe dahingestellt! — in beispielsweise volkshkundliche Darlegungen Ausführungen politischer Natur oder geschichtliche Exkurse einzuflechten²⁾, ist eine reinliche Scheidung der Veröffentlichungen, etwa entsprechend der Titel, in Schriften, die Ostpreußen als Einheit behandeln, und solche, die Teilfragen, z. B. die Masuren, erörtern, nur schwer oder auch gar nicht möglich. Verbleibt nur eine chronologische Zusammenstellung, die vielleicht einer gewissen inneren Berechtigung nicht ganz entbehrt, da festgestellt werden kann, daß spätere Verfasser oftmals wörtlich aus älteren Schriften³⁾ übernommen haben.

Zum polnischen Schrifttum über Ostpreußen im engeren Sinne des Wortes gehören die polnischen Denkschriften an die Friedenskonferenz wohl gerade nicht; da aber ihr Geist auch heute noch in weiten Kreisen Polens der herrschende ist, erschien ihre Aufnahme in diese Sammlung doch berechtigt, und zwar wurden berücksichtigt:

Die polnische Sammeldenkschrift an die Friedenskonferenz vom März 1919 unter dem Titel: „Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne“. Zitiert: Questions, Nr. 19, 20, 42, 59, 114.

Diese „wissenschaftliche“ Denkschrift, von so bekannten polnischen Gelehrten wie den Professoren Buzek, Romer u. a. unterzeichnet, wird am besten charakterisiert durch ihre Forderung: „Polen muß eine Grenzziehung zu seinem Vorteil in allen den Fällen erhalten, wo eine streng ethnographische Grenze aus geographischen, ökonomischen oder strategischen Gründen der Verbesserung bedarf“. Sie bietet im Ubrigen „ein derartig zurechtgestuftes, zum großen Teil unrichtiges Material . . .“, daß es schwer fällt, die als Herausgeber genannten Gelehrten für die Verfasser zu halten“ (Recke, Die polnische Frage, S. 326).

Die Denkschrift des Evangelisch-Augsburgischen Konfiskatoriums in Warschau (gleichfalls vom März 1919), Nr. 21.

Eine Arbeit des aus der Abstimmungszeit zur Genüge bekannt gewordenen Generalsuperintendenten Bursche-Warschau (zitiert nach: A. Eichler's Vorwort zu M. Worgiski, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen, [Leipzig 1921] S. 12).

Die Erinnerungen des nationaldemokratischen Politikers Roman Dmowski, der als Vorsitzender des „Polnischen Nationalkomitees“ in Paris die Forderungen Polens bei der Friedenskonferenz vertrat:

²⁾ Um nur ein Beispiel zu nennen: Limanowski erörtert unter dem Titel: „Das preußische Masuren“ das gesamte Abstimmungsgebiet, Ostpreußens Geschichte, die nicht erfolgte Verselbständigung Ostpreußens durch Versailles 1919 u. a. m.

³⁾ U. a. ist die Darstellung der Wirkungen des Weltkrieges auf die Masuren bei Rogowski (Nr. 26) wörtlich von Orłowicz übernommen. Besonders oft wird, meist überhaupt ohne Zitat (!), Szymański (Nr. 24) ausgeschrieben. Dabei ist jedoch festzustellen, daß richtige Äußerungen früherer Verfasser als unbequem einfach ignoriert werden, vergleiche z. B. Nr. 61 gegenüber Nr. 68 betr. die Stellung des Ermlands.

„Polityka polska i odbudowanie państwa“ (= Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates), Warschau 1925.

Zitiert: D m o w s k i, Polityka, Nr. 135—137.

Hier sind u. a. als Anlagen beigelegt:

Die Denkschrift Dmowski's: „Problems of Central and Eastern Europe“, London 1917.

Zitiert: D m o w s k i (Problems), Polityka, Nr. 50, 84, 132.

Diese Denkschrift, im April 1917 Balfour, dem damaligen Leiter der englischen Außenpolitik, überreicht, erschien im Juli 1917 als Privatdruck und wurde allen maßgebenden Politikern der alliierten und assoziierten Mächte, ferner Vertretern der Wissenschaft und der Presse überreicht. Sie bildet die Grundlage aller späteren Denkschriften Dmowski's (siehe R e c k e, Die polnische Frage S. 299 ff.).

Die von D m o w s k i am 8. Oktober 1918 dem Präsidenten Wilson überreichte D e n k s c h r i f t.

Zitiert: D m o w s k i (Wilson-Denkschrift), Polityka, Nr. 133.

Im Grunde die gleichen Ausführungen wie in: „Problems . . .“, doch sind „noch mehr als in der Denkschrift für Balfour die sehr realen Wünsche der Polen . . . als durch vorgeblich ideale Motive verankert, dargestellt“ (R e c k e, Die polnische Frage, S. 317. Deutsche Übersetzung dieser Denkschrift bei P. R o t h, Die Entstehung des polnischen Staates, Berlin 1926.)

Schließlich die Note der polnischen Delegation an die Cam-
bon-Kommission vom 28. Februar 1919. Nr. 134.

In gewisser Hinsicht kann diesen Denkschriften noch die folgende Arbeit, die während der Friedensverhandlungen (auch in französischer Ausgabe) erschien, beigelegt werden:

E. R o m e r: Polacy na kresach Pomorskich i Pojeziernych (= Die Polen in den Grenzlanden Pommerellens und des Seengebiets), Lemberg 1919, 162 S. mit 7 Karten, 4°. Zitiert: R o m e r, Polacy, Nr. 22, 23, 43, 44.

Der führende polnische Geograph (Professor an der Universität Lemberg) legt in dieser großen Kritik der deutschen Volkszählungsergebnisse für Ost- und Westpreußen den polnischen Standpunkt für alle folgenden Darstellungen fest. Auch für diese unter Aufbietung eines gewaltigen Zahlenmaterials geführte Untersuchung gilt das Urteil betr. die inhaltlich gleichen, früheren Behauptungen Romers, die für die Friedensverhandlungen so bedeutsam wurden; es wird nur bewiesen, „wie leicht aus bloßen Zahlenangaben der Sprachstatistik über die Wirklichkeit bestehender völkischer Verhältnisse hinweggefäuscht werden kann“ (L. W i t t s c h e l l, Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland [Hamburg 1925] S. 28). Merk- würdigerweise ist dieses Werk bei Wittschell nicht erwähnt.

Die polnische Ostpreußen-Literatur seit 1920 umfaßt nun gerade ein knappes Duzend Schriften, größtenteils geringeren Umfangs. Den Auftakt gibt — in mancher Hinsicht noch als Nachhall der Volksabstimmung von 1920! — die vom „Westmarkenverein“ herausgegebene Broschüre:

Dr. Adolf Szymański: „Mazurzy Prus Wschodnich przed zagładą“. (= Die Masuren Ostpreußens vor der Vernichtung), Posen 1922, 14 S. 8°. Zitiert: Szymański, Nr. 24.

Die Schrift fußt auf der Dissertation des Verfassers (A. Schimansky, Die wirtschaftliche Lage der Masuren, Königsberg 1921, ungedruckt). Was dort aber vorsichtig abgewogen wurde, ist hier grob heftig verzerrt oder gar ins Gegenteil umgekehrt worden.

In dem „Vorwort“ heißt es u. a.: „... daß die Deutschen auch in Masuren die rücksichtslose, ...verachtenswerte Ausrottungspolitik anwenden, dafür möge diese Anklage ein Beweis sein; möchten ihre Worte voller Blut und Tränen zu den vielen, vielen Gleichgültigen dringen!“ — Diese Aufgabe hat die Schrift voll und ganz erfüllt, denn ihre Leitsätze: „Wirtschaftliche, kulturelle und moralische Vernichtung der Masuren durch die Deutschen“ kehren ziemlich in allen späteren Schriften wieder. Eben wegen dieser überaus großen Wirkung wurde sie, abweichend von dem bei den übrigen Schriften befolgten Grundsatz sachlicher Aufteilung, unter Weglassung alles Unwesentlichen vollständig wiedergegeben.

Es folgt ein Werk, das auf Veranlassung des „Komitet Plebiscytowy Mazurski“ (= Masurisches Abstimmungskomitee) bereits im Frühjahr 1920 erscheinen sollte, was durch den unerwarteten Verlauf der Abstimmung vereitelt wurde, nämlich:

Dr. Mieczysław Orłowicz: „Ilustrowany Przewodnik po Mazurach Pruskich i Warmji“ (= Illustrierter Führer durch Preußisch-Masuren und das Ermland), Lemberg-Warschau 1923, 294 S. 8°. (85 Illustrationen im Text). Zitiert: Orłowicz, Arn. 10, 11, 60, 61, 69, 75.

Das behandelte Gebiet reicht bis zur Linie Kössel—Rastenburg—Angerburg—Goldap, bis zur historischen Ostgrenze des Ermlands, umfaßt also, heute reindeutsche Gebiete einschließend, über das Abstimmungsgebiet hinaus das gesamte Feld der polnischen Machtansprüche. Den Mitteilungen über einzelne Ortschaften, die natürlich den Zweck verfolgen, in Ergänzung der deutschen Führer auf alle möglichen polnischen Andenken hinzuweisen, geht ein uns hier besonders interessierender „Allgemeiner Teil“ (S. 1—41) voraus, der als Ersatz der fehlenden polnischen Monographie dieser Gebiete verschiedene statistische, historische und ethnographische Angaben darüber macht.

Der Verfasser (als Abteilungsleiter im polnischen Ministerium für öffentliche Arbeiten tätig) widmet sein Werk Professor Romer, „dem unermüdlischen Verteidiger der polnischen Grenzmarken“, dessen statistische Angaben er den deutschen als maßgeblich entgegensetzt (S. 12). Obwohl die Arbeit sich in ihrer relativen Gründlichkeit von anderen polnischen Schriften zu ihrem Vorteil abhebt, ist die Darstellung öfters schief (z. B. ausführliche Mitteilungen über die polnischen Bischöfe des Ermlands gegenüber nur kurzer Notiz betr. die deutschen Bischöfe) bzw. sogar ganz falsch (z. B. Arn. 10, 11 über die Urbevölkerung), sofern dies erforderlich scheint für die Zwecke der Propaganda, in deren Dienst die Arbeit steht.

Das Jahr 1925 brachte im Zusammenhang mit dem Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkriegs und dem damit verbundenen Anschwellen der antideutschen Strömungen (nicht zu vergessen auch, daß vor 400 Jahren Ostpreußen die polnische Lehnshoheit anerkannte), gleich eine ganze Anzahl von Schriften über Ostpreußen, nämlich:

Bolesław Limanowski: „Mazowsze Pruskie“ (= Das Preußische Masuren), Warschau (Arbeiter-Bibliothek) 1925, 72 S. 8°.

Zitiert: Limanowski, Arn. 7, 30—34, 38, 51, 62, 78, 122, 140, 141.

Senator Limanowski hatte bereits im „Kalendarz Robotniczy“ (Arbeiterkalender) für das Jahr 1924 einen Aufsatz über die Masuren erscheinen lassen, dem im „Robotnik“ (23. XII. 1924) ein „Offener Brief über die evangelischen Masuren“ folgte. Der Titel dieser Schrift ist irreführend, denn sie behandelt das ganze west- und ostpreussische Abstimmungsgebiet, berührt auch das Gesamtproblem Ostpreußen. Die Schrift stützt sich vorwiegend auf Kętrzyński (No. 68 a), auf Szymański (No. 24), sodann auf Srokowski, der am Schluß der Arbeit lobend erwähnt wird. Anzuerkennen ist das Streben nach Objektivität, u. a. ist Limanowski neben Gręszczyński der einzige polnische Schriftsteller, der die genauen Zahlen der Abstimmungsergebnisse bringt (ohne allerdings die naheliegenden Konsequenzen zu ziehen!). Aber auch hier dringt schließlich die deutschfeindliche Tendenz durch (z. B. Nr. 71 gegenüber 78), um die Schrift endgültig zu beherrschen.

Wichtig ist, daß Limanowski wohl seine Parteigenossen für die polnische Propaganda-Arbeit in Ostpreußen gewinnen will (Nrn. 122, 141), daß er sogar die Lösung des Versailler Vertrages für Ostpreußen negativ kritisiert (Nr. 140), daß er als Sozialist jedoch sehr vorsichtig vermeidet, irgendeine direkte Antwort zu geben. Aber auch in dieser Verhüllung dürften diese Worte des hochangesehenen Seniors der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) wohl als Beweis dafür genügen, daß „Polens Drang zur Ostsee“ nicht nur im nationalistischen Lager rege ist.

Zwei Schriften, herausgegeben von dem „Westmarkenverein“:

Stanisław Srokowski: Z krainy Czarnego Krzyża. — Uwagi o Prusiech Wschodnich (= Aus dem Lande des schwarzen Kreuzes. — Bemerkungen über Ostpreußen) in: „Strażnica Zachodnia“ (= Die Westwacht), Jahrgang IV (1925), S. 1—58. (Auch als Sonderdruck.)

Zitiert: Srokowski, Z krainy, Nrn. 2, 65, 88, 102, 410, 123, 146—150.

Diese Arbeit, in der der frühere polnische Generalkonsul in Königsberg (1921—23) zwei Jahre nach Abberufung aus seinem Amtsbezirk, gewissermaßen auf Grund der dort gesammelten Erfahrungen, für die polnische Politik ein Aktionsprogramm zur Loslösung Ostpreußens aufstellte, ist in der deutschen Öffentlichkeit einigermaßen bekannt geworden durch verschiedene deutsche Kritiken, so z. B. in: Hansen, „Polens Drang nach dem Westen“ (Berlin 1927), S. 43 ff., wo sie mit verschiedenen anderen Schriften behandelt worden ist. Ausschließlich gegen Srokowski gerichtet ist die Schrift von Worgitzki: „Ostpreußen—Selbstbestimmungsrecht oder Gewalt“ (Berlin 1926); gegen diese hat Srokowski eine Replik gerichtet in: „Strażnica Zachodnia“ Jahrgang V (1926), S. 62 ff., die eine bloße Wiederholung seiner Thesen bietet, dazu persönliche Beleidigungen gegen Worgitzki, u. a. die (für Srokowski selbst so charakteristische) Bemerkung: „Worgitzki . . . ist entschieden ein schlechterer Politiker und Soziologe . . . als Agitator. Zahlen liebt er nicht, und wenn er sie sucht, so nur diejenigen, die ihm für seine agitatorischen Ausführungen — niemals aber zur Feststellung der objektiven Wahrheit! — notwendig sind. Nach preußischer Sitte bringt er, wo es nur geht, ohne viel Umstände, eine gewöhnliche Lüge an . . .“

Singewiesen sei auf die außerordentliche Wirkung der Schrift auf die öffentliche Meinung Polens. Ihre Thesen kehren in späteren Schriften schon als unumstößliche „Wahrheiten“ wieder und werden — was schlimmer ist! — als solche dem Auslande gepredigt (z. B. Smogorzewski, Prutenus!).

N 2 Jerzy Kurnatowski: Zagadnienie Prus Wschodnich (= Das Problem Ostpreußen), Warschau 1925, 25 S. 8°.

Zitiert: Kurnatowski, Nrn. 12, 27, 49, 57, 63, 85, 121, 142—143.

Diese bedeutend weniger beachtete Schrift, die durchaus zu ähnlichen Schlüssen wie Srokowski gelangt, lehnt sich im Übrigen betr. die Masuren stark an Kętrzyński bzw.

Szymański an. Von jeglicher Wissenschaft weit entfernt, würde sie unter den übrigen polnischen Propagandamachwerken nicht weiter auffallen, wäre nicht die Tatsache, daß auf der Titelseite der Verfasser ausdrücklich als Professor an der „Hochschule für politische Wissenschaften“ (Szkoła Nauk Politycznych) in Warschau bezeichnet wird, sodaß anzunehmen ist, daß er solche und ähnliche politische Weisheiten über Ostpreußen auch seinen Hörern vorträgt. Ganz gefährlich aber müssen sie wirken, wenn sie dem Auslande präsentiert werden, z. B. in „Le probleme de la Prusse Orientale“ (in: „La Revue Universelle“, Paris, 15. 10. 1925).

Außerdem erschien 1925 folgende Schrift:

Stanisław S l a w s k i: Polens Zugang zum Meer und die Interessen Ostpreußens, Danzig 1925, 69 S. 8°. Zitiert: S l a w s k i, Nr. 64, 86, 87.

Ähnlich wie die Srokowski'sche Schrift ist auch diese Broschüre des ehemaligen Vertreters Polens beim Danziger Hafenausschuß in Deutschland durch die deutsche Antwort bekannt geworden: Dr. Johann F ü r s t: „Der Widerspruch des polnischen Korridors“, Berlin 1926. — Auch in französischer und englischer Sprache verbreitet ist die Slawski'sche Schrift wohl die Hauptwaffe der polnischen Auslandspropaganda geworden (neuerdings durch die Schrift von E. Smogorzewski abgelöst!).

Der Verfasser hat in dem Sammelwerk: „Kronika o Polskiem Morzu“ (= Die Chronik vom polnischen Meer), Warschau 1930, die Denkschrift der Landeshauptleute („Die Not der deutschen Ostprovinzen“), — selbstverständlich ablehnend! — behandelt.

Im Jahre 1926 wurden auf Veranlassung des „Westmarkenvereins“ herausgegeben:

Jan R o g o w s k i: Mazurzy Pruscy (= Die preußischen Masuren), Lemberg—Krakau 1926, 36 S. 8°. Zitiert: R o g o w s k i, Nr. 25, 26, 74.

Dieses Schriftchen ist keine selbständige Arbeit, vielmehr eine Zusammenstellung von Auszügen aus Orłowicz und Szymański (stellenweise noch vergrößert) für die Propaganda in den Schulen. — Mit gewissen Kürzungen (ohne Illustrationen) auch abgedruckt in: „Strażnica Zachodnia“ 1928, S. 69.

ferner die einzige größere Darstellung der Volksabstimmung von 1920:

Bolesław G r y f n c z: Plebiscyt wschodniopruski i jego skutki (= Die ostpreußische Volksabstimmung und ihre Folgen) in: „Polska Zachodnia“ (= „Westpolen“, Jahrbuch des Westmarkenvereins), Jahrgang I (1926), S. 37—54. Zitiert: G r y f n c z, Nr. 8, 39, 80.

Einem zweiten Propaganda-Zentrum⁴⁾ entstammt die folgende Schrift:

Emilie S u k e r t: Mazurzy w Prusach Wschodnich (= Die Masuren in Ostpreußen), Krakau 1927, 200 S. 8°.

Zitiert: S u k e r t, Nr. 13, 14, 28, 58, 70, 79.

Neben der älteren Arbeit von Szymański hat diese Schrift die polnische öffentliche Meinung wohl am stärksten beeinflusst, ist doch ihre Verfasserin die Leiterin der

⁴⁾ Ein drittes Propaganda-Zentrum war damals erst im Entstehen begriffen; als Probe erschien die hier nicht weiter berührte Schrift von P. S o w a, Warmja i Mazury (Ermland und Masuren), Posen 1927, 32 S., eine unbedeutende Broschüre, deren angekündigte Fortsetzungen bisher nicht erschienen sind. Der Verfasser ist gegenwärtig Sekretär der „Vereinigung der Landsleute aus dem Ermland, Masuren und dem Marienburger Lande“. Eine Probe s. Anmerkung ²²⁾.

von Soldau, dem „polnischen Piemont“ („Dzieln Pomorski“ 3. 7. 1930) ausgehenden Masuren-Propaganda. — Die Schrift zerfällt in zwei Teile ungefähr gleichen Umfangs: geographische und geschichtliche Angaben über die Masuren (und allgemein die Polen in Ostpreußen, — nach Kętrzyński!), ferner Skizzen der masurischen Sitten und Gebräuche nebst Proben der masurischen Volkspoesie. Hingewiesen sei auf die Verwendung von Titelseiten alter polnischer Reformationsdrucke aus Königsberg als Buchschmuck, der die beabsichtigte Wirkung auf den polnischen Leser nicht verfehlen wird.

Die Verfasserin (Schriftleiterin der „Gazeta Mazurska“ — Soldau, des „Kalendarz Mazurski“, Vorsitzende des Vereins für Landeskunde, Soldau), beweist gute Kenntnis der deutschen Masuren-Literatur, übernimmt aber in entscheidenden Fragen die Ansichten von Kętrzyński und Szymański.

Aus der Fülle von Aufsätzen der Verfasserin in polnischen und ausländischen, besonders slavischen Zeitschriften wurde hier nur berücksichtigt:

„Dusza mazurska w świetle legend“ (= Die masurische Seele im Licht der Legenden) in: „Polska Zachodnia“, Jahrgang I (1926), S. 55 ff.

Zitiert: S u k e r t, Dusza, Nr. 29.

Ein Musterstück der „wissenschaftlichen“ Behandlung ostpreussischer Probleme ist der Aufsatz:

P r u t e n u s: „Problem Prus Wschodnich w świetle sił przyrodzonych“ (= Das Problem Ostpreußen im Licht der natürlichen Kräfte) in: „Przegląd Polityczny“ (Politische Rundschau), Jahrgang V (1928), S. 17 bis 29.

Zitiert: P r u t e n u s, Arn. 1, 53, 66, 89.

Der Aufsatz zeigt, was einem gebildeten polnischen Publikum zugemutet werden kann, und wie erstaunlich groß die Unkenntnis der einfachsten historischen Vorgänge bei denen ist, die sich berufen fühlen, über die auf ihnen sich aufbauenden politischen Probleme zu schreiben. Das ist umso auffallender, als der Aufsatz in einer ernstzunehmenden Zeitschrift erscheint, deren Redaktionskomitee sich vorwiegend aus angesehenen Universitätsprofessoren zusammensetzt. Die Ausführungen des Verfassers, der sich bescheiden hinter dem Pseudonym „Prutenus“ verbirgt, sind aber noch in anderer Hinsicht beachtenswert, denn die Zeitschrift, in der Herr „Prutenus“ schreibt, steht dem polnischen Außenministerium nahe. Es sind sogar Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß „Prutenus“ dem Außenministerium als Beamter angehört hat oder noch angehört. — Sind nun diese Ausführungen schon sehr beschämend für die polnische Wissenschaft, so werden sie aber auch sehr gefährlich dadurch, daß die vom polnischen Außenministerium in französischer Sprache herausgegebene, in der ganzen Welt verbreitete Zeitung „Le Messager Polonais“ die wichtigsten Teile in wörtlicher Übersetzung veröffentlicht hat (in den Nummern vom 25., 26., 28. April, 2. und 8. Mai 1928).

Schließlich ist ein größeres Werk von St. Srokowski zu nennen: Stanisław S r o k o w s k i: Prusy Wschodnie; Kraj i Ludzie (= Ostpreußen; Land und Leute), Warschau 1929, 190 S. 8°.

Zitiert: S r o k o w s k i, Prusy, Arn. 3—6, 45, 54, 67, 72, 112, 113, 115—119.

Hier sucht Srokowski, seiner in der ersten Schrift aufgestellten These von dem „Randstaat“-Charakter Ostpreußens nachträglich eine Art wissenschaftlicher Begründung zu geben. — Die Schrift, über die ein zusammenhängender Bericht in: „Ostland-Berichte“ Jg. III (1929), S. 153—168 veröffentlicht wurde, ist eine Sammlung einzelner seit 1925 in verschiedenen polnischen Zeitschriften veröffentlichter Aufsätze (No. 2 und 3 bisher ungedruckt):

1. Die geographische Individualität Ostpreußens (11—36),
2. Ein Blick auf Ostpreußens Oberflächengestaltung (37—48),
3. Eine Charakteristik des ostpreußischen Flußnetzes (49—77),
4. Drei Expansionen und Ostpreußen (78—85),
5. Die ostpreußische Enklave. — Einige Bemerkungen über Geschichte, Stimmungen und Wirtschaftslage (86—98),
6. Ostpreußens Wirtschaftsforgen und das polnische Pommerellen (99—110),
7. Königsberg einst und jetzt (111—127),
8. Elbing / Vergangenheit und Gegenwart / (128—139),
9. Marienburg (140—153),
10. Frauenburg, der Ostsee-Wawel (154—161),
11. Allenstein, die Hauptstadt des polnischen Ermlands (162—173),
12. Heilsberg, die Perle des Ermlands (174—186),
13. Résumé (in französischer Sprache) vorwiegend über die geographische Individualität Ostpreußens (187—189).

Die Schrift „Aus dem Lande des Schwarzen Kreuzes“ ist wohlbedacht nicht aufgenommen worden, weil sie „genügend bekannt geworden“ sei; ob nicht sogar zu bekannt, was ihr Echo in Deutschland anbetrifft? — Auch so bleiben genügend Entgleisungen (z. B. die Nrn. 113, 116, 119), obwohl dieses Werk nicht mehr durch den „Westmarkenverein“ herausgegeben wurde (dieser Name würde ja alles erklären!), sondern durch einen der ersten ökonomischen Fachverleger Polens (F. Hoefick-Warschau).

Heute ist Srokowski gewissermaßen „der“ Ostpreußen-Spezialist für Polen geworden, so war er z. B. Mitbegründer des „Baltischen Instituts“ in Thorn (seit 1927 aus unbekanntem Gründen aus dessen Leitung ausgeschieden), über dessen Aufgaben er sich äußerte in dem Aufsatz: „Instytut Bałtycki i jego zadania“ (= Das Baltische Institut und seine Aufgaben) in: „Strażnica Zachodnia“ Jg. V (1926), S. 1 ff.

Zitiert: S r o k o w s k i, Zadania, Nr. 159.

Später beteiligte er sich an der Gründung der „Vereinigung der Landsleute aus dem Ermland . . .“ (Nrn. 165—167). Neuerdings veröffentlichte die Militärwissenschaftliche Verlagsanstalt folgende Arbeit von ihm: „Jeźiora i moczary Prus Wschodnich“ (= Die Seen und Sümpfe Ostpreußens), Warschau 1930, IX, 137 S. mit 3 Karten.

Als Ergänzung folgte kurz darauf ein von der polnischen Presse mit großem Lob aufgenommener Aufsatz:

„Uwagi o położeniu gospodarczym Prus Wschodnich“ (= Bemerkungen über die Wirtschaftslage Ostpreußens) in: „Strażnica Zachodnia“, Jahrgang VIII (1929), S. 211—243.

Zitiert: S r o k o w s k i, Uwagi, Nrn. 93, 99.

Größere polnische Arbeiten stehen bevor, denn getreu den Weisungen Srokowski's (No. 159) wird, wie J. Borowik, der Direktor des „Baltischen Instituts“ in Thorn mitteilt: (in: „Kronika o Polskiem Morzu“, Warschau 1930, S. 399) das Institut in nächster Zeit eine besondere Abteilung zur Erforschung Ostpreußens einrichten. — Dabei heißt es u. a.: „Die ganze heutige deutsche „Korridor“-Propaganda stützt sich auf falsche Behauptungen betr. die organische, untrennbare Wirtschaftsverbindung Ostpreußens mit dem Reich und auf den heutigen Niedergang dieser Provinz wegen der territorialen Abtrennung vom Mutterlande. Gleichzeitig strengt man un-

ermüdliche Bemühungen an zur endgültigen Entnationalisierung der in Ostpreußen verbliebenen zahlreichen Scharen polnischer Bevölkerung in Masuren und dem Ermland. . . .“ Man kann danach also schon jetzt annehmen, daß in den zu erwartenden Veröffentlichungen nur die Thesen von Sławski, Prutenus u. a. eine neue Variation erleben werden.

Die Überschau der polnischen Ostpreußen-Literatur wäre damit also schnell beendet. Aus der polnischen „Korridor-Literatur“, in der Ostpreußen oft recht breit behandelt wird, wurden hier berücksichtigt: Henryk Bagiński: *Zagadnienie dostępu Polski do morza* (= Das Problem des polnischen Zugangs zum Meer), Posen 1927.

Zitiert: Bagiński, Nr. 9, 35, 40, 52, 110, 111, 145.

Der Verfasser dieses vom „Westmarkenverein“, mit Unterstützung der „Meeres- und Flußliga“, herausgegebenen Werkes ist Oberstleutnant im Generalstab und außerdem eifrig in der Korridorpropaganda tätig (z. B. Vortragender bei dem „Informationskursus“ des „Baltischen Instituts“ in Thorn, — darüber s. „Ostland-Berichte“ III (1929), S. 237 f.). — Über dieses Werk ist in den „Ostland-Schriften“, Heft 3, eingehend berichtet worden.

Kazimierz Kierski: *Polskie Pomorze* (= Das polnische Pommerellen) in: „Strażnica Zachodnia“ VII (1928), Sonderdruck Posen 1928, 80 S., 8°.

Zitiert: Kierski, Nr. 56, 152.

Ein ausführlicher Bericht über diese Schrift, deren Verfasser bis kürzlich Präsident der Generalprokuratur in Posen war, ist in den „Ostland-Berichten“, Jahrg. III (1929), S. 58—70, erschienen; als Motto könnte über der Arbeit ein Satz stehen, mit dem der Verfasser die deutsche Propaganda charakterisiert zu haben glaubt: „... ein dauerndes Operieren mit Fälschungen und Verleumdungen“.

Schließlich sei genannt die Schrift, die gewissermaßen die 1925 erschienene Broschüre von Sławski in der Auslandspropaganda ablösen soll:

Casimir Smogorzewski: *La Pologne, l'Allemagne et le Corridor*, Paris 1929. 140 S. mit 29 Karten, 3 Diagrammen.

Zitiert: Smogorzewski, Nr. 46, 68, 76, 92, 100, 101, 108, 153, 166.

Diese Schrift gegen „diejenigen, die neuerdings die deutsch-französische Einigung auf Kosten Polens propagieren“, bringt natürlich nur die von Sławski, Prutenus u. a. bekannten Thesen in neuer Form. — Smogorzewski, der Hauptvertreter der polnischen Propaganda in Frankreich, neuerdings Redakteur der Monatschrift „La Pologne“ (Paris) ist u. a. bekannt durch sein Rededuell mit dem Vertreter des Jungdeutschen Ordens bei dem Luxemburger Frontkämpfer(Fida)-Kongreß 1928.

Aus der allgemein politischen Literatur wurden noch folgende Schriften herangezogen:

Stanisław Bukowiecki: *Polityka Polski Niepodległej*. — *Szkic programu* (= Die Politik des unabhängigen Polens. — Eine Programm-skizze), Warschau 1922.

Zitiert: Bukowiecki, Nr. 139.

Stanisław Grabski: Uwagi o bieżącej historycznej chwili Polski (= Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt Polens), Warschau 1923. Zitiert: Grabski, Nr. 138.

Consulibus: Doświadczenia i błędy naszej polityki zagranicznej wobec zadań chwili (= Erfahrungen und Irrtümer unserer Außenpolitik angesichts der Aufgaben der Gegenwart), Warschau 1926 (Zit. nach: „Sonderberichte des Heimabundes Ostpreußen“ vom 9. II. 1929).

Zitiert: Consulibus, Nr. 144.

St. Bukowiecki, der langjährige Chef der Staatsprokuratur, ist Vertreter einer „gemäßigten“ Richtung, St. Grabski, mehrmalig Minister, vertritt die nationaldemokratische Richtung, Consulibus steht wohl in Verbindung mit dem polnischen Außenministerium.

Betr. nähere Angaben über die Verfasser und ihre Schriften sei verwiesen auf die Schrift von R. B. Hansen: Polens Drang nach dem Westen (Berlin 1927), in der sie zusammen mit Srokowski (Z krainy Czarnego Krzyża) einer eingehenden Kritik unterzogen worden sind.

E. Ruicker: Niemcy, Prusy a Polska (= Deutschland, Preußen und Polen), Krakau 1928, 132 S. 8°. Zitiert: Ruicker, Nr. 90.

Eine Sammlung von drei Aufsätzen, die der in Danzig als Herausgeber der in deutscher Sprache erscheinenden polnischen Zeitung: „Kattische Presse“ lebende Verfasser während des Sommers 1928 in der von dem Krakauer Universitätsprofessor St. Wędkiewicz herausgegebenen Zeitschrift „Przegląd Współczesny“ (= Zeitgenössische Rundschau) hat erscheinen lassen.

J. Kuncewicz: Przebudowa — Rzecz o życiu i ustroju Polski (= Umbau — Eine Abhandlung über Leben und Bau Polens), 340 S., Warschau-Krakau 1930. Zitiert: Kuncewicz, Przebudowa, Nr. 157 b.

Dieses umfangreiche Werk, dem Professor J. Cybichowski, der Leiter des öffentlich-rechtlichen Seminars an der Universität Warschau ein lobendes Vorwort vorausschickt, zeichnet sich in allgemeinen durch eine recht versöhnliche Haltung gegenüber Deutschland aus. Sie erklärt sich leicht dadurch, daß der Verfasser, für den ein gesamteuropäischer Präventivkrieg gegen Sowjetrußland eine „tragische Notwendigkeit“ ist (S. 289), es für unerlässlich ansieht, Deutschland, nötigenfalls durch Opfer auch von polnischer Seite, in die sowjetfeindliche Front einzubeziehen. Sein Opferwille reicht aber gerade zu dem (für Polen schon unerhörten!) Vorschlag, für Danzig eine Art deutsch-polnisches Kondominium einzuführen, in der Korridorfrage ist auch für ihn jegliche Diskussion unmöglich!

Schließlich sind noch die beiden folgenden militärwissenschaftlichen Werke benutzt worden:

Roman Umiaśtowski (Major im polnischen Generalstab): Terrytorjum Polski pod względem wojskowym (= Das Gebiet Polens in militärischer Hinsicht), Warschau 1921.

Zitiert: Umiaśtowski, Terrytorjum, Nr. 36, 41, 104, 105, 109, 172—75.

Roman Umiaśtowski: Geografja wojenna Rzeczypospolitej Polskiej i ziem ościennych (= Militärgeographie der Republik Polen und der Nachbarländer), Warschau 1924, 374 S. (166 Karten und Skizzen).

Zitiert: Umiaśtowski, Geografja, Nr. 48, 176—180.

Anschließend an diese Übersicht soll zusammengefaßt werden, welche Vorstellungen von Ostpreußen dieses so gekennzeichnete polnische Schrifttum einem Leser, dem deutsche Werke unzugänglich sind bzw. unglaubwürdig erscheinen⁵⁾, vermitteln kann (und soll)!

Zunächst das Land Ostpreußen. — Hier wird die Tatsache, daß Ostpreußen keine ausgeprägten natürlichen Grenzen gegen seine Umgebung besitzt, ohne viel Bedenken ausgenutzt, um den deutschen Ausführungen, „denen jegliche wissenschaftliche Grundlage fehlt“ (1), zwei Thesen entgegenzustellen, für die der Beweis entweder erst gar nicht gewagt wird (Dmowski) oder, wenn das der Fall ist, entschieden mißglückt (Srokowski):

1. „Ostpreußen gehört geographisch zu polnischem Gebiet“⁶⁾ (Dmowski 133, danach 145), genauer: „Ostpreußen bildet eine natürliche Fortsetzung der masovischen Niederung und des masovischen Seengebietes“ (1),

2. „Der Versailler Vertrag hat, als er Ostpreußen isolierte, unwillkürlich die geographische Sonderstellung des Landes gezeigt“, „Ostpreußen ist ein Randstaat, dem die Möglichkeit genommen wurde, über seine Geschicke selbst zu bestimmen“ (Srokowski 3, ähnlich 140).

Der Widerspruch, in dem diese beiden Thesen zu einander stehen, ist praktisch bedeutungslos, denn die „Randstaat“-These (von der nicht einmal ihr Autor überzeugt ist, 5) soll doch nur Srokowski's wahre Ansicht verhüllen. Diese aber, nicht im Mindesten von der These Dmowski's abweichend⁷⁾, lautet: „Das Pregel­land ist die eigentliche polnische Meeresküste“ (6, 159).

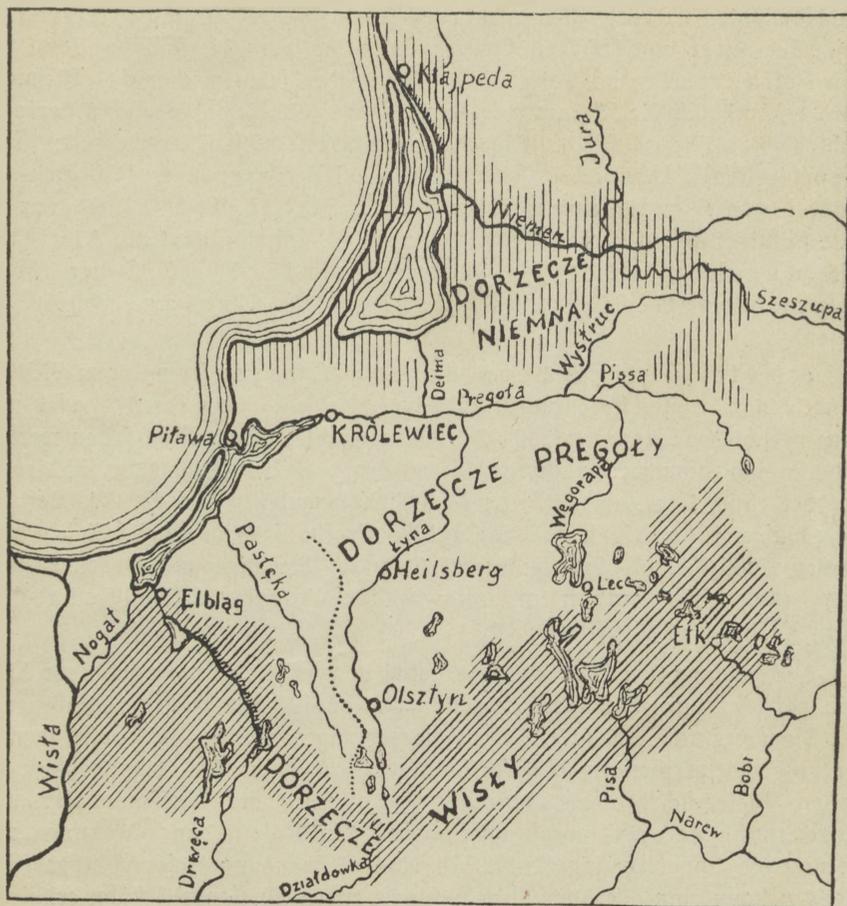
Die Ausführungen über die Bevölkerung Ostpreußens verfolgen ein ähnliches Ziel: dem polnischen Expansionsdrang auch die „ethnographische Begründung“ zu verschaffen.

Über die Urbevölkerung sagt die deutsche Wissenschaft mit voller Sicherheit: „Dies Land ist deutsch gewesen, solange es eine Geschichte hat....“

⁵⁾ So erklärt die „Gazeta Polska“ (2. 1. 1930) offen: „Ostpreußen (ist ein Land), von dem man gerade soviel weiß, wie die deutsche Propaganda darüber mitteilt — jedoch mit dem Vorbehalt, daß wir — übrigens mit Recht! — den deutschen Stimmen keinen Glauben schenken; das aber wiederum reduziert unsere Kenntnisse . . . auf ein Nichts . . .“

⁶⁾ Entsprechend werden auf den polnischen Karten die heutigen politischen Grenzen Ostpreußens gegen Polen oft nur so schwach markiert, daß — zumal auch nur polnische Ortsnamen gegeben werden! — Ostpreußen danach durchaus als „Teil Polens“ erscheinen muß.

⁷⁾ Diese Übereinstimmung der Ansichten zeigt sich z. B. auch in der beige­fügten Karte: „Wasserscheiden in Ostpreußen“. Die Art der Schraffierung, die nur das Pregel­gebiet freiläßt, erinnert auffällig an andere Karten, auf denen man Ostpreußen an Polen und Litauen derart aufgeteilt hat, daß gerade die „Freie Stadt Königsberg“ mit höchstens dem Pregel­flußgebiet verbleibt (siehe: „Volk und Reich“, 1930, Heft 4/5, S. 308). Vgl. Srokowski's Forderung der Reduzierung Ostpreußens auf das Pregel­gebiet (112)!



Wasserscheiden in Ostpreußen.
(Srokowski, Prusy Wschodnie S 53.)

Die Preußen, die das Land vor der Ankunft des Deutschen Ordens alle in bewohnten, sind früh in die Deutschen eingegangen... Grabfunde... erzählen es im Einklang mit uralter germanischer Stammesüberlieferung: dieses Land ist wenigstens zum großen Teil germanisches Eigen gewesen... Keine Spur eines Beweises liegt vor, daß je Slaven im Preußenlande gesiedelt haben⁹⁾."

Von alledem findet sich im polnischen Schrifttum kein Wort! Hier setzt man vielmehr alles daran, Ostpreußen als „uraltet polnisch-litauisches Land“ (154) hinzustellen. Danach fanden sich „bei Eroberung durch den Orden im ganzen Süden Polen, in Mitte und Norden Preußen,

⁹⁾ Staatsarchivdirektor Dr. Hein-Königsberg: „Die Entstehung des deutschen Preußenlandes“ in: „Ostpreußen 700 Jahre deutsches Land“ (Königsberg 1930), S. 7.

im Nordosten Litauer“ (8). Dabei genügt aber die (ebenfalls falsche) Erklärung, daß „der West- und Südteil Ostpreußens bis zum 13. Jahrhundert von den Polen erobert und kolonisiert“ (9) worden seien, noch nicht. Vielmehr wird unermüdlich die Behauptung Kętrzyński's (die dieser angesichts der vernichtenden deutschen Kritik selbst hatte aufgeben müssen), wiederholt: „Die ursprünglichen Bewohner Ostpreußens seien Slaven gewesen, die später von den Preußen unterjocht worden seien“ (7, 10, 14). Und zwar sei „die polnisch-preußische Grenze bis zum 13. Jahrhundert die Alle“ (11), also „das Ermland von Natur polnisch“ (66), ferner „Masuren das Gebiet der rassischen Urslaven“ (4) gewesen.

Und die heutige Bevölkerung Ostpreußens? Im Mittelpunkt des Interesses stehen natürlich die „Polen“, über deren Zahl nun ganz verschiedene Angaben (250—500 000) gemacht werden. Nicht selten werden genaue Zahlenangaben absichtlich vermieden⁹⁾, meistens ist man sich jedoch darüber einig, ihre Zahl mit rund 400 000 anzusetzen (25, 45, 68). Daß die deutsche Statistik so ganz andere Ergebnisse¹⁰⁾ ausweist, ist den polnischen Publizisten gleichgültig: Sie wird einfach für „ungenau, weil tendenziös“ (28) erklärt, sie „enthält ungläubwürdige Angaben,... fälscht die Wirklichkeit“ (37).

Die Zählung von 1925 wird überhaupt abgelehnt, „ihre Ergebnisse können geradezu mit ... der zaristischen Nationalitätenstatistik von 1897 um den Vorrang streiten“ (47). Anders die Zählung von 1910! — Sie wird immerhin einer entsprechenden „Bearbeitung“ gewürdigt, um die obige Zahl zu erhalten. Bietet sich doch als „einziger Ausweg für die Wissenschaft: ... die Zurechnung der ein- und doppelsprachigen Polen... und Masuren zur polnischen Sprachgruppe“ (43, 44)! Nach Anwendung dieser Methode Romer's¹¹⁾ kann man allerdings dem nichtsahnenden Auslande¹²⁾ kühn erklären:

⁹⁾ So z. B. Kurnatowski a. a. O., S. 81, auch Sukert, Nr. 28.

¹⁰⁾ In Masuren und dem südlichen Ermland waren von den Bewohnern der Muttersprache nach:

	1910	1925
Deutsch	303 000 (52,0 %)	481 000 (82,9 %)
Masurisch	213 000 (36,7 %)	41 000 (7,1 %)
Polnisch	45 000 (7,7 %)	14 000 (2,4 %)
Doppelsprachig	21 000 (3,6 %)	44 000 (7,5 %)
	<u>582 000</u>	<u>580 000</u>

¹¹⁾ Diese Methode, mit deren Hilfe Romer für den Regierungsbezirk Allenstein 1910 400 985 „Polen“ — 71,2 % der Bevölkerung errechnet hat, „stellt sich als ein billiges Zahlenkunststückchen dar“ (Wittschell, a. a. O., bei Verweis auf die Kritik Penck's!)

¹²⁾ Als weitere Bekräftigung (28, 45, 141) dienen die unglücklichen Übertreibungen des Lehrers Ruchah-Friedrichshof (in einem Aufruf gegen Schulabbaumaßnahmen, „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen“, 16. II. 1924), daß z. B. 50 % der Schulanfänger angeblich nur masurisch sprächen. Ruchah ist der Kronzeuge der polnischen Propaganda geworden, wie eine sofortige Kritik es vorausgab. (Ebenda 8. III. 1924.)

„In dem Regierungsbezirk Allenstein stellen die Polen 385 000 = 71,2 % der Bevölkerung, wie das sogar die doch so tendenziöse preußische Volkszählung von 1910 feststellt“ (68).

Bei der Darstellung der einzelnen Gruppen der „polnischen“ Bevölkerung in Ostpreußen wird, obwohl die Ermländer — (38, 39) und Weichselpolen (40, 41) natürlich nie unerwähnt bleiben, das Schwergewicht selbstverständlich auf die Masuren gelegt. — Wir haben bereits gesehen, wie man, unbekümmert um die geschichtliche Wahrheit, bemüht ist, diesen den Charakter der „Arbevölkerung“ (4, 15), mindestens aber der ersten und wichtigsten Kolonisationen dieser Gebiete in der Ordenszeit (24, 35) beizulegen, obwohl zweifelsfrei feststeht, daß eine Zuwanderung von Masoviern in größerem Ausmaße erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts stattgefunden hat¹³⁾.

Ferner aber stellt sich die polnische Propaganda zur Aufgabe: im Widerspruch zu der Tatsache, daß das Masurentum in Ostpreußen seit Jahrhunderten sprachlich und kulturell seine eigenen Wege gegangen ist, den Gegensatz zwischen den Masuren und Polen fortzuleugnen, den z. B. auch Ketrzyński feststellen mußte (16). Die betrüben eingeständnisse der Vorkriegszeit betr. das mangelnde polnische Nationalgefühl bei den Masuren (16, 17, 21) sucht man heute vergebens; statt dessen trifft man — ganz im Sinne der Denkschriften an die Friedenskonferenz (20, 21) — auf die Sektenbildung (!) als den „Beweis des nationalen Widerstandes¹⁴⁾“ (24, 28). Und in Ermangelung weiterer „Beweise“ müssen dann die schon in Versailles vorgebrachten Märchen über die „grausame Germanisierung“ (20, 21) weiterhelfen.

Wenn der Deutsche mit berechtigtem Stolz darauf hinweist, daß es „die höhere deutsche Kultur ist, der der einfache Masure sich neigt, teils unbewußt, teils aber auch mit voller Absicht“, seien doch Deutsche und Masuren „durch den gleichen Glauben, durch die gleiche jahrhundertelange Staatserziehung verbunden¹⁵⁾“, — in den polnischen Schriften wird diese Zugehörigkeit der Masuren zur deutschen Kultur voller Verachtung abgelehnt (137). Die deutsche Kultur sei „die furchtbare Pest“ (24) und ihre Verbreitung „Kulturschande“ (127). Sie sei „dem Masuren grundsätzlich fremd“ (24), habe ihn „in geistigen Stumpfsinn gebracht“ (21), „depraviert“ (123). „An der deutschen Kultur sterben die Masuren wie früher die alten Preußen an dem deutschen Christentum“ (24).

¹³⁾ S. Gollub, „Die Masuren“ in: W. Volz, „Der Ostdeutsche Volksboden“, S. 268 ff., ebenso Wittschell, a. a. O., S. 11.

¹⁴⁾ Diese krampfhaften Bemühungen, bei den Masuren polnisches Nationalgefühl festzustellen, führen gelegentlich zu sehr eigenartigen Widersprüchen. Bezeichnet z. B. ein Schriftsteller die reichen masurischen Bauern als einzige patriotische Klasse (27), so sagt ein anderer (richtiger!), daß sie sich ganz als Deutsche fühlen (33), während die Kleinbauern die „Patrioten“ sein sollen. Oder Rogowski „beweist über jeden Zweifel, daß die Masuren der polnischen Nationalität zugehören“ (25), um später zugeben zu müssen, sie seien „sogar preußische Patrioten geworden“ (26)!

¹⁵⁾ E. Fredrich: „Der Siegeszug der deutschen Kultur in Masuren“ in: Mitteilungen der Deutschen Akademie (München), 1928, Heft 20, S. 301.

Tatsächlich hat doch die Entwicklung der völkischen Verhältnisse im südlichen Ostpreußen niemals zu irgendwelchen Schwierigkeiten geführt¹⁶⁾, selbst Polen haben — früher! — „die freiwillige Germanisierung“ der Masuren zugeben müssen (18, 21, 36). Heute hat man das anscheinend gänzlich vergessen, lehnt diese Möglichkeit als „nicht nur höchst unwahrscheinlich, sondern geradezu unmöglich“ (23) ab. Dafür spricht man von einem „typischen Prozeß beispielloser, gewaltsamer Germanisierung“ (23), versteigt sich sogar zu Äußerungen wie: „die preußische Politik der Ausrottung und Vernichtung des Polentums übertraf noch die Politik Moskaus“ (30).

Die Schilderungen des deutschen Terrors suchen, was Unwahrheit und Gehässigkeit anbetrifft, einander geradezu zu übertreffen. Einige Proben mögen genügen: „das masurische Volk ist heute seinen deutschen Herren und Tyrannen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“ (28), „der Masure wird als ein Bürger zweiter Klasse verachtet“ (24), „das Masurentum allein ist schon ein Verbrechen“ (33), „die Masuren sind wahre Sklaven“ (33), „weder Polizei noch Gericht rafften sich zu ihrem Schutze auf“ (28, 33).

Durchaus ähnlich sind auch die oftmals recht breiten Ausführungen über die angebliche „wirtschaftliche Vernichtung der Masuren“ (24). — Als es 1919 darauf ankam, für die Friedenskonferenz eine möglichst hohe Zahl von „Polen“ in Ostpreußen zu errechnen, konnte Professor Romer der Wahrheit die Ehre geben und erklären: „Die polnische Bevölkerung in Ostpreußen ist nicht bloß physisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich günstig entwickelt“ (22). Die Romer'schen Zahlen sind, wie wir gesehen haben, als maßgeblich überall verwandt worden — nicht aber diese Feststellung! Dafür erscheinen, verschieden abgewandelt, die Thesen Szymański's¹⁷⁾: „Alles Beginnen der Deutschen . . . ist auf die Ausrottung des slavischen Blutes gerichtet, selbst die deutsche Fürsorge¹⁸⁾ für die Masuren ist ein Danaergeschenk“ (24).

Unermüdlich werden seine Behauptungen wiederholt: „Rücksichtslose, systematische Agrarpolitik hat bewirkt, daß heute die masurischen Bauern nur diejenigen Böden bebauen, auf die die Deutschen großmütig verzichtet haben, weil sie sich nicht auf ihnen ernähren konnten¹⁹⁾“ (24). „Unermüdlich kommen aus der ganzen Welt Deutsche nach

¹⁶⁾ Wittschell, a. a. O., S. 39.

¹⁷⁾ Gegen natürlich weit vorsichtigerer Hinweise Szymański's (in seiner deutschen Dissertation) auf einzelne wirtschaftliche Rückschläge, die mit der sprachlichen Wandlung verkunden waren, sagt Wittschell (a. a. O., S. 25) mit Recht: „Alle Nachteile jedoch können im Vergleich zu dem gesamten Fortschritt, den Masuren in wirtschaftlicher Beziehung durch die Assimilation machte, in keiner Weise ins Gewicht fallen.“

¹⁸⁾ Anerkannt wird diese Fürsorge nur selten (71, 77), fast widerw. llig. Kann man sie schon nicht ganz ableugnen, wie bei dem Wiederaufbau, so sucht man, wenigstens ihre Leistungen herabzusetzen (70), jedenfalls aber eine Benachteiligung der Masuren gegenüber den Deutschen zu behaupten (26, 69).

¹⁹⁾ Tatsächlich liegen die Dinge doch so, daß nur die ärmsten Kreise heute noch masurisch sind, daß es sich also um ein Zurückbleiben, nicht um ein Zurückdrängen

Masuren — der Masure wird verdrängt, der niedrigste Proletarier²⁰⁾“ (24).

Alle diese grundlosen Behauptungen werden, wie schon gesagt, nur vorgebracht mangels besserer „Beweise“ für den angeblichen nationalen Gegensatz zwischen den Deutschen und Masuren. Hier hätte eigentlich das Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 ernüchternd wirken müssen; dieses wird jedoch, wie später noch gezeigt werden soll, als unmaßgeblich — da „durch deutschen Terror erzwungen“ — abgelehnt und kühn von einer polnischen Nationalbewegung in Ostpreußen geredet. Während es sich hier allenfalls um unbedeutende Reste, am wenigsten in Masuren, handelt, soll durchaus der Anschein erweckt werden, als lägen neue, verheißungsvolle Anfänge vor; so wird u. a. gesagt: „In diesen geknechteten, terrorisierten masurischen Dörfchen beginnt etwas zu erwachen“ (28), oder: „die Arbeiter- und Volkjugend bekennt offen ihr Polentum, im Bürgertum entsteht der masurische Patriotismus²¹⁾“ (33).

Daß solche zuversichtlichen Äußerungen aber vielfach wider besseres Wissen getan werden, zeigen gelegentliche Klagen über den traurigen Stand der Bewegung (126) oder das vielsagende Geständnis: die Masuren hätten „jegliches Gefühl der Selbständigkeit verloren — jedes Symptom der Wiedergeburt ist also erwünscht“ (33). Trotzdem werden Zweifel an den künftigen Erfolgsmöglichkeiten der nationalpolnischen Propaganda, die angesichts der sich stetig verringernden polnischen Wahlerfolge²²⁾ mit Recht aufsteigen müssen, mit der so bequemen Erklärung abgewiesen: wegen des deutschen Terrors habe sich „ein großer Teil der nationalbewußten Bevölkerung der Wahl enthalten“ (28) und, nicht genug damit, pathetisch erklärt: „Ein neues Oberschlesien entsteht!“ (28, 41).

gen (33) handelt, da „jeder Aufstieg in der sozialen Schichtung den völligen inneren und äußeren Anschluß an das Deutschtum zur Voraussetzung hat“ (Wittschell, a. a. D., S. 36).

²⁰⁾ Fest steht, daß die masurischen Kreise Ostpreußens von der Abwanderung weit weniger betroffen wurden als die deutschen Kreise (Wittschell, a. a. D., S. 37). Wenn hierzu ausdrücklich behauptet wird: „trotz angeblicher Gleichheit wandert vor allem die masurische Bevölkerung aus“ (27), so ist das ein erneuter Beweis dafür, wie frühere (aus anderen Gründen erfolgte!) richtige Äußerungen polnischer Autoren (22) als unbequem einfach übergangen werden. Ein anderes Beispiel dieses „Besserwissens“ s. Nr. 38.

²¹⁾ Ähnliche Hinweise auf angebliche separatistische Strömungen in der deutschen Bevölkerung Ostpreußens werden z. B. damit begründet, daß sich „das masurische Volk im Unterbewußtsein die polnische Seele bewahrt“ (29) habe.

²²⁾ Die Ergebnisse waren (für 1924—29 nach „Volk und Reich“ 1930, Heft 4/5, S. 248):

	Polen	Masuren
1924 Reichstag	6 079	542
1925 Prov.-Landtag	5 750	1 366
1928 Reichstag	4 383	234
1928 Prov.-Landtag	4 668	375
1929 Prov.-Landtag	5 308	—
1930 Reichstag	4 176	—

In welche Verlegenheit diese Wahlergebnisse polnische Verfasser bringen können, zeigt Nr. 39.

Societ über die „Polen“ in Ostpreußen, denen als zweite „Minderheit“ die Litauer zugesellt werden. Aus den wesentlich kürzeren Mitteilungen über diese, die ganz unsinnige Zahlenangaben (bis zu 250 000! Vgl. Nr. 165) enthalten²³⁾, sei zusammengefaßt: Angeblich ebenfalls zur ostpreußischen „Urbewölkerung²⁴⁾“ gehörend (8), wären sie ähnlich wie die Polen der „Germanisierung“ unterlegen (49). Aber auch bei ihnen wird ein Erstarken der (von Polen aufgezogenen!) Nationalbewegung erwartet.

Und schließlich die Deutschen in Ostpreußen. Nach den bisherigen Proben aus der polnischen Ostpreußen-Literatur ist man nicht weiter erstaunt darüber, daß die polnischen Verfasser ihre Leser glauben machen wollen: Ostpreußens Deutsche seien alles Andere, nur keine Deutschen! — Entweder wird die noch während des Krieges von D m o w s k i zur Irreführung des Auslandes²⁵⁾ aufgestellte Behauptung: von den Deutschen in Ostpreußen sei „ein großer Teil deutsch nur der Sprache nach, seiner polnischen oder litauischen Abstammung bewußt und Deutschland häufig feindlich gesonnen“ (50), in verschiedenen Variationen wiederholt (34, 51, 52) oder gar — was Dmowski klügglich vermieden hatte — näher zu „begründen“ versucht. Das Ergebnis solcher Bemühungen ist z. B. folgende „Entdeckung“ (P r u t e n u s): „Der Orden holte Ansiedler aus allen Teilen Europas herbei: Holländer, Schweizer, Franzosen, sogar Schotten und Engländer. Die polnische Ansiedlung aber dominierte . . . Die heutigen Deutschen, die Ostpreußen bewohnen, sind eine Mischung von Polen und Litauern mit einer ganzen Reihe europäischer Rassen und Völker“ (53).

S r o k o w s k i nimmt wieder eine gewisse Sonderstellung ein. Nachdem er sich zunächst begnügt hatte, ähnlich zu behaupten: Die Deutschen in Ostpreußen seien „eine rohe, harte und grobe Mischung altpreußischer, polnischer und litauischer Typen von niedriger Geistes- und Gesellschaftskultur²⁶⁾“, ein „Flickwerk der verschiedensten ethnischen Gruppen“ (113), erklärt er, um doch eine „Begründung“ für seine „Randstaat“-These zu konstruieren: es handle sich um „die oberflächlichste Assimilation, die je stattgefunden habe“ (67). „Eine Kolonisation fand hier eigentlich niemals statt“²⁷⁾. Die deutsche

²³⁾ Man vergleiche die Ergebnisse der „litauischen“ Liste bei den Reichstagswahlen: 1928: 367, 1930: 666 Stimmen.

²⁴⁾ Zur Zeit der Landnahme gab es noch keine Litauer in Ostpreußen. Ihre Einwanderung beginnt erst Mitte des 15. Jahrhunderts, um Anfang des 16. Jahrhunderts stärkeren Umfang anzunehmen. („Volk und Reich“, 1930, Heft 4/5, S. 247.)

²⁵⁾ Nicht ohne Erfolg, wie z. B. das von der historischen Sektion des „Foreign Office“ für die britische Delegation zur Friedenskonferenz herausgegebene Handbuch, das diese Unterscheidung teilweise übernommen hat, beweist.

²⁶⁾ In: „Straznica Zachodnia“ („Die Westwacht“, herausgegeben vom „Westmarkenverein“), Jahrgang V (1926), S. 62.

²⁷⁾ Als sollte die Verwirrung der Begriffe um jeden Preis gesteigert werden, schreibt die verbreitetste polnische Tageszeitung (der „Iustrowany Kurjer Codzienny“-Krakau vom 10. 4. 1929): „Die in Ostpreußen wohnenden Deutschen sind ein Zuwanderungselement, das auf die wildeste Kolonisation zurückgeführt werden muß. Die ethnographische Masse ist polnisch geblieben — die Deutschen bilden nur eine dünne Oberschicht.“

Bevölkerung wurde vorwiegend aus den örtlichen Volkselementen durch Zwang und unerhörten nationalen Druck geschaffen“ (54). Doch sei sie nicht etwa „ein urslavisches, wenn auch oberflächlich germanisiertes Element“ (167) — das kommt nach Srokowski (4) wohl nur für die majurischen Gebiete in Frage! — sondern: „Die alten Preußen bildeten und bilden den eigentlichen ethnographisch-anthropologischen Untergrund“ (67).

Land und Bevölkerung Ostpreußens sind somit nach der Behauptung der polnischen Propaganda auf das Engste mit Polen verbunden, mindestens aber dem übrigen Deutschland vollkommen fremd! Zu erörtern bleibt als dritter entscheidender Faktor: die Geschichte Ostpreußens!

Die Ausführungen der polnischen Propaganda hierüber haben ein doppeltes Ziel:

1. Um den heutigen Zustand der Abschnürung Ostpreußens durch den polnischen „Korridor“ zu rechtfertigen, wird der Versuch gemacht, Polen und dem Auslande zu beweisen, daß „die heutige deutsche These von dem Abstieg Ostpreußens zum Range einer Kolonie historisch ganz unbegründet“ (66), vielmehr „der koloniale Charakter Ostpreußens untrennbar mit seinen geographischen und geschichtlichen Umständen verknüpft“ (64) sei.

Man meint hier überzeugend zu wirken, wenn man fleißig die Behauptungen von Sławski (64) wiederholt (68, 145, auch Sukert, a. a. O., S. 51 f.), nämlich daß Ostpreußen, da weder zum alten Deutschen Reich noch zum Deutschen Bunde gehörig, „bis 1867 niemals wirklich in den politischen Grenzen Deutschlands eingeschlossen war“ (68). Die Tatsache, daß Ostpreußen seit 1618 einen integrierenden Bestandteil des brandenburgisch-preussischen Staates bildete, wird natürlich mit Stillschweigen übergangen! Ferner behauptet man auf polnischer Seite, daß „außer wenn man die Teilungen Polens als Präzedenz und demgemäß als Tradition ansieht, Ostpreußen stets eine Gebietsenklave zwischen Polen, Litauen und der Ostsee²⁸⁾“ (68) gewesen sei.

2. Von der Abwehr zum Angriff übergehend, versucht man, Polens Drang nach Ostpreußen geschichtlich zu begründen, also (wie Prutenus es ausdrückt): „die natürlichen Rechte, die Ostpreußen mit seinem polnischen Hinterlande verbinden“ (66) festzustellen.

Diese „natürlichen Rechte“ sollen darin bestehen, daß „Ostpreußen seine Entstehung in der Geschichte Polen verdankt und lange Jahrhunderte von ihm abhängig war“ (66). Nun ist zwar Ostpreußen unstreitig das Werk

²⁸⁾ Wenn Sławski (66) einen Zeitraum von 148 Jahren Gebietsverbindung mit dem übrigen Deutschland 318 Jahren der Isolierung gegenüberstellt (natürlich dem Auslande!), so erreicht er das allerdings nur dadurch, daß er die Zeit von 1308 bis 1466 einfach weggelassen hat!

des Deutschen Ritterordens, und auch die „langen Jahrhunderte“ schrumpfen bei näherer Hinsicht auf einen Zeitraum von gerade 132 Jahren (1525—1657) während der sieben Jahrhunderte ostpreußischer Geschichte zusammen. Doch unser Autor behauptet auf dieser brüchigen Grundlage: „Die natürlichen Rechte, die Ostpreußen mit seinem polnischen Hinterlande verbinden, wurden vergewaltigt: 1. durch den Orden, 2. durch die Befreiung der Hohenzollern von der Lehnshoheit Polens, 3. durch die Teilungen Polens, 4. durch die (weitere) Zugehörigkeit Ostpreußens zu Deutschland“ (66), um zu versichern: „Werden natürliche Gesetze vergewaltigt, so kann vorübergehend in ihrer Wirkung, nicht aber in ihrer Existenz, eine Unterbrechung eintreten. Schließlich wird ihre Kraft immer über die künftige Gestaltung entscheiden“ (66). D. h. Ostpreußen werde doch noch einmal in den polnischen Staat aufgehen.

Die übrigen Verfasser schwingen sich nicht zu einer solchen programmatischen Formulierung ihrer, wohl durchaus ähnlichen Auffassung von der geschichtlichen Stellung Ostpreußens gegenüber Polen auf; bei Stillschweigen über alles, was die Bindungen Ostpreußens an die gesamtdeutsche Geschichte verraten könnte (z. B. über die Rolle Ostpreußens in den Freiheitskriegen!) begnügen sie sich mit einer mehr oder minder vollständigen Aufzählung der versäumten Gelegenheiten, von Ostpreußen für Polen Besitz zu ergreifen — angefangen von dem „Wahnsinn des polnischen Herzogs“ (57), seinerzeit den Deutschen Ritterorden überhaupt nach Preußen zu berufen²⁰⁾.

Im allgemeinen berücksichtigen diese Übersichten der ostpreußischen Geschichte (59—68a) fast nur die Zeit der polnischen Lehnshoheit (1525—1657) und erschöpfen sich in Bedauern und Tadel ob der falschen Haltung Polens gelegentlich der entscheidenden Ereignisse: 1525 Umwandlung des Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum (60, 67, 139), 1618 Übergang des Herzogtums an Brandenburg (31, 60, 62, 67), 1660 endgültige Befreiung Ostpreußens von der polnischen Lehnshoheit (59, 60, 63). — Von späteren Ereignissen wird gerade noch (dann allerdings meistens recht nachdrücklich!) der Widerstand der preußischen Stände, die „aus gesundem Lokalpatriotismus³⁰⁾ Verbindung mit Polen suchten“ (65), erwähnt — soll dieser doch in heutigen Autonomiebestrebungen ostpreußischer Kreise wieder aufgelebt sein (124)! Allenfalls geht man noch auf die erfolglosen Bemühungen des Königs Johann (III.) Sobieski³¹⁾, mit französischer Hilfe Ostpreußen zu erlangen, ein. Sonst aber

²⁰⁾ Die Erwähnung der Berufung des Deutschordens gibt die erwünschte Gelegenheit, den ganzen Haß Polens gegen das „Kreuzrittertum“, gegen das Deutschtum überhaupt! — zu entfalten. Wessen diese Schilderungen fähig sind, zeigen die Nummern 55—57 oder auch die Worte Stokowski's über die Marienburg (116)!

³⁰⁾ In der Denkschrift an die Friedenskonferenz: „Questions . . .“ (59) ließ man die Frage offen, ob der Grund zu diesem Widerstande „die Stimme des Blutes oder die Anziehungskraft der freien politischen Institutionen“ (Polens) gewesen sei.

³¹⁾ Ähnlich wie in der vorgenannten Denkschrift (59) werden diese Bemühungen Johann Sobieski's geschildert, z. B. bei W. Sobieski, „Walka o Pomorze“ (Posen 1927), S. 142 f.

scheint die Entwicklung Ostpreußens seit dem Frieden von Oliva (1660), von welchem Zeitpunkt ab „die allmähliche Ausrottung des polnischen Elementes begann“ (24, 67, 68a), nicht mehr zu interessieren.

Diesem Verfahren, das Lehnverhältnis Ostpreußens zu Polen und die Möglichkeiten noch engerer Verbindung zu betonen, entspricht weiter die zielbewußte Übersteigerung der Beziehungen, in denen das Ermland zu Polen gestanden hat. So soll das Ermland „von Natur polnisch“ (66) gewesen sein, während nachweislich die polnischen Sprachinseln um Allenstein erst dem 15. bzw. sogar 16. Jahrhundert ihre Entstehung verdanken. Ferner wird des öfteren behauptet: „Im Jahre 1466 mußte der Orden Marienburg, Elbing und das Ermland zurückgeben“ (66, 68). In Wirklichkeit hatten diese Gebiete vorher niemals zum polnischen Reich gehört! Schließlich wird dem Auslande vorgeredet, das Ermland sei „ein integrierender Teil Polens“ (87) gewesen, „eine polnische Provinz“²²⁾.

Nun darf nicht übersehen werden, daß diese polnischen Bemühungen, Ostpreußen zu einem Teil Polens zu machen, sich nicht auf die politischen Beziehungen beschränken; hier ist vielmehr deutlich die Tendenz erkennbar, darüber hinaus Ostpreußen auch als einen Teil des polnischen Kulturbodens erscheinen zu lassen. Mindestens wiederholt man kritiklos die Behauptungen Ketrzynski's (68a), daß z. B. Ostpreußen als polnisches Lehen „trotz der deutschen Herrschaft mehr polnisch als deutsch“ gewesen sei (62, 63), oft werden sie gar noch übertrieben²³⁾.

Bei Srokowski findet dies Streben, aus Ostpreußen eine polnische Kulturprovinz zu machen, seinen Ausdruck z. B. darin, daß die deutschen Kultureinflüsse als „sehr gering“ (67) bezeichnet werden, aber keine Gelegenheit unausgenutzt bleibt, um die „Bindungen mit dem polnischen Geist“ (119), besonders für Elbing oder die Städte des Ermlands gegenüber den „Stätten preußischer Geistesverfassung“ (z. B. Königsberg!) zu betonen²⁴⁾.

Schließlich spricht wieder Prutenus aus, was bei den übrigen Verfassen nur angedeutet wurde: „Wegen der historischen Entwicklung Ostpreussens ging auch die Kultur eigene, von der Kulturentwicklung des

²²⁾ Die einzige Ausnahme bildet Orlowicz mit seiner, der Wahrheit entsprechenden Mitteilung: „Das Ermland wurde nicht ein Teil Polens, kam nur unter polnische Oberhoheit als besonderes Fürstbistum“ (61).

²³⁾ Übertrieben wird z. B. die Bedeutung polnischer Wissenschaftler an der 1544 gegründeten Universität Königsberg, die von der Krakauer Universität abhängig gewesen sein soll (!), (66) oder auch der Einfluß polnischer Geistlicher bei der Reformation in Ostpreußen (63), wobei u. a. behauptet wird: „Bischof Speratus holte statt der deutschen Prediger polnische Geistliche herbei“, (Sukert, a. a. O., S. 35) u. ä.

²⁴⁾ Diese Tendenz tritt besonders deutlich hervor bei seinen Städtebildern (113, 115—119). Während er z. B. über die „polnischem Empfinden durchaus fremde“ Marienburg (116) nur Tadel oder ablehnende Kritik hat, kann er für Frauenburg, den „Wawel des Nordens“, nicht genügend Lobesworte finden.

Eine andere Frage ist es allerdings, wie der polnische Leser Srokowski's abfällige Urteile (113, 123) über die ostpreußische Kultur, die „nie Kultur im europäischen Sinne“ (113) gewesen sei, mit den so hoch gepriesenen Einflüssen polnischer Kultur (Prutenus!) vereinbaren soll!



übrigen Deutschlands unabhängige Wege“ (66). Dafür präsentiert er seinen Lesern eine Entdeckung, deren Ruhm ihm wohl niemand streitig machen wird, daß nämlich „die Kultur der Provinz bis zu den Teilungen Polens unter dem überragenden Einfluss der polnischen Kultur“ (66) gestanden habe.

Seine „Beweise“ für diese absurde Behauptung zu widerlegen, erscheint überflüssig³⁵⁾; es dürfte genügen, einige von ihnen zu wiederholen, um sie in ihrer ganzen Unsinnigkeit bloßzustellen, z. B.: polnische Architektureinflüsse in Danzig. Ferner: Königsberg und Elbing, überhaupt ganz Ostpreußen habe bis zu den polnischen Teilungen weder einen deutschen Dichter noch Gelehrten hervorgebracht! — Damit nicht genug, heißt es weiter: „Die kulturelle Entwicklung ging von Süden nach Norden, nicht von Westen nach Osten . . . Die natürlichen Kräfte wirkten von der polnischen Seite her; von der deutschen Seite begann erst der Prozeß der geistigen Bedrückung³⁶⁾, der noch bis heute andauert“ (66).

Nach dieser Charakteristik der polnischen Gesamtauffassung von der Geschichte Ostpreußens sei dem bedeutsamsten Ereignis seiner jüngsten Vergangenheit: der Volksabstimmung von 1920, eine besondere Betrachtung gewidmet.

Man wird fragen: Wie löst die polnische Publizistik ihre schwierige Aufgabe, über deren für die polnischen Behauptungen und die darauf gegründeten Wünsche so vernichtend wirkende Ergebnisse zu berichten, ohne mit den eigenen Behauptungen von früher in Widerspruch zu geraten? — Das anscheinend Unmögliche gelingt mittels einer allerdings sehr bequemen Methode: die Wahrheit zu verschweigen, wenn nicht gar in ihr Gegenteil zu verkehren! Keine der untersuchten Schriften, in denen Zahlen natürlich möglichst vermieden werden³⁷⁾, enthält eine auch nur annähernd wahrheitsgetreue Darstellung der Abstimmung³⁸⁾.

Obwohl kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß die Abstimmung für Polen „im Voraus zur Niederlage verurteilt“ war (136) — hatte man doch gerade deswegen die bedingungslose Abtretung dieser Gebiete

³⁵⁾ Einzelne Berichtigungen sind bei Besprechung dieses Aufsatzes in den „Ostland-Berichten“, Jahrg. II, S. 77 ff., gegeben worden.

³⁶⁾ Es darf nicht übersehen werden, daß dieser Unsinn, für den als einziger „Beweis“ die häufige Verwendung litauischer Motive durch Sudermann vorgebracht wird, in einer durchaus ernstzunehmenden Zeitschrift nicht nur gebildeten Kreisen Polens dargeboten wird, sondern auch, durch Vermittlung der vom polnischen Außenministerium herausgegebenen Tageszeitung „Le Messager Polonais“, dem nichtsahnenden Auslande, — vielleicht sogar als erste Information über Ostpreußen!

³⁷⁾ Die genauen Zahlen der Abstimmungsergebnisse werden nur von zwei Verfassern (Grzybcz und Limanowski) genannt!

³⁸⁾ Dieses Urteil gilt auch für hier nicht aufgenommenen Darstellungen, z. B. Baginski, a. a. O., S. 77 oder Kurnatowski, a. a. O., S. 19; gewöhnlich begnügt man sich damit, die Terrorklüge zu wiederholen.

an Polen verlangt!³⁹⁾ — so wird doch, trotz gelegentlicher Eingeständnisse (136, 139), heute der breiten Öffentlichkeit vorgeredet: „die Zahl der Stimmen (für Polen) war viel geringer (!), als man selbst im schlimmsten Fall hätte erwarten können“ (77).

Daß der 11. Juli 1920 nur die dankbare Bestätigung der Masuren für die Fürsorge des preußischen Staates war, wird dem polnischen Leser durchweg verschwiegen⁴⁰⁾, statt dessen erfährt dieser über die Gründe des polnischen Mißerfolges: „Von unparteiischer Durchführung der Abstimmung war keine Rede“ (75), vielmehr seien „kolossale Mißbräuche bei der Abstimmung“ (80) vorgekommen. Besonders verhängnisvoll habe sich die Stimmabgabe der aus dem Abstimmungsgebiet Gebürtigen ausgewirkt (77, 79, 80); man habe den „dauernden Einwohnern unter wichtigen Vorwänden das Stimmrecht entzogen“ (79), dafür seien „128 000 Eindringlinge⁴¹⁾ herbeigeholt“ (80) worden.

Bequemer ist die Behauptung von der angeblichen Stimmenthaltung der polnischen Bevölkerung (79, 80), kann man hier doch darauf hinweisen, daß bereits im Voraus (am 10. 7. 1920) die polnische Regierung gegen diese Abstimmung protestiert habe, „an der sich die polnische Bevölkerung wegen des Fehlens der elementarsten Garantien und des zügellosen Drucks der deutschen Behörden nicht beteiligte“ (76).

Damit ist die Bahn frei für die schärfsten Vorwürfe gegen die interalliierte Verwaltung des Abstimmungsgebiets (80), dann aber für die alles beherrschende Lüge von dem deutschen Terror, die nun sämtliche Schwächen der polnischen Beweisführung verdecken soll. In diesen haßerfüllten Schilderungen der „brutalen, geradezu unmenschlichen Methoden, deren sich die Deutschen bedienten“ (82)⁴²⁾, heißt es unter anderem: „Bewaffnete Banden verbreiteten Plünderung, Raub und Mord“ (79), „viele

³⁹⁾ So erklärt z. B. Stanisław Zieliński, damals Generalsekretär des „Masuren-Komitee's“ (Vorsitz: Generalsuperintendent Bursche-Warschau): „Das Ergebnis war kompromittierend, wir erhielten . . . rund 4% der Stimmen, d. h. ebensoviel, wie ich im Oktober 1918 vorausgesagt hatte, als ich verlangte, daß in Erwartung eines solchen Resultats die sofortige Angliederung Masurens an Polen gefordert werden sollte“ („Gazeta Polska“ vom 13. 7. 1930).

⁴⁰⁾ Vgl. hierzu die Darstellungen des Wiederaufbaus (Nummern 69—71, auch Anmerkung 14). — Der einzige Autor, der die naheliegende Verbindung zwischen Wiederaufbau und Abstimmungsergebnis erwähnt (Limanowski 71), rückt trotzdem die Terrorlüge in den Mittelpunkt seiner Darstellung (78).

⁴¹⁾ Verschwiegen wird klüglich, daß die Bestimmungen über das Stimmrecht der aus dem Abstimmungsgebiet Gebürtigen ja gerade auf Grund der polnischen Behauptungen von der angeblichen Verdrängung der Masuren durch die Deutschen getroffen wurde — wie heute z. B. auch von Zieliński (siehe Anmerkung 39), voller Tadel über diese „Leistung“ der polnischen Diplomatie, zugegeben wird. („Gazeta Polska“, Warschau vom 11. 7. 1930.)

⁴²⁾ Die Schrift von P. Sowa: „Warmja i Mazury“ (Posen 1927) bringt eine Schilderung der Abstimmung von dem „masurischen Volksdichter“ Rajka, der u. a. schreibt: „Die deutschen Hakatisten verdummten uns in abscheulicher Weise. Man erklärte, man würde uns auf die grausamste Weise vernichten, unsere Hütten verbrennen und uns lebendig begraben, wenn wir für Polen zu stimmen wagten“ (Seite 17).

polnische Agitatoren wurden ermordet“ (75), „die preußische Bestie wütete überall“ (80).

Nach solcher Entstellung der geschichtlichen Wahrheit kann man sich freilich berechtigt fühlen, unter Hinweis auf die polnische Protestnote vom 10. 7. 1920 (76), zu erklären: „der Kampf ist nur scheinbar gewonnen“ (167); die Abstimmung, da „nicht Ausdruck des freien Willens der Bevölkerung, sondern durch Hinterlist und Gewalt erzwungen“ (141), könne von dem polnischen Volk „niemals als endgültiger Spruch der Geschichte“ (138) anerkannt werden (76, 155). Vielmehr seien das Ermland, Masuren und das Weichselgebiet „weiterhin strittig“ als „urpolnische Gebiete, die der künftige Lauf der Geschichte wieder zum polnischen Mutterlande zurückführen wird“ (82)⁴³.

Durch all diese Mitteilungen über Land, Volk und Geschichte Ostpreußens wäre die Grundlage geschaffen, von der aus nun der polnische Leser die heutigen Verhältnisse Ostpreußens betrachten soll.

Hier steht an erster Stelle die Frage der Abschnürung Ostpreußens durch den polnischen „Korridor“⁴⁴). Wie nach den früher erörterten Bemühungen, Ostpreußens heutige Lage geschichtlich zu rechtfertigen⁴⁵), nicht anders zu erwarten, wird in den polnischen Darstellungen — entgegen allen deutschen Feststellungen von der fortdauernden verkehrstörenden Wirkung des „Korridors“⁴⁶), einstimmig versichert: „Sämt-

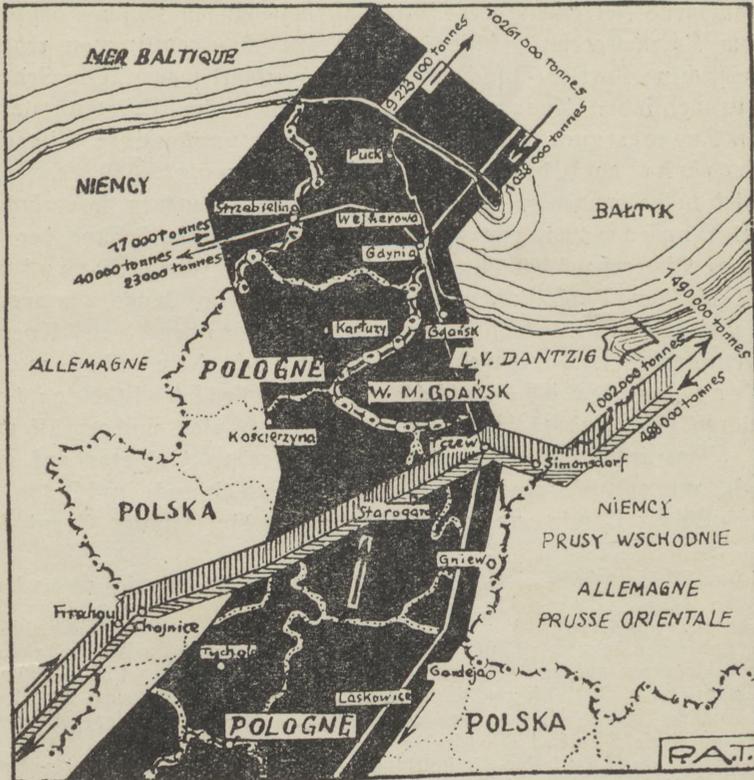
⁴³) Diese Überzeugung wird bei jeder Gelegenheit bekräftigt, nicht nur von den polnischen Rechtsparteien, sondern auch von der heutigen Regierung Polens. So erklärte bei der Feier in Johannisdorf am 20. 8. 1930 der Wojewode von Pommern: „Wenn wir heute den Festtag der Befreiung dieser fünf Dörfer begehen, dürfen wir der Hunderte von Dörfern nicht vergessen, die weiterhin jenseits der Grenze blieben... Die bestehenden Scheidewände sind künstlich, denn wir sind alle einer Mutter Kinder... Euch Brüdern jenseits der Grenze rufen wir heute zu: Haltet aus! Wir glauben an die göttliche Vorsehung! . . .“ Ein anderer Redner sagte noch deutlicher: Polen hoffe, „daß die Stunde kommen wird, wo Johannisdorf die Brücke zu dem übrigen Ermland wird“. („Dzień Pomorski“, Thorn vom 20. 8. 1930).

⁴⁴) Hinzuwiesen ist auf die Bemühungen der polnischen Propaganda, ganz allgemein die Existenz des „Korridors“ zu bagatelisieren. Die hier vorgebrachten Argumente sind zum großen Teil so wenig stichhaltig, daß sie auf einen einigermaßen kritischen Leser kaum Eindruck machen können. Besonders die immer wiederholten Hinweise auf die Existenz anderer Korridore sind von einer geradezu kindlichen Naivität. Ein Beispiel mag das illustrieren. Smogorzewski (a. a. O., S. 41) schreibt: „Vous allez de Bâle à Schaffhouse, deux villes suisses. Mais n'oubliez pas de vous munir de passeports et de visas nécessaires: vous traversez en route le 'corridor' allemand.“ Ein Blick auf die Landkarte genügt, um diesen Vergleich zu entkräften. Und ähnlich steht es auch mit den anderen „Korridoren“. (Professor Dr. v. Mühlensfeld, „Ostpreußen, Danzig und der polnische Korridor als Verkehrsproblem“, Berlin 1930, S. 51).

⁴⁵) Siehe die Nummern 64, 66, 68, 145;

⁴⁶) Daß trotz einzelner Erleichterungen der Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen immer wieder auf bedeutende Hindernisse und Schwierigkeiten stößt, ist in einer bereits recht umfangreichen Literatur eingehend nachgewiesen worden, z. B. in der oben erwähnten Schrift von Prof. Dr. v. Mühlensfeld, S. 50 ff.; ferner in: „Die Einwirkungen der Gebietsabtretungen auf die deutsche Wirtschaft“ (Herausgegeben vom Enquête-Ausschuß) Band I. „Der deutsche Osten und Nordosten“ (Berlin 1930), S. 24 ff. und S. 93 ff.

liche Schwierigkeiten des Transits sind beseitigt“ (93, 99, 171), „die Grenzen des Korridors sind wirtschaftlich unsichtbar“ (100), nur von deutscher Seite werde der Anschein von Schwierigkeiten geschaffen! (100.)



Der Verkehr durch den Korridor.

„Dzień Pomorski“ (Thorn) 3. 9. 1930.

(Auch als Wandkarte im Pavillon des „Westmarkenvereins“ (Z. O. K. Z.) auf der „Polnischen Landesausstellung“. Posen 1929. Vgl. Nr. 161.)

Eine ähnliche Karte bei Smogorzewski a. a. O. S. 38.

Die „Beweise“ hierfür sind allerdings sehr schnell erschöpft: außer den angeblich stetig steigenden Ziffern der deutschen Transporte durch den „Korridor“⁴⁷⁾ (99, 101, 161) nur — zumal dem Ausland gegenüber als „amtliche“

⁴⁷⁾ Dieses dauernde Wachstum der Transportziffern könnte allerdings in gefährlicher Weise die deutsche These von der Notwendigkeit des Korridors für die deutsche Wirtschaft stützen. Um diesen Eindruck zu vermeiden, statt dessen seine Unentbehrlichkeit für Polen darzutun, stellt man den Zahlen des deutschen Verkehrs schleunigst die des (künstlich forcierten!) polnischen Verkehrs gegenüber — allerdings erst, nachdem man von den deutschen Zahlen die Transporte von und nach Rußland und den Randstaaten abgeseht hat! Schließlich läßt man dieses höchst anscheinbare Zahlenmanöver (vgl. Ostland-Berichte Jg. III [1929], S. 73) überhaupt weg und prä-

Anerkennung deutscherseits! — einige willkürlich herausgegriffene Absätze aus einer Werbeschrift der Reichsbahndirektion Königsberg⁴⁹⁾ (99, 100.)

Noch viel weniger ist man natürlich gewillt, die deutsche Feststellung, daß der Korridor der Grund der ostpreussischen Wirtschaftsnot ist, anzuerkennen. Trotz besseren Wissens übergeht man die verhängnisvolle Zerreißung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ostpreußen und dem Korridorgebiet geflissentlich mit Stillschweigen⁴⁹⁾; man redet von einer deutschen „Korridor-Pschose“ (128) und erklärt sogar: „Die Schaffung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Existenz des polnischen Zugangs zum Meer und Ostpreußens ungünstiger Wirtschaftslage beruht auf bewusster Fälschung“ (90).

Wird notgedrungen zu dieser Frage Stellung genommen, so versucht zum Beispiel Srokowski, von dem die einzige Sonderdarstellung der Wirtschaftslage Ostpreußens herrührt⁵⁰⁾, zunächst mit dem Hinweis auf Pommern, „dessen Verhältnisse sich fast nicht von denen Ostpreußens unterscheiden, obwohl doch Pommern sich nicht über einen „Korridor“ beklagen kann“⁵¹⁾, Ostpreußens Not als durch den allgemeinen Niedergang der ostdeutschen Landwirtschaft begründet, zu erklären (93). Und er behauptet, was wirklich nicht nachgeprüft werden kann: „Was infolge der Amputation polnischen Gebietes auf einmal geschah, wäre auch eingetreten, wenn Deutschland im Osten nicht einen Fußbreit Landes verloren hätte“ (93). Ein weiterer Grund sei die

sentiert dem Ausland kühn eine „wirtschaftliche Rechtfertigung des polnischen Zugangs zum Meer“: „der polnische Verkehr durch den Korridor ist sechsmal so groß als der deutsche Verkehr“ (99, 101, 161). Kürzlich stellte der polnische Außenminister Jaleski in der Pariser Zeitung „Petit Parisien“ sogar gegenüber: 10 000 000 To. polnischer Verkehr und 1 500 000 To. Verkehr von und nach Ostpreußen („Jl. Kurjer Codzienny“, Krakau, vom 22. 11. 1930). Man vergleiche hierzu die von der amtlichen (!) „Polnischen Telegraphenagentur“ (PWA) verbreitete Karte! (S. 31.)

⁴⁹⁾ Diese Schrift stellte die Verhältnisse möglichst günstig dar, da sie die Belegung des lange Zeit hindurch — der polnischen Schikanen vor 1922 wegen nicht ohne Grund — gemiedenen Handelsverkehrs nach dem deutschen Osten bezweckte.

Eine Widerlegung dieses, auf Sławski (a. a. O., S. 66) zurückgehenden „Beweises“ gibt Dr. J. Fürst in: „Der Widersinn des polnischen Korridors“, S. 124 ff. Siehe auch: v. Mühlensfels, a. a. O., S. 52.

⁴⁹⁾ Daß gänzlich Schweigen immer noch das Klügste ist, beweist u. a. der Unfuss, den ein angesehener Politiker (Stanisław Stroński) bei einem Versuch, die deutschen Behauptungen zu widerlegen, vorbringt! (96).

⁵⁰⁾ Früher war Srokowski, z. B. in: „Die wirtschaftlichen Sorgen Ostpreußens und das polnische Pommern“ (Prusy Wschodnie, S. 99—110), über eine sachliche Auseinandersetzung schnell hinweggegangen, um sich dafür ausgiebig mit den deutschen „Raubabsichten“ gegenüber Polen zu beschäftigen.

Bei einer anderen Gelegenheit war ihm wider Willen ein Eingeständnis entschlüpft, und er beeilte sich dort, in höchst ungeschickter Weise die polnischen Argumente von der „gewaltigen“ Blüte, die Ostpreußen in der Vereinigung mit Polen erwartete, hinzuzufügen (118).

⁵¹⁾ Es ist nicht anzunehmen, daß es Srokowski unbekannt ist, daß diese Schwierigkeiten Pommerns tatsächlich denselben Grund wie die Not Ostpreußens haben, nämlich den Verlust des „Korridors“ als nächsten Bezugs- und Absatzgebietes (vgl. z. B. „Enquête-Ausschuß“, a. a. O., S. 65 ff.). — Es heißt also, stark mit der Oberflächlichkeit des Lesers rechnen, wenn ausgerechnet dieses Argument gegen die deutschen Behauptungen sprechen soll!

WRP Olsztyn

überlastung der Wirtschaft durch private und öffentliche „Luxusausgaben“⁵²⁾ (93), bzw. (nach Ruecker) durch „die allgemeinen preußischen Sozial- und Kulturverhältnisse“ (90).

Da die Beweiskraft dieser Erklärungen doch unzureichend erscheint, muß schließlich wieder die altbewährte Methode helfen: — während tatsächlich die Störung der Verbindung Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland durch den Korridor der Grund der Not ist wird von polnischer Seite — ganz im Sinne D m o w s k i ' s ! (137) — diese Verbindung selbst angegriffen! (88, 93) Ostpreußen sei Deutschland, „dem höherstehenden Organismus, künstlich angehängt“ (90); diese „künstliche Symbiose mit dem Reich“ (147) sei „unnatürlich“ (90) und schaffe „einen pathologischen Zustand“ (137).

Unter Hinweis auf Ostpreußens geographische Zugehörigkeit zu Polen heißt es übereinstimmend: „Ostpreußen gravitiert wirtschaftlich zu Polen“ (90, 111, 161) — das sei sogar von deutscher Seite festgestellt⁵³⁾! Das ganze Gebiet zwischen Oder und Memel gehöre „ausgesprochen zum slavischen Nationalwirtschaftsblock“ (89). Für S r o k o w s k i , der auch hier seine Sonderstellung wahren will, ist Ostpreußen wirtschaftlich „ein Teil des ostbaltischen Europas“⁵⁴⁾ (93).

Der Leser soll nach der Absicht der polnischen Publizisten daraus die einzige Folgerung ziehen: Also sollte man, um Ostpreußens Notlage zu beheben, nicht etwa die Störung seiner Verbindung mit dem übrigen Deutschland (den „Korridor“), sondern diese Verbindung selbst beseitigen! Und wirklich folgen als praktische Rat schlä ge: Da die heutige Notlage nur eine Folge der deutschen Politik (94), „Ostpreußen jeder Wirtschaftslogik zuwider zu bewirtschaften“ (93), sei, müßten alle „Hilfs- und Notprogramme“ wirkungslos bleiben (93, 98). Wirkliche Besserung erbringen könnte nur eine radikale Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik, d. h. mindestens der Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages⁵⁵⁾ (86, 87, 92).

⁵²⁾ Wenn Srokowski unter „Luxusausgaben“ vornehmlich die zahlreichen Schulbauten in Ostpreußen erwähnt, kann er damit in Polen, wo heute bereits Hunderttausende von Kindern wegen der unzulänglichen Schulen ohne Unterricht bleiben, sicherlich den rechten Eindruck erzielen!

⁵³⁾ Als Zeugen werden gewöhnlich angeführt (90, 92): eine angeblich 1919 verfaßte, später amtlich vernichtete Denkschrift des Syndikus der Handelskammer Königsberg, F. S i m o n , über eine Zollunion Ostpreußens mit Polen, ferner Äußerungen des früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. B a t o c k i , über die Notwendigkeit, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ostpreußen und Polen anzubahnen. Gegen die Verleumdung Srokowski's, ihn als Kronzeugen für seine weitergehenden Behauptungen in Anspruch zu nehmen, hat sich Herr v. Batocki ganz entschieden verwahrt — vgl. den Briefwechsel hierüber in: „Der junge Osten“ (Königsberg 1929), No. 4, 7, 8/9.

⁵⁴⁾ Ein Versuch, diese Behauptung zu beweisen, wird von Srokowski erst gar nicht unternommen!

⁵⁵⁾ Über die Vor- und Nachteile des Handelsvertrages für Ostpreußen, selbst bei den besonderen Sicherungen für die Landwirtschaft, ist z. B. Dr. W i l l e - Königsberg durchaus anderer Ansicht: „Auf den Vertrag in seiner jetzigen Form wird jedenfalls Ostpreußen keine großen Hoffnungen setzen können“ („Ostpreußen und der Handelsvertrag mit Polen“ in: „Danziger Neueste Nachrichten“ vom 20. 8. 1930). Ebenfalls skeptisch hatte sich bereits 1927 Professor Dr. Beckmann-Bonn (in seiner Schrift: „Ostpreußen und Polen“) geäußert.

Darüber hinaus wird D m o w s k i ' s Vorschlag: „Aufhebung der Zollgrenze“ (84, 133) wieder aufgegriffen, und — da Ostpreußens „wirkliche Existenz übrigens nicht auf der Ausfuhr von Agrarprodukten, sondern auf dem Transitverkehr zur See beruht“ (90)!, als „die beste Lösung“ angepriesen: „der Abschluß einer Zollunion im Rahmen des deutsch-polnischen Handelsvertrages“ (92). Ostpreußen stände also wie Danzig vor der Frage: „Entweder Stützung auf Polen, dann große Entwicklung oder — — langsames Hinsiechen in der Umklammerung durch die preußisch-deutsche Politik“ (91)!

Hingewiesen sei noch auf die Fragen der Bevölkerungsbewegung Ostpreußens, bei denen besonders zwei Punkte interessieren⁵⁶⁾:

1. die Siedlungsaktion,
2. die polnische Unterwanderung.

Die Berichte über Fortschritte der Siedlung⁵⁶⁾ sind voller Klagen über die Unterdrückung, sogar „Enteignung der polnischen Bevölkerung“ (27, 103, 112, 125), solche über die Lage der polnischen Saisonarbeiter (97) werden benutzt, um die Notwendigkeit und Berechtigung der polnischen Zuwanderung darzulegen. Man müsse „mit allen Mitteln dem Kolonisationsprozeß entgegenarbeiten“ durch den „billigen Landarbeiter, der den natürlichen Bevölkerungsüberschuß verdrängen würde“ (Srokowski 150); und das mit Recht, denn „die Natur selbst bestimmte diese Gebiete für die polnische Ansiedlung“ (27)!

Unsere bisherigen Untersuchungen haben als Ergebnis gezeitigt: Nach den Behauptungen der polnischen Publizistik soll Ostpreußen geographisch, historisch und ökonomisch mit Polen (bzw. mit den Randstaaten) verbunden, seine Bevölkerung zum großen Teil polnisch oder doch nur oberflächlich germanisiert — kurzum: „Ostpreußen kein deutsches Land“ (143) sein.

Nunmehr sei gezeigt, welche Wünsche für die polnische Politik gegenüber Ostpreußen — auf Grund solcher Fälschungen für den Leser mit Recht! — verkündet werden.

⁵⁶⁾ Wenn Smogorzewski weiter versichert: Die Zollunion würde nicht „im Mindesten der heutigen politischen Stellung Ostpreußens Abbruch tun“ — so mag das für das Ausland überzeugend wirken, klingt aber wenig vertrauenswürdig, wenn man andere Ausführungen über Polens politische Pläne und das Wirtschaftsmittel daneben hält!

⁵⁷⁾ Der Hinweis auf Danzig dürfte diese Lockung wirklich nicht zugkräftiger gestalten. Die polnische Presse aber wiederholt sie eifrigst; z. B. kommt der „*Ilustrowany Kurjer Codzienny*“ (Krakau) vom 6. 7. 1930 bei Erörterung der „*Korridorlüge*“ zu dem Schluß: „Ostpreußens ‚Krieg‘ mit Polen — das ist sein Tod, wirtschaftliches Zusammenleben seine Blüte!“

⁵⁸⁾ In der Buchliteratur sind sie relativ kurz behandelt, dafür zeigen zahlreiche Zeitungsaufsätze, wie rege ihre Entwicklung verfolgt wird.

⁵⁹⁾ Ihre bisherigen Erfolge wie auch Zukunftsaussichten werden sehr wenig günstig beurteilt, z. B. von Srokowski („*Uwagi*“, S. 293 ff.).

Wenn zunächst gefragt wird: Wie steht Polen zu der Entscheidung des Versailler Vertrages? so versichert uns Dmowski, der daran vorzüglichen Anteil hatte: „Polen erreichte in Versailles nicht, worauf es ein Recht hatte“ (136), und der Sozialist Limanowski pflichtet ihm bei: „Es wäre gerechter gewesen, wenn die Pariser Konferenz den Anschluß Österreichs gestattet, dafür aber Ostpreußen als selbständigen Staat abgetrennt hätte“ (140). Daß nämlich wäre „keine Verletzung des nationalen Prinzips“ gewesen (Bukowiecki, 139). So aber sei „die ostpreußische Enklave der gleiche Fehler wie die Schaffung der Freien Stadt Danzig“ (152), jedenfalls „für Polen der bedenklichste Teil des Versailler Vertrages“ (139).

Sehr bedeutsam ist, daß die Revisionsbedürftigkeit der heutigen Lage durchaus anerkannt wird; so erklärt z. B. Grabski: sie sei „zu gekünstelt, als daß sie sich auf die Dauer aufrecht erhalten ließe“ (138) oder, noch schärfer, Srokowski: „Der Versailler Vertrag hat eine Lage geschaffen, die überhaupt keine Bürgschaft für Dauer besitzt“ (149).

Wie aber die polnischen Revisionsvorschläge⁶⁰⁾ ausfallen werden, kann man sich unschwer vorstellen, wenn man Srokowski weiter hört: „Ostpreußen ist der Schlußstein in dem Gewölbe unseres ehemaligen Gefängnisses⁶¹⁾“, oder wenn Bukowiecki erklärt: Ostpreußen sei „eine für den polnischen Organismus besonders schmerzliche, dabei besonders wichtige Stelle“ (139), eine „dauernde Gefahr für Polen“ (139). Ähnlich hatte bereits 1903 der Theoretiker des polnischen Imperialismus, J. L. Poplawski, gefordert: „Die nationale Politik muß auf Ostpreußen ihr Hauptaugenmerk lenken; Westpreußen kann man nicht ohne Ostpreußen festhalten; Ostpreußen muß also um jeden Preis polnisch werden“ (131).

In treuer Beachtung dieser Mahnung wird also dem deutschen Streben nach Wiedererlangung des Korridorgebietes Polens „Drang nach Ostpreußen“ entgegengestellt (139), wird einmütig versucht, „dem Begriff des deutsch-polnischen Kampfes um den „Korridor“ den des Kampfes um Ostpreußen zu substituieren⁶²⁾“ (150, Srokowski).

⁶⁰⁾ Ein praktisches Beispiel: die Grenzfestsetzung an der Weichsel. Während man befriedigt feststellte, daß Ostpreußen von der Weichsel abgeschnitten sei (105), wurde der 50 m-Streifen auf dem rechten Ufer als „anomal“ bezeichnet (104). Wie aber eine Revision aussehen sollte, zeigen die Worte, die das Blatt des Wojewoden von Pommerellen anläßlich des 10 jährigen Besitzstandes schrieb: Polen betrachte diesen Uferstreifen als „Unterpfand, daß im Lauf der Zeit sich alle Hoffnungen des polnischen Volkes erfüllen werden“ (105a).

⁶¹⁾ In: „Die wichtigsten Probleme der polnischen Außenpolitik...“ („Polska Zachodnia“, Jahrgang I, 1926, S. 108 ff), wo es dann weiter heißt: „... (Ostpreußen) ist der Damm für unsere natürliche Entwicklung, der Zentralpunkt für die Anknüpfung aller möglichen Amputationsprojekte irgendeines Teils oder gar der Aufteilung unseres Staates. Ostpreußen muß dauernd die größte Sorge unserer Außenpolitik sein, ein Wegweiser und eine Warnungstafel vor irgendeinem zwecklosen oder übereilten Schritte...“

⁶²⁾ Wie sehr diese Formel Srokowski's (den das offizielle Polen verleugnet) heute auch der amtlichen Haltung Polens entspricht, zeigen die sicherlich vom polnischen

Bei der Formulierung der konkreten **Anneziionsprogramme** gehen allerdings die Ansichten recht stark auseinander. Die allen gemeinsame Grundlage ist das **Minimalprogramm**: Befreiung der „von den Deutschen geraubten, Polen rechtmäßig zustehenden Gebiete“, d. h. Erlangung der **Abstimmungsgebiete** (76, 82, 138, 139, 145, 150, 155).

Sehr oft vertreten wird auch die weitergehende Forderung: Rückkehr zu dem **Territorialprogramm** des Pariser Nationalkomitees (**D m o w s k i - P r o g r a m m**, 132—134, 156). Man fordert die „**Reduzierung der Provinz Ostpreußen auf das Pregelgebiet**“ (Srokowski, 112), also die **Annektion** der Abstimmungsgebiete und des Ermlands (in den Grenzen von 1772) durch Polen, des Nordteils Ostpreußens durch Litauen und **Zuteilung des Restgebiets** (1 000 000 Einwohner) an Polen als autonome Provinz oder auch als, mit Polen durch **Zollunion** zu vereinigende, „**Freie Stadt Königsberg**“ (59, 87, 145).

Wie für diesen Vorschlag, ist die **Erneuerung** der polnisch-litauischen Union oder mindestens der **Abschluß** eines Bündnisses zwischen Polen und Litauen die unerläßliche Vorbedingung auch für das **Consulibus-Projekt** der **Aufteilung Ostpreußens** zwischen Polen und Litauen (144). Danach sollte der Hauptteil Ostpreußens (ein „**Groß-Ermland**“, 25 000 qkm mit 1 200 000 Einwohnern) an Polen, 11 Kreise auf dem linken Memelufer (10 000 qkm mit 500 000 Einwohnern) an Litauen fallen, ein bedeutend kleineres Restgebiet (gerade die Halbinsel Samland, 2 000 qkm mit 300 000 Einwohnern) als „**Freie Stadt Königsberg**“ mit Litauen vereinigt werden (144, 154).

Schließlich wird auch eine vorbehaltlose **Annektion** ganz Ostpreußens durch Polen⁹⁴⁾ (**Maximalprogramm**) erhoben, evtl. unter **Gewährung** einer provinziellen **Autonomie** (87, 152). „**Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann**“ (155).

Eine gewisse **Sonderstellung** nimmt Srokowski mit seinen Anhängern ein. Unter ängstlicher **Vermeidung** des Wortes „**Annektion**“ wird nur gefordert: „**Ostpreußen muß zu seiner natürlichen Rolle als einer selbst-**

Außenministerium inspirierten Entgegnungen auf die Anregungen der „**Hilfe**“ zwecks einer deutsch-polnischen **Aussprache** über den **Korridor**. So schrieb die offiziöse „**Epoka**“ (26. 5. 1929): Die **Diskussion** entfahre des „**Willens zur Verständigung**, die ausgeschlossen ist, sofern sich die **Diskussion** um die **Rückkehr** des „**Korridors**“ zu **Deutschland** dreht“! Noch deutlicher war der „**Głos Prawdy**“ (1. 6. 1929): **Wenn vorgeschlagen werde, die Korridorfrage zu diskutieren, so „könnten wir unsererseits ähnlich unsere Bereitwilligkeit erklären, die Probleme Ostpreußens zu erörtern“.** (Siehe „**Ostland-Berichte**“ III (1929), Nr. 4—6, S. 142 f.)

⁹³⁾ Eine **kartenmäßige Darstellung** dieses Programms siehe in: „**Volk und Reich**“ (Jahrgang VI) 1930, Heft 4/5, S. 308. Vgl. auch die **Karte** Srokowski's: „**Wasserscheiden in Ostpreußen**“, S. 19, dazu **Anmerkung** 7.

⁹⁴⁾ Die **Vertreter** dieser Forderung könnten sich u. a. auf die **Denkschrift** „**Questions . . .**“ berufen, wo es z. B. heißt: „. . . die **vorbehaltlose Wiedervereinigung** des deutschen Teils Ostpreußens mit Polen wäre nur **Vollendung** der im 15. Jahrhundert begonnenen **Entwicklung**“ (59).

ständigen deutschen Kolonie zurückkehren⁶⁵⁾“ (146), „muß in eine der Ostseerepubliken umgewandelt werden⁶⁶⁾“ (143). Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es sich hier nur um eine Zwischenlösung (hinter der die Annexion Ostpreußens durch Polen steht) handelt. Bedürfte es noch des Beweises, so liefert ihn z. B. die Forderung Srokowski's (148), daß dieses so verselbständigte Ostpreußen, als selbständiges Wirtschaftsgebiet undenkbar, in eine Wirtschaftsunion mit Polen werde treten müssen⁶⁷⁾.

Jedenfalls ist diese Forderung Srokowski's, verbunden mit seinem Projekt einer inneren Neugestaltung Ostpreußens (149), von der „Vereinigung der Landsleute aus dem Ermland, Masuren und dem Marienburger Lande“ eifrigst aufgegriffen worden; diese erhebt nun gegenüber dem Auslande⁶⁸⁾ die Forderung: Ostpreußen müsse „auf Grund von Art. 19 der Völkerbundsatzung⁶⁹⁾ zu einer freien Bundesrepublik mit kantonaler Verfassung für die drei Nationalitäten, zur „Baltischen Schweiz“, umgestaltet werden“ (165, 166).

Welcher Mittel soll sich nun die polnische Politik bedienen, um die so gekennzeichneten Ziele zu erreichen?

Zunächst wäre zu bemerken, daß die Mehrheit der Stimmen sich für eine vorsichtige Politik Polens ausspricht⁷⁰⁾, z. B. warnt Srokowski vor jedem übereilten Schritt (wegen der polenfeindlichen Stimmung der Bevölkerung) und empfiehlt: „Warten und nichts weiter!“ (149). Eine spätere Stimme wiederholt mit charakteristischem Zusatz: „Abwarten und Gdingen ausbauen! Zeit und Wirtschaftslogik arbeiten für uns!“ (124).

Nichtsdestoweniger werden praktische Vorschläge gemacht, und zwar stehen darin die wirtschaftlichen Mittel an erster Stelle;

⁶⁵⁾ Für Srokowski ist diese Verselbständigung Ostpreußens unerläßliche Vorbedingung für den Verbleib der Abstammungsgebiete bei Ostpreußen (148).

⁶⁶⁾ Dieser Verfasser (Kurnatowski) fordert gleichzeitig Umgestaltung Ostpreußens in ein Völkerbundsmandat (Schweden oder der Schweiz zu übertragen)! Ostpreußens Bevölkerung müsse erst eine Freiheitsschule durchmachen, da ihre „politische Erziehung für eine vernünftige Ausnutzung eines freiheitlichen Systems nicht ausreicht“ (143). Unter dieser politischen Unreife der ostpreußischen Bevölkerung dürfte wohl ihre unbedingte Abneigung gegen jegliche Verbindung mit Polen (139, 147) verstanden sein!

⁶⁷⁾ Über die Hoffnungen, die Polen auf eine solche Wirtschaftsunion setzt, siehe z. B. die Ansicht Omowski's (133)!

⁶⁸⁾ Die Erklärungen der „Vereinigung“ samt der lügenhaften Begründungen sind wörtlich abgedruckt bei Smogorzewski, a. a. O., S. 104.

⁶⁹⁾ Die Möglichkeit einer Revision der Friedensverträge auf Grund von Art. 19 der Völkerbundsatzung wird sonst von polnischer Seite entschieden abgelehnt — z. B. von Polek: „Die Revision der Verträge im Licht der Völkerbundsatzung“ („Ostland-Berichte“ II (1928), S. 108 ff.). Allerdings handelte es sich dabei um deutsche Wünsche!

⁷⁰⁾ Die Haltung ist allerdings nicht einheitlich; z. B. steht der Ansicht: „Man muß den Dingen ihren Lauf lassen“ (152) die Forderung gegenüber: „Die Lage fordert von uns eine energischere Politik“ (Consulibus, 144). Polen solle die Korridorfrage aufrollen und den Anschluß Österreichs gegen Loslösung Ostpreußens vom Deutschen Reich propagieren.

„erst in zweiter Linie wird die Geschicklichkeit der polnischen Diplomatie entscheidend sein“ (149). Es handelt sich dabei vornehmlich um den Plan der Zollunion, die, wie früher gezeigt, als das beste Mittel zur Behebung der ostpreussischen Wirtschaftsnöte angepriesen wird (92). Erst kürzlich wieder sprach der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Straßburger, in Paris von der Aufgabe der polnischen Wirtschaftspolitik, „durch ökonomische Annäherung eine Erleichterung der Wirtschaftslage Ostpreußens anzustreben“ (171). Welche Ziele man dadurch erreichen will, verrät uns die Äußerung Dmowski's: „Wirtschaftliche Einflüsse würden genügen, um mit der Zeit ohne jeden politischen Druck Ostpreußen zu einem Teil des echten Polens mit polnisch-deutscher Mischbevölkerung zu machen⁷¹⁾“ (133).

Sollte sich diese „Annäherung“ nicht auf friedliche Weise herbeiführen lassen, so müsse eben der Wirtschaftskampf⁷²⁾ sie durchsetzen. Notwendig werde also „eine entsprechende Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik“ (139), „damit Ostpreußen völlig abseits der Hauptverkehrs- und Handelswege gerate“ (150). Eine weitere Folge dieser Politik wäre „die Ablenkung der Hauptrichtung des Handels in Ostpreußen⁷³⁾ — von der Berlin—Moskauer in die Danzig—Königsberg—Warschauer Richtung“ (150, Stokowski). Unterstützt werden müsse sie evtl. noch durch Hemmung des Verkehrs durch den Korridor⁷⁴⁾, ferner durch Stärkung der polnischen Wirtschaftsposition im Korridor (Ebdingen! 124).

Erhofft wird von dieser Politik ein doppelter Erfolg: bei wirtschaftlichem Niedergang Ostpreußens die Vernichtung des Widerstandswillens seiner Be-

⁷¹⁾ Selbstverständlich leugnet man dem Ausland gegenüber solche Ziele ab und versichert, daß Ostpreußens politischer Status durch die Wirtschaftsunion unberührt bleiben solle (Smogorzewski, siehe Anmerkung 56). Ist man aber unter sich, so heißt es ganz offen: Ostpreußen habe an der Wirtschaftsvereinigung das größere Interesse, Polen könne warten, „im rechten Augenblick zu Hilfe kommen. Dann aber, wenn man uns höflich bittet, wird man uns auch dafür zahlen müssen“. (In dem der Regierung nahestehenden „Głos Prawdy“ (Warschau) vom 24. 4. 1929.)

⁷²⁾ Wie der Gedanke des Wirtschaftskampfs sich immer stärker entfaltet, zeigen deutlich die Bemerkungen über Königsberg, „den natürlichen Hafen Warschaus“ (85). Ursprünglich wurde nur seine Bedeutung für Polen betont (109, auch Stokowski, Z krainy, S. 31), dann schon erklärt: seine Benutzung müsse „vom Absatz polnischer Waren in Ostpreußen abhängig gemacht werden“ (111), heute wird gefordert: Die Beendigung des Hasenbaus in Ebdingen sei „die lebenswichtigste Aufgabe Polens, um Königsbergs Bemühungen zu vernichten“ (124, Anmerkung). Daß das keine leeren Worte sind, zeigte während der Handelsvertragsverhandlungen Polens Widerstand gegen die Forderung, Königsberg paritätisch mit den Häfen Danzig und Ebdingen zu behandeln.

⁷³⁾ Die polnischen Bahnprojekte, besonders die von Stokowski geforderte Umgehungsbahn (Bialystok—Ostroleka—Mława—Thorn) sind anschaulich in zwei Karten dargestellt in: „Volk und Reich“ (Jahrgang VI), 1930, Heft 4/5, S. 304 und 307.

⁷⁴⁾ Eine ausdrückliche Aufforderung unterbleibt zwar, doch liegt ein solcher Schluß nahe, wenn Stokowski schreibt: Die Zeit von 1466—1525 erinnere merkwürdig an die Gegenwart. „Gegen das elementare Eindringen polnischer Einflüsse wehrte man sich mit allen Mitteln, wogegen Polen mit seiner erfolgreichsten Waffe, der Isolierung Ostpreußens, antwortete“ (67). Auch der Abbruch der Münsterwalder Brücke (106—108) dürfte in dieser Richtung liegen.

völkerung (124, 150), ferner eine Entfremdung Ostpreußens gegenüber Gesamtd Deutschland; denn „je größeren Niedergang Ostpreußen erleidet, umso weniger Interesse wird es in Deutschland erwecken“ (150).

Nicht vergessen werden dürfen schließlich die Hoffnungen, die man in Polen auf eine allmähliche Entvölkerung Ostpreußens, auf die polnische Unterwanderung setzt⁷⁶⁾.

Neben diesen Wirtschaftsmaßnahmen soll die polnische Politik in dem Kampf um Ostpreußen das altbewährte Mittel der Propaganda einsetzen, und zwar in dreifacher Richtung:

1. unter den Polen in Ostpreußen (und in Polen selbst),
2. unter der deutschen Bevölkerung Ostpreußens,
3. im Auslande.

1. Wie die Propaganda in Polen aussieht, zeigen die hier vereinigten Stimmen zur Genüge⁷⁶⁾; hingewiesen sei noch auf die charakteristische Aufforderung, besonders an die Jugend, „die masurische Frage nie im Stich zu lassen⁷⁷⁾“ (138) oder auf den ähnlichen Appell Limanowski's an die polnischen Sozialisten (140). Daß aber diese Propaganda nicht bei der „Masurenfrage“ Halt macht, lehren die Worte über den Zweck des (aus Regierungsgeldern zu errichtenden) „Meeresmuseums“ in Gdingen, in dem u. a. „eine historische und ethnographische Begründung unserer unverjährenen Rechte auf weitere Küstengebiete“ (164) gezeigt werden soll.

Die Propaganda unter den „Polen“ Ostpreußens soll die in der Abstimmung erwiesenen „Funken des Polentums anfachen, daß sie in hellen Flammen auflodern“ (74), damit „ein neues Oberschlesien entstehe⁷⁸⁾“ (28, 41). Welche Taktik hier anzuwenden sei, sagt Bukowiecki (wohl

⁷⁶⁾ Vgl. die Ausführungen über die Siedlung. — Eine neue Bestätigung erfährt dieser Gedanke durch die polnische Geheimdenkschrift zur Pariser Konferenz im Frühjahr 1929 (veröffentlicht von „Volk und Reich“, Berlin 1930), in der u. a. die Möglichkeit, wegen der 1936 in Deutschland zu erwartenden Bevölkerungskrise sogar Notwendigkeit der polnischen Unterwanderung erwogen wird.

⁷⁷⁾ Dieser Propaganda dienen auch die Zustands schilderungen (133 bis 144), die immer wieder den deutschen Terror zum Gegenstand haben. Besonders bedacht wird der Heimdienst, diese „halbamtliche Spionage-Räuber-Organisation“ (141), in der „der Abschaum des Volkes vereint“ sei (141). Er sei „die eigentliche Regierung Ostpreußens“ (121), dem die Militärverbände unterständen (121). Seine geheime Aufgabe sei: „Übernahme der gesamten Tätigkeit, die der durch den Versailler Vertrag behinderte Staat nicht ausführen könne“ (121), „er benutzt Mietlinge, um schädliche Personen zu beseitigen“ (121).

⁷⁸⁾ Ausschließlich für die Schulpropaganda ist die Schrift von Rogowski bestimmt. Daß der Appell an die Jugend nicht wirkungslos verhallt ist, zeigen die Nummern 162 und 163: Aktive Propaganda der studentischen Korporationen!

⁷⁹⁾ Wie die öffentliche Meinung Polens über die Erfolgsmöglichkeiten dieser Propaganda getäuscht wird, zeigen die Mitteilungen über „die polnische Nationalbewegung in Ostpreußen“, S. 8.

für ganz Polen maßgeblich): „Die polnische Regierung muß in jeder Weise diplomatisch bemüht sein, daß dort „Minderheitenschutz“ gewahrt werde; damit entsteht die Möglichkeit, daß die Presse, Vereine und Schulen ihre eigentliche Aufklärungstätigkeit beginnen können⁷⁹⁾“ (139, ähnlich Grabski 138).

2. Die Propaganda unter der deutschen Bevölkerung Ostpreußens soll, bei gleichzeitigem Wirtschaftskampf, „bei der Bevölkerung tieferes Interesse für Polen, vornehmlich wirtschaftlich, dann aber auch in politischer Hinsicht erwecken“ (139), d. h. schließlich die „freiwillige Entdeutschung“ (wie sie schon in der Denkschrift an die Friedenskonferenz: „Questions . . .“ gefordert wurde!) herbeiführen. Ostpreußens Bevölkerung solle „den Ballast historischer Erinnerungen abschütteln“ (147) und an deren Stelle die Wirtschaftsinteressen setzen (141, 147). Wenn sie die Vorteile der Anlehnung an Polen einsehen werde (158), sei der Kampf für Polen entschieden⁸⁰⁾ (149).

3. Die Auslandspropaganda. Europa und Amerika seien davon zu überzeugen, „daß Ostpreußen eine Kolonie ist, die sich in den Schoß der ihr fremden slavisch-litauischen Welt eingedrängt hat und den Weltfrieden bedroht“⁸¹⁾ (158). — Daß diese Forderung Srokowski's, ähnlich wie die Professor Koszrzewski's (160), nicht unbeachtet geblieben ist, zeigen die Schriften von „Prufenus“, Slawski oder Smogorzewski⁸²⁾.

Schließlich aber hat auch die polnische Diplomatie ihre Aufgabe zu erfüllen: die Beseitigung der polnisch-litauischen Spannung (159), denn ein Bündnis zwischen Polen und Litauen (144) wäre

⁷⁹⁾ Daß die Forderung nicht unbeachtet geblieben ist, scheint z. B. durch die Reichstagswahl 1930 erwiesen. Konnte doch die auffällige Tatsache beobachtet werden, daß die Zahl polnischer Stimmen nur dort gestiegen ist, wo polnische Minderheitsschulen (womöglich mit Lehrern polnischer Staatsangehörigkeit) eröffnet worden sind!

⁸⁰⁾ Auch hier wird die öffentliche Meinung Polens zielbewußt irrefgeführt! Obwohl zugegeben werden mußte, daß „der Wille der ganzen Bevölkerung“ gegen eine Verbindung mit Polen ist (139), Srokowski gerade deshalb vor übereiften Schritten warnt (147, 149), weiß er selbst wieder an anderer Stelle (120) von Autonomieströmungen zu berichten, was dann in Zeitungen fleißig wiederholt wird. U. a. heißt es, die Erfüllung des Wunsches vorweggenommen: „An der Ostsee zerreißt der wirtschaftliche Blick erfolgreich die nationalistischen Nebelhüllen“ (124). Als „Vorgänger“ dieser angeblichen separatistischen Strömungen werden immer die Oststaatspläne von 1919 genannt (89, 120); völlig unberechtigt, wie z. B. das Urteil Worgiński's (a. a. O., S. 28) beweist: „Die Männer, die damals den Gedanken des „Oststaates“ verfolgten, . . . wollten nur alles anwenden, um die deutsche Ostmark dem Deutschtum zu erhalten.“

⁸¹⁾ Ausgangspunkt ist Dmowski's Ansicht: „Ostpreußen als deutsche Insel ist eine Gefahr für den Frieden Europas“ (132, 137, auch Srokowski 146, 154). In diesem Sinn wird wiederholt: Ostpreußen sei „Deutschlands Arsenal für Revanchegeleüste“ (89), „deutsche Militärkolonie, Konzentrationslager der deutschen Militärkräfte zur Eroberung Mitteleuropas“ (143), um „in Europa eine paradoxe Hegemonie von Kapitalismus und Kommunismus zu errichten“ (89). „Die zivilisierte Welt kann ein solches Geiernest nicht dulden. — Europa hat Ostpreußen geschaffen. Europa muß es vernichten“ (143).

⁸²⁾ Eine Verstärkung der Propaganda steht bevor, falls das „Baltische Institut“ (Thorn) seine Pläne ausführt (siehe Seite 15).

„das Ende der gewalttätigen Usurpation der ostpreußischen Enklave“ (159), sei vor allem unerläßliche Vorbedingung für „Ostpreußens völlige Umschließung im Kriegsfall“ (174).

Bukowiecki versichert uns zwar, der polnische „Drang nach Ostpreußen“ stehe nicht im Widerspruch zu Polens „ausgesprochen friedlichen Tendenzen“ (139). Öfter aber ist die Rede von dem unvermeidlichen Krieg (Grabski: „Wegen der Ostseeküste wird Polen früher oder später mit Deutschland zusammenstoßen“, 138), von dem „künftigen Endkampf auf den Feldern eines neuen Tannenberg“⁸³⁾ (155, 169).

Wie sich Ostpreußens Schicksal im Kriege gestalten würde, zeigen die Erwägungen polnischer Militärs⁸⁴⁾ (172—182), deren Ergebnis sich, wie folgt, zusammenfassen läßt:

Unerläßliche Bedingung für die Erhaltung des Korridors⁸⁵⁾ im Kriegsfall sei, in ganzer Breite Ostpreußens möglichst schnell zur Küste vorzudringen. Ostpreußen habe also vom ersten Augenblick Kampfsgebiet der breit angelegten polnischen Offensive zu sein (um auch der polnischen Flotte durch Beherrschung der ostpreußischen Häfen Bewegungsfreiheit nach Norden zu sichern (172, 173, 175). Bei der heutigen Grenzlage sei es nicht mehr notwendig, die Seenkette zu forcieren, vielmehr würde die Aktion, den Gegner von der Weichsel abzudrängen, vom Kulmerland, das keilförmig 60 km nach Norden vorstoßend, das Seengebiet flankiert (173), ausgehen. Die pommerellische Armee soll, gestützt auf das Festungsdreieck Graudenz—Kulm—Thorn, in drei Tagesmärschen das Haffufer erreichen.

Diese Hauptaktion müsse unterstützt werden durch einen Angriff in dem Raum nördlich von Rajgród, auf dem Wege, den

⁸³⁾ Besonders tut sich, seiner Tradition getreu, der „Sokół“ hervor (168, 169), aber auch andere Verbände, z. B. der „Strzelec“ (Schützenverband), verkünden die Losung: „Wir werden Tannenberg (Grunwald) wiederholen!“ Siehe z. B. die Heftplakate der „Antideutschen Woche“!

⁸⁴⁾ Diesen militärischen Betrachtungen gegenüber beachte man die Worte Smogorzewski's (a. a. O., S. 77): „Polen wünscht aufrichtige, loyale Zusammenarbeit mit Deutschland . . . es ist bereit, den Korridor zu entmilitarisieren, wenn Deutschland Ostpreußen und einen Teil Pommerns entmilitarisiert.“

⁸⁵⁾ Sehr bedeutsam ist, daß dieser Fachmann erklärt: „Vorübergehende Aufgabe des Korridors im Kriege kann stattfinden“ (179), „ist kein tödlicher Stoß für den Staatsorganismus“ (180), worauf allerdings Srokowski sofort erwiderte: „Vorübergehender Verlust wäre das Grab unserer Großmachtstellung, da er von Dauer sein würde, Pommerellen ist der Platz für das polnische Verdun, zumal Ostpreußen gar nicht daran denkt, sich zu unterwerfen“ (181). Es scheint, als ob diese Ansicht nicht nur in der öffentlichen Meinung Polens gesiegt hat, sondern auch militärische Kreise beherrscht, siehe die Forderungen Zorawski's betr. Befestigungen im Korridor (182), ferner entsprechend den Forderungen Umiaſtowski's (172), die starken Truppenansammlungen im Korridor („Volk und Reich“, Jahrg. VI (1930), Heft 4/5, S. 325—29, mit zwei Karten).

Über den militärischen Unwert des Korridors siehe auch: „Die Korridor Gefahr“ (München 1930), S. 24 f.

1656 die Polen und Tataren für ihren Einfall in Ostpreußen benutzt haben (173). Vielleicht komme noch hinzu die Unterstützung Litauens, so daß die Umklammerung Ostpreußens vollständig würde (der Fall, daß Litauen neutral bleiben oder auf deutscher Seite gegen Polen stehen könnte, wird nicht näher ausgeführt!).

Es müsse bezweifelt werden, ob Masuren, auf drei Seiten von polnischen Truppen umgeben, sich werde halten können; die Rettung des Nordteils der Provinz sei jedenfalls die großen Verteidigungskosten nicht wert. In jedem Fall sei es für Deutschland sehr schwer, Ostpreußen zu halten, selbst wenn es die See völlig beherrschen würde (176).

Nach alledem sei zum Schluß nur hingewiesen auf die polnischen Be-
teuerungen, daß auf Seiten Polens kein Imperialismus vorläge (81, 90, 139), daß Srokowski „völlig ungerechtfertigt“ als Zeuge polnischer Eroberungslust genannt werde (90), daß „die Bedrohung Ostpreußens durch den polnischen Imperialismus ein Mißbrauch von Phrasen“ sei! (89).

Quellenverzeichnis.

	Nummern:
I. Das Land Ostpreußen	1— 6
II. a) Die Urbevölkerung Ostpreußens	7— 14
b) Die Masuren	15— 37
c) Die ermländischen Polen	38— 39
d) Die Weichselpolen	40— 41
e) Die deutsche Statistik	42— 47
f) Die Litauer in Ostpreußen	48— 49
g) Die Deutschen in Ostpreußen	50— 54
III. a) Die Berufung des Ordens	55— 58
b) Geschichtsübersichten	59— 68a
c) Der Wiederaufbau Ostpreußens	69— 72
d) Die Abstimmung 1920	73— 83
IV. a) Ostpreußens Wirtschaft	84— 98
b) Der Korridor-Verkehr	99—101
c) Die Ansiedlung	102—103
V. Ostpreußen und die Weichsel	104—108
VI. Einzelne Städte Ost- und Westpreußens	109—119
VII. Zustandsschilderungen	120—128
VIII. Ostpreußen und die polnische Politik	129—157 b
IX. Ostpreußen in der polnischen Propaganda	158—171
X. Militärische Erwägungen betr. Ostpreußen	172—182

1-1	...	I
1-2	...	II
1-3	...	III
1-4	...	IV
1-5	...	V
1-6	...	VI
1-7	...	VII
1-8	...	VIII
1-9	...	IX
1-10	...	X
1-11	...	XI
1-12	...	XII
1-13	...	XIII
1-14	...	XIV
1-15	...	XV
1-16	...	XVI
1-17	...	XVII
1-18	...	XVIII
1-19	...	XIX
1-20	...	XX

1

set
vis
teris
der
Kun
dene
grap
pan

2

Pro
imm
tes,
mer
daß
ni e
lich
mal
vor
sen

3

vor
tau
sch
mit
ha
her
lich
brä
die
un
als

Die Sperrungen wurden, soweit nicht ausdrücklich anders vermerkt,
von uns vorgenommen.

I. Das Land Ostpreußen.

1 Prutenus, S. 19.

... Ostpreußen ist eine typische und natürliche Fortsetzung der masovischen Niederung und des masovischen Seengebiets, zeigt analogen Bau mit allen charakteristischen Zeichen für Flora wie für Wasserfauna. Auch der Lauf der Flüsse zeigt unveränderte Richtung, von Süd nach Nord; erst die Kunst schuf die West-Ost-Verbindung ... Die deutschen Ausführungen, denen jede wissenschaftliche Grundlage fehlt, ... bezwecken eine geographische Konstruktion, ... die Deutschlands Berechtigung zur Expansion von West nach Ost begründen soll.

2 Srokowski, Z krainy S. 9.

... Ostpreußen [ist] die am weitesten nach Osten vorgeschobene Provinz, die, vom übrigen Staat getrennt, ganz natürlich mit jedem Tag immer mehr die Züge eines besonderen Gebiets, man kann sagen Staates, annimmt. Es gibt eine ganze Reihe von Bezeichnungen, die die jammernden Deutschen ... für diese Lage ersonnen haben ...; die beste ..., daß Ostpreußen bezügl. seiner Lage eine deutsche Kolonie, die einzige dem Staat verbliebene, ist. Verglichen mit der wirklichen Lage, verliert diese Bezeichnung zweifellos die Übertreibung, malt aber am besten die Furcht deutscher Patrioten alten Schlages vor dem Gedanken an eine selbständige Existenz, umsomehr als diesem die reale Grundlage nicht fehlt...

3 Srokowski, Prusy, S. 11/12.

... Der Weltkrieg hat am Ostrand der Ostsee eine ganze Reihe von Staaten ins Leben gerufen ... : Finnland, Estland, Lettland, Litauen, schließlich auch Polen. Neben diesen souveränen Staaten erschien als sechster Organismus — jedoch unselbständig, da politisch mit dem Deutschen Reich verbunden — Ostpreußen. Deutschland behauptet, durch den Versailler Vertrag sei ihm großes Unrecht geschehen, der Verlauf der Grenzen Ostpreußens entbehre jeglicher natürlichen wie historischen Begründungen ... Wir greifen nicht auf die gebräuchlichsten ethnographischen und historischen Argumente zurück, die unschwer Polens volle Rechte auf den Besitz der unteren Weichsel und Pommerellens beweisen ... Wir wollen erweisen, daß Ostpreußen, als geographisches Individuum behandelt, nicht zu viel Bindungen an

das Gebiet des Deutschen Reichs, dagegen alle möglichen an die baltischen Staaten hat und so einen Teil Osteuropas . . . bildet. Der Versailler Vertrag hat, als er zu Polens Gunsten . . . Ostpreußen isolierte, unwillkürlich die geographische Sonderstellung des Landes gezeigt. — Die Argumente . . . schöpfen wir aus der Geologie des Landes, seinen hydrographischen und klimatischen, floristischen und ökonomischen Verhältnissen und nehmen an, daß sie einerseits überzeugend genug die . . . These von der Besonderheit der physischen Struktur Ostpreußens stützen, andererseits beweisen werden, daß der Teil der Ostseeküste zwischen unterer Weichsel und Memel ebenso geeignet ist, einen besonderen Staat zu bilden, wie es z. B. anderswo für ein deutschsprachiges Gebiet, nämlich Österreich, der Fall war. Um in den Worten deutscher Geographen zu reden . . . : „Ostpreußen ist ein Randstaat“ . . . , der nur aus alldeutschen Gesichtspunkten in das Gefüge des deutschen Staates eingegangen ist, dem die Möglichkeit genommen wurde, über seine Geschicke selbst zu bestimmen . . .

4

Srokowski, Prusy, S. 25—36.

. . . (Ostpreußens Bevölkerungsdichte) beträgt insgesamt 56 Einwohner je qkm gegenüber 116 in ganz Preußen (nach dem Krieg 126), in Deutschland vor dem Kriege 120 (danach 123). — Diese Werte . . . trennen mit einem Schlag Ostpreußen . . . von dem übrigen Deutschland¹⁾. Analogien muß man anderswo suchen, nicht aber im benachbarten Polen, wo trotz der ungeheuren polesischen Wälder und der Karpatheneinöden durchschnittlich 80 Bewohner je qkm vorhanden sind. Ostpreußen bezügl. der Bevölkerungsdichte am nächsten stehen . . . Litauen mit 38, Lettland mit 28 und Estland mit 24 Einwohnern je qkm . . . Diese schwache Bevölkerung . . . ist eine Folge der Naturbedingungen dieses Landes, seiner Vergangenheit und der am Pregel etwas eigenartigen sozialen Verhältnisse . . . Man kann sagen, daß mit wachsender Kultur der Provinz ihre Bevölkerung immer geringer wird²⁾. Während man zur Zeit der Schlacht von Tannenberg . . . in Ostpreußen neben einer ziemlichen Anzahl von Litauern, Slaven, sogar Letten und Kuren 350 000 Deutsche und 220 000 preußisch sprechende Preußen zählte, sodaß die Gesamtbevölkerung damals auf rund 700—750 000 geschätzt werden kann, hat sich Ostpreußens Bevölkerung nach 500 Jahren kaum

¹⁾ Wenn Srokowski Analogien im Westen suchen wollte, würde er sie schwer finden, z. B. zeigte das deutsche Pommern 1910 56,6 Einwohner pro qkm. Oder gar die kaschubischen Kreise des früheren Westpreußen, die eine ähnliche geringe Bevölkerung wie Masuren haben (40 Einwohner pro qkm).

²⁾ Die verheerenden Folgen der Kriegszeit auf Ostpreußens Bevölkerung veranschaulicht Srokowski. Dabei könnte er, falls er deutsche Quellen verschmäht, bei seinem Landsmann Orłowicz lesen: Bevölkerungsverlust in Masuren 1656 mindestens 120 000 (S. 22), 1708—11 rund 250 000 (S. 23), 1897—13 Verminderung der Bevölkerung um 14 %.

verdreifacht, während sie in den früher sehr schwach besiedelten polnischen Nachbarlanden auf das Zehn- und Mehrfache gestiegen ist . . . Die Schuld an Ostpreußens Entvölkerung . . . (liegt): 1. in der Armut des Landes, 2. in dem harten, unbeständigen Klima . . ., 3. in der unnatürlichen politischen Verbindung Ostpreußens mit dem Reich, 4. in den Agrarverhältnissen des Landes, die allergründlichste Reform erfordern (S. 25/26). . . An Ostpreußen rächt sich der Umstand, daß dank dieser Rolle als abgelegene, unselbständige Provinz der größte Schatz, . . . die Küstenlage des Landes . . ., unausgenützt bleibt. Und unausgenützte Schätze wirken stets anreizend, faszinieren dauernd sowohl den Besitzer wie die Nachbarn. Darin liegt gewissermaßen die internationale Bedeutung des ostpreußischen Problems, das früher oder später gelöst werden muß . . . (S. 27).

Politisch und historisch ist Ostpreußen . . . der Grundriß eines verklungenen großen Eroberungsplans . . . (= des Randstaatenblocks unter deutscher Führung. Nach dessen Scheitern seien jetzt) die größten Feinde des deutschen Ostpreußens die Deutschen selbst, die dieses Land in ihren Händen festhalten — aus Prestige Gründen wie auch in Hinsicht auf die Möglichkeit politischer Komplikationen in Ostpreußen . . . (S. 28. — Daher rühre Ostpreußens Wirtschaftsnot, die fälschlich auf die „Abschnürung durch den polnischen Korridor“ zurückgeführt werde, während gerade v. Batocki (!) diese Ansicht bekämpfe³⁾ . . .)

(Betr. die rassische Zusammensetzung der Bevölkerung wird „bewiesen“, daß) in anthropologischer Hinsicht Ostpreußen noch stärker mit den Ländern am Ostrand der Ostsee verbunden ist . . . Trotz der früheren ungeheuren Ausrottung durch deutsche Hinzukömmlinge drückt dieser Typ (= der Altpreußen) der Erscheinung der Bevölkerung Ostpreußens den entscheidenden Stempel auf, sodaß sie sich . . . stark von der Bevölkerung der übrigen deutschen Länder unterscheidet. Es ist die altpreußische Bevölkerung, die von den germanischen Eroberern sprachlich, aber nicht rassisch vernichtet wurde . . . (S. 31).

(Zu beachten seien im Nordosten die Litauer, die teilweise germanisiert seien, ferner aber) . . . war das Land wahrscheinlich in ungleich höherem Maße als heute, besonders im Süden, von dem urslavischen, östlichen Typus bewohnt, die sich hier in Ostpreußen in den Gegenden erhalten hat, wohin die sich später ausbreitenden Elemente, der nordische und preußisch-litauisch-lettische Typus, nicht einströmten. Das ostpreußische Gebiet der rassischen „Urslaven“ ist Masuren . . . (S. 32. — Selbst die ausgeforbenen Kuren sollen die These von Ostpreußens ethnographischer Sonderstellung stützen, allerdings muß der Verfasser zugeben:) was von „ostbaltischen“ Rassenelemen-

³⁾ Dagegen Anmerkung 53 der Einführung.

ten sich in Ostpreußen bis zum heutigen Tage erhalten hat, ist sehr schwierig zu sagen . . .

[Betr. Ostpreußens Siedlungsstruktur soll u. a. das Vordringen des Einzelhofs (infolge fortschreitender Innenkolonisation!) zeigen, daß] auch in dieser Hinsicht Ostpreußen ein typisch baltisches Land [sei, ferner] . . . bezüglich der Lebensweise der Bevölkerung sind die ostpreußischen Lande nicht mit dem Reich, sondern mit den ostbaltischen Staaten verbunden. Am nächsten stehen . . . Livland mit 29,4 %, Kurland mit 24,6 % Stadtbevölkerung! . . . (S. 34).

5 Srokowski, Prusy, S. 96.

. . . Ostpreußen zeigt, wie selten ein Land so geringen Ausmaßes und so unausgeprägter Terrainformen, doch eine Fülle sehr einschneidender geographischer Gegensätze, die höchst entscheidenden Einfluß auf die menschliche Wirtschaft ausüben . . . Man kann sagen, daß man in Ostpreußen bei jedem Schritt eine andere Welt, andere Menschen, anderes Leben antrifft . . .

6 Srokowski, Prusy, S. 12.

. . . Diese Schädigung Ostpreußens, ganz abgesehen davon, ob sie zur Zeit durch weite Kreise Ostpreußens . . . empfunden wird oder nicht, interessiert auch in hohem Maße das benachbarte Polen, denn Ostpreußen ist Polens Meeresküste . . .

II a) Die Urbevölkerung Ostpreußens.

7 Limanowski, S. 10.

. . . Welcher Stammeszugehörigkeit die Bevölkerung, die zuerst sich in diesem Land ansiedelte, war, darüber können die Gelehrten sich nicht einig werden. Dr. Kętrzyński . . . nimmt an, daß die polnische Bevölkerung östlich von Danzig in . . . Pomesanien saß und später von den Preußen unterjocht wurde . . .

8 Gryfycz, S. 37.

. . . Die Gebiete, die der Orden im 13. Jahrhundert in Besitz nahm, (waren) nicht von einer deutschen Bevölkerung bewohnt, sondern im ganzen Süden von Polen, im Zentrum und Norden von Preußen . . ., im Nordosten von Litauern . . .

9 Bagiński, S. 84.

. . . Das Gebiet auf dem rechten Weichselufer, . . . heute als „Ostpreußen“ bezeichnet, war nie deutscher Boden. Ursprünglich von preu-

bisch-litauischen Stämmen bewohnt, wurde der West- und Südteil . . . bis zum 13. Jahrhundert von den Polen erobert und kolonisiert . . .

10 Orłowicz, S. 17.

. . . Welche Stämme dieses Land vor der Völkerwanderung bewohnten, ist unbekannt. Im Morgenrauen der Geschichte sehen wir es . . . im Westteil von Slaven, im Mittel- und Ostteil von . . . Preußen und Jadzwingern bewohnt.

11 Orłowicz, S. 15/16.

. . . Die Erhaltung polnischer Ortsnamen im nördlichen, heute rein-deutschen Teil des Ermlands beweist, daß vor Eroberung des Landes durch den Orden dort eine polnische oder pommerellisch-kaschubische Bevölkerung lebte. Slavisch klingt sogar der Name einzelner Provinzen, wie Warmja ^{3a)} . . . Noch in Dokumenten des 13. und 14. Jahrhunderts treffen wir slavische Namen als Überbleibsel der Urbevölkerung dieser Gegenden, z. B. wurde das Gebiet, in dem Frauenburg liegt, ursprünglich Pazluki genannt . . . Die ethnographisch polnisch-preußische Grenze war anscheinend bis zum 13. Jahrhundert die Alle, da erst auf deren rechtem Ufer im Kreise Allenstein alte keltische Namen in Masse auftreten . . .

12 Kurnatowski, S. 5.

. . . Im 4. Jahrhundert . . . war dieses Land von den Goten bewohnt, nach deren Abzug gen Süden siedelte sich . . . ein Volk litauischer Rasse an . . . Im Süden grenzten die Preußen an den Stamm der Masuren — polnischer Rasse! — . . ., im Westen wurden sie in ihrem Vorgehen durch den Weichselllauf gehemmt. Auf dem linken Weichselufer saßen die Pomorzanen . . .

13 Sukert, S. 19/21.

. . . Bekannte deutsche Gelehrte . . . sind nach langen gewissenhaften Studien zu der Überzeugung gekommen, daß die ursprünglichen Bewohner der sogenannten „preußischen Lande“ Slaven waren. Mit ihnen stimmen auch die polnischen Historiker: Professor Kętrzyński und Dr. Sieniawski überein . . . Diese Slaven, auf höherer Kulturstufe stehend, wurden von den kriegerischen preußisch-litauischen Stämmen . . . besiegt. Diese Stämme siedelten sich in den eroberten Ländern an, unterjochten die Bevölkerung, ohne sie auszurotten . . . Die Bevölkerung des „Preußenlandes“ war nicht

^{3a)} Der Name Ermland ist deutschen Ursprungs, „Warmja“ ist spätere Latinfizierung. Wittschell (a. a. O., S. 3) vermutet Zusammenhänge mit dem schwedischen „Wärmland“ als Nachball der gotischen Siedlungen in Ostpreußen.

einheitlich, sondern bestand aus zwei getrennten Schichten. Zeitgenössische Quellen haben ganz widersprechende Charakteristiken der Bevölkerung hinterlassen . . . Die alte Olivaer Chronik bestätigt das, wenn sie die herrschende Schicht „Prutenos“, die Kernbevölkerung „Pomesanos“ nennt. Doch muß die besiegte Bevölkerung nicht sehr unterlegen sein, wenn die siegreichen Preußen so zahlreiche Wehrburgen . . . errichten mußten. Die alten Preußen verbreiteten ihre Herrschaft bis zur Weichsel, konnten jedoch die Urbevölkerung nicht ausrotten, sondern übernahmen von ihr Sitten und religiösen Kult . . . Die Schilderungen preußischer Sitten und Gebräuche, die die Chronisten . . . hinterließen, atmen rein slavischen Geist . . .

14

Sukert, S. 24.

. . . In einigen Gegenden Masurens hat sich eine Sage erhalten, die ein charakteristisches Licht auf die Vergangenheit wirft . . . (und) . . . das Verhältnis der besiegten Slaven zu den preußischen Stämmen widerspiegelt . . . Als die Nachricht von einer Niederlage der galindischen Krieger sich . . . verbreitete, fielen die Sudauer, ein preußisch-litauischer Stamm östlich von Goldap, über die wehrlose Bevölkerung her, führten sie in die Knechtschaft . . . Man muß annehmen, daß, wenn diese Bevölkerung preußischer Abstammung gewesen wäre, die sudauischen Brüder eher zu Hilfe geeilt wären, statt sie zu Sklaven zu machen . . .

II b) Die Masuren.

15

Kętrzyński, O Mazurach, S. 3/4.

. . . (Die Masuren sind) die erstgeborenen Söhne ihres wald- und seenbedeckten Landes, wenn auch unsere Zivilisatoren, die uns Slaven stets und überall jeden Fußbreit Boden strittig machen, . . . seit langem behaupten, daß die Masuren Zuzügler von jenseits der Grenze seien . . . Aber diese polnische Kolonisation ist eine Hypothese, die jeder Grundlage entbehrt. Diese Gebiete sind kernpolnisch, . . . kamen, schon lange vor Konrad von Masovien von den Sudauern-Jadzwingern erobert, mit diesen zugleich unter die Herrschaft des Deutschen Ordens . . . Daß die Masuren die Ureinwohner des Landes sind, beweisen die dortigen Burgwälle, . . . vor allem die Namen der Dörfer.

16

Kętrzyński, O Mazurach, S. 31/32.

. . . In Masuren existierte ein (polnisches) Nationalgefühl nie . . . Obwohl der Masure weiß, daß er polnisch spricht, . . . hört man doch sehr selten aus seinem Mund, daß er Pole sei. Eher sagt

er, er sei Preuße. Schon der Religion wegen liebt er die Polen nicht, zeigt für sie keinerlei Sympathie . . . Ihre Abneigung zeigten die Masuren auch während des letzten Aufstandes häufig . . .

17

Buzek, *Historya*, S. 5.

. . . Dieser Teil unseres Volkes nahm für dauernd die evangelische Konfession an, teilte überhaupt die ganzen historischen Geschichte . . . Preußens, kam niemals zum Bewußtsein seiner nationalen Sonderstellung . . .

18

Buzek, *Historya*, S. 568/69.

. . . Die Bilanz unserer Nationalentwicklung bis Ende 1900 stellt sich also allgemein ganz günstig dar. Das Nationalbewußtsein ist überall, Preußisch-Masovien ausgenommen, vertieft . . . Selbst die schlimmsten Angriffe der preußischen Regierung können uns künftig nicht solche Schäden zufügen, wie wir sie im ganzen 19. Jahrhundert durch die freiwillige Germanisierung unserer Bevölkerung in Oberschlesien und Masuren erlitten haben.

19

Questions, S. 37—40.

. . . Die protestantischen Polen . . . Ostpreußens fordern ihre Vereinigung mit Polen auch aus dem Grunde, weil politische Zugehörigkeit zu Preußen . . . für sie gleichbedeutend ist mit grausamer Unterdrückung, Drohung völliger Germanisierung . . . Die gesamte protestantische Bevölkerung besitzt in der Kirche keinerlei Recht, hat sich den Weisungen der Regierung völlig zu unterwerfen. Daher ist die Kirche neben der Schule das wirksamste Germanisierungsmittel, das beweist die Geschichte der protestantischen Polen im Königreich Preußen, zur Genüge. Das von polnisch-protestantischer Bevölkerung bewohnte Gebiet war zu Beginn der Regierung Friedrichs II. viel ausgedehnter als heute . . ., in Ostpreußen war $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung polnisch-protestantisch . . .

Die deutsche Regierung verhinderte Bildung einer polnisch-protestantischen Intelligenz. Zu diesem Zweck hatte schon Friedrich II. 1764 ein Gesetz erlassen, das allgemein Söhnen von Bauern, Gastwirten, Gärtnern und Leuten geringen Standes das Studium verbot. Gleichzeitig verbot er in den Städten den Kindern einfacher Handwerker und Lohnarbeiter das Studium. Adel und reiches Bürgertum waren damals bereits germanisiert — diese Verbote hinderten die Ausbildung einer Intelligenzschicht polnischen Ursprungs. Im 19. Jahrhundert wurde das Gesetz von 1764 aufgehoben, doch verstand die Regierung, indirekte Mittel zur Erreichung desselben Resultats zu finden . . .

Daher germanisierten sich die mit geringerer Widerstandskraft begabten jungen Polen aus materiellem Eigeninteresse. Die preußische Regierung verfolgt die der Polenfreundschaft verdächtige Jugend rücksichtslos; z. B. versuchte vor einigen Jahren die Gesellschaft polnischer Protestanten . . ., mit der Jugend der protestantisch-theologischen Fakultät der Universität Königsberg eine Verbindung herzustellen. Die preußische Regierung wies den Warschauer Delegierten als „gefährlichen Ausländer“ aus, relegierte ferner die masurischen Theologen, die mit ihm in Beziehungen gestanden hatten, von allen preußischen Universitäten und vernichtete ihnen so ihre Zukunft . . . Die preußische Regierung überschüttete die polnisch-protestantische Bevölkerung mit deutschen Zeitschriften. Als aber die polnisch-protestantische Bevölkerung trotz aller Schikanen und unerhörtesten Verfolgungen ihre eigene, unabhängige Zeitung gründete, begann die Regierung ein Konkurrenzorgan in polnischer Sprache . . .

20

Questions, S. 41/42.

. . . Trotz Anwendung brutalster Mittel gelang es der preußischen Regierung nicht, das Nationalbewußtsein der polnisch-protestantischen Bevölkerung zu ersticken. Allerdings hat die polnisch-protestantische Bevölkerung, die keine Intelligenzschicht besaß, sich nur aus Bauern und Landarbeitern, die von dem deutschen Großgrundbesitz unterdrückt wurden, zusammensetzte, nicht eine so intensive Nationalbewegung, wie z. B. die katholischen Polen in Posen oder die protestantischen Polen im Teschener Schlesien entwickeln können. Doch widersetzte sich dieses Volk mit aller Kraft der Germanisierung. Einen Beweis dafür haben wir in der Bildung polnisch-protestantischer Sekten, die die Staatskirche und die deutschen Pastoren boykottieren. Es ist wahr, bei den Wahlen . . . hat die polnisch-protestantische Bevölkerung dem Druck der preußischen Regierung, der deutschen Großgrundbesitzer, nachgegeben; demzufolge waren die Abgeordneten dieser Gebiete fast stets deutsche Konservative. Trotzdem begannen in letzter Zeit die polnischen Abgeordneten in Masuren . . ., eine relativ hohe Stimmenzahl zu gewinnen. Gegenwärtig haben die polnischen Protestanten . . . Preußisch-Masurens eigne Vertreter sowohl bei dem Obersten Volksrat in Posen als auch im Warschauer Sejm. Die preußische Regierung . . . hoffte, es werde ihr durch schwere Bedrückung gelingen, die polnische Nationalbewegung unter den protestantischen Polen zu unterdrücken. Diese Hoffnungen sind unbegründet. Das polenfeindliche Gesetz vom 26. VII. 1912, die Verordnung vom 12. III. 1913 zeigen klar, bis zu welchem Grade schon vor dem Krieg die polnische Nationalbewegung in die Bevölkerung Preußisch-Masurens . . . eingedrungen war. Bis 1912 versicherte die preußische Regierung stets, die polnisch-protestantische Bevölkerung

sei für
— sie
nügen
in st
zugeb
zu we
die V
bezirk
burg.
suren
so hä
1913 a
ist de
prot
die G
ihrer
wußte
nisc

21

nisch
Bev
gleich
setz
risc
Nicht
stets
so ih
den l
geach
terri
Pres
Pfar
gen.
hera
tene
nigst
zolle
im
Spra
nären

sei für Polen keine Gefahr, daher verbot sie ihr nicht den Landerwerb, — sie hoffte, solche Mittel wie Schule, Kirche und Heer würden genügen, sie zu germanisieren. Als die polnische Nationalbewegung sich in stets wachsendem Maße zeigte, mußte die preußische Regierung zugeben, daß die polnisch-protestantische Bevölkerung . . . gefährlich zu werden begann. Daher erklärten das oben zitierte Gesetz . . . und die Verordnung . . . als „nationalgefährdet“ den ganzen Regierungsbezirk Allenstein, die Kreise Oletzko, Goldap, Angerburg und Rastenburg. Es ist klar: hätte die preußische Regierung die polnischen Masuren . . . als treue Untertanen des Königs von Preußen angesehen, so hätte sie nicht ihnen gegenüber die polenfeindlichen Gesetze von 1913 angewandt . . . Das polenfeindliche Gesetz von 1912¹⁾ ist der entschiedenste Beweis dafür, daß Preußens polnisch-protestantische Bevölkerung aufgehört hatte, eine träge, die Germanisierung gefügig erduldennde Masse zu sein, sondern eine ihrer Nationalität und völligen Einheit mit der polnischen Nation bewußte Einheit geworden war und Inkorporation in den polnischen Staat forderte.

21 Denkschrift des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums, Warschau (1919).

. . . Von den Ländern des preußischen Teilgebiets liegt den polnischen Protestanten besonders eine Provinz am Herzen, zumal ihre Bevölkerung überwiegend polnisch-evangelisch, gleichzeitig drückender nationaler Verfolgung ausgesetzt ist — die Provinz Ostpreußen. In Ostpreußen war die masurisch-polnische Bewegung den Deutschen stets ein Dorn im Auge. Nicht, daß sie die hakatistische Politik offen führten, . . . sie waren stets bemüht, diese Bevölkerung im Zustand des Schlummers zu halten, so ihr Gefühl zu täuschen und sie schmerzlos in den Zustand der fremden Kultur zu versetzen . . . Ihre Sprache wurde nicht im Geringsten geachtet, man sah sie als unvollkommene Volksmundart an, deren Unterricht in den Volksschulen nicht der Mühe wert sei. Die polnische Presse, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von dem wackeren Pfarrer Gisevius . . . begründet, hatte recht schwere Daseinsbedingungen. Die Redakteure polnischer Zeitungen kamen aus dem Gefängnis heraus. Sofort aber tauchten von deutschen Reptiliengeldern unterhaltene Blättchen auf, die, wie der „Pruski Przyjaciel Familji“ in Königsberg, sich bemühten, in dem polnischen Leser Liebe zur Hohenzollern-Dynastie zu wecken. Die Predigt der germanisierten Pastoren im masurischen Dialekt glich einer Beschimpfung der polnischen Sprache. Ergebnis dieser nichtswürdigen Politik war, daß die Masuren

¹⁾ Das Gesetz war gerichtet gegen die polnische Zuwanderung, deren „revolutionärer“ Einfluß in Nr. 27 so betont wird.

sich im Zustande schärfsten Rückgangs . . . befanden. Da sie z. B. von der örtlichen germanisierten Geistlichkeit keinen genügenden religiösen Zuspruch fanden, hielten sie mit großer Hingabe geheime Gottesdienste ab, riefen zahlreiche Sekten ins Leben. Es wäre eine der menscheitsfördernden Taten . . ., würde man die Masuren aus der schmählichen preußischen Gefangenschaft, in der sie seit langen Jahrhunderten schmachten, befreien und . . . mit dem polnischen Mutterstamm vereinen. Der seit Jahrhunderten von der amtlichen preußischen Schule mit Falschheit genährte, zur Treue gegen Preußens Staat und Thron künstlich dressierte Masure besitzt heute tatsächlich keinen bewußten polnischen Patriotismus. Jedoch hat der große Krieg auch ihm die Augen geöffnet, er sieht heute den wahren Wert des preußischen Beamtentums, die Niederlage Preußens, der monarchistischen Idee. Masurens Verbindung mit Polen, das — zwar in der Mehrheit katholisch — sich stets durch weitgehende Glaubensduldung auszeichnete, wird den Masuren aus dem geistigen Stumpfsinn retten, in den ihn die germanische Kultur gebracht hat. Die Angliederung an Polen wird es ihm ermöglichen, . . . sich endlich als Mensch zu fühlen und die Wurzel der heimischen slavischen Kultur zu voller Blüte zu entwickeln. Masurens Absonderung von Preußen ist leicht durchzuführen, da es keine Sprachinsel ist, sondern unmittelbare Fortsetzung des gesamten polnischen ethnographischen Gebiets, vom früheren Königreich Polen nur durch die Grenze getrennt . . .

22

Romer, Polacy, S. 10.

. . . Noch willkürlicher und grundloser war die Einführung des Begriffs der Masuren in die Volkszählung. Dieser Begriff ist wohl bekannt aus . . . Verleihungen des Ordens an polnische Siedler, die vom 14. Jahrhundert die Einöden des Südtails des späteren Herzogtums Preußens überschwemmten . . . Als jedoch in späteren Jahrhunderten die Vereinigung Masoviens mit Polen den Begriff der Territorialindividualität Masoviens beseitigte, die Sprache der Masuren eine solche Individualität höheren Grades aber nicht besaß, bürgerte sich als Bezeichnung der Sprache der masovischen Ansiedler in Preußen der Name des Polnischen ein. In einer langen Reihe von Jahrhunderten gibt es in der ganzen deutschen Literatur kein wichtiges Dokument, das die Identität der Sprache, in der Ostpreußens Polen reden, mit der polnischen leugnete. J. K. Pisanski, F. Bock, schließlich A. E. Preuß stellen . . . fest, daß der Unterschied zwischen der Sprache der Bewohner des Südtails Ostpreußens und der polnischen Sprache nicht groß ist . . . Der berühmteste Geograph und Statistiker des 18. Jahrhunderts, Büsching, weiß überhaupt nichts von der Existenz der Masuren . . . Das Preußische Statistische Büro hat also durch Aufstellung der These von der Existenz der kaschubischen und ma-

sur
chem
Mo
gebr

23

gieru
s am
len a
könn
schu
Zwe
aus
zial
Be v
derr
wi
Bau
Alle
Sta
nich
den
Her
viel
wa
biet
wa
Reg
häu
ein
phy
lich
völ
nat
pre
si
vor
(D
ste
vor
he
de

surischen Sprache — bei letzterer sogar unbekannt, unter welchem Vorwand — in die Volkszählung ein rein politisches Moment, in ihre Ergebnisse aber ein wirkliches Chaos hereingebracht . . .

23

Romer, Polacy⁶⁾, S. 41—46.

. . . Der Prozeß des Verschwindens der Polen im Regierungsbezirk Allenstein . . . ist ein typischer Prozeß gewaltamer beispielloser Entnationalisierung, denn es fehlen alle physischen oder kulturellen Daten, die diesen Prozeß erklären könnten. Physische Erscheinungen, nämlich der hohe Geburtenüberschuß in den polnischen Kreisen Ostpreußens . . . beweisen über jeden Zweifel, daß Ostpreußens polnische Bevölkerung sich physisch durchaus günstig entwickelt. Zum gleichen Ergebnis führen jedoch auch soziale Phänomene . . . (A. Hesse habe gezeigt), daß die polnische Bevölkerung in Ostpreußen sich nicht bloß physisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich günstig entwickelt . . . (Folgen Zahlen, wonach die Zahl mittlerer und großer Bauernwirtschaften in Ostpreußen — mehr noch im Regierungsbezirk Allenstein! — ebenso ihre Gebietsfläche, bedeutend größer als im Staatsdurchschnitt sei) . . . Zwar erhellen Hesses Untersuchungen nicht die Nationalitätenverhältnisse der aus Ostpreußen abwandernden Bevölkerung, aber amtliche statistische Untersuchungen über die Herkunft der Berg- und Fabrikarbeiter in Rheinland-Westfalen werfen viel Licht auf diese Frage . . . (Danach sei) die deutsche Auswanderung aus Ostpreußen nach den westdeutschen Industriegebieten mindestens fünfmal so groß als die Zahl der abwandernden Polen . . . (Da in dem „überwiegend polnischen“ Regierungsbezirk Allenstein Besitzwechsel durch Kauf auch weniger häufig sei als in den deutschen Kreisen Ostpreußens, erhalte man) . . . ein einheitliches Bild der polnischen Bevölkerung Ostpreußens, die sich physisch besser als die deutsche entwickelt, bedeutend weniger beweglich ist als diese, den Boden festhält . . . und trotz all dieser Symptome völkischer Beständigkeit dem fortdauernden Prozeß gewaltiger Entnationalisierung unterliegt . . . Es erhebt sich die Frage: Zeigt Ostpreußens polnische Bevölkerung Neigung zur Entnationalisierung? . . . dem einzigen psychisch-kulturellen Faktor, der die von der Volkszählung ausgewiesenen Prozesse erklären könnte . . . (Dagegen stünde) das soziale Paradox: der Regierungsbezirk Allenstein ist ein Land, in dem völlige Germanisierung von Gemeinden, die vor 5 Jahren ganz polnisch waren, ebenso völlige Polonisierung vorher ganz deutscher Gemeinden ein verbreiteteres Symptom ist als anderswo . . . Welche Massenwanderungen müßte man für den Regie-

⁶⁾ Zu diesen Romer'schen Ausführungen s. Bemerkungen S. 10.

rungsbezirk Allenstein annehmen, wollte man die Volkszählungsergebnisse begründen, wahrscheinlich machen; welche massenhaften Bodentransaktionen müßten diese sozialen Prozesse begleiten! . . . Das kartographische Bild . . . zeigt, daß massenhafte Germanisierung und Polonisierung (einzelner) Gemeinden in engster Nachbarschaft erfolgte, daß also die zur Erklärung der Veränderungen im polnischen Besitzstand unerläßlichen Wanderungen und Besitzübergänge sich in allerengster Nachbarschaft hätten vollziehen müssen . . . Eine Annahme, die nicht nur höchst unwahrscheinlich, sondern auch im Licht der bisherigen Betrachtungen und Erfahrungen unmöglich ist . . .

24

Szymański, S. 4—14.

1. Wirtschaftliche Vernichtung (S. 4—9) . . . Die Geschichte der Masuren bildet einen begrenzten Ausschnitt aus dem Kampf der Deutschen gegen die Slaven. Von Karl d. Gr. an vernichteten die Deutschen in rücksichtslosem Expansionsdrang die slavischen Stämme östlich von Elbe und Saale, in Holstein, Mecklenburg, Sachsen, Thüringen und Pommern, teilweise auch in Schlesien, vernichteten den tschechischen und polnischen Staat, um schließlich in Brest-Litowsk die Grundlage zur Vernichtung auch des russischen Staates zu legen. Dem Brest-Litowsker Vertrag wäre mit der Zeit der Friede in Moskau gefolgt, hätte nicht der Sieg der West-Demokratien den slavischen Völkern . . . die Freiheit gewährt. . . . Die Verbreitung von Christentum . . . und Kultur . . . haben die Deutschen stets benutzt als Mantel, unter dem sie ihre wahren Absichten, Kolonisation und Überwältigung der schwächeren, nichtdeutschen Völker verbargen. Nach Unterdrückung der alten Preußen durch den Orden schufen die Deutschen . . . die Städte im heutigen Masuren, während die Polen sich auf dem Lande ansiedelten. Die Niederlagen des Ordens 1410 und 1466, zusammen mit Polens Lehnshoheit . . . stärkten das polnische Element, die deutschen Städte in Masuren wurden polonisiert, — die Polen schoben sich langsam zum Pregel vor . . . (Beispiele nach Kętrzyński, S. 4/5. Unter Hinweis auf Scheidung adliger und nichtadliger Güter 1684, Verbot polnischer Ansiedlung in Preußisch-Litauen 1724, Entfernung schlechter masurischer Wirte von ihren Höfen durch die Königsberger Kammer im 18. Jahrhundert wird behauptet.) Nach sämtlichen Kriegen, die Masuren als Grenzland immer besonders schwer trafen, . . . benutzten die Deutschen stets die Gelegenheit, um westdeutsche Kolonisten in Masuren anzusiedeln und die örtliche masurische Bevölkerung zu verdrängen. Dabei wurden die Masuren seit unvordenklichen Zeiten als treue preußische Untertanen angesehen . . . Hier zeigt sich also nichts anderes als das offene Streben der Deutschen, die polnisch-masurische Bevölkerung um jeden Preis auszurotten. Nach den Freiheitskriegen . . . wurde die

Re t
daß
Ba u
die
Bau
dens
nich
von
dert
Die
lesen
hyni
deru
Lan
digt
renc
ihr
wur
die
eine
sich
daz
beb
nich
besi
Deu
der
der
seit
sch
lern
Aus
sc
sc
läß
rig
stri
geh
arb
lich

sic
tur
vis
Ble

Rettungsaktion der preußischen Regierung so organisiert, daß der polnisch-masurische Adel, die freien Bauern fast völlig ausgeschlossen wurden . . . Durch die Regulierung der Verhältnisse zwischen Großgrundbesitz und Bauern . . . verloren die masurischen Bauern den besten Teil des Bodens. Auf den ihnen belassenen armen Feldern konnten sie sich . . . nicht halten; also kauften die deutschen Besitzer sie aus, drückten sie von freien Bauern zu Scharwerkern herab . . . Ende des 19. Jahrhunderts wurde deutscherseits erneut stärkere Ansiedlung begonnen . . . Die ostpreußische Landgesellschaft siedelte mit Staatshilfe . . . „erlesene“ (Anfiedler) an, nämlich Deutsche von der Wolga, aus Wolhynien, Westdeutschland. Der Masure schüttelt den Kopf vor Verwunderung, woher diese fremden Zuzügler kommen. Selbst begehrt er Land, erhält es aber nicht, da erst die „armen“ Deutschrussen befriedigt werden müssen. Es fehlen einfach die Worte, wenn selbst während des Weltkrieges, während die treuen, loyalen Masuren reichlich ihr Blut für Preußen vergossen, Deutschrussen in Masuren angesiedelt wurden . . . Selbst heute . . . begünstigt die Regierung die Deutschen, die „armen“ deutschen Flüchtlinge aus Posen. Der Masure soll durch einen Gürtel deutscher Ansiedler von Polen getrennt werden. Rücksichtslose, jahrhundertlang systematisch betriebene Agrarpolitik hat dazu geführt, daß die masurischen Bauern heute nur die Ländereien bebauen, auf die die Deutschen großmütig verzichteten, da sie sich nicht darauf ernähren konnten . . . Von dem ausgedehnten . . . Staatsbesitz an Boden, Wald und See ist der Masure fast völlig entfernt . . . Deutsche Pächter nutzen den Boden, deutsche Förster hüten die Wälder, deutsche Unternehmer pachten die Seen. Die zahlreichen Servitute der masurischen Bevölkerung an Wald und See wurden gewaltsam beseitigt . . . Man könnte wirklich über die Grausamkeiten des preußischen Fiskus staunen, wenn man nicht schon vorher das Staunen verlernt hat und sich bewußt ist, daß alles Beginnen der Deutschen auf Ausrottung des slavischen Blutes gerichtet ist. Selbst die deutsche Fürsorge für die Masuren ist ein Danaergeschenk . . . Vom Wirtschafts- und Kulturleben abgeschlossen, verläßt der Masure . . . zahlreich seine Heimat und sucht als der niedrigste Proletarier Beschäftigung in der rheinisch-westfälischen Industrie . . . Während die Masuren nach Westfalen und dem Rheinland gehen müssen, um dort in den niedrigsten Stellen für die Deutschen zu arbeiten und in einigen Generationen auszusterben, kommen unaufhörlich nach Masuren Deutsche aus dem Westen, aus der ganzen Welt . . .

2. Kulturelle Vernichtung (S. 9—11). Deutschland nennt sich, vielleicht nicht ohne Berechtigung, stolz eine Keimstätte der Kultur. Weiter ist es in hohem Maße überzeugt, daß es den östlichen slavischen Völkern die Kultur bringe. Diese Meinung aber ist leeres Blendwerk. Sicherlich bringt es Kultur, nicht aber den slavischen Völ-

kern, sondern — sich selbst. An der deutschen Kultur sterben die Slaven — wie die alten Preußen an dem deutschen Christentum . . . Kultur kann man nicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten . . . aufprägen, Kultur muß man erobern, erleben . . . Sonst ist es nicht Kultur, sondern Form ohne Inhalt, bloße Nachahmung. Kinder sind diejenigen, die da glauben, der Masure nehme in einigen Jahren auf, was die Deutschen sich in Jahrhunderten erworben haben . . . Obwohl der Masure lange zum preußischen Staat gehört, ist die deutsche Kultur ihm zu fremd, als daß er sie verdauen könnte. Diese dem Masuren grundsätzlich fremde Kultur erteilen den häufig nicht deutsch verstehenden masurischen Kindern Lehrer, die selbst die polnische Sprache nicht beherrschen. Welche Leiden ein Kind unter solchen Umständen ertragen muß, kann nur der beurteilen, dem so wie mir vom 6.—12. Lebensjahr mit vieler Mühe . . . Dinge eingebläut wurden, die ich erst Jahre später in der höheren Schule verstand. Das masurische Kind profitiert vom deutschen Unterricht viel weniger als das deutsche Kind, muß also später den deutschen Mitbürgern gegenüber vernachlässigt sein. Die deutsche Sprache lernt es in der Schule sehr schwach, diese Sprache braucht der Masure, falls er nicht auswandert, vornehmlich gegenüber den deutschen Behörden. Diese Behörden, rein deutscher Struktur, machen wegen ihrer Unverständlichkeit und Unzugänglichkeit den Eindruck, als seien sie nicht für die Masuren, sondern die Masuren für sie da.

Die polnische Sprache dagegen, in der das ganze Volk lebt, denkt und fühlt, wird der hohen Politik wegen schon seit Jahrzehnten nicht mehr gelehrt, vollkommen vernachlässigt, den Kindern bei Straandrohung verboten . . . Dadurch, daß man diesem Volk die Muttersprache raubt, bei der Unmöglichkeit, ihm in gleichem Maße eine andere zu geben, begeht man an dem Masurenstamm ein Verbrechen . . . Die Sprachänderung bringt auch eine Wandlung des ganzen Denkens und Fühlens mit sich . . . Die masurische Sonderstellung, mit ihr die Masuren selbst, gehen verloren. Es verstummen die schönen Volkslieder der Masuren, in denen . . . die ganze Volksseele erklingt. Es verstummt das tief empfundene masurische Kirchenlied, es verstummen Märchen und Fabeln, die kernigen Sprichwörter der Masuren. Trotz allem will der Geist des Volkes nicht untergehen . . ., aber die furchtbare Pest frißt weiter an Körper und Seele des Volkes . . .

3. *Moralische Vernichtung* (S. 12—14). Die moralische Auflösung des masurischen Volkes zeigte sich schon vor dem Kriege . . . (als) Folge des fürchterlichen Drucks, der wirtschaftlich und kulturell auf diesem Volk lastete. Die Wächter von Religion und Moral, die Geistlichen, stehen häufig nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Sind sie Deutsche, so bleibt ihnen masurisches Denken und Fühlen vollkommen fremd . . . Häufig sind sie wirklich Prediger in der Wüste. Kein Wunder, daß ihnen die Führung entglitt, daß das Volk

versu
wesen
religi
krass
Verbr
einzel
lich n
ser r
der d
schen
Deuts
suren
dem n
Gefär
Gew
Staats
stehen
Leben
Arme
Recht
Trunk
gesuch
der s
Trunk
mes.
E
bewe
den f
dem
ter l
25
400 0
ist, d
deuts
und
den
(folge
seh
nis
Syste
breit
deck
mau

versucht, seinen Religionsbedürfnissen in dem weitverbreiteten Sektenwesen . . . zu genügen . . . Kein Wunder, daß eine solche Lage das religiöse Leben zerstört, daß sich der Aberglaube verbreitet . . . Das krasseste Symptom der Not des masurischen Volkes ist die Zahl der Verbrechen, die in den masurischen Kreisen . . . den Durchschnitt der einzelnen Provinzen bedeutend übersteigt . . . Das ist ganz abscheulich niederdrückend für den, der die Sanftmut und Gutmütigkeit dieser ruhigen Landleute kennt. Die schreckliche Not, die harte Strenge der deutschen, der Volksseele fremden, Gesetze wie auch der deutschen Beamten sind der Grund für die häufigen Strafen. Während Deutschland vor dem Kriege eins der reichsten Länder war, . . . Masuren in seinen Wäldern und Seen große Schätze barg, war die Not in dem masurischen Volke so groß, daß viele für den Winter Schutz im Gefängnis suchen mußten . . . Was sind das für Verbrechen? Keine Gewalttaten oder Betrügereien, nur Diebstähle! . . . Diebstähle am Staatseigentum an Wäldern und Seen. Niemals wird der Masure verstanden, weshalb man ihn . . . von Wald und See, diesen natürlichen Lebensquellen des Landes, abgeschnitten hat. Es sind die Ärmsten der Armen, die man dafür straft, daß sie von ihrem alten gebührenden Recht Gebrauch machen. In der Besinnungslosigkeit der berüchtigten Trunksucht hat mancher Masure Vergessen seiner Not und Sorgen . . . gesucht, gewährt ihm doch das Leben keine Hoffnung auf Besserung der sozialen Verhältnisse. Vielen droht das Bergwerk, das Laster der Trunksucht droht mit Untergrabung der Gesundheit des ganzen Stammes . . ., wie es . . . Indianer und Neger vernichtete.

Bei alledem sind unablässig die Mächte tätig, die alles mit Schmutz bewerfen, was slavisch, polnisch oder masurisch war. Die Kinder werden für den Gebrauch der Muttersprache geschlagen, ein Mensch, auf dem Slaventum lastet, verachtet, der Masure als Bürger zweiter Klasse verachtet . . .

Ant

25

Rogowski, S. 14—20.

. . . Die Zahl der preußischen Masuren beträgt 400 000 (367 478). Sie bewohnen den Südteil Ostpreußens. Beachtlich ist, daß die ethnographische Grenze zwischen der masurischen und deutschen Bevölkerung sich fast ganz mit der Grenze von besserem und schlechterem Boden deckt; auf den schlechteren, sandigen Böden . . . wohnen die Masuren, auf den besseren die Deutschen . . . (folgen kurze Angaben über die Landwirtschaft, sodaf) das Aussehen der Dörfer anders ist als in den übrigen polnischen (!) Gebieten. Meistens sind die Dörfer nach deutschem System angelegt, gruppieren sich längs einer in der Mitte liegenden breiten Straße . . . 1886 erging das Verbot, Häuser mit Stroh zu decken, daher treten die strohgedeckten „chalupy“ zu Gunsten gemauerter, mit Schindeln oder Dachpappe gedeckter Häuser zurück, die,

zwar bequem, aber der eigentümlichen Schönheit (der alten Häuser) entbehren . . . Wir sehen also, daß die masurischen Dörfer sich von den polnischen Dörfern, die in anderen Teilen Polens liegen, bedeutend unterscheiden. Wer aber daraus bestimmte Schlüsse über die Masuren selbst ziehen wollte, würde sich sehr irren, denn das Temperament des preußischen Masuren, seine Sitten und Lieder bezeugen über jeden Zweifel, daß er der polnischen Nationalität zugehört . . .

26

Rogowski, S. 30/31.

. . . Die Deutschen glaubten ernsthaft, daß eines schönen Tages hier das Polentum aussterben würde. Diese Hoffnungen waren einigermaßen berechtigt, da der Masure sich vornehmlich als Deutscher, der nur polnisch spricht, ansieht, — mehr noch: er ist sogar preußischer Patriot geworden. Verdrossen lesen wir z. B. die Worte des preußischen Schriftstellers Zweck: Ihre Liebe und Zuneigung zu Vaterland und König zeigten die Masuren in den deutschen Freiheitskriegen . . . Der Kreis Neidenburg zeichnete sich durch großen Eifer bei Lieferung von Kleidung und Lebensmitteln, bei Organisation des Landsturms aus. Sedan-Tag und Kaisergeburtstag wurden in Preußisch-Masuren stets feierlich begangen. Die Deutschen haben die masurische Bevölkerung wirtschaftlich, kulturell und moralisch vernichtet. Aber den Germanisierungsprozeß unterbrach der Weltkrieg⁶⁾ . . . Zweimal brachen die russischen Truppen in Ostpreußen ein. Als nach deren Vertreibung Deutschland an den Wiederaufbau ging, sah der Masure, daß die deutschen Behörden ihn anders als die gebürtigen Deutschen behandelten. Der Masure war im Kriege . . ., lernte Polen kennen⁷⁾, sah, daß Deutschland in der Welt doch nicht so viel bedeutet, wie die Deutschen prahlend verkündeten. Auch war der Masure in den französischen Gefangenenlagern, dort trafen die Abgesandten der polnischen Komitees auf ihn, zogen ihn zur Haller-Armee⁸⁾. Schließlich raubte die Niederlage . . . Deutschland den Nimbus der Macht, an den der Masure glaubte, während die Errichtung Polens diesem Denken und Fühlen zuwandte . . .

27

Kurnatowski⁹⁾, S. 14—18.

. . . Die nationalistischen Zielen zustrebende Agrarpolitik der Regierung begünstigte die großen Adelsgüter auf Kosten der kleinen, . . .

⁶⁾ Dagegen Nr. 32 — über die Wirkung des Weltkrieges.

⁷⁾ Wörtlich übereinstimmend mit Orlowicz, a. a. O., S. 31.

⁸⁾ Wie die Masuren durch falsche Versprechen früherer Heimkehr aus den Gefangenenlagern in die Haller-Armee gelockt wurden, erwähnt Worgiszki, a. a. O., S. 116.

⁹⁾ Dagegen Romer Nr. 23 und Limanowski Nr. 33.

die reichen Bauern zum Schaden der armen. Ergebnis dieser Politik war, daß im 19. Jahrhundert die großen Güter eine große Zahl kleiner Bauernwirtschaften auskauften . . . , war eine dauernde Auswanderung . . . Trotz angeblicher Gleichheit wandert vor allem die polnische Bevölkerung (die Masuren) aus, der . . . listig ersonnene Wirtschaftsmaßnahmen . . . unerträgliche Daseinsbedingungen . . . geschaffen haben. Im Jahre 1919 machten bei der Abstimmung 300 000 (nur 128 000!) Einwohner Mittel- und Westdeutschlands von dem Stimmrecht, das ihnen, als im preußischen Masovien und dem südlichen Ermland gebürtig, zustand, Gebrauch. Ende des 19. Jahrhunderts entschied die preußische Regierung, das polnische Element in Ostpreußen sei genügend geschlagen. Die deutsche Schule sollte einige Generationen germanisieren, die Kirche das Gefühl der Treue zum deutschen Vaterlande . . . schaffen, der Militärdienst es noch verstärken. Es gelang, fast die ganze Intelligenz zu vernichten. Zu größerer Sicherheit erfand man die masurische Nationalität, die sich angeblich von der polnischen unterschied, schuf eine ganze Literatur in quasi masurischer Sprache . . . Wirtschaftlich und sozial fürchtete man die Masuren, Tagelöhner und Landarbeiter, nicht; man nahm an, die väterliche Hand der großen Herren werde genügen, um sie völlig zu germanisieren. Die Auswanderer, sowohl in den Städten des Landes wie im Rheinland, . . . die sehr verstreuten polnischen Großgrundbesitzer schienen ebenfalls nicht gefährlich . . . Die einzige Klasse, die noch mit gewissen patriotischen Bemühungen bedacht wurde, waren die reichen masurischen Bauern¹⁰⁾, die . . . den von polnischem Patriotismus erfüllten „Mazur“ aus Ortelsburg hielten. Für sie wurde die ganze, „masurisch“ geschriebene Literatur geschaffen . . . Sie waren verdächtig. Zwar verbot man ihnen nicht, wie den polnischen Bauern in Posen-Westpreußen, offen, Land zu erwerben, machte ihnen aber so viel Schwierigkeiten, daß sie es nicht kaufen konnten . . . Der Wunsch der Regierung war: das Land solle dicht bevölkert, die Bevölkerung rein deutsch sein . . . Man begann, deutsche Ansiedler . . . heranzuziehen. Die Aktion verursachte große Kosten — ergab verschwindend geringe Erfolge. Trotzdem hielt man daran fest, da zu Beginn unseres Jahrhunderts, . . . als man dachte, die polnische Gefahr würde für immer verschwinden, sie sich mit neuer Kraft zeigte . . . (In Posen-Westpreußen) zahlte die Ansiedlungskommission die höchsten Preise. . . . Dank dieses Umstands fand sich eine Anzahl polnischer Großgrundbesitzer, die, im Besitz großer Kapitalien, diese benutzten, um in Ostpreußen, besonders in Preußisch-Masovien, Besitzungen zu erwerben . . . (Ihr) Einfluß war sehr revolutionär. Wieder wanderte das polnische Buch vom polnischen Gut in das polnische Dorf, wieder lehrte

¹⁰⁾ Dagegen Limanowski Nr. 33.

die polnische Gutstochter die Kinder des polnischen Arbeiters polnisch lesen . . . Alle Versicherungen . . ., daß der protestantische Masure nicht der gleichen Nation angehören könne wie der hinzukommende katholische Pole, vergingen angesichts der sprachlichen Gemeinschaft und des entstehenden Nationalgefühls . . . Am Vorabend des Weltkriegs stand die preußische Regierung vor der unlösbaren Frage: Ostpreußen zu bevölkern und ihm gleichzeitig kerndeutschen Charakter zu verleihen . . . (Durch die Bildung des Regierungsbezirks Allenstein und Ausdehnung der antipolnischen Gesetze auf das südliche Ostpreußen) steckte die preußische Regierung, natürlich unbeabsichtigt, selbst die Grenzen des polnischen Teils des Landes ab. Trotzdem ließ sich den Polen der Eingang in das Land nicht ganz verbieten, das hätte völlige Lähmung des Wirtschaftslebens herbeigeführt . . ., doch wurde diesen Arbeitern nicht gestattet, sich im Lande niederzulassen . . . Man machte aus der Einwanderung, die dauernd bleiben konnte und wollte, eine Saison-Einwanderung. Durch all diese Verordnungen fiel die Bevölkerung des Regierungsbezirks Allenstein . . . auf 41 pro qkm¹¹⁾ . . . (Zahlen der Abwanderung, Vergleich der Bevölkerungsdichte in Ostpreußen mit Deutschland und Polen, Hinweis auf Bevölkerungskonzentration in Kongreßpolen!) . . . Die Natur selbst bestimmte diese polnischen Gebiete für die polnische Ansiedlung. Da aber das polnische Volk sich in Knechtschaft befand, wurde seine natürliche Entwicklung gehemmt . . . Heute sind viele Hindernisse verschwunden . . . (für das Abtretungsgebiet); nur Ostpreußen mit einer Bevölkerung von 58 Einwohnern pro qkm, die im Süden der Provinz auf 41 fällt, ist weiter zur Entvölkerung verurteilt, da das Land für deutsche Ansiedler, die nicht kommen und nicht kommen werden, reserviert ist, die polnische Ansiedlung dagegen verboten ist. Die sichere Aussicht, daß bei Beseitigung der rechtlichen und politischen Beschränkungen Ostpreußen der polnischen Kolonisation nicht entgeht, bringt die Deutschen in Raserei, läßt sie immer brutalere . . . Methoden ersinnen, um den natürlichen Gang des Bevölkerungsprozesses zu ändern . . .

28

Sukert, S. 96—102.

. . . Vielleicht hat nie der Haß gegen alles Polnische so scharfe Formen angenommen . . . wie nach der Abstimmung. Die deutschen „Patrioten“ verkünden, ganz ungehindert, offen die Losung der Vergeltung und Wiedererlangung der „geraubten Gebiete“, bemühen sich, alles Polnische zu vernichten, der Volksseele Liebe zum deutschen Vaterlande — geboren aus dem Haß gegen Polen! — einzuimpfen.

¹¹⁾ Vollkommen falsch. In Masuren und Ermland (mit Ausnahme des Kreises Olesko) ist seit 1870 eine dauernde Verdichtung der Bevölkerung zu verzeichnen. (Wittschell, a. a. O., S. 37.)

Den K
seitigt
chen
ma s
kannte
zeitun
Kinde
deutse
A
noch
Die J
deutse
sangb
die s
Kirch
sche
haft
schän
evang
tioner
in po
erhal
bewa
man
Ange
Straf
gung
nicht
tigen
6 Mo
von
Gottl
det
ren
„Ver
Priv
dies
Her
gel
häng
ents
Art
oder

Den Kindern in den Schulen, aus denen die Muttersprache ganz beseitigt ist, ist bei strengster Strafe verboten, . . . masurisch zu sprechen . . . Hervorgehoben muß werden, daß der Prozentsatz masurischer Kinder groß ist. Wenn wir uns auf den bekannten Aufruf des Lehrers Ruchatz in der Königsberger Lehrerzeitung stützen, so können wir behaupten, daß 50 % der masurischen Kinder . . . nur masurisch, 80 % der Kinder masurisch ebenso wie deutsch sprechen.

Aus der Kirche ist die masurische Sprache ganz verdrängt, nur noch in wenigen Pfarreien wird heute masurische Andacht gehalten. Die Jugend, während der Schulzeit germanisiert, besucht nur noch deutsche Predigten. Die alte Generation, die an den polnischen Gesangbüchern und Postillen hängt, hört eigne Prediger . . . So entstand die sehr verbreitete Sekte der „Gromadker“ . . . Schule, Kirche, die die junge Generation germanisieren, schaffen zwischen Kindern und Eltern eine für beide Teile schmerzhaft spaltung. Die Jugend, die deutschen Schluß angenommen hat, schämt sich ihrer einfachen Eltern. Zur Unterstützung von Schule und evangelischen Pfarrern entstehen zahlreiche polenfeindliche Organisationen . . . (und) verfolgen jede polnische Regung. Für Unterhaltung in polnischer Sprache oder in (masurischem) Dialekt auf der Straße . . . erhalten die Masuren von organisierten Banden oder einzelnen stockbewaffneten „Patrioten“ Hiebe . . . Bei den Gerichten würde man vergeblich Gerechtigkeit suchen. Es genügt, daß der Angeklagte aussagt, der Kläger sei Pole oder Polenfreund, um sich Straflosigkeit zu sichern. Der Deutsche, den ein Pole wegen Beleidigung oder Körperverletzung verklagt, erhält 33 Pfennig Strafe, falls er nicht ganz frei gesprochen wird. Einem der Polenfreundschaft verdächtigen Masuren oder einem Polen werden für das kleinste Vergehen 6 Monate zudiktirt. Banden von 10 und mehr Mitgliedern, die Häuser von Masuren demolieren, werden freigesprochen. Zwei Söhne von Gottlieb Linke, der bekanntlich während der Abstimmungszeit ermordet wurde, wurden — angeblich wegen Wilddieberei! — zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, dabei betonte der Richter in dem Urteil das „Verbrechen“ des Vaters. Das masurische Volk, früher mit . . . Privilegien, wie freier Fischfang . . ., reich ausgestattet, ist heute dieser natürlichen Reichtümer ganz beraubt und seinen deutschen Herren und Tyrannen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert . . . Die masurische Bevölkerung ist von ihnen völlig abhängig. Um Hilfe zu erlangen, muß sie öffentlich ihrer Nationalität entsagen. Der Masure, der das nicht tut . . ., wird auf verschiedenste Art boykottiert . . . Fällt aber auf jemand der Verdacht, er sei Pole oder habe an der Abstimmungsaktion teilgenommen, dann betrachtet

¹²⁾ Über Ruchatz s. Anmerk. 12 der Einführung.

man ihn als aus der Gesellschaft ausgestoßen. Verwaltungsstrafen regnen auf ihn herab, sämtliche nationalistischen Blätter veröffentlichen seinen Namen . . . Stoßtrupplerbanden überfallen sein Haus, schießen aus dem Hinterhalt, die Familie des so Geächteten muß über die Grenze flüchten . . . Die Deutschen erstreben systematische Vernichtung alles Urpolnischen. Den Alten gestattet man, „in Ruhe zu sterben“, die Jugend wird intensiv germanisiert. Wer zu auffällig seine Sympathien (für Polen), seine Herkunft betont, wird durch wirtschaftlichen Druck gezwungen, die Heimat zu verlassen . . . Beamte und Lehrer werden . . . nach innerdeutschen Provinzen versetzt. Um die Masuren vor polnischen Einflüssen zu bewahren, hat man im Grenzstreifen eine künstliche deutsche Ansiedlung begonnen . . .

Es hält schwer anzugeben, wieviel Masuren überhaupt in Ostpreußen leben. Würde man alle, die polnische Namen tragen und von ansässigen Familien abstammen, hinzurechnen, so könnte man rund 500 000 erhalten. Da der Germanisierungsgrad verschieden ist, hält es schwer, eine Statistik der mehr oder minder Germanisierten durchzuführen . . . Die amtlichen deutschen Statistiken sind sehr ungenau, vielleicht weil sie tendenziös durchgeführt wurden. Ebenso, vielleicht noch schlechter, ist die 1926 bearbeitete Statistik . . . Die Wahlen zu Land- und Reichstag zeigen aber, daß auf die Minderheitenliste ein verschwindend geringer Prozentsatz Masuren entfällt. Grund dafür ist der Terror . . . in der Wahlzeit; ein Teil der nationalbewußten Bevölkerung hat sich der Wahl enthalten. Fern von den Städten, in Dörfern mit altem polnischem Namen . . . haben sich die alten Traditionen der Vorfahren, Sitten und Aberglauben erhalten, ist die polnische Sprache der „goldenen Zeit“, die kernige reiche Sprache Rej's und Kochanowski's erhalten geblieben . . . In diesen masurischen, geknechteten und terrorisierten Dörfchen beginnt etwas zu erwachen . . . Man kann Klänge hören, die, unklar noch, Ankündigung einer neuen Bewegung zu sein scheinen. Nicht bloß die Alten, auch die Jungen beginnen, nach edler Unterhaltung im eigenen, nationalen Milieu sich zu sehnen. Vereine und Gruppen entstehen . . . Sehnsüchtigen Blicks schauen sie in vergangene Jahrhunderte, der Gedanke beginnt zu wühlen: Was sind wir Masuren? Wirklich ein „Mischvolk“, wie die Deutschen verächtlich meinen? . . . Das Gefühl stammesmäßiger Besonderheit erwacht sogar unter denen, die die Muttersprache schon vergessen haben. Daher entstand auch auf masurischem Boden, in Ortelsburg, der „Mazurski Przyjacieli Ludu“, ferner (in Soldau!) die „Gazeta Mazurska“, die zwar für die Masuren im Kreise Soldau bestimmt ist, aber in das Zentrum des preußischen Masoviens dringt. . . . Die Deutschen sehen, daß etwas in Masuren anhebt, sie fühlen, daß aus Seen und Sümpfen sich ein anderer Wind

erhob
Dahe
die D
Okk
tum

29

ma s
nicht
seir
heit,
triot
Ruhe
seine
nalen
seine
aufm
zuflic
nicht
suren
neren
Böse
so w
ginnt
nach
stärk
wird
nen

30

Bisch
Kos
Hoff
mer
an I
(Erft
gesch
Rech
mus
(Mac
Patr
Mas
1861

erhoben hat, daher . . . der Haß, die Furcht vor Zukunft . . . Daher rief in seinem Aufruf der Lehrer Ruchatz verzweifelt: So wie die Dinge in Masuren und Ermland liegen, genügt ein Jahr polnischer Okkupation — Gott möge uns davor bewahren! — und das Deutschtum im Grenzland ist verschwunden! . . .

29

Sukert, Dusza, S. 55 ff.

. . . Vor Jahrhunderten vom Mutterland abgerissen, . . . hat das masurische Volk trotz . . . der systematischen, in ihren Mitteln nicht wählerischen Aktion feindlicher Faktoren, im Unterbewußtsein . . . die polnische Seele bewahrt . . . Diese Besonderheit, Fremdheit des polnischen Elements aber ärgert die deutschen Patrioten, die alles tun, um diesen dem Untergang geweihten Stamm in Ruhe sterben zu lassen. Seinen Namen haben sie sich angeeignet, wie seinerzeit . . . den . . . der Altpreußen, um sich dessen wie eines nationalen Kleinods zu rühmen. Nicht jeder Masure ist sich seiner Herkunft, seiner Stammesverbindung mit . . . Polen bewußt. Hört man sich aber aufmerksam in den Schall, der uns von Masurens Fluren und Hütten zufliegt, hinein, so kann man schließen, daß bald erfolgen kann, was vor nicht langer Zeit in Schlesien geschah. Die Seele des preußischen Masuren sehnt sich seit Jahrhunderten nach etwas Besserem, Vollkommenerem . . . Charakteristisch seien die masurischen Sagen, in denen „das Böse der Kreuzrittergeist, der das wehrlose Volk unterjochte“ sei; so wie die Sagen von verwünschten Jungfrauen berichten, so . . . beginnt von Zeit zu Zeit der masurische Geist zu erwachen, sehnt sich nach Freiheit, ruft um Hilfe . . . Heute wieder, da das masurische Volk stärker denn je von den Geisteserben des deutschen Ordens bedrückt wird, erheben sich die Stimmen der Unterjochten, scheinen um Rettung, um Befreiung zu flehen . . .

30

Limanowski, S. 16—19.

. . . (Als) zu den masurischen Bauern, die hoffnungslos unter preußischem Druck lebten, . . . (die Nachricht kam), der Bauerngeneral Kościuszko habe die Bauern befreit . . ., entstand in den Herzen große Hoffnung, und diese wandte sich Polen zu. Das Adelpolen aber kümmerte sich wenig um die Bauern, man dachte weder an Schlesien noch an Masuren, wo der Adel schon verdeutscht war . . . (Erst Emisfäre Pariser Emigrantenkreise hätten nach 1840 Wandlung geschaffen) . . . Damals erinnerten sich Mrongovius und Gisevius des Rechts auf die Muttersprache; so entstand der masurische Patriotismus . . . Deutsche Liberale unterstützten die masurischen Patrioten . . . (Nach 1848) konnte das bedrückte, machtlose Polen bei den masurischen Patrioten keine Hoffnungen mehr erwecken; — über das Polentum der Masuren legte sich das Leichentuch . . . (Die Revolutionsbewegung 1861/62) wirkte auch auf das benachbarte Masuren, verband die ver-

wandten Herzen . . . Bei dem Aufstand 1863/64 war das deutlich erkennbar¹³⁾. Unter dem Schutz der Bevölkerung, nicht bloß der polnischen, sondern auch der deutschen, bildeten sich dort Truppenverbände, in die auch örtliche Masuren eintraten, die Bevölkerung verbarg Versprengte vor Nachforschungen der Gendarmen sorglich in ihren Häusern . . .

Die preußische Politik der Ausrottung und Vernichtung des Polentums (nach 1870) übertraf sogar die Moskaus, nahm offen den Charakter (der Politik) der Markgrafen und des Ordens an . . . (Erwähnt „Kinderquälerei in Wreschen“ usw.!) Die Germanisierung vollzog sich in raschem Tempo, obwohl . . . bloß oberflächlich. (Folgen Volkszählungsergebnisse 1890 und 1905!) . . . Wurde die Reaktion auch übermächtig, so waren es doch nicht mehr die alten Ordenszeiten . . . (Landkäufe der Polen, Zeitungsgründungen). Die masurisch-polnische Bewegung erstarkte derart, daß 1893 der eigene Abgeordnete, Pfarrer Wolszlegier, gewählt¹⁴⁾ wurde, 1898 der Regierungskandidat trotz des ganzen Drucks der Lokalverwaltung den polnischen Kandidaten nur um wenige Stimmen übertraf . . .

31

Limanowski, S. 34—38.

. . . Die masovische Stammesart dieser Bevölkerung ist weniger rein, in ihren Adern fließt viel altpreußisches und litauisches Blut. In der Religion der deutschen Bevölkerung näher als der polnischen stehend, ging sie mit ihr leicht und oft eheliche Bindungen ein, besonders in den politisch und besitzlich privilegierten Schichten. Wie in der Tschechei germanisiert sich diese Schicht sehr leicht . . . So in nationaler Hinsicht. In politischer Hinsicht aber war Polens Reiz so stark, daß selbst germanisierte Polen sich offen zu Polen bekannten. Solange das Herzogtum Preußen mit Polen verbunden blieb, fühlten sich beide Völker gleichberechtigt, lebten miteinander in Eintracht . . . Wäre nach Erlöschen der Jagiellonen-Dynastie der Herzog von Preußen zum polnischen König gewählt worden . . ., so hätte, bei gleichzeitiger Zulassung der preußischen Bevölkerung zur Regierung der Gesamtbevölkerung, die ganze Bevölkerung des Herzogtums das freudig begrüßt, und die Republik hätte sich einen breiten Zugang zum Meere eröffnet Sigismund III. hätte nach dem erbenlosen Tod des Herzogs diesen Fehler durch Einverleibung Preußens in Polen gutmachen können. — Solange das Herzogtum im Lehnverhältnis zu Polen blieb, zeigte sich eine polenfeindliche Politik nur wenig. Erst als der brandenburgische Kurfürst, vom Lehnverhältnis befreit, sich zum preußischen König krönte, begann die Politik

¹³⁾ Ziemlich das Gegenteil sagt Ketrznński Nr. 16.

¹⁴⁾ Falsch! Im Kreis Allenstein-Rößel wurde der Pfarrer Wolszlegier damals mit Unterstützung des Zentrums gewählt. (Orłowicz a. a. O., S. 27.)

zwangsweiser Germanisierung . . . Der Adel, der gegen die Entnationalisierung Widerstand leistete, wurde . . . gezwungen, das Land zu verlassen . . . Die masurischen Bauern befanden sich in der Untertänigkeit von Herren, die ihnen in Abstammung, Sprache und Sitte fremd waren . . . Selbst nach den Kriegen 1813/15 . . . profitierte von den damals erlassenen Gesetzen die polnische Bevölkerung am wenigsten. Die deutschen Bauern . . . stärkten sich . . ., die masurischen wurden in noch größere Not gestürzt. Ungebildet, passiv, betäubt, der deutschen Amtssprache nicht mächtig, verstanden sie nicht, sich gegen Unrecht und Willkür der Verwaltung, die ausschließlich in deutschen Händen war und die Deutschen unterstützte, zu verteidigen . . . (Über die Regulierung und ihre Folgen Zitat aus Szymański, Nr. 24) . . .

32

Limanowski, S. 49—54.

. . . Die Masuren, denen höhere und Hochschulen fehlten, schöpften höhere Bildung, berufliches Wissen aus deutschen Anstalten. Das führte sie in die privilegierte Welt — und diese war deutsch! . . ., riß viele von ihrer Volksgemeinschaft los, verleibte sie der deutschen ein. Mehr und mehr beschränkte sich die masurische Bevölkerung auf die Bauern. Die preußische Regierung . . . bildete sie auf ihre Weise aus — gewöhnte sie mit dem Stock an blinde, gedankenlose, viehische Disziplin. So dressiert durch mehrere Jahrhunderte, verloren sie fast völlig das Gefühl der Selbständigkeit. Die Große Revolution Ende des 18. Jahrhunderts wirkte . . . auch auf die masurische Bevölkerung. Das offenbarte sich nicht nur in dem Wunsch, sich aus der . . . Untertänigkeit zu befreien, sondern auch in dem Streben nach nationaler Selbständigkeit, nach Befreiung von der deutschen Regierung (1848) entstand der masurische Patriotismus, der den Deutschen nicht feindlich gesonnen war. Mit ihnen durch mehrhundertjähriges Zusammenleben . . . verbunden, beabsichtigte er nicht, sich von dem Staat loszureißen, sondern forderte nur für das masurische Volk und seine Sprache gleiche Rechte . . . Auch der polnische Patriotismus besaß Anhänger, das aber war eine kleine Schicht, die sich . . . erst 1861/64 vermehrte.

Der Weltkrieg knüpfte die sich lösenden Bande zwischen Masuren und Deutschen fester¹⁵⁾. Von den preußischen Truppen von dem Moskowiterangriff befreit, sahen sie in den Deutschen die Retter, später ihre Gönner und Wohltäter, die sie mit Lebensmitteln versorgten, die zerstörten Häuser aufbauten. Ihr Glaube an die deutsche Macht vermehrte sich — . . . schwer war es also, für Polen (bei der Abstimmung) gute Ergebnisse zu erwarten. Beachtet muß werden, daß, wenn sie für Zugehörigkeit zu Deutschland stimmten,

¹⁵⁾ Dagegen Nr. 21, 26.

sie nicht auf ihr Masurentum verzichteten, umso mehr als die Regierungspropaganda völlige Bewegungsfreiheit verhieß. — Die preußische Regierung hielt nicht nur ihr Versprechen nicht, sondern verstärkte und verschärfte die alte Entnationalisierungspolitik. Geleitet von der traditionellen Politik der brandenburgischen Markgrafen und der Kreuzritter, von der neuzeitlichen Politik Bismarcks und seiner Nachfolger, griff sie zu Zwangsmitteln, um die Bevölkerung zum Gebrauch der deutschen Sprache zu zwingen. Es regiert der Terror der Schule und der „vaterländischen Banden des Heimatdienstes“ . . . Die verängstigte Bevölkerung, . . . zu gedankenloser Disziplin dressiert, erträgt nicht nur alles Unrecht mit sklavischer Gefügigkeit, sondern zieht sich sogar von denen zurück, die stolz in Verteidigung ihrer Rechte . . . verharren. Solch ein Druck kann in der heutigen demokratischen Zeit, in einer Republik, an deren Regierung Sozialisten beteiligt sind, sich nicht lange halten . . . In der Bourgeoisie entsteht der masurische Patriotismus, die Arbeiter- und Volksjugend bekennt offen ihr Polentum . . .

In dem vor Deutschenfurcht erstarrten masurischen Bürgertum haben sich doch solche (Leute) gefunden, die sich offen zum Masurentum bekennen und einen „Masurenbund“ gebildet haben . . . Das Renegatentum, das seinen deutschen Patriotismus bezeugen will, verfolgt diesen Bund erbittert . . . (Folgt Erwähnung der „Masurischen Vereinigung“ — Zjednoczenie Mazurskie-Ortelsburg) . . .

33

Limanowski, S. 60–62.

In Masuren sehen wir dasselbe, was wir im verflossenen Jahrhundert in Schlesien feststellten. Güter und Kapitalunternehmungen sind in deutschen Händen, der Anteil der masurisch-polnischen Bevölkerung ist schwere Arbeit und ein Hungerleben. Bei Beseitigung der Untertänigkeit behielt der Adel die reichsten Böden, stieß die Bauern auf die unfruchtbaren . . . Die reichen Bauern¹⁰⁾ bringen der nationalen Sache fast gar keinen Nutzen, gehören zu deutschen Verbänden, reden gerne deutsch, viele betrachten sich sogar als Deutsche. — Das meiste Gefühl ihrer Nationalität hat sich bei Mittel- und Kleinbauern erhalten, unter ihnen zählt der „Związek Mazurski“ seine meisten Mitglieder . . . (Folgt Zitat Szymański's über Verdrängung auf schlechte Böden) . . . Am beklagenswertesten ist die Lage der Landlosen und Kleinbauern, die . . . als Lohnarbeiter arbeiten müssen. Überall ist ihr Los schwer, in Masuren aber sind sie wahre Sklaven. Auf den Gütern zeigen schöne Gebäude für das Vieh, schlechte für die Arbeiter zur Genüge, wie ihr Leben ist. Die deutsche Verwaltung behandelt sie mit Verachtung, scharf und willkürlich, rechnet weder mit der Verfassung noch mit den Gesetzen, ist sie doch sicher, daß weder Polizei noch Gericht sich zu

¹⁰⁾ Dagegen Nr. 27.

ihrem
allei
losen M
Ordnung
gegen

34

so in S
loren
Sym p
Versel
teile si
sonnen
Masur
und z
damit
sich au
bilden

(N
der lit
nisse
Pole
Prozer

der lit
= 1,96

Zieher
Bevölk
samtbe
würde

wenn

haupt

sache

wie

sche

Gefü

Zweite
völker
sen di
stände
schen

35
koloni

ihrem Schutz aufraffen. Besonders heute . . . ist das Masurertum alleinschon ein Verbrechen In dieser dumpfen obdachlosen Masse glüht ein kräftiger Haß gegen die Unterdrücker, gegen eine Ordnung, die ihnen weder Lebensmöglichkeiten aus Arbeit noch Schutz gegen Hinterlist und Gewalt gewährt.

34

Limanowski, S. 24—27.

. . . Die masurische Bevölkerung ist durch den Terror so in Schrecken versetzt, daß sie jedes Gefühl der Selbständigkeit verloren hat, in Erstarrung passiver Sklaverei verfallen ist. Jedes Symptom der Wiedergeburt ist also erwünscht. Die Verselbständigung der Masuren kann dem polnischen Staat große Vorteile sichern. Er wird in nächster Nachbarschaft eine freundlich (gesonnene) Bevölkerung haben. Überdies können die verselbständigten Masuren im öffentlichen Leben Ostpreußens große Bedeutung erlangen und zur Wirtschaftsverbindung dieses Landes (mit Polen!) beitragen, damit (Polen) einen weiteren Zugang zum Meere sichern. Dann würden sich auch mit Danzig harmonischere, günstigere Beziehungen herausbilden

(Nach Angabe der „polnischen“ Bevölkerung für 1875 mit 18,39 %, der litauischen mit 8,11 % heißt es:) . . . Diejenigen, die die . . . Verhältnisse in Ostpreußen genauer kennen, berechnen heute alle, sowohl Polen wie Masuren, auf 300 000. In diesem Falle wäre der Prozentsatz . . 13,46 % gegenüber 1875 sehr zurückgegangen. Vertreter der litauischen Bewegung berechnen ihr Volk in Ostpreußen auf 28 000 = 1,96 % der Gesamtbevölkerung. Die Verringerung ist erschütternd. Ziehen wir von der Gesamtbevölkerung die vereinte polnisch-litauische Bevölkerung ab, so erhalten wir 1 900 516 (Deutsche) = 85,28 % der Gesamtbevölkerung. — Ein solcher Prozentsatz deutscher Bevölkerung würde von deren vollkommenem Recht auf das ganze Land zeugen, wenn es nicht zwei sehr wichtige Tatsachen abschwächten, ohne überhaupt von der tendenziösen amtlichen Statistik zu reden. Die erste Tatsache ist, daß die lange . . Unfreiheit teilweise einen Zustand wie in Irland geschaffen hat: trotz Gebrauchs der deutschen Sprache verblieb manchmal ein sehr starkes Gefühl der polnisch-masurischen Nationalität Zweiter sehr wichtiger Umstand ist, daß die polnisch-masurische Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet konzentriert ist, in einigen Kreisen die deutsche übertrifft oder ihr gleichkommt. Unter günstigen Umständen entdeutscht sich eine solche Bevölkerung sehr schnell. Wir sehen das im Kreise Soldau

35

Bagiński, S. 76.

. . . (Ostpreußens) südlicher Teil wurde von Polen aus Masovien kolonisiert — von dem Augenblick an, da dies Land von den preußisch-

litauischen Stämmen, die sich nach Norden ins Landesinnere zurückzogen, frei wurde. Beweis dafür, daß Preußisch-Masovien polnisches Land war, sind die zahlreichen N a m e n der preußischen „Rittergüter“, die klar beweisen, daß das Land als Einöde von dem polnischen Element kolonisiert wurde; daher kommen die unverjähren polnischen Rechte auf das masurische Seengebiet... Die Tatsache des Zustroms polnischer Bevölkerung nach Ostpreußen von den frühesten geschichtlichen Zeiten bis heute weist den von gleichen Bedingungen diktierten Drang Polens zum Meer; — das war keine Staatsaktion, sondern eine natürliche Bevölkerungswanderung

36 U m i a s t o w s k i, Territorium, S. 134.

. . . Der Masuren . . . wurde als Volk in ewigen Schlaf gewiegt. Die Deutschen haben den Masuren nicht das Germanisierungshalsband umgelegt, die Maulkorbgesetze nicht angewandt, sondern vernichteten mit Milde, da sie glaubten, daß, wie in Preußisch-Litauen, in Kürze der Umwandlungsprozeß beendet sein würde. Die Nationalität wurde nicht verfolgt, und von Jahr zu Jahr mehrten sich die Reihen der stummen Slaven

37 Kurjer Poznański, Nr. 569, 11. 12. 1928.

. . . Der Hauptgrund, weshalb die preußische Regierung . . . den Vorbehalt macht, daß die Verordnung (über das Minderheitsschulwesen) auf die masurische Bevölkerung nicht angewandt werden könne, ist die Behauptung, . . . angeblich hätten 90 % der Masuren erklärt, sie wollten zur deutschen Kultur gehören, wollten keine polnischen Schulen haben . . . Wir können nur sagen, daß in Masuren die Bevölkerung noch nie um ihre Meinung befragt worden ist. Daher kann auch von irgendwelcher Erklärung der Masuren für die deutsche Schule keine Rede sein . . . Das Abstimmungsergebnis war so, daß 90 % der Masuren nicht für Zugehörigkeit zu Polen stimmten. Das aber beweist noch nicht im Geringsten, daß die Masuren keine polnischen Schulen wünschten. Abstimmung und Minderheitsschulen sind zwei verschiedene Dinge, die nichts gemeinsam haben. Die Minderheitsschulen vom Abstimmungsergebnis abhängig zu machen, ist also nicht nur ungerecht, sondern sogar ganz falsch. — Was aber die amtliche Statistik betrifft, so existierte schon lange die Überzeugung, daß diese Statistik über die masurische Bevölkerung unglaubwürdige Angaben enthält. Allein die Teilung der Bevölkerung in Polen, Masuren und Deutsche zeigt klar die deutschen Tendenzen, die wahre Sachlage zu verdecken . . . (Folgen Zahlen für Polen und Masuren im Abstimmungsgebiet nach der Zählung von 1890!) . . . Die

Teilung
verstär
Grupp
sicht
schen
die De
der de
Polen
nur no
1925 z.
ebenso
daß o
geän
die p
— Auf
den M
weiger
kein P
miser
sche

38

ungefä
Anzu
Zahl
tig ist
in Ein
Bevöl
völker
ben d
danke
konse
schul
D
masu
die g
rung
Bitte
sche

Teilung der Bevölkerung in zwei Gruppen, Polen und Deutsche, ist ganz verständlich, unverständlich dagegen die Aussonderung der dritten Gruppe: der Masuren. Was sind die Masuren . . . ? Nach deutscher Ansicht keine Polen, auch nicht Deutsche, sie gehören also wohl zur deutschen Kultur (?!) Wirklich eine interessante Kombination. Was würden die Deutschen sagen, wenn z. B. Polen eine ähnliche Teilung gegenüber der deutschen Minderheit anwenden wollte? . . . (Gegenüber 279 000 Polen und Masuren 1890) gibt die amtliche Statistik 1925 in Masuren nur noch 70 000 Polen und Masuren an . . . Wie kann man die Zahl von 1925 z. B. mit der allbekanntesten Tatsache vereinen, daß heute mindestens ebensoviel Masuren polnisch sprechen wie 1890, denn es ist bekannt, daß die Masuren in sprachlicher Hinsicht sich nicht geändert haben. Hier hört jede Vermutung auf, man muß annehmen: die preußische Statistik fälscht die Wirklichkeit¹⁷⁾. — Auf solchem Umweg fühlte die preußische Regierung sich berechtigt, den Masuren in Ostpreußen das Recht auf Minderheitsschulen zu verweigern . . . Nach Ansicht der Regierung ist der Masure angeblich kein Pole, vielmehr ein Mittelding zwischen Polen und Deutschen, „ein miserables Erzeugnis zweier Nationen“; für ihn gibt es keine Menschenrechte — nur die preußische Kultur.

IIc) Die ermländischen Polen.

38

Limanowski, S. 46 f.

. . . Das polnische Ermland, schreibt Pfarrer Barczewski, zählt ungefähr 90 000 katholische Bewohner, davon über 60 000 Polen. Anzunehmen ist, daß aus denselben Gründen wie im Weichselgebiet die Zahl der polnischen Bevölkerung sich erheblich vermindert hat. Wichtig ist, daß deutsch- und polnisch-katholische Bevölkerung miteinander in Eintracht lebten, erst die neu hinzukommende, meistens evangelische Bevölkerung bringt . . . Feindschaft und Haß. Die ermländische Bevölkerung ist . . . überaus konservativ. Diesem konservativen Sinn haben die deutschen Mitbürger ihr Übergewicht in allen Gewerben zu danken . . . (nach Barczewski). In diesem Fall ist nicht so sehr der konservative Sinn als die Germanisierungspolitik der Regierung schuld . . .

Die ermländische Bevölkerung nennt ihre Sprache polnisch, nicht masurisch . . . (folgen Dialektproben; — später beklagt der Verfasser) die große Hartnäckigkeit des heutigen Bischofs¹⁸⁾ bei der Germanisierung. Dieser sendet Pfarrer, die nicht Polnisch verstehen, und auf die Bitte, polnische Pfarrer zu entsenden, antwortet er, Gott gefallen deutsche Gebete besser als polnische . . .

¹⁷⁾ Ergebnisse der deutschen Statistik 1910 und 1925 f. Anm. 10 der Einführung.

¹⁸⁾ Gemeint ist der im Jahre 1930 verstorbene Bischof Bludau.

39

Gryfycz, S. 52—54.

... Trotz starker Auswanderung nach Polen hat das polnische Element dank der Erstarkung des polnischen Nationalgefühls bei den Ermländern seine Stellung halten können ... Bei den Wahlen 1924 fielen auf die Liste der polnischen Minderheit mehr Stimmen als bei der Abstimmung 1920 (8 126 : 5 971). Der polnische Stimmenzuwachs bedeutet durchaus keine Vermehrung der Zahl der Polen im Ermland, sondern folgt aus dem ... Wachstum des Nationalgefühls. In einem so germanisierten Gebiet wie dem Ermland leben viel schwankende Polen. Augenblickskonjunkturen bewirken Vermehrung oder Verminderung. Nach einer Art Sieg bei den Wahlen am 4. 5. 1924 ... verringerte sich bei den nächsten Wahlen ... am 7. 12. 1924 die Zahl der polnischen Stimmen bedeutend, erreichte nicht einmal 4 000 ... Diese Unbeständigkeit und Wankelmütigkeit ist das Ergebnis des noch schwachen Nationalgefühls und der Tatsache, daß ein sehr bedeutender Teil der polnischen Bevölkerung im Ermland sich noch nicht der Notwendigkeit bewußt ist, seine nationalen Bürgerpflichten zu erfüllen ... Wäre die ganze polnische Bevölkerung sich ihrer nationalen Pflichten bewußt, so müßte das Ermland bis zu 15 000 Stimmen ergeben, während es bestenfalls ihrer 8 000 sind. Das Nationalgefühl Tausender von Ermländern ist noch eingeschláfert, und die deutsche Zange läßt dieses Gefühl nicht aufkommen ...

II d) Die Weichselpolen.

40

Bagiński, S. 76.

... Die Fortsetzung des polnischen Pommerellen östlich der Weichsel ist das Weichselgebiet (Powiśle), das 1919 zu Ostpreußen geschlagen wurde ... Das Weichselgebiet war ... das alte Pomesanien, das zusammen mit dem Ermland durch die Polen von Pommerellen und dem Kulmerland im 12. Jahrhundert kolonisiert wurde. Das Weichselgebiet und das Ermland waren schon polnisch, unterlagen jedoch in der Zeit der Ordensherrschaft ... teilweiser Germanisierung, erstanden neu während der polnischen Herrschaft (1466—1772), bis erst der preußische Raub (1772) vornehmlich die Vermehrung des deutschen Elements auf Kosten der polnischen Bevölkerung bewirkte ...

41

Umiastowski, Terrytorjum, S. 133—34.

... Die Volksabstimmung haben wir nicht gewonnen, obwohl sich ein Teil der Gemeinden für Polen entschied. Aber ... eine Brandfackel ist hineingeworfen, die bald in hellen Flammen auflodern wird. Ein neues Oberschlesien entsteht! Dt. Eylau, Stuhm und Marienburg haben wir nicht erlangt, „wir haben die Brüder von

Ma
sch
und
mehr
ben i

42

vom
muß,
1905
wurde
8...
als v
könn
scher
nisch
gewö
kons
die
selbs
von i

43

disch
scher
dop
nis
scher

44

der
ist u
nur,
die i
Schu

45

Ostp

Marienwerder und Stuhm in die deutsche Knechtschaft verkauft“ (Zeromski) . . . Die Flamme aber ist entfacht, und künftig können „die Herren über Preußen“ ihrer Sklaven nicht mehr sicher sein. Die Festungen des deutschen Drucks auf Polen haben in ihren Grundfesten zu wanken begonnen . . .

II e) Die deutsche Statistik.

42

Questions, S. 17—18.

. . . Als Beispiel der chaotischen Nationalitätenbewegung . . ., die vom soziologischen Gesichtspunkt als unmöglich angesehen werden muß, kann man den Kreis Osterode wählen . . . Dieser Kreis zählte 1905 40 Gemeinden, in denen es mehr als 90 % Polen gab, ihre Zahl wurde 1910 auf 19 reduziert, 21 verloren ihren nationalen Charakter, 8 . . . wurden rein deutsch. Dafür erschienen 19 ganz neue Gemeinden als völlig polnisch. Nur außerordentlicher Druck oder falsche Listen können solche Resultate erklären. Ein solcher Druck ist von den deutschen Behörden angewandt worden in dem Gebiet, das von den polnischsprechenden sogenannten „Masuren“ bewohnt wird. Diese werden gewöhnlich als ihrer Nationalität nicht bewußt angesehen. Nun, ist der konstante Gebrauch der polnischen Sprache durch die Masuren trotz dieses Drucks nicht, ebenso wie der Druck selbst, der sprechendste Beweis für das Gefühl, das sie von ihrer Nationalität haben? . . .

43

Romer, Polacy, S. 20.

. . . Einziger Ausweg für die Wissenschaft aus diesen methodischen Fehlern der preußischen Volkszählung . . . auf Grund politischer Tendenzen . . . ist die Zurechnung dieser ein- oder doppelsprachigen Polen . . . und Masuren zur polnischen Sprachgruppe und deren Gegenüberstellung zur deutschen Sprachgruppe . . .

44

Romer, Polacy, S. 102.

. . . Eine streng wissenschaftliche Lösung der Frage nach der Zahl der Polen in Preußen auf Grund der Ergebnisse amtlicher Statistiken ist unmöglich. Die größte Annäherung an die Wahrheit erreichen wir nur, wenn wir für jeden Bezirk die Zahl der Polen in Rechnung setzen, die in der Reihe der Statistiken, über die wir verfügen (= Volkszählung, Schulkinder- und Wahlstatistik) den höchsten Wert erreicht . . .

45

Questions, S. 17—18.

. . . Urteilt man nach der Zahl der Schulkinder in den Südkreisen Ostpreußens, so bilden die Masuren dort 75 % der Bevölkerung. Mit

anderen Worten: $\frac{1}{7}$ der Bevölkerung Ostpreußens sind Masuren. Rechnen wir ihnen die Handvoll Ermländer und Weichselpolen . . . hinzu, so kann man die Zahl der . . . ansässigen polnischen Bevölkerung auf 350—400 000 Seelen annehmen, d. h. jeder sechste Mensch im Lande ist Pole . . .

46

Smogorzewski, S. 49.

. . . Nach der Abstimmung hörte der deutsche Terror nicht auf . . . Die wenig zahlreichen Führer der polnischen Bewegung in Ostpreußen mußten entweder nach Polen auswandern oder . . . sich fügen. Die deutsche Statistik hat in Ostpreußen nur 103 074 Menschen gefunden, die als „Muttersprache“ Polnisch anzugeben wagten. Diese Zahl darf niemand täuschen: die Polen in Ostpreußen sind dreimal so zahlreich . . .

47

Sprawy Obce II (1930), S. 472.

(Bei Rezension: „Sprachenatlas der deutschen Grenzgebiete“, Berlin 1929) . . . 1910 waren von sich zur „masurischen“ Sprache Bekennenden 172 000 vorhanden, nach der letzten Zählung 41 000. Im Ermland waren 1910 vorhanden an „reinen“ Polen 72 000, nach der letzten Zählung 14 000. Wahrscheinlich werden bei der nächsten Zählung auch diese letzten Reste (auf dem Papier!) verschwunden sein. Die Volkszählung erweist sich als ein Werkzeug, das die nichtdeutsche Bevölkerung weit erfolgreicher vertilgt als die alten Methoden „mit Feuer und Schwert“ . . . Was die letzte Volkszählung betr. die Polen vorbringt, ist einfach ein Rekord; — ihre tendenziöse Übertreibung ist so offensichtlich, daß ihre Ergebnisse geradezu mit der alten zaristischen Nationalitätenstatistik auf Grund der Volkszählung von 1897 um den Vorrang streiten können . . .

II f) Die Litauer in Ostpreußen.

48

Umiastowski, Geografja, S. 47.

. . . Den Nordostwinkel des Landes bewohnt eine große Zahl von Litauern. Nach der Abtretung des Memelgebiets blieben von ihnen 220 000 im Lande. Ihr (National-) Bewußtsein ist sehr schwach, und der Germanisierungsdruck unterlag bei dem neuen Kurs keiner Veränderung. Polen und Litauer stellen über $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung (Ostpreußens); das wird in Zukunft bei Entwicklung des Nationalgefühls für Ostpreußen eine Last sein . . .

49

Kurnatowski, S. 24.

. . . Die Zahl der Litauer in und um Tilsit beträgt 60 000. Ihr Nationalgefühl ist mit Entstehung des unabhängigen Litauens geweckt

wor
mun
Nicht
we
hofft
Bevö

50

Spra
Abst

51

ansä
Bevö
litau
Die r
mit d
ist;
benen

52

nicht
von g
gelisc
daß (s
sich
kann.

53

..
Bisch-
den P
worde
nicht o
schen
nichten
die er
der, S
nische

worden. Die beunruhigte preußische Regierung . . . bedrückt erbarungslos alle Symptome nationalen Lebens der Litauer in Ostpreußen. Nichtsdestoweniger ist das litauische Nationalbewußtsein schon geweckt, und der Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland hofft, daß sich unter seinen Mitgliedern bald Vertreter der litauischen Bevölkerung befinden werden . . .

II g) Die Deutschen in Ostpreußen.

50 D m o w s k i (Problems), Polityka, S. 581.
. . . Ein bedeutender Teil der Bevölkerung ist deutsch nur der Sprache nach, . . . erinnert sich daran, daß er polnischer oder litauischer Abstammung ist und steht Deutschland häufig feindlich gegenüber . . .

51 L i m a n o w s k i, S. 10.
. . . In der deutschen Bevölkerung sind zu unterscheiden die altansässige und die neuere, seit den Teilungen Polens hinzugekommene Bevölkerung. In den Adern der ersten fließt viel masurisch-polnisches, litauisches und preußisches Blut; Polenfeindschaft ist bei ihr unbekannt. Die neuere, seit den Hohenzollern zugeströmte Bevölkerung kam schon mit der Einstellung der Eroberer, ist . . . umso erbitterter, je neuer sie ist; aber am erbittertsten sind diejenigen, die ihren leicht erworbenen Besitz im Posenschen aufgeben mußten . . .

52 B a g i ŋ s k i, S. 80.
. . . (Zu betonen sei, daß) die deutschen Ansiedler in Ostpreußen nicht einen, sondern drei Dialekte sprechen, daß ein bedeutender Teil von germanisierten Preußen, Litauern und Polen abstammt, daß evangelische und katholische Bevölkerung getrennt voneinander siedelt . . . daß (also) das heutige Ostpreußen in nationaler Hinsicht nicht als einheitliches Gebiet angesehen werden kann.

53 P r u t e n u s, S. 22—23.
. . . Die Urbevölkerung zwischen Njemen und Weichsel waren preußisch-litauische Stämme. Aber schon zur Zeit der Kriege Polens mit den Preußen waren von seiten Polens Ansiedlungsversuche gemacht worden, die von größerem oder geringerem Erfolge gekrönt waren und nicht ohne Einfluß auf die ethnische Zusammensetzung der einheimischen Bevölkerung blieben. Der Orden, der die Preußen zu vernichten begonnen hatte, mußte an deren Stelle Ansiedler ansetzen, die er aus allen Teilen Europas herbeiholte . . . Holländer, Schweizer, Franzosen, sogar Schotten und Engländer. Die polnische Ansiedlung aber dominierte in jenen Zeiten . . . Heute bietet Ost-

preußen von ethnographischem Gesichtspunkt folgendes Bild: im nördlichen Teil wohnen in geschlossener Masse die Deutschen, das rechte Weichselufer, Ermland und Masuren jedoch werden von geschlossener polnischer Masse bewohnt, die Gebiete der Memel von Litauern. Die heutigen Deutschen, die Ostpreußen bewohnen, kann man aber in keiner Weise als Germanen ansehen, vielmehr: sie stellen eine Mischung von Polen und Litauern dar, d. h. der einheimischen Bevölkerung mit später hinzugeströmtem Element, das sich aus einer ganzen Reihe europäischer Rassen und Völker zusammensetzt . . .

54

Srokowski, Prusy, S. 20.

. . . Eine Kolonisation, im Sinne einer elementaren Bewegung, auf die sich so gern Deutschland zu berufen pflegt, um ihr in Osteuropa, besonders aber an der Ostseeküste, eine Menge zivilisatorischer Verdienste zuzuschreiben, fand hier eigentlich niemals statt¹⁹⁾ . . . Die deutsche Bevölkerung wurde vorwiegend aus örtlichen Volkselementen durch Zwang und unerhörten nationalen Druck geschaffen. Denn westdeutsche Ansiedler konnten die ungastlichen Lande des frostigen, windigen und feuchten Preußen nicht locken, ebensowenig wie sie die öden Sandgedenden der Kaschuben anzogen . . . Die masurischen Höhenzüge mußten, um überhaupt Bewohner zu finden, trotz langjähriger Herrschaft des Ordens und Preußens, überhaupt auf den deutschen Siedler verzichten. Anders war es mit dem Kaufmann an der wärmeren Küste bei Königsberg, Elbing oder Braunsberg, der dort handelte und sich bereicherte. Er hatte vielleicht Gründe . . . für den Aufenthalt in dem weiß Gott wem entrissenen Lande . . .

III a) Die Berufung des Ordens.

55

Sobieski, Walka o Pomorze, S. 36.

. . . Von den Deutschen erwartete man damals alles Gute, kamen sie doch mit dem deutschen Recht, das . . . Freiheit und Unabhängigkeit verkündete. Konnten danach die Polen annehmen, daß gerade dieser fromme Orden . . . des Vertrauens unwürdig war? Der König von Ungarn . . . durchschaute ihre schlaunen Eroberungspläne . . . und jagte sie aus dem Land. Dieser Orden forderte alle Deutschen angeblich zum Kampfe gegen die Heiden, tatsächlich zur solidarischen Eroberung neuen Landes für die deutsche Herrschaft auf. In diesem Orden nämlich kristallisierte sich der Geist, der alle Kreuzzüge, die im 12. Jahrhundert . . . die Slaven tyrannisierten, durchdrang: unter dem

¹⁹⁾ Wie paßt hierzu Nr. 4, wonach zur Zeit der Schlacht von Tannenberg Ostpreußen bereits 350 000 Deutsche zählte? Sollten diese 350 000 schon eingedeutschte örtliche Volkselemente sein?

Vorwa
ter de
Erober
durch
gezeic

56

doch c
Be w
vertra
waren
von de
Land,
Reinhe
dessen
stets a
breche
Kraller
Eide in
dauer
und Si

57

chen
neue E
gann d
führte
war de
behand
Gleich
nehmlic
wisserr
zu voll
Stadt K

58

Preu
Christe
blutiger
seine L
sichern

Vorwand christlicher Mission sich die (Slaven) Lande anzueignen. Unter dem Gewand des Ordensbruders lauerte das blutige Schwert des Eroberers, des Tyrannen. Einst erst (wird) Polen ihre Herzen recht durchschauen, ihnen . . . den rechten Namen geben: die mit dem Kreuz gezeichneten Räuber (*latrones cruci signati*) . . .

56

Kierski, *Polskie Pomorze*, S. 19—20.

. . . Obwohl Konrads Lage wirklich schwierig war . . ., lieferte er doch durch . . . Ansiedlung der Ordensritter in Polen den Beweis großer politischer Unvorsichtigkeit. Er vertraute den Kreuzen auf ihren Mänteln, vergaß — daß sie Deutsche waren. Damit erscheint in unserer Geschichte die unheilvolle Gestalt, von der, einmal kürzer, dann wieder länger, der Schatten auf unser Land, auf unser Volk fällt. Weiß gekleidet — als sollte das Symbol der Reinheit geschändet werden, mit dem Kreuz bedeckt — Verhöhnung all dessen, was heilig! — Das Verhältnis des Ordens zu Polen beruhte stets auf Heuchelei und Niedertracht, war begleitet von dauernden Verbrechen. Spürte er die polnische Faust im Nacken, so versteckte er die Krallen, schwur Besserung . . . Wurde die Faust abgezogen, brach er Eide in schamlosester Weise . . . raubte und mordete. Das war seine dauernde Beschäftigung . . ., die er Verbreitung von deutscher Kultur und Sitte nannte . . .

57

Kurnatowski, S. 6—7.

. . . Herzog Konrad von Masovien verfiel auf den unglücklichen Gedanken, den damals gerade aus Palästina vertriebenen, neue Eroberungen suchenden Orden um Hilfe zu ersuchen . . . 1228 begann der Orden . . . die Eroberung Preußens. Im 13. Jahrhundert führte er das Werk aus, rottete die Preußen aber fast ganz aus. Damals war der Orden gezwungen, die . . . polnischen Ansiedler freundlich zu behandeln, da er Hände zu Burgenbau und Feldbestellung brauchte. Gleichzeitig beginnt . . . an der Küste die deutsche Ansiedlung, vornehmlich auf die Städte beschränkt. Der Tschechenkönig Ottokar, gewissermaßen, um den Wahnsinn des polnischen Herzogs zu vollenden, hilft dem Orden, die Preußen zu unterjochen, legt 1225 die Stadt Königsberg an, übergibt sie dem Orden . . .

58

Sukert, S. 25—27.

. . . Nutzlos erschienen die Mühen . . . der Apostel. Die Preußen mordeten sie erbarmungslos. Versuche, das Christentum einzuführen . . ., riefen immer häufigere Einfälle, immer blutigere Kämpfe hervor . . . Herzog Konrad von Masovien . . . konnte seine Lande vor den unaufhörlichen Einfällen der Preußen nicht . . . sichern und bat . . . den Deutschen Orden (um Hilfe) . . . Herzog

Konrad bestimmte ihm als Wohnstätte das Kulmerland. Die Ordensritter, die sich stolz „Verteidiger des Kreuzes“, „Ritter der Jungfrau Maria“ nannten, erklärten sich mit Konrads Bedingungen einverstanden. Papst und deutscher Kaiser gestatteten ihnen, das Kulmerland zu besetzen und schenkten ihnen, da sie nicht wußten, was weiter folgen würde, sämtliche Lande, die die Ordensmitglieder künftig erobern würden . . . Statt unter das Heidenvolk mit Gottes Wort und christlicher Liebe zu gehen, wie es Aposteln und Missionaren ziemte, verkündeten die Deutschen den Kreuzzug. Europas Ritter, noch ergriffen von der lebendigen Idee des Kampfes mit den Heiden . . ., begannen, ins Kulmerland zu fahren. Die Päpste verkündeten Ablässe, die polnischen Fürsten aber, die die gefährlichen Folgen für sich nicht voraussehen konnten, eilten den stahlgepanzerten Mönchen zu Hilfe. Die deutschen Ritter drangen in das Preußenland ein. Die unglücklichen wehrlosen Bewohner starben bei der Verteidigung ihrer Heimstätten, ihrer „heiligen Eichen und Haine“

III b) Geschichtsübersichten.

59

Questions, S. 111—13.

. . . Es scheint . . . unerlässlich, über das Problem der Republik Königsberg, die zweifellos verpflichtet sein wird, mit Polen Sonderabkommen zu schließen, einen historischen Kommentar beizufügen. Man muß wissen, daß im Licht der Geschichte vorbehaltlose Wiedervereinigung (réunion) des deutschen Teils Ostpreußens mit Polen nur Vollendung einer im 15. Jahrhundert begonnenen Entwicklung sein würde. Nach Säkularisierung des Ordens 1525 hatte der König von Polen als Souverän des Herzogtums Preußen sich darüber bedeutende Gewalt bewahrt, die er zum Wohle der Bevölkerung ausübte. Er bewahrte das Herzogtum vor Teilung und Veräußerung, untersagte Teilverpfändung, entschied Streitigkeiten zwischen dem Herzog und dessen Untertanen, gewährte, ohne den Herzog zu befragen, Geleitbriefe. Die vier Oberräte und Hauptleute handelten als Organ der Provinzialstände unter Polens Schutz . . . Der große Kurfürst Friedrich Wilhelm begann den Kampf mit diesem System. Seine ganze Politik im Nordischen Krieg bezweckte Zerreißung der Bande zwischen dem Herzogtum und Polen, Erlangung absoluter, despotischer Souveränität. Von relativem Erfolg wurden diese Absichten gekrönt im Vertrag von Wehlau-Bromberg 1657, der allerdings zum Schaden nicht bloß für Polen, sondern auch für die politischen Freiheiten der Preußen ausschlug . . . Die Preußen, angeblich befreit, tatsächlich aber unterjocht, bewahrten Polen gegenüber ein gewisses Heimweh. Was auch die Quelle dieser Bewegung war, die Stimme des

Blu
sch
wie
Souv
was i
Schöf
Anhä
genge
gleich
Kamp
polnis
eine p
oder
tags;
Hoher
weg
Wei
tür
Polen
sche
Lōs
nün
Koali
nexi
„Sämt
sind v
Arnau
same
der T
fällen,
trafen
gen w
Brand
Pläne
gegen
Plan
Gebie
sche
darum
nügt d
hande
und
diesen
jährba
rier

Bluts oder die Anziehungskraft der freien politischen Institutionen, es genügt festzustellen, daß sowohl Adel wie Bürgertum . . . lange Polens Regierung baten, den Hohenzollern die Souveränität in Preußen nicht zu gewähren, mehr noch: sie taten alles, was in ihrer Macht lag, um unter polnische Herrschaft zu kommen. Der Schöffmeister von Königsberg, Hieronymus Roth, wurde für seine Anhänglichkeit an Polen für den Rest seines Lebens (1662—78) gefangengesetzt, der deutsche Adlige Christian von Kalkstein zahlte für die gleichen Gefühle mit seinem Blut. Der große Kurfürst ging aus diesem Kampf siegreich hervor, kam aber nicht dazu, sich von den Resten der polnischen Protektion zu befreien; sogar nach seinem Tode empfing eine polnische Delegation bei Regierungsantritt jedes neuen Herzogs oder Königs die „Eventualhuldigung“ des Preußischen Landtags; dieser bestätigte, daß das Herzogtum eines Tages nach den Hohenzollern an Polen zurückkehren müsse, was im übrigen wegen der geographischen Lage der beiden, durch Weichsel und Njemen verbundenen Länder ganz natürlich schien. — Die Notwendigkeit dieser Union ist selbst außerhalb Polens und Deutschlands erkannt worden. Die besten französischen Staatsmänner des „grand siècle“ sahen diese Lösung der ostpreußischen Frage als die einzig vernünftige an. Während des Krieges Ludwigs XIV. mit der Ersten Koalition glaubte der Botschafter Forbin de Janson . . ., daß die Annexion Ostpreußens durch Sobieski leicht sein würde: „Sämtliche Adlige,“ schrieb er, „allgemein alle Untertanen jenes Landes sind verzweifelt, erwarten nur Protektion, um das Joch abzuschütteln.“ Arnauld de Pomponne billigt „dieses so gerechte, für Polen so bedeutsame Unternehmen“ und sagt einfach: „Preußen ist stets ein bedeutender Teil des Königreichs Polen gewesen. Zu den größten Unglücksfällen, die seit der Regierung König Johann-Kasimirs diese Krone trafen, kann man die Notwendigkeit rechnen, daß dieser König gezwungen wurde, . . . die Souveränität dieses Landes dem Kurfürsten von Brandenburg zu überlassen . . .“ Colbert de Croissy kam 1689 auf die Pläne zurück; der Herzog von Choiseul tritt trotz aller Gleichgültigkeit gegenüber Polen während des 7jährigen Krieges gern in den russischen Plan betr. Einverleibung Ostpreußens in Polen im Tausch gegen einige Gebiete am Dnjepr ein. — In all diesen Fällen bezweckte die französische Regierung, die Hohenzollern . . . zu bestrafen. Heute, wo es sich darum handelt, unendlich größere Verbrechen wieder gutzumachen, genügt das Motiv der Rache nicht, um die Zerteilung zu rechtfertigen. Es handelt sich nicht so sehr darum zu strafen, als einen entarteten und anormalen Sachbestand zu rektifizieren. Unter diesem Gesichtspunkt hat die Idee eines Pomponne oder Croissy unverjähren Wert behalten. In welcher Form es auch sei, ob als föderierter Staat oder als autonome Provinz, erscheint es

angebracht, die Republik Königsberg mit dem politischen Organismus zu verbinden, der auf sie jahrhundertlang starke politische Anziehung ausübte, von dem sie nur die Macht der gegenwärtig entthronten Dynastie losgerissen hatte. Der Friedenskonferenz wird nicht vorbehaltlose Inkorporation der Reste Ostpreußens in Polen vorgeschlagen, aber die großen Meister des deutschen Staatsrechts haben . . . uns gelehrt, daß ein Staat „selbständig“, autonom wie Polen nach dem Edikt vom 5. 11. 1916 und dabei durch Zoll-, Verkehrs-, Eisenbahn- und Militärverträge völlig an einen anderen Staat gebunden sein kann. Jetzt bleibt nur die besondere, am besten für die Interessen beider Kontrahenten und die Erfordernisse der allgemeinen Ordnung passende Form zu wählen

60

Orłowicz, S. 20–22.

. . . Das Jahr 1525 brachte bedeutsame Wandlungen. Der letzte Hochmeister, Albrecht von Hohenzollern, nahm den Protestantismus an . . . So endete die Herrschaft des Ordens, die dem Lande ein bis heute unverwischtes Brandmal aufgeprägt hat. Sigismund I. beging aber den Fehler, statt das noch dem Orden verbliebene Lehnsland an sich zu nehmen, es trotz des Widerstands des deutschen Kaisers Herzog Albrecht, der ihm auf dem Krakauer Markt huldigte, als erbliches Lehen zu geben (S. 20) Das 16. und 17. Jahrhundert stärkten auch politisch und kulturell die Einflüsse Polens. Die preußischen Stände ersuchten Polen immer wieder, sie unter seinen Schutz zu nehmen . . . Polens Könige und Diplomaten versäumten jedoch zwei Gelegenheiten, das Herzogtum Polen einzuverleiben, 1568, als nach Herzog Albrecht die Regierung auf seinen geistesschwachen Nachfolger, Albrecht Friedrich, überging, zum zweiten Male 1618, nach dessen erbenlosem Tode . . . Nur die preußischen Stände widersetzten sich konsequent dem Vertrag von Oliva (1660) und behaupteten, daß die Zerreißung der Verbindung mit Polen ihrer Entwicklung ungünstig sei. Um ihren Widerstand zu brechen, entlockte Friedrich Wilhelm durch seinen Warschauer Gesandten Johann Kasimir den formellen Akt der Befreiung der preußischen Städte von ihrem Treueid für Polen; — die Führer der polenfeindlichen Bewegung in den Städten bestrafte er mit dem Tode . . .

61

Orłowicz, S. 23.

. . . Gemäß des Elbinger Vertrages mit dem Bischof von Ermland und des Thorner Friedens wurde das Ermland nicht ein Teil Polens, kam nur unter polnische Oberhoheit als besonderes Fürstbistum . . . Die Bischöfe wählte bis 1550 das Kapitel, sie waren somit ausschließlich Deutsche, Polen manchmal feindlich gesinnt, mit dem Orden gegen es verbündet . . . Unter Sigismund

Augu
— vo
bisch
und
Ermi
vor a
sich r
Er m
bindu
den I
polnis
das p
Städte
lagen

62

. . .
das I
tum
nis c
Fried
Polen
tum r
rung
er sic
burg
für l
des
lebten
glück
den u
dieser
Lehns
schaft
von d
preuß

63

Brand
stärk
möch
daß v
spielt
reich.

August ging das Recht, die Bischöfe zu wählen, auf Polens Könige über, — von nun an sehen wir 250 Jahre lang dauernd Polen auf dem fürstbischöflichen Thron . . . (sie) kümmerten sich um Wissenschaft, Kunst und Wachstum des Landeswohlstands, daher haben auch die Städte Ermlands so viele Denkmäler wie keine Stadt im Herzogtum Preußen, vor allem die denkmallosen masurischen Städte, um deren Entwicklung sich niemand kümmerte . . . Die polnische Kolonisation in Ermland beginnt erst im 15. Jahrhundert nach seiner Verbindung mit Polen. Besonders die südlichen . . . Gegenden waren durch den 13jährigen Krieg sehr verwüstet, daher holten die Bischöfe gern polnische Ansiedler herbei. Im 16. und 17. Jahrhundert verbreitete sich das polnische Element in Südermland so stark, daß auch früher deutsche Städte wie Allenstein, Wartenburg, Bischofsburg der Polonisierung erlagen. . . .

62

Limanowski, S. 15

. . . Nach Kętrzyński war der Höhepunkt (der polnischen Kolonisation) das 17. Jahrhundert. „Damals“, sagt er, „war das Herzogtum Preußen trotz deutscher Herrschaft mehr polnisch als deutsch.“ Die Lage änderte sich, als Herzog Albrecht Friedrich . . . 1618 starb und der polnische König Sigismund III., der Polens Unionsgeist fremd gegenüberstand, den klugen Rat: das Herzogtum mit Polen zu vereinen, seinen Bürgern in der gemeinsamen Regierung gleiche Rechte zu gewähren — nicht befolgte. Vielmehr erklärte er sich . . . einverstanden, daß der Kurfürst von Brandenburg das Herzogtum als Lehen übernahm. Das wurde für Polen ein ebensolches Unglück wie die Berufung des Ordens. Brandenburgs Herrscher waren aus Raub erwachsen, lebten von der Lust am Rauben. Sie dankten Polen zur Zeit des unglücklichen Johann-Kasimir durch den Angriff gemeinsam mit Schweden und Moskau, der fast Polens Teilung herbeiführte. Polen ging aus dieser großen Gefahr zwar siegreich hervor, mußte aber . . . auf die Lehnsabhängigkeit Preußens verzichten. Die brandenburgische Feindschaft gegen die Slaven, gegen die Polen, wurde überlegt, planmäßig von der Zeit, da der Kurfürst von Brandenburg sich in Königsberg zum preußischen König krönte

63

Kurnatowski, S. 8.

. . . . Die Personalunion des Herzogtums Preußen mit der Mark Brandenburg schuf den Keim des heutigen Preußens, zu dessen Verstärkung man Polen seinen Korridor, kernpolnisches Land, abnehmen möchte. — Unmittelbares Ergebnis der Umgestaltung des Ordens war, daß viele polnische Protestanten . . . nach Preußen zogen. Königsberg spielt Polen gegenüber die gleiche Rolle wie Genf gegenüber Frankreich. Die großen polnisch-protestantischen Schriftsteller wie Malecki,

Seklucjan, Murzynowski u. a. leben in Preußen oder drucken dort, wie z. B. Michael Rej, ihre Werke. Die ersten Rektoren der 1544 gegründeten Universität Königsberg sind Polen: Kulwiec und Rafajlowicz. Polnisch-protestantische Theologen bekehren die polnischen und deutschen Ansiedler zum Lutheranismus, desgleichen die Reste der Urbevölkerung . . . Polnische Ansiedler, Adel und Bauern, kommen in Massen . . . Die polnische Sprache verdrängt die deutsche; mit Ausnahme der Städte an der Küste und der deutschen Gutsherren wird das ganze Land polnisch . . . Solange das Herzogtum polnisches Kronlehen war, überwog in ihm das polnische Element. Polnisch-protestantische Herren wanderten nach Preußen aus, leiteten manchmal sogar die Geschicke des Landes. Ein polnisch-protestantischer Magnat, Fürst Boguslaw Radziwill, . . . war zeitweilig Statthalter . . . Seine Regierung gab dem Land ausgeprägt polnischen Charakter, obwohl derselbe Boguslaw Radziwill mit dem polnischen König Johann-Kasimir, einem Katholiken, kämpfte. — Die Verträge von Wehlau 1657 und Oliva 1660 befreien das Herzogtum Preußen von der Abhängigkeit von Polen . . . Der Herzog und Markgraf fügt seinen Titeln den eines Kurfürsten hinzu. 1701 ernennt er sich zum preußischen König. Nunmehr wird der Name des unglücklichen Heidenvolkes, das . . . vom Orden „gen Himmel gesandt“ wurde, einer unerhört verschiedenartigen Macht dienen, die von Elsaß bis nach Litauen reicht, aber von der Dynastie, unterstützt durch die Militäraristokratie, konsolidiert wurde. Das Hauptzentrum dieser Aristokratie waren die Nachkommen der Ordensritter, die sofort den Kopf hoben, als sie nur von der Obhut der polnischen Könige befreit wurden.

64

Slawski, S. 44 f.

. . . 1525 wurde Ostpreußen weltliches Herzogtum und polnisches Kronlehen, 1657 erwarb es Souveränität. Ostpreußen gehörte nie zum alten Deutschen Kaiserreich . . . sondern blieb als Kolonie außerhalb. Wegen seines Kolonialcharakters war Ostpreußen vom Deutschen Bund . . . ausgeschlossen. Erst vor 58 Jahren, 1867 . . . wurde Ostpreußen integrierender Teil Deutschlands. Das wird klar in der „Antwort der alliierten und assoziierten Mächte . . .“ festgestellt. Es tut daher not, sich daran zu erinnern, daß mehrere Jahrhunderte Ostpreußen wirklich so klar abgetrennt war, daß es bis 1867 niemals wirklich in den politischen Grenzen Deutschlands eingeschlossen war. Deutsche Historiker haben immer anerkannt, daß Ostpreußen kein ursprünglich deutsches Land, sondern eine deutsche Kolonie ist . . . wegen seiner geographischen Lage, seiner Entferntheit und seiner historischen Entwicklung. . . . Daher ist es nicht wahr, daß dieser koloniale Charakter Ostpreußen durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde, . . . denn er ist

untre
ständ
preuß
Jahre
lier
Seine
die S
die g

65

Grad
im fe
die —
in sie
wick
unter
schaf
Bew
Schli
befah
des
unter
gers
Lok
schon
stil
sch
oder
inner
die C
steri
züg

66

der
gig
exist
fen.
vo
ein
Kra
den
len

untrennbar verknüpft mit seinen geographischen und historischen Umständen . . . Ostpreußen erfreute sich des Zusammenhangs mit anderen preußischen Gebieten nur 148 Jahre (1772—1920), in 318 vorhergehenden Jahren, also mehr als zweimal so lange, war Ostpreußen genau so isoliert wie heute . . . Geistig stand Ostpreußen auf einem hohen Niveau. Seine Isolierung hinderte die geistige Entwicklung nicht, genau so wie die Schaffung von Polens Zugang zum Meer . . . heute in keiner Weise die geistigen Beziehungen Ostpreußens zu Deutschland hindert

65

Srokowski. Z krainy, S. 16—17.

. . . Fast hat man das Gefühl, als räche sich das Land in gewissem Grade für die an ihm verübten Gewalttaten, indem man es zwang, hier im fernen Ostseegrenzland die fremde deutsche Kolonie aufzunehmen, die — um ihr Deutschtum zu wahren — gegenüber der Nachbarschaft in sich sämtliche Höllen eines verhaßten Kontrastes erwecken und entwickeln mußte (und) selbstverständlich das Gleiche erntete. Fast immer unterschieden sich voneinander die Beweggründe einer passenden Wirtschaftspolitik, ohne Rücksicht auf die nationale Zusammensetzung der Bewohner, und (die Rücksichten auf) die hier gegründete Kolonie . . . Schließlich beherrschte die starke Hand der Staatsmacht die Lage und befahl dem Lande, ihren Befehlen blind zu folgen. Von der Mitte des 17. Jahrhunderts, d. h. von der letzten Bewegung des Adels unter v. Kalkstein und der Verschwörung der Königsberger Bürgerschaft, geführt von Hieronymus Roth, die aus gesundem Lokalpatriotismus Verbindung mit dem damals leider schon erschwachenden Polen suchten, ist es hier dumpf und still, soweit es sich um Ausbildung eines eigenen politischen Gedankens handelt. Der Befehl des Herzogs, Kurfürsten oder Königs, das ist die einzige Bussole, nach der die Bevölkerung ihre inneren sozialen Verhältnisse einrichtete. Damit jedoch dieser Befehl die Oberhand erlangte, damit dies Land zum Fußschemel des hier völlig sterilen Deutschtums wurde, wurde viel vertan, vor allem die vorzügliche Lage

66

Prutenus, S. 17—24.

. . . Ostpreußen . . . verdankt seine Entstehung in der Geschichte Polen, war von ihm lange Jahrhunderte abhängig . . . Gleiche geschichtsbildende Ursachen können, wenn sie weiter existieren, nach ewigen, natürlichen Gesetzen nur gleiche Folgen schaffen. Werden natürliche Gesetze vergewaltigt, so kann vorübergehend in ihrem Wirken, nicht aber in ihrer Existenz eine Unterbrechung eintreten. Schließlich wird ihre Kraft immer über die künftige Gestaltung entscheiden. Solche Kräfte innerhalb der Beziehungen Polens zu Ostpreußen bestanden fast von Beginn der historischen

Epoche an. Die Feststellung ihrer Wirkung muß eine sehr wichtige Aufgabe des polnischen politischen Gedankens sein, umsomehr als die Vergewaltigung . . . noch andauert, und zwar in sehr verschiedenen Formen. Die Analyse der Bestandteile dieser Vergewaltigung, die Erkenntnis ihrer Bedeutung, verglichen mit der Bedeutung der natürlichen geschichtsbildenden Kräfte, gibt uns erst die Möglichkeit, ein gerechtes Urteil über Ereignisse der Vergangenheit und Erscheinungen der Gegenwart, die sich zu dem Problem verdichten, abzugeben (S. 17/18) . . . Nach deutschen „Historikern“ war gerade das Weichselflußgebiet . . . die Wiege Deutschlands . . . Hier interessiert uns erst die Zeit, da die Deutschen erstmalig an die Weichsel gelangten Tatsache ist, daß das Gebiet des heutigen Pommerellen anfangs des 13. Jahrhunderts von slavisch-polnischer Bevölkerung bewohnt war. Auf dem rechten Ufer der Weichsel, im Gebiet von Pregel und Memel, saßen preußisch-litauische Stämme Da Konrad von Masovien sich gegen die Preußen sichern, sich der sozialen und politischen Konsolidierung seines eignen Staates widmen wollte, rief er 1226 den Ritterorden, der . . . gewissermaßen „arbeitslos“ war, herbei und bestimmte ihm als Sitz Kulm, als Aufgabe: Ausführung von Kreuzfahrten auf dem rechten Weichselufer gegen die heidnischen Preußen und Litauer — unter der Bedingung, daß sie die in Preußen eroberten Gebiete in Form eines polnischen Lehens besitzen würden . . . Der Orden, zu dem nicht allein deutsche Ritter, sondern Ritter sämtlicher übrigen christlichen Nationen gehörten, fälschte die Dokumente, die ihm die in Preußen eroberten Länder verliehen (Erwähnung der Verwicklungen zwischen Polen und dem Orden bis zum Zweiten Thorner Frieden 1466), kraft dessen auf dem linken Weichselufer Pommerellen, auf dem rechten die Kreise Elbing, Marienburg, Stuhm und Rosenberg, . . . dazu das Bistum Ermland zu Polen zurückkehrten. Das Herzogtum Preußen erhielt damals seinen Namen von der preußischen Urbevölkerung, — erst durch die Kolonisation, die übrigens nicht nur aus Deutschland stammte, seinen späteren deutschen Charakter. Die südlichen Teile des Herzogtums Preußen dagegen waren schon seit dem 13. Jahrhundert vorwiegend durch polnische Elemente kolonisiert worden, daher kommt es, daß außer dem Bistum Ermland, das von Natur polnisch war, der Südteil Ostpreußens, das sogenannte Masuren, bis heute polnischen Charakter trägt, die heutige deutsche These von der territorialen Zerschlagung Ostpreußens und Ostpreußens Abstieg zum Range einer Kolonie historisch ganz unbegründet ist. Eine solche Lage existierte stets, hatte ihre historische Berechtigung. Bei der Vereinigung Brandenburgs mit dem Herzogtum Preußen dagegen spielten dynastische Einflüsse eine Rolle. . . . Tatsache ist, daß Ostpreußens Wirtschaftsinteressen stets auf der Nord-Südlinie lagen. Beweis dafür ist der Um-

stand, daß schon in vorgeschichtlicher Zeit lebhafter Handel zwischen der Schwarzmeerküste und Ostpreußen getrieben wurde. Die natürlichen Rechte, die Ostpreußen mit dem polnischen Hinterlande verbinden, wurden vergewaltigt: das erste Mal durch den Orden, das zweite Mal durch die Befreiung der Hohenzollern von Polens Lehnshoheit, das dritte Mal durch Polens Teilungen, schließlich durch die . . . staatliche und zollmäßige Zugehörigkeit Ostpreußens zu Deutschland Wegen der historischen Entwicklung Ostpreußens ist es natürlich, daß auch die Kultur ihre eignen, von der Kulturentwicklung des übrigen Deutschland unabhängigen Wege ging. Die Universität Königsberg war von der Krakauer Universität abhängig; das Privileg für sie stellte der polnische König Sigismund August 1650 aus. Viele polnische Gelehrte . . . wirkten und lehrten in Königsberg. Die polnische Sprache erfreute sich zur Zeit der Lehnsabhängigkeit großen Ansehens, wurde als Hofsprache betrachtet. Eine ganze Reihe von Kirchen wurde . . . von polnischen Königen begründet, und noch bis auf den heutigen Tag weist man ihre Privilegien vor. In noch höherem Maße trifft das für das Bistum Ermland . . . zu. Bei dieser Sachlage ist es eine ganz natürliche Erscheinung, daß die Kultur der Provinz bis zu . . . den Teilungen Polens unter überragendem Einfluß der polnischen Kultur gestanden hat. Beweise dafür sind Volkslieder und -bräuche, vor allem die Renaissance-Architektur, die bei einer Reihe von Gebäuden, besonders Kirchen, ausgesprochen polnischen Einfluß zeigt. . . . Elbing sowie Königsberg unterscheiden sich in ihrer Architektur auffallend von anderen deutschen Städten und ähneln Danzig, wo der polnische Einfluß unbestreitbar war. Es verdient bemerkt zu werden, daß Ostpreußen bis zur Zeit der Teilungen Polens weder einen deutschen Dichtern noch Gelehrten hervorgebracht hat. Kopernikus und Hosius waren Polen, Kant war schottischer Abstammung, Hoffmann erschien erst zu Ende der polnischen Unabhängigkeit. Aus obigem ist ersichtlich, daß Ostpreußens kulturelle Entwicklung . . . von Süden nach Nordenging, nicht von Westen nach Osten, wie das den Deutschen in ihre Argumentation passen würde. Die natürlichen Kräfte wirkten von polnischer Seite, von deutscher Seite begann erst der Prozeß geistiger Bedrückung, der bis heute währt und zur Folge hat, daß Sudermann, ein Deutscher durch und durch, seine literarischen Anregungen in litauischen Motiven suchen muß

... Zunächst rottete der Orden unbarmherzig mit dem Schwert die ganze Bevölkerung der unterworfenen Lande, z. B. an der Weichsel und der Haffküste, aus. Allmählich jedoch ging er zu einem anderen, praktischeren System über, dem der Unterjochung und Germanisierung ... Die preußische Sprache verschwand völlig ... Rasse und Charakter der Bevölkerung aber gingen nicht verloren ... Es ist daher kein Zufall, daß die Siedlungen zwischen der unteren Weichsel und Memel den Namen des preußischen Stammes annahmen, denn nicht sie, sondern die alten Preußen bildeten und bilden den eigentlichen ethnographisch-anthropologischen Untergrund. Die Sprachenfrage spielte eine nebensächliche Rolle. Noch geringer sind die deutschen Kulturinflüsse, die die Seele des Preußen nicht umbilden konnten ... Die ganze deutsche Arbeit in Ostpreußen ist die oberflächlichste Assimilation, die irgendwo stattgefunden hat²⁰⁾. Der heutige Preuße ist ein Typ, der wirklich die Verbindung des verschwundenen preußischen Typs mit dem fremden deutschen Typ ist, jedoch derart, daß das Preußentum das entschiedene Übergewicht hat. Das Deutschtum gibt dem Preußentum nur die Farbe, übrigens verschieden nach Prozentanteil und eigener Art ... (Der Orden habe Ostpreußen mit Deutschen der verschiedensten Stämme besiedelt, hinzukämen noch die Salzburger, Deutschrussen u. a.) Nicht ohne Spuren blieb auch die Einwanderung von Holländern, Franzosen, Schotten und Schweizern, im Osten des Landes sogar von Litauern und Russen ... Vor allem aber die polnischen Einflüsse! ... (Daß diese nicht die Oberhand gewinnen konnten, lag daran, daß) die kulturelle polnische Einwirkung nicht von geschicktem diplomatischem Spiel oder organisatorischer Arbeit begleitet wurde. Die Spuren des Eindringens des Polentums aber sind bis heute in Fülle verblieben ... Jeder dritte oder vierte Preuße trägt einen polnischen Namen ... Das ganze Ermland ist mit polnischen Andenken übersät, dem Werk polnischer Herrschaft ... Frauenburg ist wirklich der Wawel des Fernen Nordens ... (Polnische Andenken) fehlen auch nicht in Elbing, Heilsberg und Gott weiß wo überall. Das alles wird heute mit allen Mitteln vernichtet ... (U. a. von) unserem schlimmsten Feinde, dem Bischof Bludau ... Vergebens! Zuviel sind ihrer, sie sind zu ausgesprochen polnisch, als daß jemand, der eine gewisse Vorstellung von den Dingen hat, diese Fälschungen nicht erkennen würde (S. 90/91) ... Und erst auf Grund all dessen kann man das gewaltige Ausmaß unseres Fehlers ermessen, ... die Säkularisierung der Ordensherrschaft des immerhin lehnspflichtigen preußischen Herzogs (zu) gestatten, einen noch schlimmeren Fehler aber begingen wir, als wir uns einverstanden erklärten, daß Bran-

²⁰⁾ S. Nr. 54.

denbur
einer I
ten
wür
auch d
den de
merell
bens
Deutsh
eingeb
flüsse
sich m
reich
später
der „of
stimmt

...
als T
schen
einzig
weder
tauer.
später
Name
ein au
beiter
freiwi
Bauer
nieder
bing
Rest
Bis 1
das ü
eine
südlic
schof
Pole
zuerh
säkul
Baue
mus

denburg und das sich schon polonisierende Ostpreußen in der Hand einer Dynastie vereint wurden (S. 91/92) . . . Die Zeit vom Zweiten Thorner Frieden bis 1525 . . . erinnert merkwürdig an die heutige Zeit. So wie heute lamentierte auch damals Ostpreußen vor aller Welt über seine Abschnürung von den deutschen Ländern durch das in polnischer Hand befindliche Pommern . . . (S. 92.) (Wie damals der Orden die Bevölkerung Westpreußens als „abgefallene Untertanen“ bezeichnete, so habe sich heute in Deutschland für das Abtretungsgebiet der Name „geraubte Gebiete“ eingebürgert) . . . Gegen das elementare Eindringen polnischer Einflüsse in das von dem Reich abgeschnittene Ostpreußen wehrte man sich mit allen Mitteln, wogegen Polen erneut mit seiner erfolgreichsten Waffe, der Isolierung der Ordensbesitzungen, später des Herzogtums Preußen, antwortete . . . (Die folgende Schilderung der „allmählichen, erfolgreichen Ausrottung des polnischen Elements“, S. 93/94, stimmt überein mit Kętrzyński Nr. 68a und Szymański Nr. 24) . . .

68

Smogorzewski, S. 46—48.

. . . Außer wenn man Polens Teilungen als Präzedenz, demgemäß als Tradition ansieht, ist Ostpreußen stets eine Gebietsenklave zwischen Polen, Litauen und der Ostsee gewesen. Vor 1225 war dort kein einziger Deutscher vorhanden. Die autochthonen Preußen . . . waren weder Germanen noch Slaven, wahrscheinlich Verwandte der Litauer. Von den Deutschrittern dezimiert und germanisiert, gaben sie später dem unternehmendsten Zweig der germanischen Rasse ihren Namen . . . Anfangs des 16. Jahrhunderts war das heutige Ostpreußen ein außerordentlich gering bevölkertes Land. Den Rittern fehlten Arbeiter, sie mußten den dezimierten Teil der Urbevölkerung durch . . . freiwillige Ansiedler ersetzen. Wegen der Nähe waren es polnische Bauern, die am zahlreichsten kamen und sich im Südteil des Landes . . . niederließen. 1466 mußte der Orden Marienburg, Elbing und die Provinz Ermland zurückliefern, der Rest Ostpreußens wurde den Rittern als polnisches Lehen belassen. Bis 1772, d. h. zur ersten Teilung Polens, haben sich das Ermland und das übrige Ostpreußen verschieden entwickelt. Das Ermland war eine polnische Provinz²¹⁾, Polen aber wohnten nur in seinem südlichen Teil, den heutigen Kreisen Allenstein und Rössel. Die Bischofswürde und das Allensteiner Kapitel waren stets in Händen von Polen, die dazu beitrugen, den Einfluß der polnischen Kultur aufrechtzuerhalten. Das übrige Ostpreußen blieb dem Orden untertan, der 1525 säkularisiert wurde und zum Protestantismus übertrat. Die polnischen Bauern . . . mußten ihren Herren folgen, gleichfalls zum Protestantismus übertreten. 1618 gab König Sigismund III., der die später daraus

²¹⁾ Dagegen Orłowicz, Nr. 61.

folgenden Ereignisse nicht voraussehen konnte, Preußen . . . dem Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg als polnisches Kronlehen, später (1657) befreite König Johann Kasimir wegen äußerer Schwierigkeiten den Kurfürsten vom Lehnseid . . . Das Kurfürstentum Brandenburg wurde 1701 Königreich Preußen. Und dieses Königreich gerade ergriff die Initiative zu Polens Teilungen . . .

Trotz all dieser historischen Wechselfälle hat die polnische Bevölkerung Ostpreußens . . . ihre Muttersprache bewahrt. Sie ist ihr treu geblieben, wie das sogar die doch so tendenziöse Statistik der allgemeinen preußischen Volkszählung 1910 feststellt. Im Regierungsbezirk Allenstein . . . gab es, wie aus der Statistik ersichtlich, 385 000 Polen²²⁾ (von den preußischen Behörden „Masuren“ genannt) und 158 000 Deutsche, d. h. 71 % Polen . . .

68a

Kętrzyński, O ludności, S. 615 f.

. . . Das polnische Element hatte sich in Ostpreußen so verbreitet, daß im 17. und 18. Jahrhundert das ganze Land, war es nicht schon rein polnisch, so doch von Polen überfüllt war . . . Und da auch der deutsche oder halb verdeutschte Adel wie die Gröben, Eulenburg und Lehndorff seine Söhne auf polnische Schulen sandte, . . . der deutsche Adel, ob arm oder reich, in Polen Glück und Dienste suchte, so ist es unverkennbar, daß im 17. Jahrhundert Ostpreußen trotz deutscher Herrschaft mehr polnisch als deutsch war. Wie zahlreich dort die polnische Intelligenz war, beweist u. a. die „Poczta Królewiecka“, eine der ältesten polnischen Zeitungen, die 1718 bis 1720 in Königsberg erschien und vornehmlich für den polnischen Adel im Herzogtum Preußen bestimmt war. Die „Poczta Królewiecka“ war das letzte Symptom freier Bewegung des polnischen Elements in Ostpreußen. Einige Jahre später beginnt schon von oben die Reaktion. Die ersten Schritte waren zaghaft, sie sollten die weitere Ausbreitung der Polen verhindern. Der preußische König Friedrich Wilhelm verbot nämlich durch Reskript vom 2. III. 1724 den Polen die Ansiedlung in Preußisch-Litauen, wo schon manche polnische Siedlung existierte, durch ein weiteres Reskript vom 24. III. 1724 verbot er überhaupt, Schamaiter, Polen und Juden anzusiedeln. Zur gleichen Zeit wurde die deutsche Ansiedlung vorbereitet und mit deren Hilfe langsam die heutige Suprematie des deutschen Elements vorbereitet. Die größte Katastrophe aber für Ostpreußens polnische Bevölkerung war Polens Untergang, dadurch nämlich wurden sämtliche Verbindungen des polnischen Adels in Masuren und den deutschen Kreisen mit dem großen Vaterlande zerrissen. Nach Polens Untergang war die Verdeutschung des Adels und der in deutschen oder litauischen Kreisen verstreuten polnischen Siedlungen nur eine Frage der Zeit. Hatten sich aber bisher sämtliche Regierungen Preußens . . . der polnischen Bevölkerung wohl-

²²⁾ Ergebnisse der Volkszählung von 1910. S. Anm. 10 der Einführung.

wollend erzeugt, so änderte sich auf einmal die ganze Richtung der preussischen Politik . . ., nahm ausgesprochen feindseligen Charakter an . . . Was in Westpreußen mit germanischer Rücksichtlosigkeit sofort durchgeführt wurde, wurde in den masurischen Kreisen langsam und systematisch vollbracht, von 1804 ab, als man die bescheidene Forderung stellte, daß wenigstens die Lehrer deutsch lesen und schreiben können sollten . . . Damit aber die Verdeutschung der Polen widerstandslos sich vollziehe, bemühte man sich, zunächst die polnische Intelligenz, d. h. den Adel, zu beseitigen. Zu diesem Zweck enteignete der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Schön, die polnischen Gutsbesitzer²³⁾ durch Einziehung der nach den Freiheitskriegen rückständigen Kredite der Königsberger Landschaft. Die zur Stützung . . . angewiesenen Summen verwandte er, um Deutschen, die aus anderen Provinzen herbeigeht wurden, Vorschüsse zum Ankauf der von ihm zum Zwangsverkauf gebrachten polnischen Besitzungen zu gewähren. So verschwand mit einem Schlage der polnische Adel in Ostpreußen. Mit einem Schlage ging alles verloren, der seines Besitzes beraubte Adel verlor sich unter den Bauern oder, falls er in die Stadt zog, verdeutschte sich unter den dort die erste Stelle einnehmenden Deutschen. Was die Katastrophe überlebte, wurde in der Vereinsamung deutsch . . .

III c) Der Wiederaufbau.

69

Orłowicz, S. 30—31.

. . . Schnell aber, bedeutend schneller als andere polnische (!) kriegsverwüstete Gebiete erhob Masuren sich wieder. Deutschland ging energisch an den Wiederaufbau . . . Als es aber an die Entschädigungen ging, sah die polnische Bevölkerung, daß sie anders als die Deutschen behandelt wurde . . .

70

Sukert, S. 91—92.

. . . Um sich die Gunst der Masuren zu sichern, begann Deutschland . . ., die vernichteten Heimstätten wieder aufzubauen . . . Jeder Bewohner Masurens erhielt für seine verbrannte Strohkate ein gemauertes Gebäude gleichen Ausmaßes. Besonders wirkungsvoll war der Wiederaufbau Soldaus, das durch das malerische Aussehen seiner Häuschen einen freundlichen Eindruck macht. Einen grundsätzlichen Fehler haben diese Gebäude; sie sind deutscher Trödel, haben schlechte Fundamente, schwache Wände . . .

71

Limanowski, S. 20.

. . . Die deutschen Truppen, die die . . . grausamen Angreifer aus dem Lande jagten, erwarben sich in den Herzen der Bevölkerung Dank-

²³⁾ Eine solche Tendenz gegen die polnischen Gutsbesitzer ist in dem „Retablissement“ v. Schöns nicht feststellbar.

barkeit, die sich noch verstärkte, als das deutsche Volk das Land und seine Bevölkerung mit wohlthätiger Fürsorge umgab... Kein Wunder, daß die... Abstimmung zu unseren Ungunsten ausfiel...

72

Srokowski, Prusy, S. 162.

... Die einrückenden Russen... zahlten mit gleicher Münze für die Verwüstungen, die die Deutschen in dem verbündeten Belgien angerichtet hatten, und wenn auch nur für die grausame Zerstörung des friedlichen Kalisch... (Der Wiederaufbau sei ausgeführt worden) zu beträchtlichem Teil mit Materialien, die in polnischen Gebieten requiriert und von dort weggeschafft worden waren...

III d) Die Abstimmung 1920.

73

„Wiaruś Polski“ (Bochum) 1919 zitiert nach:
„Deutscher Volksrat“, Jahrg. I, Nr. 5.

... Sollte auf dem Friedenskongreß beschlossen werden, daß das Schicksal Preußisch-Masoviens durch Abstimmung entschieden werden soll, so muß dieses Gebiet für 25 Jahre unter Verwaltung einer internationalen Kommission gestellt werden, die dem polnischen Volk polnische Schulen und Lehrer, polnische Geistliche und Beamte, vor allem bürgerliche Freiheiten geben wird. Wenn die nächste Generation herangewachsen, ins öffentliche Leben getreten sein wird, nachdem sie in polnischen Schulen erzogen ward, dann sollen die Masuren entscheiden, ob sie politisch zu Warschau oder Königsberg gehören wollen. Wir sind sicher, daß sie sich für Warschau entscheiden, ja sogar Königsberg dahin ziehen werden...

74

Rogowski, S. 32.

... Man garantierte den für Polen Tätigen keine Sicherheit. Deutsche Banden rasten, hielten die Bevölkerung unter dauerndem Terror. Der Sitz des polnischen Kommissariats sah aus wie eine Festung, ... von Stacheldraht umgeben, Tag und Nacht von alliierten Truppen bewacht. Unter diesen Bedingungen konnte von polnischer Agitation und Aufklärungsarbeit, von Erweckung der polnischen Seele in dem in Jahrhunderten germanisierten Masuren keine Rede sein. Und als endlich die Abstimmung auf die ersten Julitage 1920, also auf die Tage der großen Niederlagen an der Bolschewistenfront, gelegt wurde, war es klar: Polen würde die Abstimmung verlieren. So geschah es auch. Für Polen fiel nur ein geringer Prozentsatz der Stimmen. Aber sogar dieser

geringe Prozentsatz beweist, daß dort die Funken des Polentums glimmen. Polens Pflicht ist es, jene Funken anzufachen, daß sie in großen Flammen auflodern . . .

75

Orłowicz, S. 131—132.

. . . Leider aber ermöglichten die alliierten Behörden Polen nicht nur die Abstimmungsagitation nicht, sondern konnten den Mitgliedern des Abstimmungskomitees nicht einmal persönliche Sicherheit garantieren. Deutsche Banden überfielen das Komitee, machten jede Agitation unmöglich . . . Viele polnische Agitatoren wurden ermordet, die Bevölkerung durch Androhung von Repressalien, falls sie für Polen stimmte, terrorisiert. Das Abstimmungskomitee . . . sah aus wie eine Festung, von Stacheldraht umgeben, von alliierten Truppen bewacht. Seine Mitglieder fürchteten, in die Stadt zu gehen, da sie von deutschen, völlig straflosen Überfällen bedroht waren. Unter diesen Umständen konnte von unparteiischer Durchführung der Abstimmung keine Rede sein, umso mehr, als die technische Durchführung in Händen deutscher Behörden lag. Als dazu noch durch unglücklichen Zufall die auf den 11. Juli anberaumte Abstimmung in die Zeit der Niederlagen an der Ostfront . . . fiel, . . . konnte die Abstimmung für Polen nicht anders als ungünstig ausfallen . . .

76

Smogorzewski, S. 48 f.

. . . (Die Abstimmung) war eine entsetzliche Komödie. Auf einem Gebiet fast halb so groß wie Belgien, verfügten die beiden Kommissionen . . . nur über 1600 Soldaten, um die Freiheit der Abstimmung zu sichern. Das war wirklich wenig. Weiter konnten die Kommissare, die es sehr eilig zu haben schienen, nichts Besseres finden, als . . . eine deutsche „Sicherheitswehr“ zu dulden, die die polnische Bevölkerung terrorisierte. Hinzugefügt sei, daß die Abstimmung während des großen Vormarschs der Bolschewisten . . . stattfand. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Abstimmungsergebnisse Deutschland günstig waren. Übrigens hat die polnische Regierung im Voraus protestiert gegen diese Abstimmung, an der die polnische Bevölkerung sich wegen des Fehlens der elementarsten Garantien und wegen des zügellosen Drucks der deutschen Behörden nicht beteiligt hat. Das polnische Außenministerium veröffentlichte hierzu unter dem 15. VII. 1920 folgende Erklärung: „Der polnische Generalkonsul in Allenstein hat am 9. Juli der Interalliierten Kommission in Allenstein eine amtliche Note zugehen lassen, in der Polens Regierung forderte, eine Revision der Stimmlisten solle vorgenommen, die Abstimmung verschoben werden, bis diese Revision durchgeführt sei. Da dies Ersuchen ohne Antwort geblieben ist, hat der

polnische Generalkonsul der Interalliierten Kommission am 10. Juli mitgeteilt: er sei der Ansicht, die Abstimmung würde nicht den wahrheitsgetreuen Ausdruck des Willens der Bevölkerung ergeben, sie würde im Widerspruch zu dem Geist des Versailler Vertrages durchgeführt werden. Da die Abstimmung unter diesen Bedingungen stattgefunden hat, kann die polnische Regierung ihre Ergebnisse nicht annehmen.“

77 St. Kutrzeba, Polska Odrodzona (Krakau 1922), S. 193 f.
... Die Abstimmung ... fiel für Polen verhängnisvoll aus. Die Bevölkerung, besonders die Masuren in Ostpreußen, in preußischen Schulen erzogen und systematisch entnationalisiert, aber auch von der Fürsorge des Staates, der diese Gebiete nach der Kriegsverwüstung sorglich wieder aufgebaut hatte, umso sorgt, war vorher nicht genügend aufgeklärt worden. Vor dem Kriege war nicht viel für ihre Erweckung geschehen. Nach beschlossener Abstimmung sicherte die Verwaltung der Interalliierten Kommission ... nicht genügende Freiheit für die polnische Tätigkeit. Die deutschen Behörden blieben, für Deutschland agitierten Geistliche und Lehrer. Zur Abstimmung wurden nach dem Vertrage auch diejenigen zugelassen, die dort nur geboren waren, wenn sie auch schon lange in Deutschland wohnten. Deutschland führte sie in Massen herbei; dabei geschahen viele Mißbräuche. Die polnischen Niederlagen wirkten auf die Stimmung verhängnisvoll ... Die Zahl der Stimmen fiel viel geringer aus, als man selbst im schlimmsten Fall hätte erwarten können²⁴⁾ ... Polen erlangte diese Bevölkerung, die unter fremder Herrschaft so viel Jahrhunderte ihre Sprache bewahrt hatte, nicht zurück, verlor auch die Möglichkeit des Besitzes der Eisenbahn, die ... die kürzeste Verbindung Warschaus mit Danzig ermöglicht ...

78 Limanowski, S. 20—21.
... (Wegen des Wiederaufbaus) ist es nicht verwunderlich, daß die anberaumte Abstimmung zu unsern Ungunsten ausfiel. Dabei muß man aber auch beachten, daß die polnische Bevölkerung, meist arm und unwissend, von den deutschen Gutsbesitzern und Kapitalisten abhängig war und unter dem Einfluß ihrer, mit dem Deutschtum eng verbundenen Geistlichen blieb. Dazu war die deutsche Agitation besser organisiert, mit größeren Mitteln ausgestattet, besser geführt ... Die preußische Verwaltung erschwerte die polnische Agitation sehr, die Abstimmung fand statt, als anscheinend die Existenz des polnischen Staates bedroht war ... (folgen genaue Zahlen des Abstimmungsergebnisses!) ...

²⁴⁾ Dagegen die Erklärung St. Zieliński's, Anm. 39 der Einführung.

... Bezeichnend ist, daß, als die deutsche Revolution ausbrach, die durch den langen Krieg ermattete Bevölkerung Masurens sehnsüchtig die Ankunft polnischer Truppen erwartete. Diese Truppen kamen jedoch nicht — es folgte Erbitterung gegen Polen. Zwischen den Großmächten wurde 1918 die wirtschaftliche Notwendigkeit, Ostpreußen Polen einzuverleiben, erörtert . . . Oberst Th. Holdich . . . empfahl in seinem Werk: „Boundaries in Europe“, Polen als Grenzen die Karpathen und die Ostsee zu geben, ihm Ostpreußen einzuverleiben. Diese Stimme blieb jedoch unbeachtet. Die Abstimmung begann unter einem üblen Stern. Die Deutschen, die in Ostpreußen wie im eigenen Gebiet saßen, fühlten sich als Herren der Lage, waren es. Sie mobilisierten . . . alle wehrfähigen Bürger; es entstanden verschiedene Formationen: . . . „Sicherheitswehr, Bürgerwehr, Einwohnerwehr“, unabhängig davon eine ganze Reihe Turn- und Sportvereine usw. Bewaffnete Banden, auf das ganze Abstimmungsgebiet verteilt, tyrannisierten alle, die anderer Meinung zu sein wagten. Man schreckte nicht vor Plünderung, Raub und Mord zurück . . . Die Alliierte Kommission sah deutsche Übergriffe und Gewalttaten gleichmütig an, als sei sie den Deutschen günstig gesonnen oder fürchtete um das eigene Leben . . . Die Deutschen kauften die Masuren, trieben masurische Versammlungen auseinander. Kein masurischer Agitator konnte seines Lebens sicher sein. Die Deutschen hatten den ganzen Apparat: Lehrer und Presse für sich. Die „Ostdeutschen Nachrichten“, von Polenfressern redigiert, wurden in 200 000 Exemplaren gedruckt, umsonst verteilt. Das polnische Blatt „Mazur“ konnte nach Überwindung aller Schwierigkeiten am 29. IV. zum erstenmal erscheinen. Die Deutschen bildeten den sogenannten „Masurenbund“, geleitet von Renegaten, an ihrer Spitze Worzitzki. Sie richteten an den Friedenskongreß eine Adresse mit 140 000 Unterschriften, die meistens gewaltsam erpresst waren.

Darauf sandte die „Zjednoczenie Mazurskie“ Delegationen nach Warschau und Paris, um den maßgebenden Faktoren die wahre Lage darzustellen. Die Delegationsmitglieder wurden nach der Rückkehr an den Pranger der öffentlichen Meinung gestellt, einige . . . überfallen und geschlagen. Einer der tatkräftigsten, Polen gegenüber verdientesten Masuren, Gottlieb Linke, zahlte sogar mit seinem Leben für diese Reise . . . Vier Tage vor der Abstimmung verkündete die „Zjednoczenie“ öffentlich, daß ihre Mitglieder sich der Abstimmung enthalten würden, da unter solchen Bedingungen sie an eine Komödie grenze. Es wurden nämlich ganze Scharen von Ansiedlern aus inner(deutschen) Provinzen herbeigeholt, dauernden Einwohnern dagegen unter nichtigen Vorwänden das Stimmrecht entzogen. Die sogenannte „Abstimmungspolizei“

war in Tätigkeit, zahlreiche Agitatoren warfen nach links und rechts Beträge, die unbekanntes Quellen entstammten. Währenddessen durchbrachen die Bolschewisten die polnische Front; Polens Aussichten begannen sich immer mehr zu verringern. Die Deutschen benutzten eine List: sie begannen die Nachricht zu verbreiten: Ostpreußen solle selbständiger Staat werden²⁵⁾; auf den Abstimmungskarten stand: Preußen-Polen. Eine solche Konzeption sprach zu Überzeugungen. Polen verlor die Abstimmung.

80

Gryfycz, S. 40—50.

Die Abstimmung fand statt in einem Land, das seit 147 bzw. 700 Jahren unter preußischer Herrschaft stand. Bei Anwendung der allgemein bekannten, brutalen Germanisierungsmethoden . . . ist es verständlich, daß nicht nur ein großer Teil der Bevölkerung . . . germanisiert wurde, sondern auch ein bedeutender Teil der polnisch Sprechenden, der bei anderen Bedingungen sich für Polen entschieden hätte, sich verleiten ließ, da er von Vater zu Sohn gewöhnt war, „dem Staat zu gehorchen“ . . ., für Deutschland zu stimmen . . . Bloße Schreck- und Drohworte wären . . . nicht so schrecklich gewesen, hätte nicht dahinter die organisierte Terrorgewalt gestanden. Deutsche Banden überfielen diejenigen, von denen man wußte, daß sie in der Propaganda für Polen arbeiteten oder bloß polenfreundlich . . . waren. Es geschah eine ganze Reihe von Morden, Verwundungen . . . Die deutschen Kulturträger verprügelten polnisch Sprechende, . . . man schreckte auch nicht davor zurück, polnische Frauen ins Gesicht zu schlagen oder anzuspucken. Die preußische Bestie wütete überall. Die polnischen Agenten waren keinen Augenblick sicher . . . All das sah die Interalliierte Kommission ratlos an, sie verfügte zum Schutz der polnischen Bevölkerung über — die deutsche Polizei . . . Es gab keinen Fall, daß die deutsche Polizei, anstandshalber Abstimmungspolizei genannt, deutsche Angreifer gefaßt hätte. Die Polizei erschien erst, wenn die Urheber des Überfalls geflüchtet waren, um die mißhandelten Polen „zur Aufnahme des Protokolls“ zum Kommissariat zu bringen . . . Die terrorisierte Bevölkerung fürchtete sich, tätigeren Anteil an der Propaganda für Polen zu nehmen . . . Während die polnische Propaganda bei jedem Schritt auf unbesiegbare Hemmnisse traf, entwickelte sich die deutsche ungeheuer. Der deutsche Agitator . . . sah, daß ihm nichts im Wege stand . . . Auf Seiten des für Deutschland Agitierenden stand der ganze . . . unangetastete preußische Beamtenapparat . . . Der polnische Agitator hatte . . . (ihn) gegen sich, erfuhr nirgends Schutz, nur Schikanen. Der Deutsche fühlte sich wie zu Hause, der Pole wie ein verfolgter Paria. Die weniger nationalbewußte polnische Bevölkerung . . .

²⁵⁾ Wieder hervorgeholt anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr 3. B. „Polska Zachodnia“ (Kattowitz) vom 26. VII. 1930.

sah . . . , daß die Macht auf deutscher Seite war, . . . ließ sich leicht auf deutsche Seite bringen. Deutschland, das seine Armut bejammerte, daher angeblich keine Reparationen bezahlen konnte, warf für die Abstimmungspropaganda phantastische Summen aus, . . . leistete sich den Luxus, allein in das Allensteiner Abstimmungsgebiet 128 000 (wörtlich . . .) Menschen aus Deutschland zu holen . . . Die Scharen dieser Eindringlinge wurden nicht nur umsonst befördert, man gewährte ihnen eine Woche Frei-Aufenthalt, zahlte ihnen Gelder für andere Ausgaben. Das einmütige, . . . glänzend organisierte deutsche Element, das in der ganzen Verwaltung eine Stütze hatte, über ungeheure Mittel verfügte, sich völlig straflos den Terror erlauben konnte, besaß solch Übergewicht über die jahrzehntelang terrorisierte . . . polnische Bevölkerung, daß man schon zu Beginn der Abstimmungszeit die Ergebnisse voraussehen konnte. Die Schwäche der Polen lag im Mangel der Intelligenz, . . . dem Fehlen polnischen Nationalgefühls bei einem großen Teil der Bevölkerung im Ermland und Weichselgebiet, seinem gänzlichen Fehlen bei den Masuren . . . Wie konnte das 700 Jahre geknechtete, getretene polnische Element plötzlich in den paar Monaten des Aufenthalts der Interalliierten Kommission . . . sich entsprechend für den Kampf vorbereiten? . . . Sie konnte gerade anfangen, sich zu organisieren . . .

Zu den . . . katastrophalen Ergebnissen trugen auch gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages bei, die den Interessen Polens einen vernichtenden Stoß versetzten, nämlich: stimmberechtigt . . . war nicht nur die . . . ansässige, sondern auch die aus diesen Gegenden stammende, anderswo lebende Bevölkerung . . . Wenn nun die polnische Bevölkerung, die in ihrem Nationalgebiet lebte, sich der Germanisierung noch einigermaßen widersetzte, so verlor der nach Westdeutschland abwandernde Pole . . . in relativ kurzer Zeit seine Nationalität . . . Der Versailler Vertrag berechnete diese ganze germanisierte oder deutsche Bevölkerung . . . zur Teilnahme an der Abstimmung. . . Da über die „Abstammung aus dem Abstimmungsgebiet“ die deutsche Verwaltung entschied, konnte das nicht ohne kolossale Mißbräuche abgehen. Mancher, der tatsächlich kein Recht . . . besaß, wurde in die Stimmlisten eingetragen. Der in Deutschland geborene Sohn stimmte für den verstorbenen Vater, der im Abstimmungsgebiet geboren und nach Deutschland ausgewandert war. An der Abstimmung nahm eine sehr bedeutende Zahl „toter Seelen“ teil, für die Lebende, nicht Stimmberechtigte, eingesetzt waren. Wie diese Frage sich zahlenmäßig darstellt, zeigt folgendes Bild: An der Abstimmung im Allensteiner Gebiet beteiligten sich 363 159 Personen, davon 128 000 „Herbeigeholte“ — also mehr als $\frac{1}{2}$ der Abstimmenden hatten mit dem Gebiet nichts gemein, außer, daß sie in ihm geboren waren . . . So ergaben reinpolnische Gemeinden dank der Stimmen der „Herbeigeholten“ deutsche Mehrheiten.

Es kamen Fälle vor, wo die Zahl der ortsansässigen Stimmberechtigten knapp $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{3}$ der Gesamtheit . . . betrug . . . Auch ging es nicht ohne bedeutende Mißbräuche bei der Abstimmung selbst ab. Öfters wurde festgestellt, . . . daß mehr Leute sich nach der Abstimmung dazu bekannten, für Polen gestimmt zu haben als die amtlichen Abstimmungsergebnisse auswiesen, z. B. erklärten in einer Gemeinde 10 Leute, für Polen gestimmt zu haben — die amtlichen Berechnungen wiesen 2 Stimmen aus . . . Das Stimmrecht kam auch Personen zu, . . . (die) vor 1908 hierher gezogen waren. Diese Klausel war ebenfalls nicht günstig. Wer war aus Innerdeutschland hierher gezogen, wenn nicht ein Deutscher! . . . (Infolge der Belassung der deutschen Verwaltung, der geringen Macht der Kommission) spielte . . . das individuelle Gerechtigkeitsgefühl und die Willensstärke der Kommissionsmitglieder selbst eine recht bedeutende Rolle. So verstand es der italienische General Pavia . . . in Marienwerder, der weniger feige als seine Kollegen in Allenstein war, manches durchzuführen . . . (= Durchsetzung der Abstimmungspolizei mit Polen, Organisation polnischer Unterrichts) . . . Herr Rennie, der bei allem den Deutschen an die Hand ging, . . . erschwerte die Entwicklung polnischer Schulen . . . Wie bei diesem Beispiel war bei jeder anderen Gelegenheit sichtbar, daß wie früher auch während der Abstimmungszeit die Deutschen, nicht die Interalliierte Kommission, regierten. Alle Anordnungen des Präsidenten Rennie waren verkappte Verfügungen des Freiherrn von Gayl, der höflich und zuvorkommend (der Preuße versteht nicht zu sein, wenn das Geschäft es so verlangt) überall dabei war, mit allen redete — und Herr Rennie deckte ihn mit seinen Schultern . . . (Im Ermland seien 1000 Kinder in polnischen Schulen gewesen; entsprechend der Lage in Marienwerder hätten es mindestens 7000 sein müssen — das erlaubte nicht) Herr Rennie, der eine Marionette in den Händen von Gayls war . . . (Schließlich) . . . müssen zur Erklärung des katastrophalen Abstimmungsergebnisses . . . noch andere, für Polen ungünstige Konjunkturen . . . erwähnt werden (= Durchbrechung der polnischen Front, Marksturz) . . . (folgt genaue, zahlenmäßige Übersicht der Abstimmungsergebnisse!) . . .

81

L. Łyd ko (Mitglied des „Masuren-Komitees“),
Kurjer Łódzki, 9. VII. 1928.

. . . Stets müssen wir daran denken, daß wir weniger erhielten, als uns gebührte . . . Unsere Abrechnungen sind also nicht endgültig abgeschlossen, höchstens auf einige Zeit . . . aufgeschoben. Soweit es sich um Ermland, Masuren und die vier Weichselkreise handelt, so betrachten wir diese Gebiete weiterhin als strittig. Polen hat die von Deutschland gefälschte Abstimmung nicht anerkannt, bei Botschafterrat und Völkerbund einen großen, mit schlüssigen Argu-

menten begründeten Protest erhoben, der bis heute noch nicht erledigt wurde. Wir sind der Ansicht, daß Ermland und Masuren urpolnische Gebiete sind, die nur fremde Übermacht derzeit abgetrennt hat, die aber der künftige Verlauf der Geschichte wieder zum polnischen Mutterlande zurückführen wird... Uns leitet nicht eroberischer Imperialismus! Um den erhabenen Idealen der Gerechtigkeit, ... der Völkerbefreiung zu genügen, wollen wir alle polnisch Sprechenden unter den Fittichen des Weißen Adlers vereinen!

82 L. Łyd ko in: Dzień Pomorski (Thorn), 11. VII. 1930.

... Durch dieses unglückliche Abstimmungsergebnis verblieb eine Halbmillionenschar polnischer Bevölkerung weiter — und vielleicht noch auf lange Jahre — in der rücksichtslosen, brutalen und barbarischen preußischen Knechtschaft... Über das Los Ermlands, Masurens, des Weichsellandes, Gebiete, die sogar nach der preußischen Statistik zu 50—80 % von polnischer Bevölkerung bewohnt waren, noch heute sind, sollte eine Volksabstimmung entscheiden. Leider zeigte sich in praxi, daß die Abstimmung allein zum Terror der Stärkeren gegenüber den Schwachen wurde, zum Kampf, der allen Begriffen von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung spottete... Daß die Abstimmung in Ermland und Masuren eine Komödie, eher eine Tragikomödie wurde — dazu wirkten viele Gründe... Wilson und Lloyd George dachten sich anscheinend, daß die Abstimmung wie Gemeindewahlen vor sich gehen würde. Jeder gibt seine Stimme nach Überzeugung und Interesse ab, ohne Drohungen, ohne jeden Druck... So muß über die Abstimmung auch die Alliierte Kommission gedacht haben, die — nach den Worten des deutschen Abstimmungskommissars v. Gayl — „sofern sie sich nicht über die Lage orientierte, deutschen Einflüssen unterlag“. Aus derselben Quelle wissen wir heute, daß die Kommission fast gar keinen Gebrauch von der ihr zustehenden Kompetenz machte, daß sie bis zum letzten Augenblick keine Ahnung von der Lage... hatte, daß sie alle Fragen laufen ließ, wie sie wollten, daß sie ihre Aufgabe „großherzig“ (d. h. einseitig, günstig für die Deutschen) löste... Zu einer gewissen Verteidigung der Kommission muß man betonen, daß... die Abstimmung für die Deutschen schon gewonnen war, ehe die Kommissionen in Allenstein und Marienwerder ihre Tätigkeit begannen... Zeit und Möglichkeiten waren dazu mehr als geeignet. Neun Monate lang von Festsetzung der Abstimmung bis zum Eintreffen der Kommissionen wurde die Abstimmung durchgeführt. Völlig unbehindert mühte man sich, im Voraus sich die Stimmenmehrheit zu sichern. Welch brutaler, geradezu unmenschlicher Methoden sich die Deut-

schen bedienten, ist heute schwer zu beschreiben. Wundern kann man sich heute nur, daß die Diplomaten . . . nicht voraussahen . . ., daß es damals den Deutschen nichts Leichteres war, als in diesen 9 Monaten . . . die Bevölkerung durch Terror zu mobilisieren . . ., sich von vornherein den „Sieg“ zu sichern . . . Nur, daß man das keinesfalls den unbeugsamen, ungezwungenen Willen der Bevölkerung nennen kann . . .

83

Dzień Pomorski, 13. VII. 1930.

... Unsere Brüder in Ostpreußen schmachten noch immer unter der hakatistischen Tyrannei. Die ungerechte Abstimmung verschacherte die polnischen Seelen den Kreuzrittern; über die Grenze dringt zu uns das klagende Rufen: „Mutter, lass' uns nicht germanisieren!“ — Wir lassen es nicht zu, wir gedenken Euer! Nie wird Polen seiner Kinder vergessen! Es kommt Zeit und Stunde! Die Stunde, mit der Deutschland uns schrecken will, das ist Eure Stunde, geknechtete Brüder! — „Gerade eine Hälfte des Fensters zum polnischen Meer geöffnet!“ rief der Vertreter Frankreichs vor 10 Jahren bei der Vermählung Polens mit der Ostsee in Gdingen. „Die andere Hälfte ist noch zu erobern!“ — Nur, ergebt Euch nicht! Krallt Euch in den Boden fest, müht Euch mit allen Kräften um unlösbaren Kontakt mit dem Mutterlande! Die Seele unseres Volkes in Ostpreußen ist nicht tot, sie schläft nur . . . Erweckt sie — wir werden sie gemeinsam wecken!

Im Gebiet Ostpreußens von Marggrabowa bis Marienburg leben über 300 000 Masuren . . . Das Nationalbewußtsein hat (Deutschland) ihnen in hohem Maße geraubt, die heilige altpolnische Sprache . . . hat es ihnen nicht entreißen können . . . Nach dem Abstimmungsbetrug haben sich die 100 Köpfe der Kreuzritterhydra in leidenschaftlichem Haß erhoben. „Ausrotten!“ . . . Aber diese Verfolgung gerade, diese Erbitterung sind für die ganze Welt ein lauter Ruf, der das Polentum dieses Landes bezeugt . . . Am 10. Jahrestage der Abstimmung rufen wir Euch, Brüdern jenseits der Grenze, zu: „Wachet, denn Ihr wißt weder Tag noch Stunde.“ — Wenn Deutschland durchaus Vertragsrevision wünscht, so wird es sie haben!

IVa) Ostpreußens Wirtschaft.

84

D m o w s k i (Problems), Polityka, S. 581.

... Der deutsche Charakter des Landes wurde in hohem Maße durch seinen wirtschaftlichen Stillstand bewahrt . . . Von seinem Hinterland, dem Weichselfußge-

biet, durch die Zollgrenze getrennt, war dies Land von Polens Teilungen an wirtschaftlich tot... Die Beseitigung der Zollgrenze und der Gesetze, die die polnische Einwanderung hemmen, würde das Land schneller Wirtschaftsentwicklung, von dauerndem Zustrom polnischer Ansiedler, öffnen... Die Bevölkerung (Polens), durch polenfeindliche Gesetze in engen Gebietsgrenzen eingeschlossen, ... war gezwungen, in anormal hoher Zahl nach anderen europäischen und überseeischen Ländern auszuwandern. Nach Wiedererrichtung Polens wird ein großer Teil des Bevölkerungsüberschusses sich in diesen, durch Beseitigung der Zollgrenze zu neuem Wirtschaftsleben berufenen Gebieten niederlassen ...

85

Kurnatowski, S. 21—22.

... In wirtschaftlicher Hinsicht existiert die in mittel- und osteuropäischen Ländern durchgeführte Agrarreform nicht. Die großen Privatbesitzungen, die den größten Teil des Landes einnehmen, bleiben unangetastet. Man macht nur Versuche, mit früheren Soldaten reingermanischen Herkommens die Staatsgüter ... an der Grenze ... zu besiedeln, um die ostpreußischen Masuren von den Masuren in Polen zu trennen. — Kohle und Kali sind sehr teuer, da sie aus Deutschland herbeigeholt werden müssen ... Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Ostpreußen sich mit polnischer Kohle ... versorgen, Kalisalz aus Galizien kommen sollte ... Ferner ist Königsberg der natürliche Hafen Warschaus, mit ihm durch einen bereits vorhandenen Wasserweg verbunden ... Heute gibt es keine direkte Eisenbahnlinie Königsberg—Warschau. Keine Eisenbahnlinie durchschneidet Ostpreußens Südgrenze in Nord-Südrichtung. Diese Grenze liegt 100 km von Warschau ab ... Alles Mögliche aber wird getan, damit diese 100 km unüberwindlich seien. Es existiert also kein Handel mit Warschau ... Der Zutritt zu den Kurorten Preußisch-Masurens ist Warschaus Einwohnern verboten. Es ist klar: bei diesem System zwangsweiser wirtschaftlicher Trennung eines kleinen von einem großen Lande, mit dem es Interessengemeinschaft verbindet, muß das kleine Land armselig vegetieren. Preußisch-Masuren könnte der Sommersalon Warschaus sein²⁶⁾ — das würde für seinen Wohlstand schon genügen! Es ist ein Land weiträumiger, leerer Güter und armer Bauern

86

Ślawnski, S. 46.

... 1. Wenn irgendwelche Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur existieren, so folgen sie nur aus der unabänderlichen geographischen

²⁶⁾ Hier böte sich eine treffliche Gelegenheit für polnische Touristenpropaganda (nach Popławski's Forderung, Nr. 131), wie das Sommerzeit von Warschau aus in der Kaschubei geschehen ist. (S. „Ostland-Berichte“, Jahrg. IV (1930), S. 15).

Lage Ostpreußens, haben nichts zu tun mit der Schaffung des Zugangs zur See für Polen . . . , der die Lage Ostpreußens gegenüber Deutschland nicht verschlechtert hat

2. Wirtschaftliche Schwierigkeiten werden durch Vorteile gegenüber Deutschland ausgeglichen . . . (vor allem durch) ausgeprägte Verbindungen mit Polen

87

Slawski, S. 48—49.

. . . Ein Blick auf die Karte genügt, um zu ersehen, daß Ostpreußen die Schranke ist, die Polen vom Meere trennt. Erinnern wir uns, daß Ostpreußen 1525—1657 polnisches Lehen war, . . . Ermland 1454 bis 1772 integrierender Teil Polens²⁷⁾. Wenn Deutschland, im Namen des freien Verkehrs, die Einverleibung Pommerellens und Danzigs in Deutschland fordert, kann Polen wegen des Zugangs zum Meer die Annexion Ostpreußens oder die Schaffung einer Freien Stadt Königsberg fordern. Es ist darauf hinzuweisen, daß Ostpreußen eine gewisse Zahl polnischer Bewohner hat — an der Weichsel, in Ermland und Masuren.

Königsbergs natürliches Hinterland ist außer Litauen und Rußland — Polen, besonders dessen nordöstlicher Teil mit seinem Holzreichtum. Ostpreußen mit seiner blühenden Holz- und Papierindustrie ist auf den Holzimport aus Polen angewiesen. Die gegenwärtige, gespannte Lage zwischen Polen und dem Deutschen Reich, die scharfe deutsche Propaganda gegen Polens Zugang zum Meer haben bewirkt, daß Polen Königsberg nur sehr wenig benutzt — trotz der Bemühungen örtlicher Kaufleute, die durch die Isolierung Königsbergs von Seiten Polens sehr leiden. Diese schwierige Lage kann nur durch einen deutsch-polnischen Handelsvertrag gebessert werden. — Ostpreußens wirtschaftliche Abhängigkeit von Polen war vorauszusehen . . . (Verweis auf den Vorschlag Holdich's — Nr. 79) . . . Ostpreußen blieb bei Deutschland, hängt aber bezügl. seines Handels von Polen, seinem Hinterlande, ab. Wenn vom preußischen Gesichtspunkt die Handelsbeziehungen mit Polen sich nicht zufriedenstellend entwickeln, so ist es nicht Schuld des „Korridors“, sondern der politischen Atmosphäre und des Fehlens eines Handelsvertrages zwischen Polen und Deutschland. Wir können mit der Feststellung schließen, daß Ostpreußens geographische Lage darauf hinweist, daß es ein Ausweg zur See auch für Polen sein soll, daß aber Deutschland diesen Vorteil nicht nützen will.

88

Srokowski, Z krainy, S. 38 ff.

. . . Die eigentümliche Unruhe . . . der Bevölkerung dieser Provinz, die . . . von allen deutschen Ländern am erbittertsten die Faust zur Revanche ballt, hat sehr tiefe historische und geographische . . . Gründe.

²⁷⁾ Dagegen Orłowicz, Nr. 61.

Dazu gesellen sich noch andere wichtigere, nämlich das Gefühl von den Schäden, die sich für Ostpreußen aus der Verbindung mit dem Reich, zumal einer solchen wie der heutigen, ergeben . . . (Folgen, S. 39—46, Mitteilungen über agrarische Produktionsbedingungen, sinkende Rentabilität und Rückschritt zu extensiver Wirtschaft, Produktionssteigerung im 19. Jahrhundert bei Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses) . . . Wer konnte, begab und begibt sich außerhalb der Provinzgrenzen . . . Das kommt daher, daß Ostpreußens Gliederung derart ist, daß wir einerseits eine reiche Bauernschaft . . . und Junker haben, andererseits ein zahlreiches Landarbeiterproletariat und eine zahlenmäßig schwache, wenig wohlhabende Bürgerschaft. Sämtliche . . . Reichtümer wurden in den relativ wenigen Händen von Gutsbesitzern, einigen Kaufleuten und Industriellen angesammelt. Voller Unwillen sieht auf sie die übrige Bevölkerung . . ., die auf den Augenblick wartet, da sie..(nach) kommunistischen Losungen an gewaltsame Änderung der Verhältnisse schreiten kann. Hier vielleicht eher als anderswo. Ist doch bei dem ungeheuren Übergewicht der Landwirtschaft . . . nur jeder 22ste Mensch Besitzer irgend eines Landgrundstücks oder überhaupt selbständig in der Landwirtschaft tätig, der Rest der Bevölkerung, sofern es nicht Familienmitglieder sind oder, was selten vorkommt, er in der Industrie Beschäftigung findet, ist zum Gesinde . . . verwandelt. Und die besitzenden Gruppen fühlen das vortrefflich. Daher ihre Tendenz, stets . . . den äußeren Feind, besonders Polen, zu zitieren . . ., daher das Rufen um Einigkeit . . . Wirklich, hier rächt sich an dem heutigen Ostpreußen die Politik der früheren Regierung, die von dem Grundsatz der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Provinzen ausging und ohne wohlwollende Berücksichtigung der Bedürfnisse ganzer Bevölkerungsgruppen bemüht war, aus dem Lande einen großen, für die Bedürfnisse des ganzen Staates berechneten Rinder- und Schweinestall zu machen . . .

89

Prutenus, S. 25—29.

. . . Die deutschen Anstrengungen, Ostpreußen gewaltsam in die west-östliche und ost-westliche Wirtschaftskonzeption hineinzudrängen, sind erfolglos geblieben. Ostpreußen ist heute in jeder Hinsicht ausgesprochene Defizitprovinz, für die die Reichsregierung kolossale Summen . . . aufzuwenden gezwungen ist, nur um Ostpreußens Anhänglichkeit an das Reich zu erhalten. Wir beobachten hier eine neue Phase der Gewaltanwendung, die sich jetzt in Form von materiellen Vorteilen, verbunden mit dem Mißbrauch von Phrasen über die Bedrohung der Provinz durch den polnischen Imperialismus äußert. Wir haben es hier mit einer offensichtlichen Fälschung zu tun, beruhend auf Begriffsverwirrung, wovon ihre Urheber sich zweifellos genau Rechenschaft geben. Denn der Imperialismus ist auf

Seite der Deutschen, von polnischer Seite dagegen wirken Naturkräfte Es ist Tatsache, daß das Gebiet zwischen Oder und Memel, mit gewissen Korrekturen zu Gunsten Deutschlands, nicht zum deutschen Wirtschaftsblock gehört, sondern ausgesprochen zum slavischen Nationalwirtschaftsblock gravitiert . . . (Folgt sehr ausführlich die angeblich 1919 von dem Syndikus der Königsberger Handelskammer, F. Simon, verfaßte, später amtlich vernichtete Denkschrift betr. eine Zollunion Ostpreußen-Polen. Ihr wird entgegengestellt der Plan v. Batocki's²⁶⁾, der an eine politische Orientierung Ostpreußens zu Polen bei formaler Ablösung vom Deutschen Reich dachte. Deutschland aber, statt den Weisungen v. Batocki's und Simon's zu folgen, beschritt den Weg kostspieliger Experimente, indem es Ostpreußen auf dem Weg der Korruption absorbieren will . . . Deutschland fährt fort, weiterhin die natürlichen Kräfte zu vergewaltigen, indem es anstrebt, Ostpreußen als am weitesten nach Osten vorgeschobene Bastion des Deutschtums, als Verbindungsbrücke nach Rußland zu erhalten — mit dem Ziele: in Europa eine paradoxe Hegemonie von Kapitalismus und Kommunismus aufzurichten. Ostpreußen erfüllt in keiner Weise seine Rolle als Mittler im Wirtschaftsleben der Länder am Schwarzen Meer, Polens und des Baltikums, ist statt dessen ein Arsenal Deutschlands geworden, ein place d'armes für Revanchegelüste, der Platz für verschiedene Experimente, Condottiere-Armeen zu schaffen, worauf die wachsamen französische Presse wiederholt in alarmierenden Gerüchten aufmerksam macht . . . Das ostpreußische Problem besteht tatsächlich für Europa; die europäische Meinung sollte ihm mehr Aufmerksamkeit schenken

90

Ruecker, S. 115—122.

. . . 1. Ostpreußens heutiger Zustand ist ungünstig, verschlechtert sich dauernd infolge der unnatürlichen Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich überhaupt, 2. Ostpreußen wird nicht durch Polen bedroht, es wird aber immer mehr klar, daß diese Provinz zum polnischen Wirtschaftsgebiet gehört Wir müssen vor allem feststellen, daß die Schaffung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Existenz des polnischen Zugangs zum Meer und Ostpreußens ungünstiger Lage auf bewußter Fälschung beruht. Auf Ostpreußens Schicksallastet die Künstlichkeit seiner geographischen Verbindung mit dem Deutschen Reich, ferner die allgemeinpreußischen Sozial- und Kulturbeziehungen. Wegen der großen Entfernung vom deutschen Zentrum kann dieses vornehmlich agrarische Gebiet in keinem Fall zum Getreidelieferanten anderer Gebiete werden . . . , das

²⁶⁾ Dagegen Anm. 53 der Einführung.

ostpreußische Gebiet, dessen wirkliche Existenz übrigens nicht auf der Ausfuhr von Agrarprodukten, sondern auf dem Transit zur See beruht, in der Schar der Agrarlieferanten Deutschlands nur erscheinen . . . , (wenn) man andere, billiger und schneller Liefernde, z. B. Polen, ausschließt . . . Als Abnehmer für die deutsche Großindustrie ist Ostpreußen zu klein, zu schwach besiedelt . . . In noch geringerem Maße kann Ostpreußen beim Austausch von Industrieprodukten mit dem übrigen Deutschland in Frage kommen. Die deutschen Statistiken (= ein Zeitungsaufsatz!) sind ein schlagender Beweis dafür, auf wie niedrigem Niveau Ostpreußen bezügl. Industrie steht . . . Seine einzige Leistung zu Gunsten der Gesamtheit ist der Menschenexport nach den deutschen Westgebieten . . . Die Verarmung infolge des Krieges, das Aufhören des Transits aus den heute zu Polen gehörigen Gebieten — diese beiden wichtigen Umstände haben zur Verstärkung der Auswanderung aus Ostpreußen beigetragen. Es handelt sich hierbei um eine unvermeidliche Tatsache, denn alles, was eine solche Provinz dem höherstehenden Organismus, dem sie künstlich angehängt ist, geben kann, ist ihr Menschenmaterial . . . Die Tatsache, daß der zu lange Weg vom Reich in das östliche Gebiet auf einer unbedeutenden Strecke durch polnisches Gebiet führt, ist umso unwichtiger, als seit langem auf Grund deutscher Dokumente feststeht, daß das polnische Pommerellen für den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich nicht das geringste Hindernis bietet . . . (Zitiert: Veröffentlichung der Reichsbahndirektion Königsberg 1923!)²⁹⁾ . . . Ostpreußens wirtschaftliche Abhängigkeit von Polen wurde von den Deutschen selbst festgestellt, während man sich polnischerseits vornehmlich darauf beschränkte, diese keinem Zweifel unterliegenden Ansichten zu zitieren. Die Zahl ihrer Autoren ist, besonders in den ersten Jahren nach Wiedererrichtung Polens, sehr groß, wir finden darunter solche Namen wie den ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn v. Batocki³⁰⁾, den Syndikus der Königsberger Handelskammer, F. Simon u. a. Auch heute findet man, wenn auch in weit geringerer Zahl, ostpreußische Wirtschaftler, die die Tatsache nicht verheimlichen, daß ebenso wie Danzig, Ostpreußen sich allein bei Stützung auf sein . . . polnisches „Hinterland“ halten und entwickeln kann . . . Bei beiderseitiger Bereitwilligkeit — heute scheint's, ist sie einseitig! — kann man das ostpreußische Problem überhaupt nicht als unlösbar ansehen. Die Tatsache, daß schon mehrfach Projekte in diesem Sinn auftauchten, z. B. das Simonsche Projekt einer wirtschaftlichen Lösung durch Einbeziehung Ostpreußens in das polnische Zollgebiet, oder das . . . in der „Review

²⁹⁾ S. Anm. 48 der Einführung.

³⁰⁾ S. Anm. 53 der Einführung.

of Reviews“ veröffentlichte Projekt einer politischen Lösung durch Entmilitarisierung Ostpreußens und Pommerellens, bezeugen, daß es Möglichkeiten zur Liquidierung des ostpreußischen Problems gibt. Zu einem anderen Schluß ist, offensichtlich bei bösem Willen (!), Deutschland gekommen. Für es genügt der bloße Umstand, daß Ostpreußen geographisch und wirtschaftlich zu Polen gehört, um den polnischen Nachbarn räuberischer Absichten gegenüber diesem deutschen Gebiet zu beschuldigen . . . Eine der interessantesten polnischen Arbeiten (= Srokowski, „Z krainy“ . . . würde) oft und völlig ungerechtfertigt . . . als Beweis polnischer Eroberungslust zitiert . . . Die letzten Jahre haben ein fast völliges Fiasko aller, trotz verschiedener . . . Agitatoren, existierenden Möglichkeiten der wirtschaftlichen Lösung des ostpreußischen Problems erbracht. An deren Stelle tritt allmählich die alte imperialistische Ostpolitik Deutschlands, die der naiven deutschen Allgemeinheit unter dem Deckmantel der deutschen „Kulturmission im Osten“ präsentiert wird . . . (Auf Darlegungen über das Sofortprogramm, dem Offensivaufgaben gegen Polen zugeschrieben werden, über die Siedlung in Ostpreußen, die Nachfolge der Ansiedlungskommission der Vorkriegszeit sei, folgt der Schluß:) . . . Das hier skizzierte gegenwärtige Stadium des ostpreußischen Problems ist mehr als ein Anzeichen dafür, daß trotz Existenz der Republik und sozialdemokratischer Wahlerfolge in dem am meisten rückständigen Teil des Deutschen Reiches sich die rückständige Politik früherer Zeiten erhalten hat und noch erhält . . .

91

Kurjer Poznański, 20. 12. 1928;
Polonia (Kattowitz), 28. 12. 1928.

(Nach Wiedergabe der Ruecker'schen Ausführungen folgt:) . . . Gerade die deutsche Politik, die entgegen allen Worten über internationale Wirtschaftskooperation Erbitterung der Beziehungen herbeiführt und sich ihrer natürlichen Regelung widersetzt — trotz besseren Wissens hier und da in Ostpreußen! — ist der Grund der Schwierigkeiten dieses Landes, die das künstliche Äquivalent verschiedener „Sofortprogramme“ nicht beseitigt. Die ostpreußische Frage ist völlig analog den Problemen, vor denen Danzig stand und steht. Entweder Stützung auf Polen, dann große Entwicklung oder — langsames Hinsiechen in der Umklammerung der preußisch-deutschen Politik, die alle zu ihm führenden lebenspendenden Arterien unterbindet.

92

Smogorzewski, S. 50—53.

. . . Die Deutschen haben ein besonderes Vocabular geschaffen, um die angeblich unmögliche Festlegung der deutsch-polnischen Grenze zu definieren. Sie prägten den Begriff des polnischen „Korridors“, reden von der „einzigartigen, insularen Lage“, . . . klagen über die „Abschnü-

nung“ . . . Es ist nicht wahr, daß diese Lage einzigartig sei . . . (Gegenbeispiele mit Karten: Zara-Italien, Ulster-England, Alaska-Ver. Staaten . . .) . . . Die Lage Ostpreußens, das nur eine schwach besiedelte deutsche Provinz ist, ist viel besser als die Österreichs, der Schweiz, . . . unabhängiger Staaten, die keine Küste besitzen . . . Ein Staat, der das Meer berührt, kann nicht von „Abschnürung“ reden . . . Andererseits läßt sich nicht leugnen: Ostpreußens Wirtschaftslage ist schwierig. Die Quelle der Schwierigkeiten ist keineswegs die Existenz des Korridors, sondern das Fehlen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages. Ostpreußens Wirtschaftsnöte sind 1919 von . . . Dr. Simon ³¹⁾, dem Syndikus der Handelskammer Königsberg, vorausgesehen und analysiert worden . . . (Notwendigkeit der Zollunion mit Polen; zitiert auch Prutenus Nr. 89). Zweifellos wäre es utopisch, von dem Reich plötzliche Abkehr von der gegenwärtigen Politik zu erwarten. Die beste Lösung wäre der Abschluß einer Zollunion im Rahmen des deutsch-polnischen Handelsvertrages, die — ohne im Mindesten der heutigen politischen Stellung Ostpreußens Abbruch zu tun! — die politische und wirtschaftliche Lage in Ostpreußen stabilisieren und das sicherste Friedenspfand darstellen würde. — Wenn wir die Tatsache feststellen, daß Ostpreußens wirtschaftliches Gedeihen vor allem von seinem polnischen Hinterland abhängt, so riskieren wir, des Imperialismus bezichtigt zu werden. Aber die Geographie kann uns verteidigen. Das Rheinland ist das Hinterland von Antwerpen und Rotterdam. Aus dieser Tatsache darf kein Annexionsschluß gefolgert werden; im Gegenteil: verständige, gesunde Politik des wirtschaftlichen Ausgleichs muß davon abführen. Was tut statt dessen die Reichsregierung? Sie verharrt in negativer steriler Haltung, gibt Hunderte von Millionen für verschiedene „Sofortprogramme“ oder „Hilfsprogramme“ zur Verteidigung des „Deutschtums in Ostpreußen“ aus. — Übrigens ergibt diese Politik anscheinend nicht die gewünschten Resultate.

93

Srokowski, Uwagi S. 214—36.

. . . Ostpreußen ist wirtschaftlich ein Teil des sogenannten „Ostbaltens“, gleichzeitig auch ein Teil des ostbaltischen Europas wie die für die Deutschen anscheinend für immer verlorenen . . . Gebiete Kurlands, Lettlands, Estlands . . . Vor dem Versailler Vertrage herrschte Deutschland auch über einen großen Teil polnischer Lande; dank dieses Umstandes existierte eine Brücke bezw. Übergangszone zwischen dem ostbaltischen Ostpreußen und dem übrigen Reich, in der die Kontraste zwischen dem baltischen Osten und dem deutschen Westen sich . . . verwischten. Polens Restitution hat diese Brücke zer-

³¹⁾ Siehe Anm. 53 der Einführung.

stört, und Ostpreußens Wesensart als ein dem Deutschen Reich fremder Organismus zeigte sich . . . in voller Realität. Was aber infolge der Amputation polnischen Gebiets auf einmal geschah, wäre auch . . . eingetreten, wenn Deutschland im Osten . . . nicht ein Fußbreit Boden abgenommen worden wäre. Klassisches Beispiel ist . . . Pommern, dessen Verhältnisse sich fast nicht . . . von denen Ostpreußens unterscheiden, obwohl Pommern sich nicht über einen „Korridor“ als angebliches Hindernis für die Wohlstandsentwicklung des Landes beklagen kann . . . (Ähnlich sei es im übrigen Ostdeutschland, besonders in der Provinz Grenzmark.) Überall die gleichen Erscheinungen: Ungeheure Landwirtschaftsverschuldung . . . Unrentabilität der ganzen Landwirtschaft . . . Um die Bevölkerung von . . . der Abwanderung zurückzuhalten, appelliert man heute an . . . den so sorglich gehegten Haß gegen das Polentum . . . All das aber hilft nicht gegen den unvermeidlichen Niedergang der deutschen Landwirtschaft im Osten. Dieser Prozeß hatte schon lange vor dem Kriege begonnen, nur haben verschiedene Umstände und die Regierungspolitik den Höhepunkt der Krise . . . hinausgeschoben. Heute ist dieser Augenblick in seinem ganzen Schrecken gekommen. Die Landwirtschaft rentiert sich trotz der Agrarschutzzölle . . . nicht. Und zwar nicht nur in Ostpreußen! . . . (Folgen Beispiele für Pommern) . . . Diese Umstände aber vergiftet die deutsche Propaganda . . ., die verschiedenen Mängel Ostpreußens . . . will sie fast ganz auf Rechnung seiner Abschnürung . . . setzen, während umgekehrt fast sämtliche dieser Mängel Ostpreußens eher Folge der Zugehörigkeit Ostpreußens zum Reich sind. Tatsächlich hat sich Ostpreußens Lage nach dem Kriege, soweit es sich um die Entfernung von den deutschen Zentren in West und Mitte des Staats handelt, überhaupt nicht geändert . . . (Folgt über den Korridorverkehr Nr. 99) . . . Die deutsche Agitation . . . greift heute nach einem ganz anderen Argument als früher, wo vornehmlich von angeblichen polnischen Schikanen im „Korridor“ berichtet wurde. Wie aus den Reden des Oberpräsidenten, . . . der immer wieder nach Deutschland zu antipolnischer Agitation fährt, hervorgeht, berührt die Wirksamkeit des „Korridors“ Verkehrsfragen überhaupt nicht mehr . . . Der Korridor ist durch die bloße Tatsache seiner Existenz verhängnisvoll, für Ostpreußen stelle er wirtschaftlich totes Gebiet dar, schlimmer noch sei . . ., daß „die abgeschnürte Lage der Provinz leider noch immer das reichsdeutsche Kapital zu nationalpolitisch sehr bedenklicher Zurückhaltung . . . veranlasse . . .“ Dadurch aber geben die Deutschen — zwar spät, dafür aber ganz klar — zu, daß nicht die Polen mit ihrem Korridor Ostpreußen erdrücken, sondern daß sie es selbst tun, indem sie die abgelegene Provinz . . . anders als den übrigen Staat behandeln. Der deutsche Westen fürchtet sich einfach, finanziell sich zu stark in Ostpreußen festzulegen,

dem Lande selbst aber fehlt jede Initiative und politisch-wirtschaftliche Selbständigkeit, um die eignen Kräfte zu erproben. Hier ist sogar verschwunden, was vor dem Kriege existierte. Nachdrücklich ist zu betonen, daß Ostpreußen zu umso größerem Unglück eine unvergleichlich engere Bindung an das Reich eingegangen ist, . . . daß es in dieser Bindung dem Stärkeren, d. h. dem Reich, zum Opfer gefallen ist. Vor dem Krieg führte Ostpreußen, obwohl . . . durch Pommerellen-Posen aufs Engste mit dem Gesamtstaatsgebiet verbunden, doch ein recht besonderes Wirtschaftsleben . . . (Kohle-Einfuhr, Rußland-Handel u. ä.) . . . Der Weltkrieg hat das alles umgestürzt, Rußland als großer Handelspartner ist verschwunden . . ., dafür erschienen . . . das arme Litauen und Polen, das sich nicht ausbeuten läßt, überdies westlich von Ostpreußen als national reinste Gebiete Pommerellen und Posen in Besitz nahm. Mit diesen . . . Gebieten verbanden Ostpreußen vor dem Krieg sehr lebhaft . . . Wirtschaftsbeziehungen . . . (Zahlen von 1913) . . . Gegenwärtig ist dieser Güteraustausch dank des mit solchem Eifer von . . . den ostpreußischen Agrariern aufrechterhaltenen vertraglosen Zustands . . . auf eine unbedeutende Zahl . . . zurückgegangen. Und wiederum haben sich die Polen hier wohl nichts zu Schulden kommen lassen. Nicht sie veranlaßten . . . Ostpreußen zu so radikaler Zerschneidung der Handelsbeziehungen zum polnischen Westen und Süden. Das ist allein deutsches Werk, der Grund dazu der unbezwingliche Haß gegen Polen . . . Aber es ist noch ein anderer Grund für die Zerrüttung vorhanden . . ., der Wunsch, Ostpreußen jeder Wirtschaftslogik zuwider zu bewirtschaften. Weiß doch jeder, daß Belastung großer Massentransporte durch Herbeiholung aus fernen Gegenden, nur um einer politischen Maxime zu genügen, . . . jede Wirtschaft vernichtet. Gerade so geht Ostpreußen aber vor — besser gesagt, solch Vorgehen wurde ihm vom Reich aufgezwungen . . . Ganz ähnlich steht es auch um die Ausfuhr fertiger Agrarprodukte. Sie suchen nicht Absatz in der Nähe, vornehmlich in Polen, . . . sondern streben nach west- und mitteldeutschen Märkten . . . (Über die Ostpreußenhilfe:) Sie muß von zwei Punkten aus betrachtet werden. Zum ersten ist zuzugeben, daß die geleistete Finanzhilfe Ostpreußen augenblicklich vor dem Bankerott bewahrt. Handelt es sich aber um die erzieherische Seite, so . . . hätte wahrscheinlich niemand Schlimmeres erdenken können. Ostpreußens Bevölkerung gewöhnt sich an Dauersubsidien, verliert die Fähigkeit, sich auftürmenden Wirtschaftsschwierigkeiten die Stirn zu bieten, gewöhnt sich gleichzeitig daran, mit der angeblichen polnischen Gefahr Erpressungen auf das Reich auszuüben

. . . (Über Transport- und Preisfragen wird später zusammengefaßt:) Die Preise ostpreußischer Agrarprodukte gestalten sich, obwohl das Land sich in so ganz anderer Lage als das übrige Deutschland befindet,

ausschließlich nach dem Diktat des Reiches. Ostpreußen muß, wenn es leben will, seine Agrarprodukte ausführen, die mittel- und westdeutschen Märkte aber müssen sie nicht unbedingt kaufen . . . Darin liegt die ganze Wirtschaftstragödie Ostpreußens. Das Wirtschaftssystem des Reiches, welches das ostbaltische Ostpreußen bei sich hält, verteuert die Kosten der Agrarproduktion Ostpreußens, zwingt ihr noch den Transport-Tribut auf — geht es aber an das Zahlen, so zieht sich der deutsche Markt hinter den Schutz der freien Konkurrenz zurück

(Bei Erörterung der Verschuldung, der Steuer- und Soziallasten der Landwirtschaft heißt es, nach dem früher schon „Luxusausgaben“ wie z. B. der Ausbau der Wasserkraftwerke, gerügt wurden:) Diese Steuern sind verbunden . . . mit den Leistungen für die Volksschulen, die immer empfindlicher, rücksichtsloser werden . . . Dabei werden diese ungeheuren Lasten dadurch veranlaßt, daß fortdauernd neue, prächtige Schulbauten errichtet werden, d. h. wiederum dieses Leben über die Verhältnisse, daß so charakteristisch für . . Ostpreußen ist. Der Junker, der bis über die Ohren in Schulden steckt, kann ohne Auto . . . nicht leben, die nach allen Regeln bankrottierende Gemeinde . . . nicht ohne ein gotisch aufgemachtes, meist krebsrotes Schulgebäude, wenn auch das alte noch ganz tauglich war

94

Gazeta Polska, 2. 1. 1930.

(. . . Nach Inhaltsübersicht dieses Aufsatzes von Srokowski, der „mit voller Anerkennung zu begrüßen“ sei, wird hinzugesügt:) . . . Also nicht Ostpreußens politischer Abtrennung vom Reich durch den pommerellischen Korridor muß der heutige wirtschaftliche Rückgang . . . zugeschrieben werden, sondern den wirtschaftlichen Konjunkturwandlungen Osteuropas . . . und, vielleicht sogar in erster Linie, der heutigen Politik des Reichs, die die durch sie geschaffenen Verhältnisse eigensinnig . . . den Schöpfern des Versailler Traktats zur Last legt.

95

Polska Zachodnia (Kattowitz), 28. 8. 1929.

. . . Eine eigentümliche Lage ist entstanden. Die deutschen Agrarier verhindern mit allen Mitteln das Zustandekommen des Handelsvertrags, um als Hauptproduzenten durch Nichtzulassung der polnischen Konkurrenz für Getreide und Vieh hohe Preise aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig erschlagen sie durch diese Aktion Ostpreußens Landwirtschaft, die nur bei geregelten Wirtschaftsbeziehungen mit Polen existieren kann. Statt über deren günstige Gestaltung nachzudenken, rufen die Agrarier um Regierungshilfe, die vorübergehend die Katastrophe verhüten, nicht aber die Gründe dieses Zustands beseitigen kann

96

St. Stroński in: „Warszawianka“, 13. 5. 1928.

(über einen Artikel im „Matin“): . . . (Ostpreußens) Schwierigkeiten seien: der Überschuß der Agrarproduktion, die für 5 Millionen Bevölkerung ausreiche, während dort 2 Millionen leben, der Wegfall der Nachbarmärkte Pommerellen-Posen . . . (Hier irrt sich unser Sonderkorrespondent sehr, haben doch Pommerellen-Posen Agrarprodukte immer aus- aber nicht eingeführt), die Notwendigkeit, nach dem fernen Berlin zu gelangen (dorthin ging es stets, die Entfernung hat sich nicht vergrößert), die Unmöglichkeit seitens der mit „Reparationen“ belasteten Eisenbahn, Ermäßigungen zu gewähren (das ist keine Angelegenheit des Korridors, sondern der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens!); diese ganzen Hindernisse sind zu künstlich übertrieben, denn — zum Henker! — wenn heute jemand Getreideüberschuß besitzt, so hat er keine Sorgen, Absatz zu finden. — Diese Ausführungen . . . beweisen, wie schwach die von der neuen politisch-wirtschaftlichen Königsberger Schule aufgehäuften Berge — nicht von Getreide, sondern von Sand! — sind, die man Europa und Amerika in die Augen schüttet.

97

Polska Zachodnia (Kattowitz), 27. 8. 1929.

. . . (Die polnische Einwanderung) ist also eine durchaus elementare Bewegung, die sich durch keine künstlichen Mittel aufhalten läßt. Nur dann kann sie aufhören, wenn man Ostpreußen Anziehungskraft nicht nur für Land-, sondern auch für Industriearbeiter verleiht. Darin aber liegt das Problem, denn Industrie läßt sich nur entwickeln bei entsprechender Entwicklung des Königsberger Hafens, der aber geht wegen der Konkurrenz von Danzig und Gdingen zu Grunde . . . Die Deutschen reden viel vom Korridor, tatsächlich ist der Korridor aber nicht aus sich selbst zum Damm für die Entwicklung der Ostprovinz geworden, sondern die Tatsache, daß dieser Korridor nicht gestattet, Polen, auf dessen Kosten sich Königsberg entwickeln soll, zu fesseln. Bei den heutigen Bedingungen: Siechtum von Industrie, Verkehr, Großgrundbesitz in Ostpreußen wird der billige Landarbeiter dort mit oder ohne Staatserlaubnis eindringen — dazu immer zahlreicher . . .

98

Gazeta Polska, 8. 5. 1930.

. . . Wird die neue Regierungshilfe Ostpreußen irgendwelche wirklichen Vorteile bringen, es wirtschaftlich gesunden lassen? Nach bisherigen Erfahrungen ist das mehr als zweifelhaft, sofern Ostpreußen nicht einen anderen Weg beschreitet, sofern es sich nicht bemüht, den wirtschaftlichen Kontakt mit seinem natürlichen „Hinterland“ — mit Polen — herzustellen. Ostpreußen hatte schon die Möglichkeit, sich zu überzeugen, daß in dem vertraglosen Zustand mit Polen es Absatzmärkte, zehn und mehr Millionen aus Eisenbahntransitfrachten aus Polen verloren hat. Wegen des von den deutschen Nationalisten leichtfer-

tig hervorgerufenen Zollkriegs wird nach Königsberg Kohle aus dem fernen Ruhrgebiet gebracht, die viermal mehr als polnisch-schlesische Kohle kostet. Und so war es mit allem. Das ostpreußische Danaidenfaß, das schon Hunderte von Millionen verschlungen hat, kann sich nur füllen, wenn statt der bisherigen, wertlosen Hilfe es sich um die Rentabilität der Landwirtschaft und um die Sanierung der Industrie durch Aufnahme wirtschaftlichen Kontakts mit Polen bemühen wird

IV b) Der Korridor-Verkehr.

99

Srokowski, Uwagi, S. 216 f.

. . . Die polnisch-deutschen Verträge, von Polen mit großer Bereitwilligkeit abgeschlossen, . . haben alle Schwierigkeiten, die durch die Abtrennung des Landes hätten entstehen können, . . vollkommen beseitigt. . . Die Transporte durch den „polnischen Korridor“ von West nach Ost und umgekehrt, obwohl sie nur ein Sechstel der polnischen Transporte von Süd nach Nord und umgekehrt darstellen, gehen ununterbrochen, wie in Vorkriegszeiten, ohne Reibungen, Verspätungen und Formalitäten, sodaß für Ostpreußen nicht die geringste Schwierigkeit entsteht . . . (Folgen Zitate aus der Broschüre der Reichsbahndirektion Königsberg 1923!) . . . Wenn wir betont haben, daß die Transporte durch den „polnischen Korridor“ von Ost nach West und umgekehrt kaum ein Sechstel der polnischen . . betragen, so dachten wir nur an diejenigen Warenmengen, die entweder für Ostpreußen bestimmt sind oder von Ostpreußen kommen, . . zusammen 1,5 Millionen To. jährlich, . . fast die gleiche Menge geht oder kommt auf dem Seeweg (1928 1 646 495 To). Anders sieht die Sache aus, wenn wir den gesamten ostpreußisch-deutschen Transport durch das polnische Pommerellen berücksichtigen. Diese Transporte betragen 1925: 2 083 650 To. . . . 1927: 4 177 583 To. Das ungeheure Wachstum frappiert geradezu, beweist einerseits, daß von irgendwelchen Transporthindernissen im sogenannten „polnischen Korridor“ keine Rede sein kann, andererseits, . . daß die deutschen Bahnen im ostpreußischen Abschnitt mit dem Transit nach Rußland und den Randstaaten, natürlich sehr zum Schaden der polnischen Bahnen, ein gutes Geschäft machen

100

Smogorzewski, S. 32 f.

. . . Die Beziehungen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland sind nicht behindert. 1928 riet . . . H. Dalton Polen, „auf jede mögliche Weise die Verbindungen durch den Korridor zu erleichtern“, dadurch „würde es einen großen Teil der Kritiken an seinen heutigen Grenzen diskreditieren“: Polen hatte Herrn Daltons Empfehlung vorweg — seit 1921 — angewandt . . . (Hinweis auf die Transit-Konvention von 1921) . . . Der Transit funktioniert zur völligen

Zufriedenheit Deutschlands. Die Grenzen des „Korridors“ sind wirtschaftlich „unsichtbar“. Keine Formalitäten oder Pässe für Reisende von Berlin nach Königsberg und umgekehrt. Dafür wecken die Deutschen, um den Schein von „Schwierigkeiten“ zu schaffen, die Reisenden höchst unnützerweise mitten in der Nacht, nehmen eine vexatorische „Paßkontrolle“ für Ausländer vor . . . Daß der Transit gut funktioniert, erkennen die Deutschen selbst an . . . (Folgen Zitate aus der Broschüre der Reichsbahndirektion Königsberg³²⁾, 1923 — wie bei Srokowski Nr. 99) . . .

101

Smogorzewski, S. 36 ff.

. . . Der deutsche Verkehr 1922 (war) ungefähr 20 % geringer als der polnische . . . Seither ist diese Differenz zu Gunsten des polnischen Verkehrs stark gestiegen. Gestiegen trotz der hartnäckigen, allgemein wenig bekannten Bemühungen Deutschlands und Sowjetrußlands . . . Deutschland (hat) den Verkehr durch den „Korridor“ vermehrt, um die Einnahmen der polnischen Bahnen zu mindern, vor allem, um die Wirtschaftsbedeutung des „Korridors“ für das Reich zu demonstrieren. Hat es auch vermocht, Polens wirtschaftliche Position im Korridor zu schwächen? Keineswegs! — Hier eine vergleichende Tabelle:

	Polnischer	Deutscher Verkehr
		(in To.)
1925	2 850 520	2 083 650
1926	6 747 371	3 316 914
1927	8 619 909	4 188 583

Diese Zahlen . . . gestatten zwei Folgerungen: 1. der deutsche Verkehr durch den „Korridor“ wächst unaufhörlich, 2. der polnische Verkehr wächst . . . noch viel stärker. Die erste Folgerung zeigt das gute Funktionieren der Transittransporte, . . . zeigt in vollem Licht den guten Willen Polens, das alles tut, um den deutschen Verkehr zu erleichtern, zeigt schließlich, daß der „Korridor“ für Deutschland durchaus kein Wirtschaftshindernis bildet. Die zweite Folgerung rechtfertigt politisch und wirtschaftlich die Herausgabe Pommerellens an seinen rechtmäßigen Besitzer. Politisch, da der freie Zugang zum Meer es Polen ermöglichte, den ihm von Deutschland aufgezwungenen „Zollkrieg“ siegreich zu bestehen. Wirtschaftlich, da trotz vereinter deutsch-russischer Bemühungen der polnische Verkehr im „Korridor“ den deutschen Verkehr bedeutend übertrifft. — Aber untersuchen wir diese Zahlen näher! . . . Wenn man Polens Zugang zum Meer erwähnt, darf man den Flußverkehr nicht vergessen. Dieser ist nicht sehr bedeutend . . . Immerhin transportierten 1927 zwischen Polen und Danzig 2878 Schiffe 703 467 To. Güter. Das läßt die Gesamt-

³²⁾ Siehe Anm. 48 der Einführung.

zahl des polnischen Verkehrs zwischen dem Meer und dem Landesinnern auf 9 323 376 To. steigen. Davon muß man aber rund 620 000 Tonnen, die Danzig oder Gdingen für Rechnung der Tschechoslowakei und anderer Länder Mitteleuropas passieren, abziehen. Wir erhalten also in runden Zahlen 8 700 000 To. als genaues Volumen des polnischen Verkehrs 1927. — Berechnen wir . . . die Größe des reindeutschen Verkehrs, d. h. bei Berücksichtigung der Umsätze allein zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Denn die 4 177 583 Tonnen, die 1927 den „Korridor“ passierten, stellen auch einen großen Teil des deutsch-russischen, deutsch-litauischen, deutsch-lettischen und deutsch-estnischen Handels dar. Wir werden unsern Lesern nicht zu langwierige Rechnungen auferlegen. Beschränken wir uns, darauf hinzuweisen, daß, wenn man von dem „deutschen“ Verkehr die Warenmenge, die den „Korridor“ von und nach Rußland, Litauen, Lettland und Estland passiert, abzieht, wir 1 500 000 To. erhalten. Diese Zahl stellt also den deutschen Verkehr durch den „Korridor“ 1927 dar; diese Angabe allein darf mit den 8 700 000 To. des polnischen Verkehrs verglichen werden. — Was besagen . . . diese Zahlen? Daß der polnische Verkehr in dem „Korridor“ rund sechsmal so bedeutend³³⁾ ist als der deutsche Verkehr. Das ist die auffälligste wirtschaftliche Rechtfertigung der Rückgabe Pommerellens an Polen!

IVc) Die Ansiedlung.

102

Srokowski, Z krainy, S. 49.

. . . Der Stern der Junker-Agrarier ist heute schon etwas erloschen, die deutschen Patrioten sinnen daher etwas stärker nach über den Bevölkerungsmangel, in dem das an Pferden und Vieh so reiche Ostpreußen sich befindet Bis zum Kriege, da eine Gebietsverbindung Ostpreußens mit dem Reich existierte, konnte das einzelne Land diese Entziehung des Bevölkerungsnachwuchses, der anderen Landesteilen zu gute kam, noch ertragen. Heute ist es anders! Das abgeschnittene Ostpreußen, von mehreren Seiten von fremden, übervölkerten Gebieten umgeben, beginnt, den Charakter . . . eines leeren Raumes anzunehmen, in den andere — gewissermaßen sogar mit Recht! — hineinkommen können

103

Strażnica Zachodnia (Posen), 1926, S. 222 ff.

. . . Als . . . beschlossen wurde, in Masuren eine neue Ansiedlungsaktion ins Leben zu rufen, . . . sah man nicht genau, . . . ob die Regierung den geraden Weg zum Wohle der Wirtschaft wählen oder ob sie in den Spuren der Bismarckschen Politik wandeln werde . . . Den ersten Nebel des Zweifels vertrieb M. Worgitzki, der Führer des Heimat-

³³⁾ Siehe Anm. 47 der Einführung.

dienstes in Allenstein . . . Die Einmischung Worgitzkis, als Haupt der stärksten antipolnischen Organisation Deutschlands . . . (ist) die beste Bestätigung der Überzeugung, daß die heutige Politik gegenüber den Polen sich in nichts von der antipolnischen Politik Bismarcks unterscheidet . . . (Ebenso habe der preußische Landwirtschaftsminister betont), daß durch die Ansiedlung in Masuren längs der polnischen Grenze ein Wall reindeutscher Wirtschaften geschaffen würde. Dieser Wall wird also gewissermaßen ein deutscher Korridor sein, der die masurische Bevölkerung trennt und sämtliche kulturellen Verbindungen unter ihr unmöglich macht Eins ist sicher: die neue Ansiedlungswelle wird gegen die kleinbäuerlichen Masuren gelenkt werden! — Man muß sich vor allem klar werden, daß die praktische Seite der Ansiedlung auf der Schaffung von Fermern mit 15—20 ha beruhen wird; nur in solchen Wirtschaften kann rationelle Feldwirtschaft angewandt, eine Musterwirtschaft geführt werden. Zwei Möglichkeiten existieren nur: Aufteilung des Großgrundbesitzes oder Zusammenlegung zu kleiner Wirtschaften. Angesichts der Tatsachen, daß in Masuren der Großgrundbesitz in deutschen Händen ist, kann von dessen Aufteilung keine Rede sein. Die preußische Regierung wird sich nämlich nie dazu entschließen, den preußischen Junkern Land zu nehmen und es den Masuren zu geben. Für die Deutschen kommt es darauf hinaus, zur zweiten Methode zu greifen: zur Vereinigung der Kleinwirtschaften, die Eigentum der Polen sind. Die Aussichten . . . sind heute günstiger als je, da die kleinbäuerlichen Masuren in keiner Weise sich aus der heutigen Agrarkrise befreien können . . . Und da die Regierung nicht nur keine Mittel sucht, um sich vor der Katastrophe zu sichern, sondern gewissermaßen selbst bemüht ist, den Niedergang der Kleinlandwirtschaft zu beschleunigen, ist es mehr sicher als zweifelhaft, daß in Kürze ein großer Teil der kleinbäuerlichen Masuren genötigt sein wird, sein Land zu verkaufen. Ob die Regierung hierzu Ausnahmegesetze anwenden, diese Landwirte zum Verkauf . . . für die Ansiedlung zwingen wird, ist unbekannt. Übrigens werden die Masuren freiwillig Land für Ansiedlungszwecke verkaufen, denn niemand wird im Stande sein, so günstig für den Verkäufer Land zu erwerben wie die . . . Ansiedlungsgesellschaft . . . Nach Verdrängung der Kleinlandwirte, der stärksten polnischen Schicht in Masuren, wird es den Deutschen leicht sein, auch in anderen Teilen Ostpreußens die Polen durch verstärkte Anwendung der Kolonisation zu unterdrücken . . . Wenn der Entwurf Gesetz wird — und daß es dazu kommt, genügt zu wissen: die Ansiedler Deutsche, das Motiv . . . nicht so sehr die Absicht, die Wirtschaftslage zu sanieren als Vertreibung des Polentums . . . — so ist es nicht schwer zu begreifen, daß die Ansiedlung in Masuren in schnellerem Tempo, als es in Posen-Westpreußen geschah, vor sich gehen wird . . . Was aus all dem entstehen wird, ist vorerst schwer zu ersehen. Bisherige Beispiele ferner und näherer Vergangenheit verheißen nichts

Gutes. Sieht man von den bekannten Folgen der Ansiedlung in Westpolen, von denen wir uns heute trotz der günstigen, fast wie von der Vorsehung gewährten Bedingungen noch nicht befreien konnten, ab, so ist hervorzuheben, daß auch in Ostpreußen das bisherige Ergebnis der Ansiedlung den polnischen Besitzstand ernstlich geschwächt hat . . . Unzweifelhaft wird die angekündigte neue Ansiedlungswelle dem polnischen Element in Ostpreußen einen neuen Stoß versetzen, mittelbar . . . auch der Sicherheit unserer Westgrenze. Ihre Erfolge können verhängnisvoll werden, wenn wir nicht polnischerseits ihr eine solide Verteidigungsaktion entgegensetzen.

V. Ostpreußen und die Weichsel.

104

U miastowski, Terrytorjum, S. 98.

. . . Bis zur Grenze mit der Freien Stadt Danzig gehören beide (Weichsel-) Ufer zu Polen, dabei das Ostufer nur mit 50 m, die als notwendig und ausreichend für Regulierung und Verbesserung des Flusses angesehen wurden. Selbstverständlich ist angesichts dessen der Besitz des rechten Ufers fast illusorisch, denn ein gutes Hochwasser kann diesen 50-m-Streifen unter Wasser setzen. Dieser Zustand ist anormal, dem Staat sind die Hände gebunden. Er besitzt einfach nicht die physische Möglichkeit, das Strombett zu beherrschen, es sei denn, daß an jenem Ufer eine neue chinesische Mauer errichtet würde. Von einem Zustand relativer Harmonie mit dem östlichen Nachbarn und gegenseitiger Zufriedenheit kann bei Existenz einer solchen Anomalie schwer die Rede sein. Außerdem gehört uns auf diesem Ufer der Hafen Marienwerders, Kurzebrack, der von der auf dem Hochufer des Urtals gelegenen Stadt 2 km entfernt ist, sowie 5 Dörfer gegenüber Mewe. Die Forderungen Polens an den Völkerbund besagen, daß Polen die Weichselniederungen nur bei Besitz dieser Weichselniederung, d. h. einiger km längs des Flusses bis zu den Abhängen der Steilufer, sichern kann

105

U miastowski, Terrytorjum, S. 130.

. . . Von den großen Flüssen . . . ist Ostpreußen abgeschnitten. Die Weichsel ist Eigentum Polens, der Njemen wurde von Grodno ab internationalisiert. Die Möglichkeit beliebiger Benutzung der Hauptverkehrslinien wurde also auf ein Minimum reduziert bzw. fremder Kontrolle unterworfen, denn obwohl der Vertrag das Schifffahrtsrecht für die Bewohner Ostpreußens auf beiden Flüssen vorsieht, so sehen doch in praxi die Vertragsbestimmungen verschieden aus, können verschieden kommentiert werden

105a

„Dzień Pomorski“, 15. 8. 1920.

... Bei dieser schmerzlichen Niederlage von 10 Jahren ist das einzig Erfreuliche die Tatsache, daß also auch das rechte Ufer der Weichsel, des heiligen polnischen Stroms . . ., Polen zufiel.

Dieser ganz schmale Landstreifen, der der Republik Polen von dem Abstimmungsgebiet zugeteilt wurde, ist aber doch das Unterpfeiler unserer künftigen Herrschaft über die . . . Weichselmündung, ist die Tatsache, die in unseren Herzen den starken Glauben daran erwecken soll, daß im Lauf der Zeitsichsämtliche Hoffnungen des polnischen Volkes erfüllt werden.

Nutzlos war das damalige Geschrei der Alldeutschen, daß die Weichsel die natürliche Grenze zwischen Polen und Ostpreußen sein solle, denn der angeblich unantastbare Grundsatz, daß Ostpreußen bis unmittelbar an die Weichsel reichen müsse, wurde gebrochen.

Aus dem Abstimmungskampf haben wir also diesen einzigen, bedeutenden Nutzen gezogen, daß heute die Weichsel von der Quelle bis zum polnischen Meer in polnischem Besitz ist, da auch auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig Polen die Aufsicht über diesen Fluß ausübt.

Im Besitz des rechten Weichselufers längs der ostpreußischen Grenze verzichten wir aber keineswegs auf unsere uralten Rechte auf das restliche Weichselgebiet, auf Ermland und Masuren. Das historische Unrecht, das Polen vor 10 Jahren traf, wird niemals von dem polnischen Volk sanktioniert werden, kann niemals in Vergessenheit geraten.

106

Epoka, Nr. 189, 10. VII. 1928.

... Fast seit 1½ Jahren vollzieht sich zwischen der polnischen und deutschen Regierung ein Meinungs-austausch in einer Frage, die außerordentlich bezeichnend ist für die deutsche Denkweise in Bezug auf alles, was mit dem . . . sogenannten „polnischen Korridor“ in Verbindung steht. Die lange, umfangreiche diplomatische Korrespondenz begann wegen Polens Entschluß, eine der Weichselbrücken, die dort, wo sie sich heute befindet, absolut unnötig ist, an einen anderen Ort zu verlegen . . . Der Bau der Brücke (von Münsterwalde) hatte in der gespannten Zeit nach der Annexion Bosniens ausgesprochen strategische Bedeutung. Die Brücke, über die eine Eisenbahnnebenstrecke ging, hatte in Friedenszeiten für Personen- und Warenverkehr keine Bedeutung. Der Bau kostete 9 Millionen Goldmark, der Wert der Brücke heute wird auf fast 27 Millionen Goldzloty berechnet. Amortisie-

rung und Unterhaltung³⁴⁾ der Brücke kosten fast 3 Millionen Zloty jährlich.

Über diese kostspielige Brücke gehen nach deutschen Statistiken täglich im Durchschnitt 38 Personen³⁵⁾. Da das aber Grenzverkehr ist, tatsächlich jeder Passant also zweimal erscheint, folgt, daß für die Bequemlichkeit von 19 Personen täglich der polnische Staat 3 Millionen Zloty jährlich ausgeben muß, jeder Übergang ihn 425 Zloty kostet. Im Lauf des ganzen Jahres 1927 passierten die Brücke 203 Automobile und Motorräder, sowie 1554 Fahrzeuge. Vom polnischen Standpunkt ist die Existenz dieser Brücke bei Münsterwalde geradezu absurd. Polen braucht diese Brücke für militärische Zwecke nicht, die Eisenbahnnebenstrecke über die Brücke ist seit langem außer Betrieb, was übrigens deutscherseits keinen Protest hervorruft. Die Verbindung beider Weichselufer . . . kann ebenso gut durch eine Fähre³⁶⁾, bei Hochwasser durch einen Dampfer erfolgen . . . Die Verlegung der Brücke nach Thorn kann in dem Verkehr zwischen dem polnischen Pommerellen und Ostpreußen keine Unterbrechung hervorrufen . . . Die polnische Regierung, die sich an ihr Sparprogramm hält, erachtet es für notwendig, die überflüssige Brücke von Münsterwalde nach Thorn zu verlegen.

. . . In Ostpreußen begann die Agitation gegen Polen, breitete sich nach Berlin aus. Man beschuldigte Polen des Vandalismus, wie es die imaginäre Vernichtung eines großen Werks deutscher „Wirtschaftskultur“ sein sollte. Später begann die deutsche Presse . . ., schließlich die Reichsregierung, andere Gründe für die Erhaltung der Brücke von Münsterwalde zu suchen. Alle diese Gründe sind einfach aus den Fingern gezogen. Mit sogenannter Wirtschaftskultur hat diese strategische Brücke nichts gemein. Ebenfalls unwahr ist das Argument, daß die Beseitigung der Brücke die Unterhaltung der Dämme zum Schutz der Marienwerderer Niederung . . . erschwere, da die Materialien zur Unterhaltung der Dämme nicht vom linken, polnischen, Weichselufer, sondern vom rechten, preußischen, Ufer geholt werden. Durch die Beseitigung der Brücke wird der Abfluß des Hochwassers und der Eisgang auf der Weichsel sogar erleichtert werden. Offensichtlich ist die deutsche Propaganda auf völlige Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse berechnet, die nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande herrscht . . .

³⁴⁾ Nach derselben Stelle: als Grund für die Zerstörung führt Polen an, daß die großen Unterhaltungskosten durch den Verkehr nicht gerechtfertigt wurden. Tatsächlich sind Unterhaltungskosten von Polen überhaupt nicht aufgewandt worden, denn die Brücke wurde völlig vernachlässigt.

³⁵⁾ Nach Mitteilungen des „Verkehrsverbandes E. V.“ (Marienwerder) wurde die Brücke in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1927 von insgesamt 6 976 Personen, 2 437 Kraftwagen und Fuhrwerken, 1 142 Fahrrädern benutzt.

³⁶⁾ Die Fähre ist erfahrungsgemäß bei Eisstauungen unbrauchbar.

107

Ilustrowany Kuryer Codzienny (Krakau),
12. VII. 1928.

. . . (Nach kurzer Darstellung wie in Nr. 106 wird hinzugefügt:) Die deutsche Propaganda im Ausland verkündet perfide, Polen wolle ein großes deutsches „wirtschaftliches Kultur“werk zerstören. Interessant ist, wie man den heutigen Sachverhalt mit der Wirtschaftsrationalisierung, deren Deutschland sich neuerdings so rühmt, vereinbaren kann. Sieht so die „deutsche Wirtschaft“ aus? Die einzige Erklärung für dieses heuchlerische Vorgehen Deutschlands ist seine bekannte Einstellung zu allem, was mit dem sogenannten „Korridor“ verbunden ist, sowie sein Wunsch, einen bequemen, schnellen Zugang zu polnischem Gebiet für „friedliche“ Zwecke zu haben . . .

108

Smogorzewski, S. 98.

. . . 1906 unternahm Deutschland aus strategischen Gründen den Bau einer neuen Weichselbrücke bei Münsterwalde. Der Betrag von 9 Millionen Mark wurde verausgabt, um die fünfte Verbindung der Ufer der Unterweichsel herzustellen, an einem Ort, der keinerlei wirtschaftliche Bedeutung hatte . . . Als Polen von Pommerellen Besitz ergriff, verlor die Eisenbahn lokaler Bedeutung über diese Brücke ihre Berechtigung; die großen Transitlinien führen über die Brücken von Dirschau, Graudenz, Fordon und Thorn. Polen ließ die Brücke von Münsterwalde für Fußgänger- und Wagenverkehr offen; 1927 benutzten im Durchschnitt täglich 19 Fußgänger die Brücke, im gleichen Jahre haben kaum 203 Automobile die Brücke benutzt. Die polnische Regierung entschloß sich also, die Brücke nach Thorn zu verlegen, wo der Bedarf einer Ergänzungsbrücke . . . fühlbar wurde. Der gesunde Menschenverstand inspirierte diese Maßnahme. Unglücklicherweise scheint der gesunde Menschenverstand, was auch Descartes darüber gesagt hat, unter den Menschen nicht zu den verbreitetsten Dingen zu gehören. Die deutsche nationalistische Presse warf Polen vor, es achte die deutschen Kulturwerke nicht so, wie sie es verdienen. Der Korrespondent der „Germania“ in Paris . . . schrieb . . ., Polen zerstöre die letzte Möglichkeit einer Verkehrsverbesserung und -erweiterung mittels der Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Reich . . . Wir haben schon bewiesen, daß diese Verbindungen wunderbar funktionieren, daß sie genügen. Übrigens ist Polen bereit, sämtliche Wünsche betr. den Transit anzunehmen . . . Und das Pikante an der ganzen Sache ist der Widerspruch, der offensichtlich die deutscherseits vorgebrachten Argumente entstellt. Vorausgesetzt, daß wirklich die Brücke von Münsterwalde den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung genügen solle, so sollte man doch nicht vergessen, daß Polen ihr diese Rolle erhalten wird, denn die Brücke wird verlegt . . .

VI. Einzelne Städte Ost- und Westpreußens.

109

U mi a s t o w s k i, Terrytorjum, S. 75.

... In unserem Interesse liegt es, Königsberg als zweiten Hafen neben Danzig zu unterhalten, indem wir den Transit aus Polens Ostgebieten (dorthin) lenken; das wird für Danzig ... eine gesunde Konkurrenz sein.

110

B a g i ń s k i, S. 292.

... Wenn Deutschland den Hafen Königsbergs ausbaut, so nur, weil es die heutigen Grenzen Polens, Litauens und Lettlands als „vorübergehend“ ansieht, da der Augenblick kommen wird, wo mit Rußland, das Deutschland als gegebenes Hinterland des Königsberger Hafens ansieht, wieder unmittelbare Grenzen existieren werden. Diese Bemühungen aber können dem Königsberger Hafen ... Ladungen nicht sichern; der Weg dazu geht über Warschau. Nur eine Änderung der lokalen Kreise in ihrer Haltung zu Polen ... kann zum Vorteil gereichen. Da schnelle Wandlung nicht zu erhoffen, muß Polen seine eigenen Häfen unterstützen — zum Schaden für Königsberg, dessen natürlicher Bereich doch Polens Gebiete sind. Polen, das in Gdingen einen modernen, Ozeandampfern zugänglichen Hafen baut, kann ohne ... den seichten, kaum kleineren Seeschiffen zugänglichen Hafen Königsbergs auskommen, Königsberg aber kann ohne Verständigung mit Polen nicht existieren ...

111

B a g i ń s k i, S. 304.

... Nur die eigenen Häfen an der Weichselmündung können die weitere Entwicklung des polnischen Seehandels sichern ... Die Benutzung der Häfen Stettin, Hamburg, Bremen u. a. muß ganz aufhören, die Benutzung des Königsberger Hafens vom Absatz polnischer Waren in Ostpreußen als natürlichem polnischen Wirtschaftsgebiet abhängig gemacht werden.

112

S r o k o w s k i, Prusy, S. 98.

... Königsberg hat ungeheure Bedeutung für das Land, dessen Verteidigungszentrum ... es ist. Außerdem ist es aber auch sein Herz, Hirn, Symbol und Inhalt. Ohne Königsberg gäbe es dort kein Gefühl der Sonderstellung der Provinz gegenüber ihrer Umgebung, keine Schmiede politischer Gedanken, keinen Antrieb zu stetiger Organisation des Kampfs für den künftigen Triumph des Deutschtums im Osten ... Fast alles, was „rein preußisch“ denkt, vereinigt sich hier ... Königsberg wirkt sogar stark auf Berlin, von dem näheren Danzig ganz zu schweigen. Es scheint: nur

der historische Prozeß der Reduzierung der Provinz Ostpreußen... auf das Pregelgebiet könnte diesen Zustand ändern.

113

Srokowski, Prusy, S. 111—127.

. . . (Nach breiter Schilderung des angeblich mächtigen Einflusses Polens auf Königsberg, besonders auf den herzoglichen Hof, wird hinzugefügt:) . . . fast hat man den Eindruck, als hätte das jagiellonische Blut, das in Albrecht, dem letzten Kreuzritter und ersten Preußen, floß, nicht zugelassen, daß sich dauernd schlechte gegenseitige Beziehungen herausbildeten, umso mehr, als das Deutschtum in Ostpreußen damals verhältnismäßig gering war. Das polnische Element, altansässig oder als neue Kolonisationswelle, reichte bis vor die Mauern Königsbergs, die Litauer nahmen seit altersher einen großen Teil des Landes beiderseits der unteren Memel und der Pregelquellen ein, schließlich aber zeigte die Hauptstadt selbst eine so gemischte Bevölkerung, daß man ohne jede Übertreibung sagen kann: k a u m 50 % entfielen auf e c h t e D e u t s c h e . . . Neben dem Deutschen, Litauer, Polen, Holländer und Schotten erschien auf den Königsberger Märkten auch noch der altpreußische Landbewohner und trug zur Vermehrung des völkischen Mischmaschs . . . in der Pregelhauptstadt bei (S. 115/116) . . . (Später habe, besonders seit 1660, immer stärkere Germanisierung eingesetzt, — die Darstellung darüber folgt Szymanski, f. Nr. 24. Der Haß gegen alles Ausländische, besonders Polnische, habe in Königsberg derartige Formen angenommen, daß man sich dort nirgends in einer fremden Sprache unterhalten könne. Das veranlaßt folgende Charakteristik Königsbergs und Ostpreußens im allgemeinen) . . . Das Ostpreußentum ist nicht Europa, Königsberg, wenn sich auch dort . . . eine alte Universität und ein paar Museen befinden, ist noch lange nicht Brüssel, Stockholm oder Krakau, nicht einmal das, was Lemberg oder Riga sind. Das ist etwas völlig anderes, etwas dem Westen völlig Fremdes wie Konstantinopel, Moskau oder Orenburg. Den scharfen Beobachter kann der Schein nicht trügen: weder das recht gute Königsberger Pflaster . . . noch der Innenhafen . . . Das alles ist nur Beweis für organisatorische und wirtschaftliche Fähigkeiten der Bevölkerung, niemals aber für Kultur im europäischen Sinn. Übrigens ist der Grund zu diesem Tun außer wirklicher Notwendigkeit . . . oder dem Nachahmungstrieb, der den Deutschen eigentümlich ist, die . . . östliche Neigung zu glänzen, zu imponieren . . . Jener Osten, wo Palmen wachsen, trachtet danach, im Übermaß von Reichtümern und Farben zu prangen, der ostpreußische Orientalismus aber, der sich am stärksten in der Hauptstadt Königsberg kristallisiert, will der Umgebung durch materielle Kraft und Arbeitsrhythmus imponieren. Man redet hier viel von moralischer Stärke aber nicht sie, sondern die materielle Kraft dringt als Hauptexponent

des Lebens an die Oberfläche . . . Der Kult der Kraft ist so fest in Bewußtsein und Unterbewußtsein jedes Preußen verankert, daß das Preußentum, nachdem die Deutschen unter seiner Führung im letzten Kriege besiegt wurden, heute tatsächlich ohne Programm . . . da- steht . . . Der Preuße sieht — wir sprechen hier ohne jede Über- treibung — in der Tatsache, daß es ihm unmöglich ist, einen Nichtpreußen straflos zu quälen, aus- zubeuten und zu verachten, geradezu ein Un- recht . . . Und die Generation, die heute das Ruder der öffentlichen Angelegenheiten in der Hand hat, kann schon nicht mehr in anderen Kategorien denken. Schlimmer noch, es ist zu bezweifeln, ob die nächste . . . mehr zu Kompromissen geneigt sein wird, denn das Preu- ßentum ist das Produkt eines langen, sehr eigenartigen, noch fort- wirkenden historischen Prozesses . . . Seinerzeit hat sogar die . . . Tä- tigkeit Kants, . . . der dort fast wie zur Ironie von den eingeborenen moralischen Rechten lehrte, ihn auch nicht im Geringsten unterbro- chen (S. 118/119) . . .

(Über Königsbergs Wirtschaft heißt es [später:] Wenn die Stadt auch ihre Bevölkerung vermehrt, . . . so entwickelt sie sich doch nicht genügend, sie verarmt . . . Vor dem Kriege lebte sie vornehmlich vom Handel mit russischem Getreide und Holz. Heute aber gehören diese Zeiten schon einer Vergangenheit an, die nichts und niemand wieder herstellen kann . . . Denn weder im Interesse Polens, das sein Danzig und Gdingen besitzt, noch Litauens, das Memel unterstützen muß, liegt es, für das Wachstum Königsbergs und seiner Bürgerschaft zu ar- beiten, zumal diese in grenzenlosem Haß gegen alles Fremde, Nicht- preußische, einfach nicht zuläßt, daß Königsberg einen gewissen Pro- zentsatz von Ausländern aufnehme, ohne die von irgendeinem groß- zügigen Handel keine Rede sein kann. Die Preußen verstehen keine andere Form des Handels als nur einseitige Ausbeu- t u n g. Da ihnen das jetzt nicht gelingt, . . . klagen sie wegen ihres ver- änderten Geschicks vor allem Polen an — und das nicht nur wegen seiner Politik, die Ostpreußen gegenüber leider weder genügend stark noch konsequent genug ist, sondern geradezu deswegen, daß es über- haupt existiert. Sie sehen, daß Polen ihnen den Weg nach Osten, vor allem nach der reichen Ukraine, versperrt hat . . . Die Eisenbahn Brest Litowsk—Bialystok—Prostken—Königsberg, früher eine goldreiche Ader, hat heute durchaus zweitrangige Bedeutung (S. 121/122) . . . (Nach abfälligen Bemerkungen über Königsbergs Bauten folgt als Schluß:) Königsberg ist eine Stadt ohne Tradition. Hier kennt man keine alljährlichen . . . (Volksfeste) . . . italienischer oder französischer Städte oder auch . . . Krakaus. Teilweise kommt es daher, daß zwischen der altpreußischen, heidnischen Tradition und spä- teren deutschen Zeiten ein Meer vergossenen Bluts, ein Unmaß be- gangener Verbrechen sich erstreckt, wobei die Vergangenheit, die bei

den Eroberern nichts anderes als nur Verachtung fand, restlos unterging, daß ferner die ostpreußischen Deutschen nicht ein einheitliches kolonisatorisches Element bilden, sondern ein Flickwerk der verschiedensten ethnischen Gruppen . . . All diese . . . mitgebrachten Traditionselemente sind unwiederbringlich in dem ostpreußischen Provinzionalismus zusammengefloßen; dieser aber, vom deutschen Stamm getrennt, konnte nichts Eigenes hervorbringen . . . Und diese Lage, dieser Prozeß des Schwindens eigener uralter Erinnerungen an die Vergangenheit ist von Regierungskreisen geschickt ausgenutzt worden. An Stelle der eigenen Tradition schob man der Bevölkerung ein Surrogat unter in Form eines besonderen, in verschiedenster Form wiederkehrenden Mythos von der Herrschaft und dem Herrscher. Die hiermit verbundene Anbetung des Herrschaftselements wurde geradezu zu den Höhen eines religiösen Kults erhoben, und ein Friedrich II. oder die Königin Luise können noch jetzt, was die emotionelle Kraft dieser Namen anbelangt, auf ostpreußischem Boden allen Ernstes den Heiligen der katholischen Kirche gleichgestellt werden . . . In Königsberg stand immer ein Hochaltar dieses eigenartigen, in seiner Weise einzigartigen Gottesdienstes und dieser in ihrem Geschmack einzigartigen Sehnsüchte nach der kräftigen Peitsche und den Kürassierstiefeln. Über jeden Zweifel erhaben, fest gegründet, wurde er weder durch den unglücklichen Krieg noch durch die deutsche Revolution dauernd erfolgreich erschüttert (S. 126/127).

114

Questions, S. 89—91.

. . . Polen sollte sämtliche Mündungen seines Nationalstroms, der Weichsel, erhalten, damit seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gesichert sei . . . Am westlichsten Weichselarm liegt Polens Haupthafen, Danzig, am östlichsten, der Nogat, liegt Elbing, das Danzig als Unterstützung dienen, wenn es sich in gleichen Händen befindet, ihm Konkurrenz bereiten kann, wenn es einem Land gehört, das dem Staat, von dem Danzig einen Teil bildet, feindlich ist. Die beiden Städte können sich entweder ergänzen oder sich gegenseitig lahmlegen. Elbing erhält einen Teil des Handels der unteren Weichsel . . . Das Weichseldelta ist nur eine lokale Erweiterung des großen Verkehrsweges. Die Beziehungen zwischen Danzig und Elbing erhalten größere Bedeutung dadurch, daß der Weichselhaffkanal beide Häfen verbindet und es ermöglicht, die Fahrt um die Frische Nehrung . . . zu vermeiden. Andererseits beginnt in Elbing der Oberland-Kanal, der vom Meer zu den ostpreußischen Seen führt. Daraus folgt: daß das Weichseldelta als ein Ganzes angesehen werden muß, nicht durch politische Grenzen geteilt werden kann, umso mehr, als Ostpreußen schon Königsberg besitzt, Elbing gar nicht braucht. Falls

Elbing unter deutscher Herrschaft bliebe, würde es Polens natürliches Streben sein, Elbing als fremde Stadt jeden Anteils am polnischen Handel zu berauben. Würde Polen zu schwach sein, um damit Erfolg zu haben, so würde der Elbing besitzende Staat mit allen Mitteln versuchen, in seinem Hafen zu Danzigs Schaden den ganzen polnischen Handel zu konzentrieren . . . Man muß bemerken, daß allemal, wenn Danzig und Elbing nicht dem gleichen Staat angehörten, die Konkurrenz zwischen den beiden Städten unvermeidlich wurde. Im 13. Jahrhundert, da Danzig zu Polen gehörte, machte der Orden Elbing zu seiner Hauptstadt und entwickelte dort den Handel. Diese Entwicklung wurde plötzlich angehalten, als 1308 der Orden sich Danzigs bemächtigte. Mitte des 16. Jahrhunderts hatte die blühende Stadt Danzig einen Konflikt mit Elbing wegen seiner Zugehörigkeit zur deutschen Hansa, wies die englischen Kaufleute aus. Elbing nahm sie mit Genehmigung des Königs von Polen auf und gab ihnen Gelegenheit, den Handel mit Polen zu entwickeln . . . Als Danzig im Kriege mit Gustav Adolf einen Beweis großer Treue geliefert hatte, entzog Polen den englischen Kaufleuten ihre Privilegien. Sobald Friedrich II. bei der Ersten Teilung (1772) Elbing erlangt hatte, bemühte er sich, dort fast den ganzen Handel einmünden zu lassen, um Danzigs Wohlstand zu zerstören und diese Stadt zu zwingen, sich freiwillig zu unterwerfen. Es gelang ihm nur, den Danziger Handel zu schädigen, ohne die Unterwerfung der Bewohner zu erlangen. Nach Danzigs Besetzung, 1793, verlor Elbing sofort seine Bedeutung, wurde auf die zweite Stelle, zu Danzigs Hilfshafen, herabgedrückt. Um also ähnliche Anschläge gegen Danzig nach Wiedervereinigung mit Polen zu vermeiden, sollte das ganze Weichseldelta mit Elbing zu Polen geschlagen werden.

115

Srokowski, Prusy, S. 139.

. . . Wie in der Vergangenheit besitzt auch heute Elbing gegenüber anderen ostpreußischen Durchschnittsstädten seinen festumrissenen, individuellen Charakter . . . Überhaupt ist bei den Bewohnern der Stadt mehr Selbständigkeit als gewöhnlich bei den an Befehle gewöhnten Ostpreußen vorhanden, ebenfalls mehr Kultur, mehr Scharfsinn. Museen und Bibliotheken, die Universität Königsbergs fehlen, aber auch die besondere ostpreußische Grobheit und Brutalität, die den Europäer am Pregel so unangenehm berührt . . . Gegenüber Polen und dem Polentum verhält sich Elbing im allgemeinen unvergleichlich weniger boshaft als Königsberg oder irgendeine andere ostpreußische Stadt, selbst weniger als das heute verpreußete Danzig. Daran sollte man denken! Die kürzlich durch Polen erfolgte Öffnung der Eisenbahnverbindung nach Polen über Raczki lenkt die Holztransporte zum Pregel, bereichert unsere fanatischsten

Feinde. Ihre Ablenkung nach der alten „Königlichen Stadt“ Elbing³⁷⁾ würde eine bedeutend angenehmere politische Lage schaffen . . .

116

Srokowski, Prusy, S. 140 ff.

. . . (Die polnischen Empfinden „durchaus fremde“ Marienburg wird, wie folgt, charakterisiert:) Wenn der deutsche Philosoph Schlegel bauliche Schöpfungen gefrorene Musik nennt, so wurde hier . . . ein stolzes Loblied zu Ehren des mächtigen Ordens gesungen, das in einem zum Himmel greifenden Akkord übermächtigen Stolzes und des Selbstgefühls der Herren dieses Landes ausklingt. Macht über alles! (S. 145 f.) . . . (Spätere Ausführungen sollen zeigen, daß Polen die Marienburg „stets mit gewisser Pietät behandelt“ habe. Verunstaltungen und Zerstörungen werden Jesuiten und Schweden zugeschrieben, immerhin sei das Schloß „in verhältnismäßig gutem Zustand“ an Preußen übergegangen. Nachdem die unverständige Behandlung des Schlosses durch Friedrich II. und dessen Nachfolger mit großem Nachdruck betont wurde, werden die Wiederherstellungsarbeiten kurz gestreift. Selten findet etwas Beifall, besonders auffallend sind aber die Worte, mit denen die Marienstatue am Chor der Schloßkirche charakterisiert wird. Sie sei, abgesehen von einigen „nicht schlechten Einzelheiten“) . . . in ihrer Gesamtheit etwas so Widerliches, daß sich der Blick von ihr mit Ekel abwendet, . . . geradezu ein Scheusal, das seinerzeit die Macht des Ordens versinnbildlichte, eine Art Kampfschild, der außerhalb der Schloßmauern aufgestellt war. Sie sollte davon zeugen, daß, wer es mit den Ordensrittern verdirbt, auch noch im Jenseits keine Ruhe findet, denn auch dort haben sie eine mächtige Beschützerin.

117

Srokowski, Prusy, S. 158–161.

. . . Der Dom zu Frauenburg gehört zum Typus polnischer Kirchen, wie sie in Krakau, Lemberg oder Wilna stehen . . . Jeder Altar . . . spricht in der vertrauten Sprache des Wawels, . . . denn entweder erglänzt das Wappen der Wasa oder der polnische Adler oder auch die Erscheinung eines Heiligen, den man in den Mauern einer gewöhnlichen deutschen Kirche vergebens suchen würde . . . Viele polnische Namen reden zu dem Besucher mit der lauten Stimme der Vergangenheit . . . ; über allem triumphieren die Erinnerungen an die großen Gestalten: Koppernikus, Hosius und Kromer . . . (Überall empfinde man) die Allgegenwart des staatlich hier schon nicht mehr vorhandenen Polens . . . Heute allerdings ist für diese Andenken in Frauenburg keine Spur von Pietät vorhanden, der hier residierende Bischof Bludau aber ist ein entschiedener

³⁷⁾ Sollte diese in Aussicht gestellte Belohnung der angeblichen Loyalität nicht in Wirklichkeit dazu dienen, die von polnischer Seite geforderte „Verbreiterung“ des Korridors vorzubereiten?

Feind des Polentums. Zwar reißt man in Frauenburg nicht so unverschämt wie in Braunsberg die prächtigen polnischen Grabtafeln heraus, . . . man handelt anders, man schweigt! . . . Umsonst! Wer tiefer gräbt, muß schließlich erkennen, daß auch hier im baltischen Norden wir ein verdienter Faktor für die Zivilisation waren, daß ohne uns dieser schöne Küstenwinkel düster und traurig erscheinen würde wie so viele andere Gegenden, wo Jahrhunderte lang unumstritten das Kreuzrittertum herrschte. Man braucht nur das kleine Frauenburg mit der großen Hauptstadt Königsberg mit ihrer ungeheuren Armut an Kunstwerken zu vergleichen, um zu begreifen, in welcher Richtung die Gedanken unserer Vorfahren gingen, in welcher die der preußischen Herrscher. Und das ist sicher, daß ohne Polens Hilfe keine Rede davon wäre, daß sich der Katholizismus an der Ostsee erhalten hätte, der dort eine gewisse veredelnde Bedeutung hat, indem er sich wenigstens in der Theorie der Allmacht der preußischen Staatsraison entgegenstellt.

118

S r o k o w s k i, Prusy, S. 162 ff.

. . . Daß das Wachstum Allensteins (bis 1914) Ergebnis der Verkehrsbedingungen war, haben die Kriegsfolgen . . . bestätigt. Wenn man nämlich erwägt, daß in den letzten 30 Jahren vor Kriegsausbruch der Stadt 14 000 Einwohner = 58 % der Gesamtbevölkerung zuströmten, so hätte sie, falls sie auch nach dem Kriege sich in gleichem Verhältnis entwickelt hätte, Ende 1926 . . . ungefähr 60 000 Einwohner zählen müssen. Indessen beträgt die heutige Einwohnerzahl ungefähr 40 000. An dem Bevölkerungswachstum der Stadt wirkte sich also vollkommen klar die durch die neue polnische Grenze erfolgte Durchschneidung ihrer Bindungen an das ehemalig preußische „Hinterland“ aus . . . Das Anwachsen der Bevölkerungszahl Allensteins in der Zeit vor dem Kriege und die charakteristische Stagnation im Bevölkerungsprozeß der Stadt lehren jeden Unvoreingenommenen auch die Tatsache, welche gewaltige Blüte nicht nur diese Stadt, sondern auch ganz Ostpreußen zu erwarten hätte, wenn sie den heutigen Charakter der Schranke, die die südlich gelegenen Gebiete Polens vom Meer abschneidet, verlor. Daran aber darf man in Ostpreußen heute nur denken, nicht davon reden oder schreiben . . . Hauptsächlich hat doch der deutsche Terror während der Abstimmung 1920 außer der damals besonders ungünstigen Lage Polens . . . bewirkt, daß eine so geringe Stimmenzahl sich gegen weitere Zugehörigkeit zum Reich entschied. Man kann dafür bürgen, daß eine freie Abstimmung ein anderes Resultat ergeben hätte. Übrigens illustrieren die Abstimmungsergebnisse gar nicht die Spannungsskala des Nationalgefühls unter der polnischen Bevölkerung des Ermlands, denn erst nach der Abstimmung ist die Mehrzahl der jetzt so dicht im Lande verstreuten polnischen Gesellschaften gegründet

worden . . . Auf den ersten Blick sieht man aber in Allenstein das Polentum gar nicht! Kein Wunder! Die Deutschen sind Spezialisten in der Kunst, das nationale Antlitz der Gebiete, die sie beherrschen, zu maskieren. Hatte man doch vor dem Krieg auch in Posen überhaupt nicht den Eindruck, daß man in einer ganz polnischen Stadt sei . . . (Immerhin betrügen die Polen) in Allenstein bestenfalls $\frac{1}{10}$ der Bevölkerung, der Rest sind gebürtige Deutsche oder Renegaten . . . (S. 164.)

119

Srokowski, Prusy, S. 174 ff.

. . . Heilsberg hatte, obwohl es nie polnische Bevölkerung besaß, doch viele Verbindungen mit dem polnischen Geist. Das Polentum gab ihm auch das, daß es unter Wahrung der Züge einer deutschen Stadt nicht zu einer Stätte preußischer Geistesverfassung mit ihrer bauerlichen Primitivität und räuberischen, kasernenmäßigen Exklusivität wurde. Heilsberg hat außerdem . . . bei sich weder den Kult der Königin Luise noch Bismarcks, noch vieler anderer Heroen des preußischen Olymps hervorgebracht . . . (In dem Borussia-Standbild in Memel läßt S. seinen ganzen Zorn aus, um hinzuzufügen:) Heilsberg mußten solche Emotionen und Verschönerungen erspart bleiben, denn der Pflug der Zivilisation hatte den Boden von Kunst und Leben schon zu tief gepflügt. Freuen wir uns, daß wir vor allem diese Pflüger gewesen sind, und daß, wenn irgendwo, so in Heilsberg, übrigens ähnlich wie in Frauenburg und Braunsberg, die von den Deutschen verschrieene „polnische Wirtschaft“ unverwischbare Spuren wirklicher Kulturarbeit hinterlassen hat (S. 185/186).

VII. Zustandsschilderungen.

120

Srokowski, Z krainy, S. 54—58.

. . . Früher oder später wird dieser Gedanke (der Autonomie!) sich auch für Ostpreußen durchsetzen, trotz aller Pflege des Landes durch die Berliner Regierung wie auch der Bemühungen derjenigen Faktoren, die auf dem Standpunkt gesamtpreußischer Staatlichkeit vor dem Kriege stehen, gegen die Autonomie . . . Wenn er sich einmal gezeigt hat, wird er sich mit tragischer Konsequenz fortentwickeln, zum Schaden des Zentralismus . . . aber zum Glück des jungen (Ost-) Preußen, das neue Entwicklungsmöglichkeiten erlangt . . . Diese ganze Bewegung ist noch schrecklich unfruchtbar, denn auf ihr lastet wie ein Alp die Gewohnheit, in fertigen preußischen Kategorien zu denken, die zwar listig aber auch ungemein arm an geschickten Konzeptionen, besonders auf politischem Gebiet, ist. Die Bewegung aber ist vorhanden. Vielleicht wird zuerst ein großer inner-

wirtschaftlicher Leitgedanke auftreten, hier sind die Deutschen schließlich noch am scharfsinnigsten, weitere werden folgen. Dazu wird freilich von Ostpreußens Deutschen, die trotz ihrer geringen Zahl sich die glänzendste Zukunft sichern können, verlangt, daß sie verzichten auf das trotzige dauernde Wiederkäuen von Revanche, Haß und Hohenzollern-Restauration, auf das Kokettieren mit dem Bolschewistenteufel . . . Grundlagen für die Wandlung sind geschaffen. Die Bewohner sind unzufrieden, fordern Revision der bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse der Provinz . . . („Beweise“: der Prozeß von Batocki-Beckmann 1922, allgemein die „Oststaat“-Pläne³⁴⁾ 1919, die Beschwerden des Geheimrats v. Hippel über mangelndes Verständnis der Zentralregierung 1920, Äußerungen aus Wirtschaftskreisen über ostpreußisch-polnische Wirtschaftsbeziehungen!) . . . Weitere derartige Ansichten hört man bei gelegentlichen, unverbindlichen Gesprächen mit Vertretern von Handel, Handwerk, sogar der Landwirtschaft. Wenn sie . . . etwas verstummen, so nur, weil die Währungs-sanierung in Deutschland immerhin die ganze Mißstimmung etwas abgeschwächt hat und erneut mit ganzer Elementargewalt die in Jahrhunderten geprägte, speziell ostpreußische Ansicht von der Mission des deutschen Posten zwischen Pregel und Passarge an die Oberfläche hat kommen lassen. Trotzdem leben diese Gedanken im Unterbewußtsein . . . Mindestens von Zeit zu Zeit sucht Ostpreußen den Gedanken an wirtschaftliches Zusammenleben mit Polen hervor, vielleicht sucht es einst auch einen anderen. Vergessen wir nicht: Deus fecit sanabiles nationes!

121

Kurnatowski, S. 20–24.

. . . Nach der Abstimmung trat der Terror die ungehinderte Herrschaft an. Der Orden des 14. Jahrhunderts ist in ganzer Pracht wieder aufgelebt. Die Hauptinitiative hat jetzt der Heimatbund ergriffen, dem alle höheren Beamten und Militärs, Großgrundbesitzer angehören. Diese Organisation hat als offene Aufgabe: Verteidigung des Deutschtums Ostpreußens, als geheime: Übernahme der ganzen Tätigkeit, die der durch den Versailler Vertrag behinderte Staat nicht ausführen kann . . . Der Heimatbund ist die eigentliche Regierung Ostpreußens, eine monarchistische, aristokratische, nationalistische Regierung . . . Der Nationalismus, vor dem Kriege nur eine politische Partei, ist heute eine allmächtige Organisation, die alles, was ihren Zwecken hinderlich ist, zermalmt. Der Heimatbund verwahrt das Kriegsmaterial, . . . das die deutsche Armee angeblich abgeliefert hat, gibt Schriften heraus, veranstaltet Vorträge und Feiern, die den nationalistischen, monarchistischen Geist in der Bevölkerung erhalten sollen . . . Er benutzt Mietlinge, um die als schädlich

³⁴⁾ Siehe Anm. 80 der Einführung.

erachteten Personen zu beseitigen. Dem Heimatbund untersteht der „Kriegerverein“ als Ausführungsorgan, dessen Mitglieder bewaffnete, ausgebildete, kriegsbereite Soldaten sind . . . (folgt Übersicht der „militärischen Verbände“ . . .) Man kann sich das Leben der polnischen, litauischen, teilweise sogar der deutschen Bevölkerung vorstellen, die — freiheitsliebend — durch diese militärische, monarchistische und nationalistische Organisation bedrückt wird . . . Die Bevölkerung begreift sehr wohl, daß sie in einem verschanzten Lager lebt. Die Bevölkerung, die von Pastoren, . . . Lehrern, Gendarmen, Presse und Rednern einexerziert wird, erkennt sehr wohl, daß diese aus ihr Soldaten für neue Eroberungen machen wollen, wehrt sich gegen diese Heldenrolle . . . Aber sie ist arm, in Not, während die nationalistischen Fachleute gut zahlen, hat nur Elementarbildung, während ihre Führer Doktoren und Professoren . . . sind. Die Arbeit dieser reaktionären Gebildeten, die . . . aus ganz Deutschland wohl ausgesucht sind, bewirkt, daß das gesunde Urteil der Volksmassen schwankt. Trotzdem ist eine Opposition vorhanden.

In der deutschen Bevölkerung stammen die erbittertesten Kommunisten . . . aus Ostpreußen. Während der Abstimmung . . . (erklärten) die unabhängigen Sozialisten . . ., es würde das größte Glück für Deutschland sein, wenn Ostpreußen zu Polen käme, dann würde das deutsche Volk von der gefährlichsten Feste der deutschen Reaktion befreit. Auch eine polnische Opposition ist vorhanden . . . (erwähnt polnische Zeitungen und Schulen, polnischer Unterricht in Staats-16schulen), für dessen Erlangung die Eltern geradezu heldenhafte Aufwendungen gemacht haben, die sie wirklichen Verfolgungen seitens der preußischen Regierung aussetzen . . . Eine anders gartete Opposition beginnt, sich in Ostmasuren zu zeigen. Die Masuren sind Protestanten, besitzen keine Tradition von den Rechten des polnischen Bürgers. Sie wissen, sie sind keine Deutschen, besitzen aber kein polnisches Nationalgefühl . . . Diese Bedingungen haben die Entstehung einer masurischen Nationalbewegung in der Gegend um Lyck17 veranlaßt . . . Ebenfalls existiert eine litauische Opposition . . .

122

Limanowski, S. 21—23.

. . . Das katastrophale Abstimmungsergebnis mußte selbstverständlich Niedergang der Nationalgesinnung, Zweifel an der Möglichkeit des Widerstandes gegen die Germanisierung hervorrufen . . . Aber die polnische Bewegung war schon so erstarkt, daß sie sich nicht mehr erwürgen ließ . . . Trotz überaus schwieriger Bedingungen, trotz fast völligen Mangels an Unterstützung seitens des befreiten polnischen Volks wächst und entwickelt sich die masurisch-polnische Bewegung . . . („Beweis“: Steigerung der polnischen Stimmenzahl von 7044 (1921) auf 9630 (1924) trotz Abwanderung vieler Polen) . . . Wertvoller Beweis dafür,

daß die polnische Wiedergeburtbewegung in Herzen und Köpfen der masurischen Bevölkerung geeigneten Grund für Erfolg besitzt, ist die schnelle, fast völlige Polonisierung in dem Polen zuerkannten Kreis Soldau. Dieses Gebiet ist ein wichtiger Posten der Wiedergeburtbewegung dank der eifrigen Tätigkeit masurischer Patrioten, besonders von Frau E. Sukert. . . . Der heutige Zustand der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen verletzt in höchstem Grade das Gerechtigkeitsgefühl und kann . . . nicht lange dauern. Die polnische Bevölkerung, besonders die schwer arbeitende, . . . vegetiert in der schlimmsten . . . Sklaverei . . . Die sozialistische Bewegung . . . unter der deutschen Bevölkerung Ostpreußens . . . zieht die jungen Masuren an durch das Versprechen, ihre . . . nationalen Rechte zu unterstützen. Umso größer ist die Pflicht der polnischen Sozialisten, ihnen diese Hilfe zu bringen . . .

123

Srokowski, Z krainy, S. 18—20.

. . . Keine Opfer können zu groß sein, um . . . Ostpreußen in den Kreislauf des Polentums einzubeziehen. Das wird in Wahrheit zivilisatorische Arbeit sein. Das klingt wie ein Paradox, sind doch in Ostpreußen Wege und Eisenbahnen gut, bei uns aber schlecht. Bedenken wir aber, daß mit dieser äußerlichen materiellen Zivilisation die ganze Überlegenheit der Kultur Ostpreußens auch ihr Bewenden hat. Um keine Gemeinplätze auszusprechen, ohne gleichzeitig durch Tatsachen die Misere der sogenannten Kultur Ostpreußens zu belegen, mache ich darauf aufmerksam, daß Ostpreußen ein Land ist, dem es nahezu ganz an Empfinden für Geschmack und Schönheit mangelt, ein Land unerhörten Durchschnitts, dazu schlechter Gesellschaftsformen, trübselig, dumpf, versimpelt. Hier gibt es keine einfachen Leute, sondern fast nur grobe Kerle. Selbst Personen höchster Gesellschaftskreise sind als willkommene Gäste im gewöhnlichen Kreis wohlzogener Europäer undenkbar. Überall tragen sie ein „Etwas“ hinein, das die Umgebung unangenehm berührt, auseinander treibt, verletzt oder verstimmt. Preußen können nun mal nur unter sich verkehren. Der Junker ist gut für die Kaserne, die Reitbahn oder die Tenne, aber nicht dort, wo Menschen Menschen, nicht Maschinen sein wollen, wo man frei atmen, die Dinge mit Herz und Phantasie erfassen will. Ein jahrhundertelanger Erziehungsprozeß hat in ihm höhere idealistische Anschauungen gänzlich vernichtet. Alles was er betrachtet, profaniert er durch den Blick des seinen Vorteil berechnenden Ausbeuters, daher auch der Mangel an Pietät selbst für eigene Erinnerungsstücke. In allen ostpreußischen Gutshäusern findet man fast nichts irgendwie Wertvolleres, und wenn, dann so mit neomodischem Kitsch vermischt, daß es nicht leicht herauszufinden ist. Dem Junker afft der Bürger nach, der von engem Gesichtskreis, stumpf und bäu-

risch ist. Das Haus, in dem der große Kant lebte und wirkte, hat man seelenruhig vernichtet, um dafür eine gewöhnliche Mietskaserne zu errichten. Auf den Renaissance-Turm des Königsberger Schlosses wurden trotz der Bände, die Ostpreußens Professoren über Baustile zusammengeschrieben haben, eine Spitze im Stil westpreußischer Gotik gesetzt. Die ganze nächste Umgebung des Schlosses aber hat man nach Beseitigung all dessen, was, wenn nicht von Kunst, so mindestens von der Patina der Jahrhunderte zeugte, in eine typisch moderne, langweilige deutsche Straße verwandelt. Die Hand des heutigen Preußen tut Wunder. Was sie berührt, dem raubt sie die Seele, verwandelt es in etwas Häßliches, Schablonenhaftes. Findet sich etwas Schöneres, Originelleres auf Ostpreußens dürrer Boden, so ist es sicher ein seltener Rest verklungener Einflüsse Polens, der Danziger oder holländischen Renaissance. Die spätere französische Infiltration hat schon keine Spuren mehr hinterlassen, sie stieß bereits auf ein Preußentum, das gar zu sehr in seinem Typus verhärtet war, dem Typus praktischer, kleinlicher, ordinärer, wenn auch fleißiger, ungewöhnlich folgsamer, ordnungsliebender Knechte Gottes! Sie sagen, sie wollen der Welt ihre höchst vollkommene Ordnung bringen, sie dadurch glücklich machen. Aber unter Ostpreußens grauem Himmel ist es weit zum Glück, nicht leicht irgendwo in der Welt führt man ein ähnlich leeres Leben wie hier.

Eine Ausnahme sind allenfalls die Gelehrten . . . Aber dieses erlesenste Produkt des ostpreußischen Bodens entstammt größtenteils dem Import. Die ganze ostpreußische Wissenschaft wurde, wie ein Deutscher sagte, im Lauf des Jahrhunderts „mühselig zusammengeschißt“ für den nächsten Nutzen der Umgebung, aber ohne jeden umfassenderen Gedanken an den Dienst für allgemein menschliche Ziele, für die Gedanken des Schönen, Guten und Wahren . . . Vor allem aber fehlt es ihr an Wahrheit. So viel Lügner, wie sie sich hier unter den preußischen Geschichtsschreibern großen und kleinen Kalibers angesammelt haben, dürfte die Welt an einem einzigen Ort in Gelehrtentracht noch nicht gesehen haben. Die wahre Wissenschaft ist denn auch in Ostpreußen der Bevölkerung nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Ungeachtet der Menge bedruckten Papiers ist sie arm an Ergebnissen und berühmten Namen, zwar fällt auf sie der Glanz des genialen Philosophen Kant, in dessen Adern jedoch, scheint's, mehr litauisches als deutsches Blut floß. Im übrigen kann sie sich außer dem Pädagogen Herbart, dem Geschichtsschreiber der Philosophie Überweg, den Mathematikern Neumann, Jacobi und Bessel, auf keinen hervorragenden Namen berufen. Charakteristisch ist auch, daß die Königsberger Universität erst 1544, 200 Jahre nach der Krakauer, gegründet wurde. Wir betonen, daß die hiesige Hochschule zwar lehrt, aber nicht erzieht; die Erziehung überließ man dem Landrat, Polizisten und dem Korporal...

117

. . . Bekanntlich haben die geographischen Bedingungen Ostpreußen dazu bestimmt, im Wirtschaftsleben Ost- und Mitteleuropas eine erstrangige Rolle zu spielen . . . Ostpreußen ist geradezu prädestiniert zum blühenden Zentrum des Handels- und Wirtschaftslebens. Dagegen hat die historische Rolle als Ausfallbastion gen Osten, diesem Lande von dem kriegerischen Deutschland aufgezwungen, diesen Entwicklungsprozeß natürlich fast ganz unterdrückt. Mit dem Augenblick, da Ostpreußen in den Einflußkreis des kreuzritterlich-preußischen Imperialismus trat, befand es sich gewissermaßen unter der Glocke einer Druckpumpe. Ostpreußen konnte sich nur in bestimmten, von übermächtigen Herrschern diktierten Richtungen entwickeln. Dank der systematischen, . . . oft gewalttätigen, stets aber vorsorglichen Politik konnte das Land die Rolle des deutschen Vorposten übernehmen, so daß es den Prototyp des preußischen „Untertanen“ schuf, der „ohne zu raisonnieren“, den Friedrichen jährlich 5 Millionen Taler . . . für die Unterhaltung der Armee zahlte . . . Im Endergebnis finden wir statt einer Zentrale des Wirtschaftslebens Polens und Rußlands . . . ein ausschließlich agrarisches Land mit einer Bevölkerung, die schwächer ist als in sehr schwach besiedelten Teilen Europas. — Daher ist manchmal in Ostpreußen der Widerstand gegen diese aufgezwungene Rolle erwacht . . . bis Mitte des 17. Jahrhunderts zum Adelsaufstand unter Führung der Kalkstein und dem Aufruhr der Bürger Königsbergs unter Führung Hieronymus Roths. Erst als Polen schwächer wurde und aufhörte, Anziehungskraft auszuüben, erschwachten auch die Autonomiebestrebungen, um . . ., als die deutsche Macht wankte, . . . wieder aufzuleben. Der bekannte Plan, aus Ost- und Westpreußen und dem heutigen Pommerellen bis Bromberg einen selbständigen Staat . . . zu bilden, zerschlug sich. Der Gedanke selbst ist jedoch nicht untergegangen . . . So wandelt Ostpreußen auf der Linie, die u. a. 1925 von Srokowski vorausgesehen wurde . . . An der Ostsee zerreißt der wirtschaftliche Blick erfolgreich die nationalistischen Nebelhüllen. Wir sind z. B. Zeugen der sehr grundsätzlichen, wenn auch langsamen und schwierigen Wandlung der Orientierung der Danziger Politik . . . Wir überschätzen jedoch die Enthüllungen der Weltbühne nicht . . . In jedem Fall scheint diese Äußerung einen bestimmten Wahrheitskern zu enthalten, . . . daß in Ostpreußen die sachliche Beurteilung der Lage Fortschritte macht . . . (Nach Hinweis auf den Einfluß Ödgingens auf die Wandlung der Politik Danzigs heißt es:) In der heutigen Lage kann Ostpreußen bei ganzer Anstrengung seinen heutigen wirtschaftlichen Besitzstand wahren, besitzt aber keine ernstern Entwicklungsaussichten. Unbedingt negative Haltung zu Polen ist für Ostpreußens Bevölkerung nur möglich, wenn sie den Glauben haben wird, daß . . . der Übergangszustand . . . irgendwie durch erneute Gebietsverbindung mit dem Reich beendet werden wird . . .

Je mehr sich aber Polen wirtschaftlich in dem „Korridor“ stärkt, umso mehr raubt es „Ostpreußen den Glauben an . . . eine Wandlung . . . Die Gebote der polnischen Politik sind also: Abwarten . . . und Gdingen ausbauen!³⁰⁾ Zeit und Wirtschaftslogik arbeiten für uns!“

125 L. Ł y d k o in: Kurjer Łódzki Nr. 160 — 11. 6. 1928.
... (Ein Polenführer des Ermlands habe erklärt:) Die preußische Regierung, die preußischen Nationalisten . . . streben mit aller Kraft, die Spuren des Polentums in den Abstimmungsgebieten zu beseitigen. Um die masurische Bevölkerung von Polens Grenze abzuschneiden, so den Kontakt zwischen den Masuren beiderseits der Grenze . . . zu zerreißen, wurde u. a. die deutsche Ansiedlung begonnen. Die deutsche Regierung weist dauernd Millionenbeträge für Germanisierungszwecke an. In diesen Gebieten werden Methoden angewandt, die an brutale Enteignung grenzen. Anstelle von Polen werden echte Deutsche, Ansiedler erprobter Treue, angesetzt. Immer schwerer wird die Lage des polnischen Landwirts . . . nahe der polnischen Grenze. Die deutschen Behörden bemühen sich, ihm das Leben zu erschweren . . . nur, um ihn zum Verkauf seines Bodens zu zwingen. Überhaupt wird die polnische Bevölkerung immer stärker terrorisiert von den hakatistischen Faktoren . . .

126 L. Ł y d k o, in: Kurjer Łódzki Nr. 184 — 5. 7. 1928.
... Am traurigsten ist die Lage in Masuren, wo die jahrhundertelange Germanisierungsarbeit sich anschickt, schon die letzten Früchte zu ernten. Unerhörte Schikanen und Verfolgungen . . . haben dort polnisches Leben fast völlig ertötet. Schon naht der Augenblick, da nur noch der Wind traurig über den Friedhof der polnischen Frage in Preußisch-Masuren hinstreichen wird. Aber selbst, wenn wir nur das Ermland und Weichselgebiet betrachten, darf man sich auch über diese Gebiete keinen Täuschungen hingeben. Die alten polnischen Führer sterben, die Reihen nationalbewußter Polen werden geringer, die Jugend verliert immer mehr die polnischen Züge . . . Demgegenüber können die maßgebenden Stellen, auch die ganze polnische Volksgemeinschaft nicht gleichgültig bleiben . . . Eilt Polen dem untergehenden Volk in den unbefreiten Gebieten nicht sofort zu Hilfe, so können wir erwarten, daß sich die Tore zur ersehnten Ostsee, in dem Umfang, der der Größe unseres Staates und Volkes entspricht, für immer schließen werden . . .

³⁰⁾ Ähnlich schließt ein Bericht über die Hafenaufbauten in Königsberg mit der Forderung: „Die Beendigung des Baus des eigenen Hafens in Gdingen gehört zu den lebenswichtigsten Aufgaben Polens, um Königsbergs Bemühungen zu vernichten.“

127 „Brief aus Ostpreußen“ in *Słowo Pomorskie* Nr. 231 —
6. 10. 1928.

... Wollte die preußische Regierung uns (Polen) wirklich Minderheitsrechte gewähren, so müßte sie freilich Ostpreußen auf den Kopf stellen ... Die Lehrer, die sämtlich Mitglieder des Heimatdienstes sind, müßten belehrt werden, daß das, was sie als Ehrenpflicht ansahen, Gemeinheit, Kulturschande, geradezu Verbrechen war. Die Lehrer, welche ... Verachtung der Muttersprache lehrten, müßten ihre Fehler in der Schule widerrufen und die polnischen Kinder lehren, ihre Muttersprache zu achten und zu lieben. Die Lehrer müßten aus dem Heimatdienst austreten, denn diese Organisation bekämpft das Polentum, das unter dem Schutz des Minderheitsrechts gepflegt und entwickelt werden müßte ... Alle offenen und geheimen Germanisierungsversuche müßten nicht nur entschieden verurteilt werden, die Germanisatoren müßten für die Propaganda der Kulturschande, den Raub der Muttersprache zur Verantwortung gezogen werden. In einem Wort: es müßte eine völlige Umwälzung der Begriffe und Ansichten unserer ostpreußischen ... Kulturträger eintreten. Wird diese Revolution eintreten? ... Niemals! ...

128 *Gazeta Polska* — 7. 2. 1930 (ähnlich 17. 6. 1930.)

... Überhaupt muß man feststellen, daß nach relativ kurzer Stille ... gegenwärtig die „Korridor—Psychose“ wieder aufgelebt ist. Melden die Zeitungen Wachstum der Arbeitslosigkeit, ist der Korridor schuld. Verzeichnen sie Niedergang der Landwirtschaft Ostpreußens, ist der Korridor schuld ... Nichts davon, daß Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland, ja in der ganzen Welt herrscht, obwohl es dort keine „Korridor“-Frage gibt, daß von Zeit zu Zeit die Preise dieser oder jener Produkte Schwankungen unterliegen — Hauptsache, daß man Grund findet, sich über den Korridor, über Polen zu beschweren ...

VIII. Ostpreußen und die polnische Politik.

129 *Poplawski* (1887), *Pisma* II, 15.

... Freier Zugang zum Meer, völliger Besitz der Hauptwasserader des Landes, der Weichsel — das sind die Grundbedingungen unserer Existenz. Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Njemen-Mündung, das einst so achtlos zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch polnisches Volkstum wiedergewonnen werden. Die Absage an das angeborene Erbe, die unglückseligen Phantastereien von „Eroberungen im Osten“ waren die Gründe unseres politischen Niedergangs. Heute, bei unserer Wiedergeburtarbeit, lasten diese Fehler der Vergangenheit auf uns, halten uns auf dem Weg zu einer besseren Zukunft auf. Unsere Politiker träu-

men noch von Wilna und Kowno, um Posen aber kümmern sie sich weniger, Danzig haben sie fast ganz vergessen — an Königsberg und Opeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, . . . nach so viel Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngeländen auf den alten Weg zurückzukehren, den die kräftigen Fäuste der Krieger der Piastenzzeit zum Meere gebahnt haben.

130

Popławski (1899), Pisma II, 186—87.

. . . Der Kampf, der sich an unsern Grenzmarken im Westen abspielt, ist nicht Sache eines Teilgebiets, sondern Lebensfrage des ganzen Volkes. „Dumm ist Polen ohne Posen“ sagt das Sprichwort, das unsere Väter nach Aufteilung des Landes auf dem Wiener Kongreß schufen. Ja, armselig wäre das künftige Polen, für das wir leben und arbeiten, das wir sicher nicht mehr erleben werden, das aber unsere Kinder und Enkel schauen werden, nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zugang zum Meer, also auch ohne Danzig und Königsberg. Diese, heute Preußen gehörenden Provinzen, sind die Grundbedingungen für das Bestehen eines polnischen Staates . . . Immer soll man daran denken, daß ohne diese Lande es nicht bestehen kann, daß, wenn Polen auch in andern Grenzen wiedererstünde, es nach Beherrschung dieser Länder streben muß.

131

Popławski (1903), Pisma II, 382.

. . . Es gibt Politiker, die auch Ostpreußen als für immer verloren ansehen und Versuche, in Ermland und Masuren polnisches Bewußtsein zu wecken, mit Ironie betrachten. Wirklich ist das polnische Element dort zahlenmäßig wie national recht schwach . . . Die nationale Tätigkeit hat dort rein defensiven Charakter, ist unfähig geleitet und erfährt von außen fast gar keine Unterstützung. Wenn wir uns für das Ermland, besonders für Preußisch-Masovien interessieren, so mehr aus ethnographischer Wißbegierde als aus politischen Motiven. Solchen Charakter aber hatte früher auch das Interesse für Schlesien. — Eine nationale Politik, die hinter den Problemen des Augenblicks weitere Perspektiven der nationalen Fragen sieht, muß auf Ostpreußen ihr Hauptaugenmerk richten. Hätten wir verfügbare Mittel und Kräfte, die man nach Belieben in Bewegung setzen könnte, so müßte man sie vor allem dorthin lenken. Verzichten wir auf Polonisierung Ostpreußens oder zum mindesten auf bedeutende Stärkung des polnischen Elements . . ., dann müssen wir auf Westpreußen, und was damit zusammenhängt, auf den Zugang zum Meer, verzichten. Und das kommt geradezu dem Aufgeben der Hoffnung gleich, in Zukunft ein selbständiges Staatswesen zu bilden. Denn heute ist die Territorialkombination unmöglich, daß wir zwischen zwei deutschen Gebieten den Unterlauf der Weichsel, d. h. Westpreußen, in unserem Besitz halten können. Die

Weichsel aber ist unser wichtigster, man kann sagen — einziger Wasserweg zum Meer, und wir müssen danach streben, daß sie in ihrem ganzen Lauf polnisch wird. Man kann sich den künftigen polnischen Staat ohne ein bedeutendes Teilstück vorstellen, ohne Westpreußen aber wäre er ein politisches und ökonomisches Mißgebilde, unfähig zur Entwicklung, ja sogar zu längerem Leben. Westpreußen aber kann man nicht festhalten ohne Ostpreußen, dieses Land muß also um jeden Preis polnisch werden (Forderungen: polnische Ausflüge nach Ostpreußen, Ankauf von Gütern, Beeinflussung der in Königsberg studierenden Masuren durch polnische Studenten.)

132

D m o w s k i (Problems . . .), *Polityka*, S. 581 ff.

Das einzig wirklich schwierige Problem stellt die isolierte deutsche Gruppe zwischen den Mündungen von Weichsel und Njemen dar. Diese deutsche Insel, im Norden von der Ostsee, Westen und Süden von polnischem, im Osten von litauischem Nationalgebiet umgeben, würde bei Verbleib in deutscher Hand eine dauernde Gefahr für den Frieden sein. Ihre unvermeidliche Rolle wäre die des deutschen, gegen Polen vorgeschobenen Postens, der Aktionsbasis zu (Polens) Vernichtung . . . (Deutschlands Streben auf Sicherung Ostpreußens würde in letzter Konsequenz Polens Vernichtung herbeiführen, um als deutsche Ostgrenze eine ungefähr gerade Linie von der Südostgrenze Schlesiens zur unteren Memel zu erhalten) Soweit es sich um die Grenzfrage handelt, ist zwischen beiden Völkern, Deutschland und Polen, kein Kompromiß möglich. Die Frage muß entweder die polnische Lösung erhalten, d. h. eine Grenze westlich von Oberschlesien, Posen und Westpreußen; — das würde bedeuten, daß Polen wirkliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, das Ende deutscher Eroberungen im Osten erreicht — oder die deutsche Lösung, d. h. Polen wird durch Deutschland der Zugang zum Meere verschlossen, Polen wird endgültig im Norden und Westen von deutschen Besitzungen umgeben, wird strategisch der Gnade Deutschlands ausgeliefert, politisch von ihm abhängig, somit zu allmählichem Untergang verurteilt. Das würde bedeuten: Erneuerung der deutschen Expansion nach Osten, diese führt zu unaufhaltsamem Wachstum der deutschen Macht, der deutschen Gefahr für die ganze Welt Entweder wird die deutsche Zukunft der deutschsprechenden Zwei-Millionen-Bevölkerung auf Kosten des ganzen polnischen Volkes (25—30 Millionen) gesichert, oder dieses Volk erlangt seine unabhängige Stellung in Europa wieder, zu Bedingungen, die ihm ungehinderte Entwicklung sichern, dadurch wird der oben erwähnte eingedeutschte Gebietsstreifen von Deutschland abgetrennt, auf den Weg schneller Wirtschaftsentfaltung geführt und gleichzeitig für polnische Einflüsse und polnische Einwanderung geöffnet. Es ist nicht schwer zu entscheiden, welche dieser beiden Lösun-

gen menschlicher, mehr mit der Gerechtigkeit in Übereinstimmung ist. — Der Nordteil Ostpreußens, dieser deutsche, vom Kreuzritterorden in fremdem Land angelegte Posten, muß angesichts seiner Isolierung von Deutschland künftig mit Polen verbunden werden. Er kann entweder eine autonome Provinz dieses Staates sein oder eine besondere kleine Republik, mit Polen durch Zollunion verbunden; das allein kann ihm wirtschaftlichen Wohlstand sichern ⁴⁰⁾.

133 D m o w s k i (Wilson-Denkschrift), Polityka, S. 604—06.

... (Ostpreußen) besteht aus zwei, historisch verschiedenen Teilen: a) der kleinere West-Teil, das Ermland mit der Hauptstadt Allenstein, gehörte mit seiner polnischen und deutschen katholischen Bevölkerung dem polnischen Staat bis zu seinen Teilungen an, b) der größere Ost-Teil mit der Hauptstadt Königsberg und einer aus Deutschen im Norden und Zentrum, Polen im Süden und Litauern im Osten gebildeten Bevölkerung, die durchweg lutherisch ist, war nie integrierender Teil des polnischen Staates. Im Mittelalter bewohnten ihn die Preußen, ein heute ausgestorbenes Volk litauischer Sprache und Abstammung. Der deutsche Orden, der sich in diesen Gebieten im 13. Jahrhundert niedergelassen hatte, rottete nach Eroberung des Landes einen Teil der Preußen aus, verdeutschte den anderen. Als der Orden säkularisiert wurde, wurde das Herzogtum Preußen, das seinen Platz einnahm, bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Lehnstaat Polens. Es gab seinen Namen dem Königreich Preußen, dessen wesentlicher Teil es wurde. Der Besitz dieses isolierten Gebiets durch die brandenburgischen Kurfürsten, die später preußische Könige wurden, war stets der wichtigste Grund ihrer polenfeindlichen Politik, natürlich dominierte in ihrer Politik stets das Streben, Polens Herrschaft über die untere Weichsel zu vernichten, um so diese Provinz mit den übrigen Besitzungen der Hohenzollern zu vereinigen. Schließlich verwirklichte Friedrich II. diese Absicht, ihre Verwirklichung war der Todesstoß für Polens Unabhängigkeit.

Die ostpreußische Frage fordert gründliche Untersuchung. Sprachlich ist der größere Teil der Bevölkerung dieser Provinz deutsch. Geographisch gehört sie zu polnischem Gebiet. Historisch und rassisch dagegen ist dieses Land nicht deutsch, da seine Ureinwohner, die Preußen, ein Stamm litauischer Herkunft waren, die später vom Orden verdeutsch wurden. Wirtschaftlich ist sie ein Land, dem völliger Stillstand droht. Durch die Zollgrenze von Polen, zu dem es auf Grund seiner Lage gehört, abgeteilt, mußte Ostpreußen eine ver-

⁴⁰⁾ Zur Begründung dieser Forderung behauptet Dmowski noch: „Ein bedeutender Teil dieser Bevölkerung ist deutsch nur der Sprache nach, erinnert sich daran, daß er polnischer oder litauischer Abstammung ist und steht Deutschland häufig feindlich gegenüber.“

arme Provinz bleiben mit spärlicher Bevölkerung . . . Sozialistisches fast ein mittelalterliches Land. Es gibt dort große Güter preußischer Junker und eine bäuerliche Masse, die, nach Sklavenart behandelt, im Geist der Knechtschaft erzogen wird . . . Um Deutschlands öffentliche Angelegenheiten kümmern sich diese Bauern, die noch die Erinnerung an ihre nichtdeutsche Abstammung bewahrt haben, gar nicht. Sie sind nur beherrscht von dem Gefühl der Angst, das ihnen von der Zeit der Ordensritter eingeimpft ist und durch die heutigen Nachfolger des Ordens, die Junker-Gutsbesitzer, aufrechterhalten wird. Die Hohenzollern-Regierung hatte ihre kräftigste Stütze in der Aristokratie, einer Kaste, die, von feudalen Traditionen durchdrungen, ihren mittelalterlichen Geist bewahrt hat. Die Zerschlagung dieser rückständigen Klasse würde eins der größten Hindernisse für Deutschlands sozialen und politischen Fortschritt beseitigen . . . Wenn Ostpreußen ein Teil zusammenhängenden deutschen Gebiets bleiben soll, muß auch das polnische Westpreußen in deutschem Besitz bleiben. Bleibt Ostpreußen in deutscher Hand als isolierte deutsche Provinz, vom Hauptland durch die sich quer dazwischenschiebenden polnischen Gebiete getrennt, so wird das eine Quelle unaufhörlichen, nie endenden Konflikts sein zwischen Polen und Deutschland, das stets bemüht sein wird, sich auf Kosten Polens ein Verbindungsglied zu schaffen. Soll Polen ein wirklich freies, von Deutschland unabhängiges Volk sein, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder muß die Provinz Königsberg, d. h. der Teil Ostpreußens, dessen Teil deutsch spricht, mit Polen auf Grund einer Autonomie verbunden werden oder muß eine kleine unabhängige Republik, mit Polen durch Zollunion verbunden, werden. In beiden Fällen müßte in dieser Provinz eine weitgehende Agrarreform durchgeführt . . . werden. Die Reform würde die Grundlage für die demokratische Entwicklung des Landes ergeben.

Die Wirtschaftsunion mit Polen würde eine neue Epoche des Wohlstandes für dies spärlich besiedelte Land eröffnen. Eine starke polnische Einwanderung würde folgen . . . Man kann mit voller Berechtigung erwarten, daß diese Wirtschaftseinflüsse genügen werden, um die deutsche Besonderheit des Königsberger Landes zu beseitigen, und daß dieses Land mit der Zeit ohne irgendwelchen politischen Druck ein Gebiet des echten Polens mit gemischter polnisch-deutscher Bevölkerung bilden wird.

134 D m o w s k i (Poln. Note an Cambon-Kommission) Polityka,
S. 617 f.

. . . Unerläßliche Bedingung, um Polen wirkliche Unabhängigkeit zu sichern, ihm zu ermöglichen, eine bedeutende, verantwortliche Stellung in Osteuropa einzunehmen, sich vor deutschen Einflüssen zu si-

chern, ist allein die Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich, ferner Zuteilung Westpreußens . . . , sowie in Ostpreußen des Erm-lands, das bei der ersten Teilung zu Polen gehörte. Außerdem fordert Polen den ganzen Südstreifen Ostpreußens, der zwar nicht zum polnischen Reich gehörte, dessen Bevölkerung aber unzweifelhaft polnisch ist; ihr Prozentanteil beträgt (nach der amtlichen Schulstatistik) 71 % . . . Der nordöstliche Teil dieser Provinz um die Memelmündung, von litauischer Bevölkerung bewohnt, sollte zu Litauen geschlagen werden und mit Litauen zusammen sich mit dem polnischen Staat vereinen. Der Rest Ostpreußens, der deutsches Land mit der Hauptstadt Königsberg bildet (19.000 qkm mit 1 070 000 Einwohnern), kann unabhängig als Republik unter Völkerbundsprotektorat bestehen. Die Grenze dieser Republik mit Polen sollte verlaufen: Am Frischen Haff, östlich von Braunsberg beginnend längs der alten Grenze Polens (des Ermland's) bis in die Gegend von Sensburg, dann nördlich von Lötzen, südöstlich von Goldap, nordöstlich von Gumbinnen, um nordöstlich von Labiau die Küste des Kurischen Haffs zu erreichen.

135

D m o w s k i, Polityka, S. 260.

. . . Solange Deutschland Ostpreußen besitzt, so lange wird es unzufrieden sein, nicht mehr zu besitzen. Und es wird ihm nicht bloß um den, sinnlos sogenannten, „Korridor“ gehen . . . Das polnische „Pomorze“ ist für Deutschland keine genügende Verbindung mit Ostpreußen . . . Solch ein schmaler, sich weit nach Osten längs der Küste hinziehender Streifen deutschen Gebietes kann stets zerrissen werden. Die deutsche Politik war im Recht, die der Meinung war, daß Ostpreußens Besitz erst dann wirklich gesichert sein wird, wenn wenigstens die Hälfte des Weichselgebietes Deutschland gehören, wenn Polen unwider- ruflich vernichtet sein wird . . .

136

D m o w s k i, Polityka, S. 453.

. . . Dies Vertragsobjekt . . . schuf durch die unter den gegebenen Umständen im Voraus zur Niederlage verurteilte Volksabstimmung in Marienwerder und Masuren, durch Belasung des an der Memelmündung etwas beschnittenen, im Westen vergrößerten Ostpreußens in deutschen Händen für unseren polnischen Staat eine sehr schwierige Lage. Wir erreichten nicht, wonach wir gestrebt hatten, was wir als notwendig für Polens Sicherheit, seine günstige Entwicklung, die Befestigung seiner unabhängigen Existenz ansahen, worauf wir ein Recht hatten. Dieses Recht hätte uns jeder unparteiische, tiefer blickende Staatsmann zuerkennen müssen, es wurde uns von einer Politik bestritten, die bewußt gegen uns, zu Gunsten Deutschlands arbeitete und sich der Argumente flachen Doktrinärturns bediente . . .

137

D m o w s k i, Polityka, S. 265.

... Die Existenz der kleinen deutschen Republik an der Ostsee zwischen den Mündungen von Weichsel und Memel wäre ebenfalls nicht ohne gewisse Komplikationen gewesen. Die Entwicklung des Lebens aber, zumal des Wirtschaftslebens, hätte zweifellos zur Beseitigung der Schwierigkeiten geführt. Denn Königsberg mit dem umliegenden Ländchen, das zum geographischen Gebiet Polens gehört, muß früher oder später sich mit Polen wirtschaftlich vereinigen. Allmählich wären die Verhältnisse immer normaler geworden, während die Zugehörigkeit Ostpreußens zum Reich notwendigerweise einen pathologischen Zustand schafft. Dort wo die Geschichte so viel getan hat, um eine ungesunde Lage zu schaffen, ist es unmöglich, sofort alles zu heilen. Notwendig aber ist es, solche Zustände zu schaffen, in denen die Natur, das Leben selbst heilend wirken und eine Ordnung von Dauer stärken werden, nicht solche, die man künstlich aufrechterhalten muß. Die Erfahrung zeigt, daß die Erhaltung Ostpreußens als Teil des deutschen Staates aus ihm für Deutschland ein Gebiet für Bemühungen gemacht hat, die stärker als anderswo in Europa den künftigen Frieden bedrohen. Diese kleine deutsche Insel ermöglichte die Herausbildung eines dem Frieden sehr gefährlichen Verhältnisses Deutschlands nicht nur zu Polen, sondern auch zu Rußland und Litauen. Ich weiß auch nicht, wann wir Zeiten sehen werden, in denen im Leben dieser Provinz Gleichgewicht, Ruhe und normale Wirtschaftsverhältnisse herrschen werden. Das erlaubt Deutschland nicht.

138

G r a b s k i, S. 144—148.

... Meint jemand, Deutschland hätte sich ... mit der Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland durch den pommerellischen Korridor für die Dauer abgefunden, so ist er entweder blind oder will den wahren Sachverhalt nicht sehen. Die Entscheidung des Versailler Vertrages ist zu gekünstelt, als daß sie sich auf die Dauer aufrecht erhalten ließe. Und daher eins von beiden: entweder lenken wir die polnische Machtentfaltung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Periode seiner Ohnmacht, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird, zunütze machen, legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in Deutschlands Hand, oder aber wir setzen unsere ganze verfügbare Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, dann ist jegliches Schwanken vom Übel. Ohne Zugang zum Dnjepr kann Polen bestehen, nicht aber ohne ständigen Zugang zum Meere. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Nicht ohne Bedeutung ist aber auch, daß in den jenseits unserer Ostgrenze gelegenen Gebieten, ausgenommen die Kreise Ploskitow und

Kamieniec, der Prozentsatz polnischer Bevölkerung kaum 20 % erreicht, dagegen das ethnographisch polnische Element in Preußisch-Masuren . . . die absolute Mehrheit darstellt. Freilich hat sich diese polnische Mehrheit bei der Abstimmung zur Zeit noch für Deutschland ausgesprochen, denn die jahrhundertelange Trennung von Polen hat das Nationalbewußtsein in ihr ertötet. Das bedeutet aber noch nicht, daß es immer so bleiben mußte. Sind doch die Protestanten in Teschen-Schlesien dort das patriotische Element. Eine Abstimmung in Oberschlesien vor 30 Jahren aber hätte kein besseres Ergebnis gebracht, als jetzt die Abstimmung in Masuren. Einige 20 Jahre Arbeit . . . haben genügt, damit die überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, die seit Jahrhunderten jede politische Bindung mit Polen verloren hatte, sich bei der Abstimmung nicht nur für Polen entschied, sondern selbst zur Waffe griff, als man sie trotzdem den Deutschen ausliefern wollte. Derart war das Ergebnis nationaler Arbeit in Schlesien zu einer Zeit, da es noch keinen polnischen Staat gab . . . Wieviel bessere Ergebnisse kann nun eine im allpolnischen Sinne betriebene Arbeit in Ermland und Masuren erzielen, die sich auf den unabhängigen polnischen Staat stützt. In der neueren Geschichte gibt es kein Beispiel dafür, daß ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtete, weil dieser sich zur Zeit noch außerhalb seiner Staatsgrenzen befand . . . (Verhältnis Italiens zu Trient u. a.) . . . Ebenso kann das polnische Volk das Ergebnis der Abstimmung in Masuren nie als endgültigen Spruch der Geschichte anerkennen. Würde Polen die masurische Frage fallen lassen, so würde es sich selbst verneinen. Entweder ist unser Staat ein nationaler Staat, dann aber ist es seine höchste Aufgabe, die national polnischen Gebiete zu vereinen, oder aber: unser Staat erkennt nur seine Rechte, nicht aber seine Pflichten gegenüber diesen national polnischen Gebieten an — daß er diese Rechte gegen andere, sich bietende Vorteile abtreten könne — dann aber ist unser Staat kein national polnischer Staat . . . Ein Nationalitätenstaat Polen, ein föderatives Polen könnte in der Tat Masuren und Ermland vergessen, nicht aber kann auf die Pflicht gegenüber dieser ethnographisch polnischen Landschaft ein nationales Polen verzichten. Übrigens fällt diese Pflicht nicht nur dem Staat zu, sondern in noch höherem Maße der öffentlichen Meinung der Nation. Die außenpolitische Konstellation kann eine polnische Regierung zwingen, trotz aller Unrechtmäßigkeiten der Abstimmung die Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte anzuerkennen. Das polnische Volk aber darf die masurische Frage niemals im Stich lassen. Die Verbreitung des polnischen Buchs, der polnischen Zeitung, der polnischen Zivilisation und polnischen politischen Ideen, des polnischen Handels und der polnischen Industrie muß trotz aller Hindernisse unentwegt nach Norden, zu den masurischen Seen, zur Ostsee dringen. Keine in dieser Richtung unternommene Mühe könnte übermäßig sein.

Die polnische Arbeit in Masuren und Ermland muß künftig, auf lange Jahre zum patriotischen Programm unserer Jugend gehören, in allen Wojewodschaftshauptstädten müssen Vereine entstehen, die das Interesse für Ostpreußen pflegen, genaue Kenntnisse über diesen, ebenso wie Schlesien, altpolnischen Landesteil verbreiten, . . . besonders Publikationsinstitute, die sich einerseits der Propaganda der masurischen Frage in Polen, andererseits der polnischen Propaganda unter den Masuren widmen. Nach Masuren muß auch die polnische Touristik gelenkt werden. In einem Wort: das polnische Volk muß gegenüber dem polnischen Teil Ostpreußens seine Pflicht erfüllen, wie es das italienische Volk gegenüber Trient getan hat. . . . Unsere Expansionsbewegung in der Richtung nach den masurischen Seen, zur Ostsee, müssen wir . . . erst ins Leben rufen. Sie ist noch keine Tatsache des täglichen Lebens, aber sie ist das erste Gebot der polnischen Geschichte, der historische Weg der Machtpolitik von Polens Volk und Staat. Wegen der Ostseeküste aber werden wir Polen früher oder später mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsere Pflicht gegenüber Ermland und Masuren vergäßen — die Deutschen werden ihre Ansprüche auf Pommerellen, ihre Pflicht gegenüber Königsberg, zu dem der Weg durch unsern Korridor führt, nicht vergessen. Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann siegen, wenn es nicht nur durch die nötige Organisation und technische Ausrüstung seiner Armee technisch, sondern auch durch Erweckung des polnischen Nationalbewußtseins in Ostpreußens polnischer Bevölkerung politisch darauf vorbereitet ist. Polen siegte zu Beginn des 15. Jahrhunderts über den Deutschen Orden, da die dem Orden dienstbare Bevölkerung zu Polen neigte. Und auch heute wird uns genau so nur die Neigung Ermlands und Masurens zur Verbindung mit Polen den Sieg sichern. Diese Neigung aber muß zeitig geschaffen werden. Von der Energie, die wir in dieser Richtung entfalten, hängt nicht nur Polens Größe und Macht, sondern nahezu seine Existenz ab. In der Tat, der Bestand Polens wird dauernd erst gesichert sein, wenn wir in dem unvermeidlichen Kriege mit Deutschland siegen, in den es sich stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg erlittenen Niederlage erholt haben wird.

139

Bukowiecki, S. 79—83.

. . . Ostpreußen, das im Nordteil des polnischen Gebiets eine so zentrale Lage einnimmt, stellt es nicht für uns eine ewige Drohung dar? Ist wirkliche Verbindung mit dem Meer, damit die erforderliche Entwicklung unserer Schifffahrt, unseres Handels mit der Zugehörigkeit dieses Landes zu Deutschland vereinbar? Man kann sich zur Gestaltung der Grenzen des heutigen Polens kritisch verhalten, . . . aber diese Grenzen entsprechen im allgemeinen unsern Interessen, stellen für Polen keine Drohung dar.

Anders mit Ostpreußen. Hier liegt eine für den polnischen Organismus besonders schmerzliche, zugleich besonders wichtige Stelle. Ostpreußen dringt in Polens Gefüge bis zu erheblicher Tiefe ein; seine Grenzlinie von Dirschau bis Suwalki ist sehr lang, es trennt uns von Litauen, unterbindet unseren Zugang zum Meer auf der mittleren und östlichen Linie, zumal für den Nordosten unseres Staates; es zwingt weite Teile unseres Staatsgebiets, Verbindung mit dem Meer auf weitem Umweg zu suchen. Einer der größten Fehler unserer Vorfahren, den sie begingen, als der polnische Staat auf der Höhe der Macht stand, war daher zweifellos die Zustimmung zur Schaffung des Herzogtums Preußen, seine Auslieferung an die Hohenzollern. Daß nach dem letzten Krieg (Öst)Preußen im Bestande des Deutschen Reiches blieb, ist nicht mehr unsere Schuld, ... stellt aber ... für uns den bedenklichsten Teil des Friedensvertrages dar. Polens öffentliche Meinung hat sich zwar von dieser Angelegenheit nur sehr wenig berühren lassen. Lebhaft mit anderen Dingen beschäftigt, wandte sie ihr Interesse der preußischen Frage nicht zu, übte daher auch nicht entsprechenden Druck auf unsere Vertreter bei der Friedenskonferenz aus; übrigens hätte ein solcher Druck, eine eventuelle Aktion der Vertreter auch ziemlich sicher keinen Erfolg gehabt. Die Unterstellung Ermlands und Masurens unter die Entscheidung durch Volksabstimmung war gleichbedeutend mit dem Verlust dieser Gebiete für Polen, da angesichts ihrer ganzen Vergangenheit man sich über das Ergebnis dieser Abstimmung keinen Täuschungen hingeben konnte.

Die Herauslösung des Herzogtums Preußen aus dem deutschen Staatsverband wäre keine Vergewaltigung des nationalen Prinzips gewesen, denn erhebliche Teile dieser Provinz im Westen, Süden und Südosten stellen ethnographisches Gebiet dar, das teilweise, in einigen masurischen Kreisen sogar überwiegend polnisch ist, der Nordosten aber, das Gebiet am Unterlauf der Memel mit Tilsit und Memel, ist von Litauern bewohnt. Eigentlich nur Königsberg und Umgegend ist ethnographisch rein deutscher Bezirk, dies Gebiet hätte man ungefähr in der gleichen Weise aussondern können, wie es mit den Freien Städten Danzig und Memel geschah. Auch hätte man Königsberg mit dem litauischen Staat verbinden können, wenn dieser das Gebiet des früheren Großherzogtums Litauen umfaßt hätte. Ein solcher Staat hätte sich von Königsberg bis zum Dnjepr und zur Düna erstreckt, hätte nationalindifferenten Charakter gehabt, da das Gebiet von polnischer, deutscher, litauischer und weißrussischer Bevölkerung besiedelt gewesen wäre. Ein solcher Staat aber hätte unter überragendem Einfluß der Polen als zahlreicher kulturell und wirtschaftlich hochstehender Teil der Bevölkerung gestanden, hätte sich daher notwendigerweise in dauerndem Verband mit Polen befunden. Ohne den polnischen Staat und sein Par-

lament mit der großen Masse Fremdstämmiger zu belasten, hätte solch litauischer Staat einen hervorragenden Faktor zur Ausdehnung des Einflusses des Polentums, zur Hebung der Macht Polens dargestellt. Wären diesem Organismus Ostpreußens deutscher und litauischer Teil eingegliedert worden, so wäre das für Polen besonders vorteilhaft gewesen. Hätten Königsbergs Deutsche weite Perspektiven für ihre Wirtschafts- und Kultureinflüsse im Osten vorsich gehabt, so hätten sie gewiß aufgehört, zum Deutschen Reich zu tendieren. Unser Pommerellen aber, das sich auf Ermland und Masuren hätte stützen können, hätte aufgehört, ein enger Korridor inmitten eines fremden, feindlichen Staates zu sein, wäre eine normale Seeprovinz Polens. Wären aber Ostpreußens Deutsche im Lauf der Zeit mit ihren Aspirationen und Bestrebungen mit ihrem neuen Vaterland verwachsen, ähnlich wie seinerzeit ihre kur- und livländischen Nachbarn mit Rußland, so wäre erst ein Abschwächen, schließlich gar ein Verschwinden des deutschen Drangs nach Verbindung mit dem abgetrennten Gebiet zu erwarten gewesen, vielleicht überhaupt jenes antipolnischen Drangs, der für uns ein so schwerer Alpdruck ist. All das ist aber nicht geschehen, kann nun gewiß nicht mehr geschehen, man braucht sich also bei dieser nicht realisierbaren Konzeption, so verlockend sie auch sei, nicht länger aufzuhalten.

So wie die Dinge liegen, müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß das Streben Deutschlands nach Vereinigung mit Ostpreußen gewissermaßen geschichtliche Notwendigkeit ist. Polen muß sich ihr mit aller Energie entgegenstellen, denn eine solche Verbindung würde unsere ganze politische Stellung untergraben. Unsere Gegenwirkung muß . . . in einem Drang nach Ostpreußen bestehen. Wenn ich davon spreche, so denke ich keineswegs an eine konkrete aggressive Politik, die sich in Widerspruch zu unseren allgemeinen, ausgesprochen friedlichen Tendenzen befinden würde. Aber ein größerer Staat in Polens Lage hat gewisse Entwicklungstendenzen, die, auch wenn sie nicht in einer konkreten politischen Aktion ihren Exponenten finden, doch ein grundsätzliches Ziel darstellen, das durch ganze Menschenalter auf Gelegenheit zur Verwirklichung warten kann, das aber bei verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Aspekten ständig im Gesichtskreis bleibt. Polen z. B. könnte seine Aspirationen hauptsächlich auf den Osten, auf die Ukraine oder Weißrußland lenken, oder es könnte nach Norden, eben auf Ostpreußen zu wirken versuchen; um bei sich bietender Gelegenheit der einen oder anderen Richtung zu folgen. Damit nun die Ausdehnung nach Norden wirklich ein reales Streben darstelle, muß freilich große Arbeit ganzer Generationen geleistet werden, denn ungeheure Kräfte stehen dagegen. Zunächst die ganze Macht des Reiches, die der Polens bedeutend überlegen ist, weiter der Wille

Ostpreußens, und zwar der gesamten Bevölkerung. Denn wie die Abstimmung zeigte, wünscht auch die bedeutende Mehrheit der dort lebenden Polen, unter dortiger Herrschaft zu bleiben, schließlich der Wille der Großmächte als Garanten der vom Versailler Vertrag geschaffenen Zustände. In unserer demokratischen Zeit ist . . . der zweite Faktor der wichtigste, d. h. der Wille der ortsansässigen Bevölkerung. Die große historische Aufgabe des polnischen Staates, der polnischen Volksgemeinschaft wird also sein, auf diesen Willen einzuwirken, allmählich solche Bedingungen zu schaffen, deren Folge allseitige Annäherung Ostpreußens und Polens sein würde, sie müssen . . . bei Ostpreußens Bevölkerung tieferes Interesse an Polen, vornehmlich in wirtschaftlicher, dann auch in politischer Hinsicht, zu wecken verstehen.

Bei solcher Aktion ist unser Verbündeter Ostpreußens geographische Lage, . . . aus der sich das beiderseitige Bedürfnis nach engem wirtschaftlichem Zusammengehen Ostpreußens mit Polen ergibt. Ostpreußen ist nicht nur das natürliche Bindeglied für den ganzen Ostteil Polens mit dem Meer, sondern auch für das Zentrum des polnischen Staates. Für Warschau z. B. ist der nächste Seehafen nicht Danzig, sondern Elbing. Bei solcher Sachlage kann Ostpreußens Annäherung an Polen es zum Handelsvermittler zwischen unserem Lande und Übersee machen, das würde Ostpreußen wirtschaftliche Gewinne sichern, es zu wirtschaftlicher Blüte führen. Die Wirtschaftsverbinding mit Deutschland und völlige Trennung von Polen kann der Provinz keine Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung sichern. Eine entsprechende Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik wäre das Mittel, das eine wirtschaftliche Annäherung herbeiführen würde. Großen Einfluß auf die Entwicklung dieser Dinge muß die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Danzig ausüben. Wenn diese Stadt infolge der Annäherung an Polen sich wirtschaftlich entwickelt, wenn auch in politischer Hinsicht der heutige Antagonismus beiderseitiger Verträglichkeit den Platz räumt und es sich zeigt, daß Danzig bei seiner heutigen Lage gut fährt, es damit zufrieden ist, so wird das als anziehendes Beispiel auf Königsberg wirken, Strömungen hervorrufen, die der Annäherung an Polen günstig sind. Wichtiger Faktor wird ferner das Verhältnis der Deutschen in Polen zum Staatsein. Ständige grundsätzliche Feindseligkeit dieses Verhältnisses würde auf alle Versuche, in Ostpreußen polenfreundliche Bestrebungen hervorzurufen, abstoßend wirken, umgekehrt würde wirkliche Einbürgerung der deutschen Bevölkerung, begleitet von Toleranz des polnischen Staats für Stammes- und Kultureigenart dieser Bevölkerung ein Verstandes- und Gefühlsargument bilden, das zugunsten der Annäherung an Polen spräche. Was die polnische Bevölkerung Ostpreußens betrifft, so braucht man, ungeachtet der ungünstigen Erfahrung der Ab-

stimmung, die Sache ihrer nationalen Aufklärung nicht endgültig verloren zu geben. Polens Regierung muß auf diplomatischem Wege auf jede Weise bemüht sein, daß der Grundsatz des Schutzes der nationalen Minderheit dort anerkannt und durchgeführt werde. Ist das geschehen, so entsteht die Möglichkeit, daß Presse, Vereine und Schulen ihre eigentliche Aufklärungsarbeit beginnen können. Weiterer wichtiger Faktor zur Gewinnung der ostpreussischen Masuren wäre ein entsprechendes Verhältnis zur evangelischen Kirche. Es hätte nicht nur auf völliger formaler Gleichberechtigung zu beruhen, sondern auch darauf, daß diesem Bekenntnis wirkliche Achtung gezollt wird. Gelingt es uns schließlich, unser Land wirtschaftlich und kulturell zu heben, besonders aber die Ostpreußen benachbarten Kreise, so daß die Erzählungen von der schlechten polnischen Wirtschaft durch Tatsachen widerlegt werden, so wird das vorteilhaft und anziehend auf Ostpreußens Annäherung an das Land wirken, mit dem es durch das allerdauerhafteste Band, nämlich durch unmittelbare Gebietsverbindung, verbunden ist. Eben dies Moment der natürlichen geographischen Lage, das jede, noch so bedeutsame, immer aber veränderliche politische Konstellation überdauert, das aber für Polen spricht, läßt uns glauben, daß alle Schwierigkeiten vor dem Gebot der natürlichen Entwicklung zurücktreten werden. Wie ersichtlich, handelt es sich hier nicht um Vorbereitung einer militärischen oder diplomatischen Aktion, sondern um durchaus friedliche Wirksamkeit, nicht bloß des Staates, sondern auch der ganzen Volksgemeinschaft, auf lange Sicht berechnet, systematisch und zielbewußt geführt.

... Von der politischen Vereinigung eines Teils Ostpreußens mit Polen, die natürlich das Ziel unserer letzten Wünsche in dieser Richtung sein muß, ganz zu schweigen, allein die Annäherung an die Erweckung wirtschaftlichen Interesses, das die uns so bedrohliche Tendenz zur Gebietsvereinigung Ostpreußens mit Deutschland abschwächt, wäre bereits ein großes Plus für Polen. Spricht sich aber der Wille der Bevölkerung Ostpreußens für Annäherung an Polen aus, so ist die Sache für uns überhaupt gewonnen, denn weder Deutschlands Einspruch noch der Widerstand äußerer Faktoren würden die Verwirklichung dieses Willens zu hindern imstande sein.

140

Limanowski, S. 9—10.

Sempronius (Genosse W. Gumplowicz) erklärt in wohlüberlegten Aufsätzen in der sozialistischen Zeitung „Tribuna“ (1920), es wäre gerechter gewesen, hätte schneller zur Beruhigung... Deutschlands beigetragen, wenn die Pariser Konferenz das Selbstbestimmungsrecht auf Österreich angewandt, die Vereinigung mit der

nationalen Gesamtheit gestattet, dafür aber Ostpreußen als selbständigen Staat abgetrennt hätte. Eine solche Verselbständigung Ostpreußens hätte geographisch, wirtschaftlich, ethnographisch und historisch ernste Begründung... ①

141

Limanowski, S. 62 ff.

... Wird die Germanisierungspolitik der preußischen Regierung den Endsieg erreichen... , oder werden die Masuren sich halten, und wenn — wie wird ihre weitere Entwicklung sich vollziehen? Werden sie eine Art besonderes Volk bilden oder sich mit dem polnischen Volk vereinen? Wird das Schwert oder die Abstimmung entscheiden? Auf die erste Frage können wir vorweg mit Bestimmtheit antworten: Die Germanisierungspolitik wird ihr Ziel nicht erreichen... Obwohl die Abstimmung in Ostpreußen nicht Ausdruck des freien Willens der Bevölkerung, sondern durch Gewalt und Hinterlist erzwungen war, so zeigte sie doch bei der dortigen polnischen Bevölkerung großes Gefühl eigener Ohnmacht und Schwäche des Nationalgefühls. Das ermutigte die preußische Regierung zu rücksichtsloser Entnationalisierungspolitik... Diese Rücksichtslosigkeit aber erweckte in den verzweifelten Herzen erneut den Haß gegen die Übermacht, den Wunsch nach selbständiger Existenz... (Die Verfassung gewähre) die Grundlage zur Schaffung legaler Kampforganisation, die im „Związek Polaków w Prusach Wschodnich“ entstand. Gegen diesen Verband haben sich alle Höllenmächte des Preußentums erhoben: Renegaten, Karriere-Macher, der Abschaum des Volkes, unter Leitung des halbamtlichen Heimatdienstes, der, zumal viele Amtspersonen zu dieser Spionage-Räuber-Organisation gehören, unter Begünstigung der Polizei, sogar des Gerichts arbeitet... (Der „Związek“, der 1923 im Ermland und Weichselgebiet 4000 Mitglieder zählte, besitze nach Zufügung Masurens „sicherlich die doppelte, vielleicht sogar größere“ Zahl von Mitgliedern)... Sofern die masurisch-polnische Bevölkerung... ihre Rechte fühlt und ihr Interesse erkennt, kann sie sich... ihre Selbstverwaltung erobern. Die nationale Frage ist nicht allein Frage von Sprache und Schrifttum, (sondern) in hohem Maße Sozial- und Wirtschaftsfrage... Die Germanisierung, besonders auf preußische Art durchgeführt, hat die masurisch-polnische Bevölkerung auf den Grund des Abgrunds gestoßen... , zwingt sie zur schändlichsten Sklaverei. Diese Sklavenkultur raubt das Gefühl der Würde, erdrückt die Selbständigkeit... Das wirkt auf die Arbeit, die Wirtschaft zurück; kein Wunder, daß der Deutsche von der masurischen Wirtschaft mit Verachtung spricht. Ist es nicht eine schöne, edle Aufgabe, diese Bevölkerung zum Gefühl ihrer Schmach zu er-

wecken, zur Abschüttelung des Joches, zur Erkämpfung der Freiheit und bürgerlichen Gleichberechtigung? Ist es nicht moralische Pflicht des befreiten Volkes, ihm bei dieser Mühe zu helfen? Besonders ist es moralische Pflicht der Partei, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vereint . . .

Zwangsweise Entnationalisierung . . . ist hier geradezu unmöglich. Welch große Mühe, wieviel Jahre würde die endgültige Vernichtung des Masurentums in neun Kreisen, in denen die polnische Bevölkerung 80 % der Bevölkerung bildet, erfordern?! Diese Zahl gibt der polenfeindliche Volksschullehrerverband in Königsberg an. Kann das preußische Masuren, wenn es sich aus der heutigen Knechtschaft befreit hat, selbständig sein Dasein einrichtet, ein besonderes Volk bilden? Die preußische Regierung erwog es (um 1848, später Abkehr davon!) . . . Heute ist eine radikale Wandlung eingetreten. Allein die Nachbarschaft des großen unabhängigen Polen hat große Bedeutung . . . Vergessen wir nicht, daß das Masovien, das sich mit der Gesamtheit des polnischen Volks vereint hat, in dessen Gebiet sich die Hauptstadt ganz Polens befindet, viel ausgedehnter, reicher und bewohnter als das dem preußischen Staat angefügte Stückchen ist. Dabei unterscheiden weder das Weichselgebiet noch das Ermland, die das stärkste Gefühl ihrer nationalen Besonderheit haben, diese von der polnischen . . . Zahlenmäßig überwiegen die Masuren, aber ihre geistige Passivität, der Mangel jeglichen Antriebs zur Selbständigkeit grenzen fast an Todesstarre . . . Wie sich die polnische Bevölkerung des Weichselgebiets, Ermlands aus dem Netz der Germanisierung, die sie langsam der Lebensäfte beraubt, befreien wird, kann niemand voraussehen. Die deutschen Monarchisten, die Moskauer Bolschewisten sind bereit, den Krieg zu provozieren. Aber die entscheidende Rolle des Schwertes ist heute sehr unsicher geworden . . . Sicherer ist der friedliche Weg zur Erkämpfung gebührender Rechte . . . (Unter mehrfachem Hinweis auf Stokowski heißt es dann): In den heutigen demokratischen Zeiten üben die Wirtschaftsinteressen . . . einen immer größeren Einfluß auf politische Anschauungen und Richtungen aus. Das wird auch in Ostpreußen sichtbar . . . (Folgt Hinweis auf das Projekt einer „Weichselföderation“ von Dr. Zint-Danzig in der sozialistischen Monatschrift „Die Glocke“) . . .

142

Kurnatowski, S. 5.

. . . Wenn wir etwas zu ändern haben, so niemals die Grenzen des polnischen Korridors. Vielmehr können wir uns die Frage vorlegen: Kann Ostpreußen, die alte Kolonie des Ritterordens, heute (die) der weltlichen deutschen Ritterschaft — so wie sie ist — in einer Zeit, die nicht mehr die mittelalterliche Feudalepoche ist, erhalten bleiben?

143

Kurnatowski, S. 24—25.

... Ostpreußen ist kein deutsches Land, ist eine deutsche Militärkolonie, ... kein freies Land, da es von dem Adel und Offizieren adliger Herkunft regiert wird, ein Konzentrationslager der deutschen Militärkräfte, die zur Eroberung Osteuropas vorbereitet werden. Es ist die Festung aller reaktionären, imperialistischen Elemente des deutschen Staates. Ostpreußen, wegen der imperialistischen Politik der natürlichen Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarländern Polen und Litauen beraubt, vegetiert armselig, seine Bevölkerung vermindert sich. Die Stelle der einheimischen Bevölkerung nehmen Militärkorps, von ganz Deutschland unterhalten, ein. Und daher wird Ostpreußen im 20. wie im 14. Jahrhundert von dem Kreuzritterorden beherrscht, dessen Geist sich gar nicht geändert, sondern verstärkt hat und zur Realisierung seiner letzten logischen Konsequenzen strebt. Die zivilisierte Welt kann und darf ein solches Geiernest nicht dulden. Europa hat dieses Nest geschaffen, als es die Rittermönchsorden schuf, Europa muß es vernichten. Der Kampf mit den Symptomen des preußisch-deutschen Imperialismus wird vergebens sein, solange seine Wiege, Heimat und Festung, wie es Ostpreußen mit dem bis heute währenden „ancien régime“ ist, ungestört fortbesteht . . . Nur eine Lösung kann den Interessen der internationalen, der deutschen Demokratie, der niederen Schichten aller Nationen und Sprachen in Ostpreußen, den Interessen Polens und Litauens, endlich dem allgemeinen Frieden gerecht werden: Ostpreußen, ein Land spezifischen Charakters mit sehr ausgeprägter ethnischer, historischer, ja sogar geographischer Besonderheit, muß in einen unabhängigen Staat, . . . in eine der Ostseerepubliken umgewandelt werden. Die Bevölkerung, gebildet aus Deutschen, Polen und Litauern, ist doch durch gemeinsame historische Vergangenheit verbunden und wird sicherlich verstehen, in Ruhe zu leben, für die gemeinsamen Staatsinteressen zu arbeiten, wenn sie nur von der Herrschaft des Adels, der deutschen Militärs und Beamten befreit sein wird. In den sogenannten niederen Schichten gibt es keinen Rassenhaß, dieser Haß ist von oben aufgedrängt. Vergessen wir doch nicht, daß Ostpreußen einen der humanitärsten Menschheitsphilosophen hervorgebracht hat, Immanuel Kant, den Sohn eines Sattlers, der anscheinend litauischer Herkunft war. Man hat Bände über Kant zusammengeschrieben, aber, da niemand Ostpreußen kennt, hat niemand begriffen, daß Kants Philosophie diesen rassistischen, protestantischen, Recht und Gerechtigkeit erstrebenden Pietismus widerspiegelt, der auf dem Grund der Volksseele ruht und heute mit dem wiedererstandenen Geist des Ritterordens kämpft. Nichtsdestoweniger, da die politische Erziehung der Bevölkerung Ostpreußens für eine vernünftige Aus-

nutzung eines freiheitlichen Systems nicht ausreichend, da die Gewöhnung, deutschen Herren zu gehorchen, zu verwurzelt, die Furcht, die sie erwecken, zu mächtig ist, da schließlich erst eine neue Generation von Lehrern und Beamten zu erziehen ist, muß der unabhängige Staat Ostpreußen eine Freiheitsschule durchmachen. Die Verwaltung Ostpreußens ist Pflicht des Völkerbundes; er könnte das Mandat einem wirklich freien Staat, z. B. Schweden oder der Schweiz, übertragen. Wird die zivilisierte Welt vor einer solchen Lösung zurückschrecken — utinam falsus vates sim! — so wird sie einem neuen Kriege mit allen seinen Schrecken nicht entgehen.

144

Consulibus.

... Die Erwerbung Pommerellens war eine große Tat, dabei wurde aber ein großer Fehler begangen dadurch, daß Polen Ostpreußen nicht erobert hat... Ostpreußen gehört zu seinem natürlichen Hinterland — das sind Polen und Litauen... Wenn also schon 1918 die Forderung der Teilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen berechtigt war, weil sie einfach die Sicherung unseres staatlichen Bestehens ist, ... so muß trotz des Mißerfolges von Versailles ... diese Forderung zum dominierenden Gebot unserer Politik werden, das nicht einen Augenblick aus dem Auge gelassen werden darf, zu dessen Ausführung der günstigste Zeitpunkt gesucht werden muß ... Da von Seiten Ostpreußens der Bestand Polens steter Gefahr ausgesetzt ist, muß Polen Opfer bringen und eine Verständigung mit Litauen herbeiführen ... Litauen, dessen gegenwärtige höchst unnatürliche Sympathie für Deutschland nur aus Opposition gegen Polen geheuchelt wird, wird dann selbstverständlich gegen den gemeinsamen Feind Stellung nehmen, umso mehr, als es auch unverjährte geschichtliche und ethnographische Ansprüche auf Teile Ostpreußens besitzt ... Deutschland hat bereits die diplomatische Offensive eröffnet, und in dem Augenblick, wo es zum militärischen Angriff übergeht, müssen wir einen Handlungsplan, ein territoriales Programm und ein Bündnis mit Litauen haben ... Ostpreußen muß dann sofort von zwei Seiten besetzt und unwiderruflich geteilt werden. Dieses Ungeheuer hat für immer von der Karte Europas zu verschwinden. Aber nicht nur der günstige Ausgang eines bewaffneten Konflikts kann Polen und Litauen in den Besitz Ostpreußens bringen. Zweifellos wird sich auch die Gelegenheit bieten, es auf friedlichem Wege zu bekommen. Wir befürchten zwar, daß sich die Losung der Revision der Friedensverträge gegen uns wendet, aber die Losung ist bereits aufgegriffen worden und ... wird durchgeführt werden ... Für Polen ist es am wichtigsten, da Deutschland gleichzeitig Österreich und unser Pommerellen haben will, die Gelegenheit eben für die Befestigung des Korridors auszunutzen. Wir können uns mit der An-

gliederung Österreichs an Deutschland nur in dem Fall einverstanden erklären, falls Deutschland außer auf sein Oberschlesien auch auf Ostpreußen, und zwar zugunsten Polens und Litauens, verzichtet. Oder vielmehr sollten wir den Gedanken der Revision der Friedensverträge dahin unterstützen, daß Österreich (ohne Burgenland und Klagenfurt) an Deutschland, Ostpreußen an uns und Litauen, Deutsch-Oberschlesien an uns und die Tschechoslowakei, die zweite Abstimmungszone Schleswigs an Dänemark angegliedert wird. Mit anderen Worten, daß Österreichs Anschluß an Deutschland nicht zur Resignation vor den imperialistischen Gelüsten Deutschlands, sondern zur Regelung der nachbarlichen Beziehungen in Mitteleuropa wird . . . Die Lage erfordert von uns im allgemeinen eine energischere Politik. Wir müssen mit Taten beweisen, daß wir nicht nur jeden gegen uns gerichteten Angriff verhindern, sondern auch erreichen wollen, daß ein Angriff gegen uns unmöglich wird . . . Damit muß unsere ganze Tätigkeit in Einklang gebracht werden, dem muß . . . unsere Publizistik und Propaganda untergeordnet werden . . . (Der folgende Teilungsplan sieht vor: Nach Angliederung der Kreise: Tilsit, Labiau, die Niederungen, Ragnit, Pillkallen, Stallupönen, Wehlau, Insterburg, Gumbinnen, Gerdauen, Darkehmen (10 000 qkm mit 500 000 Einwohnern) wird aus Königsberg mit den beiden Nachbarkreisen: Königsberg Land und Fischhausen (2 000 qkm mit 300 000 Einwohnern) eine „Freie Stadt“, an Litauen (wie Danzig heute an Polen) anzugliedern, geschaffen; der Rest (25 000 qkm mit 1 200 000 Einwohnern) fällt an Polen) . . .

145

Bagiński, S. 84.

. . . Das Herzogtum Preußen war 1525—1657 polnisches Lehen, das Weichselgebiet und Ermland dagegen 1454—1772 integrierender Teil Polens(!). Der Versailler Vertrag kürzt heute unsere Rechte auf diese Lande, die unsern Zugang zum Meer allein auf die Wojewodschaft Pommern beschränken, doch ist das kein Grund, diese kernpolnischen Gebiete als „Korridor“ zu bezeichnen. Da in dem Weichselgebiet, Ermland und Masuren polnisches Volkstum siedelt, sollte man diesen „Korridor“ beseitigen, indem man diese Gebiete mit Polen vereint, den Nordteil Litauen gibt, während aus dem von Deutschen bewohnten Teile eine „Freie Stadt Königsberg“ geschaffen würde, dann gäbe es keinen „Korridor“ mehr. Dann würde auch in Ostpreußen keine Kolonie mehr existieren, die heute den Grund zur Störung des europäischen Friedens bildet . . . (folgt historische Übersicht nach Sławski, s. Nr. 64) . . .

146

Srokowski, Z krainy, S. 26 f.

. . . So oft Europa eine Zeit längeren Friedens erleben will, muß es sorglich darauf achten, daß die ostpreußische Bastion aus eigener Kraft

stehe . . . Vergiß die Welt diese Vorsicht, so wird sie es zweifellos mit schweren Unruhen büßen, denn Ostpreußen wird sofort der Ausgangspunkt für eine Aktion, deren Ziel nichts anderes ist als . . . die Beherrschung . . . Nord- und Zentralrußlands nach vorhergehender Unterdrückung Polens. Ostpreußen als einer der Randstaaten, die in langer Kette von Finnland . . . nach Danzig reichen, wo sie auf Polens starke Wacht an der Ostsee treffen, ist ganz etwas Anderes als ein Ostpreußen, das die Rolle als gefährlich gen Osten gewandte Faust des deutschen Kolosses . . . übernimmt . . . Solange werden all diese Kleinstaaten als Ausdruck des Widerstandes gegen Deutschlands Präntensionen . . . existieren, solange sich unter ihnen Ostpreußen als ihnen gleicher Faktor erhält. Aber schon der heutige Zustand als losgelöste . . . deutsche Provinz birgt für die baltischen Kleinstaaten, mit ihnen auch für Polen, viele Gefahren . . . Der alte Kampf um die Ostsee . . . wird nur dann nicht neu entbrennen, wenn die Stellung der Randstaaten genügend stark, die Polens wohlbegründet sein wird, wenn Ostpreußen zu der natürlichen Rolle als selbständige deutsche Kolonie zurückkehren wird . . .

147

Srokowski, Z krainy, S. 27 ff.

. . . Würde jemand Ostpreußens heutige Bevölkerung durch Abstimmung befragen, ob sie die Epoche selbständiger Existenz beginnen wolle oder nicht, so kann man dafür bürgen: 99 % der Stimmen würden sich für möglichst enge Bindungen mit dem Reich entscheiden. Überaus lebendig ist die Erinnerung an die immerhin glänzenden Vorkriegsverhältnisse, . . . sehr stark noch . . . der Gedanke an den lebendigen Kontakt mit der deutschen Volksgemeinschaft auf kulturellem Gebiet. Schließlich hegt man überall noch große Hoffnungen, daß alles, was infolge des Versailler Vertrages geschah, bloß kurze Übergangserscheinungen sind . . . Solche Stimmungen herrschen heute. Ob auch morgen, muß bezweifelt werden, umso mehr, als sie durch Ostpreußens künstliche Symbiose mit dem Reich, nicht durch eine Naturnotwendigkeit, sich zusammenzuhalten, hervorgerufen sind. Zu groß sind die natürlichen Gegensätze zwischen Ostpreußen und dem Reich, als daß sie nicht allmählich jedem klügeren ostpreußischen Kopf eingingen, nicht dazu beitragen, ihn gegen den Ballast historischer Erinnerungen widerspenstig zu machen, nicht schließlich die Führer nötigten, Möglichkeiten zu ersinnen, wie sie sich durch Einstellung zu den realen Existenzbedingungen aus der schwierigen Lage befreien . . . Zu diesen Folgerungen aber muß Ostpreußen von selbst . . . kommen . . . Die Aufgaben unserer Politik und Diplomatie müssen sich zunächst . . . auf ein Vorgehen in ganz großem Rahmen beschränken . . . Kann schon der Wunsch nach Verständigung mit Polen nie Ergebnis von Herzensbedürfnissen sein, so muß er sich mindestens auf

gesunde Gewinn- und Verlustrechnung stützen. Erst wenn diese Rechnung fertig sein wird, wird der Augenblick für Polens Aktion gekommen sein. Sie wird umso günstiger sein, je mehr wir in allen Einzelheiten dafür vorbereitet sein werden.

148

Srokowski, Z krainy, S. 29 ff.

... Ostpreußens Zukunft als selbständiges, unabhängiges, politisches Gebiet ist denkbar, als selbständiges Wirtschaftsgebiet nie. Hierin teilt es fast völlig das Schicksal der Schweiz, der es auch bezüglich des Gebiets, der Bevölkerungszahl- und -zusammensetzung, der Lage im Grenzland mehrerer Sprachgebiete nahekommt. Wenn Ostpreußen bisher nicht die Baltische Schweiz geworden ist — was bei der Verteidigungsfähigkeit des Landes zwischen den Seen Masurens, der Ostsee und den Sümpfen des Memeldeltas keine Aufgabe war, die die Kräfte der ... hier angesiedelten Kolonisten überstieg — sondern als Bestandteil der Hohenzollern-Monarchie ... auf der Bühne der komplizierten europäischen Politik erschien, so trägt Polen daran die Hauptschuld. Wir haben jene unnatürliche, nur auf verspäteten dynastischen Kombinationen beruhende Verbindung Preußens mit Brandenburg zugelassen, wir auch müssen heute diese Vergangenheit vernichten. Denn hier handelt es sich um unsere lebenswichtigsten Interessen. Nur bei völliger administrativer Trennung Ostpreußens vom Reich können Masuren und die Gebiete, durch die die kürzeste Verbindung Warschau — Danzig verläuft, bei ihm verbleiben ... Einer der größten Fehler des Versailler Vertrages war, daß, als er Polen den Zugang zum Meer gab, Ostpreußen vom Reich trennte, er nicht gleichzeitig, besonders für den Fall des Mißlingens der masurischen Abstimmung, die innere Organisation des abgetrennten Landes erwog ... Unsere Bemühungen müssen jetzt dahingehen, diesen Fehler schleunigst zu verbessern, indem wir den zentralistischen Tendenzen auf ostpreußischem Gebiet das Kantonal-system entgegenstellen. Für seine Einführung sind wichtige Gründe: Verschiedensprachigkeit des Südens, Nordens, Zentrums ... , verstärkt dadurch, daß die Deutschen ... nicht einen, sondern drei Dialekte reden ... (die katholische Bevölkerung scharf abgetrennt siedelt) ...

149

Srokowski, Z krainy, S. 34f.

... Der Versailler Vertrag hat eine Lage geschaffen, die überhaupt keine Bürgschaft für Dauer besitzt. Sieht man von der Möglichkeit des dauernd drohenden bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland und Polen ... ab, so bleiben in nächster Zukunft für Ostpreußen drei Möglichkeiten: a) es bleibt weiter ... beim Reich als weitabgelegene

Provinz, b) es wird autonome Einheit, mit dem Reich etwa als . . . Bundesstaat vereint, c) es macht sich selbständig . . . als souveräne Einheit, tritt zu Polen in mehr oder minder enge Bindungen oder behilft sich auch ohne diese . . . Um die Frage zu beantworten, welchen Weg Ostpreußens Geschick wahrscheinlich einschlagen wird, müssen wir uns . . . die Wirtschaftslage der Provinz vergegenwärtigen. Heute, da die harte einigende Hand der Hohenzollern fehlt, . . . wird die Wirtschaft sicher die erste Stimme haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich wiederholen kann, was vor 5 Jahrhunderten geschah, als Ordensland und -städte Polens Hilfe herbeiriefen . . . Freilich muß sich viel ändern, sowohl in Ostpreußen wie im Reich und Polen . . . Erst in zweiter Linie wird . . . die Geschicklichkeit oder Ungeschicklichkeit unserer Diplomatie, ferner die Stellung des Reichs zu der ganzen Frage entscheidend sein. Was den Einfluß der großen europäischen Politik auf die Entwicklung der staatsrechtlichen Stellung Ostpreußens betrifft, so . . . (ist) anzunehmen, daß Europa hierfür relatives „desinteressement“ zeigen wird . . . Die ostpreußische Frage hat nämlich das für sich, daß mit dem Augenblick, wo das Land selbst eine der Verbindung mit Polen geneigte Haltung annimmt, die Frage sofort inneren Charakter erhält, bloß Ostpreußen und Polen, niemand weiter interessiert . . . Hier ist kein Platz für ein Programm. Warten und nichts weiter! Wie stark jedoch im politischen Unterbewußtsein der Volksmassen das Gefühl lebt, allein Polen könne Erbe der Rolle sein, die bisher das Reich gegenüber Ostpreußen spielte, indem es ihm die Anlehnung an eine große Wirtschafts- und Staatseinheit ermöglicht, zeigt die Tatsache, daß es heute niemand in diesem Lande gibt, . . . der nicht . . . die Möglichkeit der Verbindung Ostpreußens mit Polen erwägt, sei es in Form einer bewaffneten Invasion oder in irgend einer anderen Form. Lust zu einer solchen Verbindung ist natürlich noch keine vorhanden . . ., daher würde jeder . . . von Polen unbedacht unternommene Versuch . . . zweifellos auf den größten Widerstand der Volksmassen treffen . . . (Über) die Diskussion über die Revision des künftigen staatsrechtlichen Verhältnisses Ostpreußens zu seiner Umgebung hat begonnen — das kann sehr weit führen. Stände an Stelle des schwachen Polens . . . das starke England oder die Vereinigten Staaten, so hätte das Land wahrscheinlich schon jetzt das letzte Wort gesprochen.

150

S r o k o w s k i, Z k r a i n y, S. 50—52.

. . . Kann denn schon von Ostpreußen dessen polnischer Teil, das uns rechtmäßig zukommende Masuren, nicht abgelöst werden, um so mit einem Schlag das zahlenmäßige Gewicht des ost-

preußischen Bevölkerungsblocks, der über unserem Nacken hängt, zu vermindern, so müssen wir doch mit allen Mitteln einem... Kolonisationsprozeß entgegenarbeiten, der über unsere Köpfe hinweg am Ostsee-Ufer eine Verdichtung des polenfeindlichen Elements bewirken würde. Daß es sich dabei in erster Linie darum handeln kann, unseren billigen Landarbeiter zur Verfügung zu stellen, der Ostpreußens natürlichen Bevölkerungszuwachs über die Provinzgrenzen verdrängen würde, ist selbstverständlich.

Noch wichtiger wäre aber eine solche Regelung der Verhältnisse, daß Ostpreußen völlig abseits der Hauptverkehrs- und Handelswege geriete... Von entscheidender Bedeutung wäre der Bau einer zweigleisigen, auf höchste Zuggeschwindigkeit und Transportleistung berechneten Bahn Białystok — Ostrołęka — Mława — Thorn, die, kürzer als alle anderen, Ostpreußens Hauptverkehrslinien Konkurrenz bereiten würde. Das würde sich höchst bedeutsam, besonders bei dem Transithandel durch Ostpreußen nach Zentralrußland, bemerkbar machen. Im voraus muß man freilich auf zeitweilige Unrentabilität der Bahn gefaßt sein, ... doch nur in einer Übergangsperiode ... Rußland kann, wenn es sich beruhigt, sehr viel Rohstoffe und Getreide produzieren, dann würde eine solche Bahn vielleicht die wichtigste Verkehrslinie nördlich der Karpathenlinie sein. Auch innerhalb Polens würde sie uns einen großen Dienst erweisen ... Die ganze Zone Polens nördlich von Warschau hat keine einzige Magistrale in Richtung der Breitengrade, die in Zeit und Transport sparender Weise die verschiedensten Zentren unseres Wirtschaftslebens verbände. Weitere Folge so gestalteter Bedingungen wäre die Ablenkung der Hauptrichtung des Handels in der Provinz Ostpreußen selbst. Während sich heute die Großhandelsbewegung vornehmlich auf der Linie der Breitengrade, von West nach Ost und umgekehrt, vollzieht, würde sie bei veränderten Umständen die Konkurrenz des polnischen Verkehrs nicht bestehen und gezwungenermaßen sich auf der Linie der Längengrade, d. h. von Nord nach Süd und umgekehrt, abspielen. Wer die Bedeutung des Handels kennt, weiß, welche Folgen das haben würde, bis zu welchem Grade es Ostpreußen und Polen wirtschaftlich verbinden würde, umso mehr, als Königsberg am Ostufer der Meeresbucht liegt, an der das mit allen Fasern an Polen geknüpfte Danzig und das aufstrebende Gdingen liegen. Damit aber die Ablenkung von Handel und Verkehr ... von der Berlin—Moskauer in die Danzig—Königsberg—Warschauer Richtung erfolgen könnte, muß man an den Bau zahlreicher, guter Zufuhrbahnen von Polen zur Südgrenze Ostpreußens denken, ferner an die Verbindung des ostpreußischen Wasserstraßennetzes mit Polens Wasserstraßen. Hier freilich heißt es sich eilen, und zwar sehr, denn die

Deutschen . . . tun alles, um die für uns günstigen Kombinationen zu vereiteln. Schrittweise substituiert sich dem Begriff des deutsch-polnischen Kampfs um den pommerellischen Korridor . . . der des Kampfs um Ostpreußens Entwicklung und Bedeutung. Nur dann ist es sinnvoll, sich auf unmittelbaren Gebietszusammenhang Ostpreußens mit dem Reich zu versteifen, wenn das Ostpreußen, das verbunden und festgehalten werden soll, wirklich ein wertvolles, wichtiges Objekt darstellt, wenn ferner im Norden und Osten davon sich Gebiete befinden, auf die Deutschland, gestützt auf Ostpreußen, expansiv wirken kann. Je größeren Niedergang Ostpreußen erleidet, je mehr es sich auch nur verändert und selbständig verwaltet, je mehr Litauen, Weißrußland und Lettland mit ihren Handels- und sonstigen Möglichkeiten Ostpreußens Händen entgleiten, umso weniger Interesse wird Ostpreußen in führenden Kreisen der deutschen Politik, des deutschen Handels, erwecken. Fast von selbst würde es die Bedeutung einer deutschen Provinz verlieren, eine Art selbständiger Landschaft werden, die der deutschen Gesamtpolitik mehr oder weniger fremd, unter Umständen sogar feindlich gegenübersteht. Dann würde fast automatisch auch der deutsch-polnische Streit um den pommerellischen Korridor in den Kreis nichtaktueller Angelegenheiten treten, um nach einer weiteren Reihe von Jahren, bei gleichzeitigem Wachsen der Kräfte Polens, mehr oder weniger in Vergessenheit zu geraten.

151

Srokowski, Prusy, S. 84 f.

. . . (Polens Verständigung mit Litauen werde von Deutschland bekämpft) aus Furcht vor völliger territorialer Isolierung Ostpreußens, das in dem Augenblick, wo eine Verständigung zwischen Polen und Litauen erfolgt, den Charakter der Brücke zwischen Ost- und Westeuropa verliert und deutlich die Züge der gewöhnlichen Kolonie, die es in Wirklichkeit ist, annimmt. Seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, seine Lebensfähigkeit wird vernichtet, die stete Entvölkerungstendenz gibt ihm den Rest. Durch Verständigung mit Litauen wird Polen bis zu einem gewissen Grade den Landhandel Europas mit Rußland in seiner Hand monopolisieren, der heute weder über Stolpce, Szepetówka oder Podwołoczyska, sondern über das ostpreußische Eydkuhnen geht. Memel, der Konkurrenzhafen Königsbergs, wird sich zu unerhörter Blüte erheben, denn dorthin werden jährlich nicht wie heute 200 000 Festmeter Holz gefloßt werden, sondern wie vor dem Kriege 2 Millionen mehr. Dann wird Polen einen breiten Zugang zu den lettischen Häfen Libau und Riga erhalten, und, was noch wichtiger ist, eine hervorragende Sicherung für den Kriegsfall.

Nicht nach Osten, sondern nach Norden, zur Ostsee muß der um die Zukunft des Vaterlandes besorgte polnische Gedanke sich wenden,

dort liegt der Talisman für Polens Größe und Glück, dort seine Sicherheit und Stärke.

152

Kierski, Polskie Pomorze, S. 62 ff.

... Was ist Ostpreußen? Die am weitesten nach Osten vorgeschobene deutsche Kolonie ... (Zitiert Srokowski! — Nach geschichtlichem Rückblick ähnlich wie Nr. 64 folgt:) ... Es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen in ihrem ungehemmten Drang nach Osten so weit vom Mutterland Kolonien gründeten ... Wenn Deutschland erneut diese Kolonie mit dem eigentlichen deutschen Staat verbinden will, ... so ist das von seinem Standpunkt ein ganz natürliches Streben. Aber ... weshalb soll Polen zum zweiten Mal diesen deutschen Unifikationsbestrebungen zum Opfer fallen? ... Der polnische Boden muß bei Polen bleiben, das polnische Volk, einmal vom Joch befreit, für immer frei ... Die Deutschen aber mögen die Folgen ihrer Raubgier, die sie so weit verschlug, tragen. Der deutschen Agitation ... könnten wir ein ... unvergleichlich vernünftigeres Projekt: Ostpreußens Vereinigung mit Polen entgegenstellen ... (Zitat aus Omowski) ... Wenn die ostpreußische Enklave trotz polnischer Warnungen von den Alliierten belassen wurde, so war das derselbe Fehler wie die Schaffung der Freien Stadt Danzig ... (Heute sei Ostpreußen) Schutzwehr des Deutschtums im Osten ... , Zentrum der krassesten Reaktion ... , bequemer Vorwand für deutsche Klagen über die sogenannte „Absurdität“ des Korridors ... Unabhängig von ... politischen und militärischen Erwägungen sprachen auch alle Gründe für Angliederung Ostpreußens an Polen ... Mehr als $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung ist polnisch oder polnischer Abstammung ... Ostpreußen gehört zum polnischen Wirtschaftsgebiet ... (Erwähnung der Simon-Denkschrift, der Broschüre der Reichsbahndirektion Königsberg — nach Sławski) ... Es geht klar hervor, daß, wenn wir selbst die deutsche These von der Unmöglichkeit, den „Korridor“ aufrechtzuerhalten (wie wir gesehen haben, entspricht das nicht den Tatsachen), annehmen würden, man nicht das polnische Pommerellen mit Deutschland, sondern Ostpreußen mit Polen vereinigen müßte. In welcher Form das geschehen, wer hier die Initiative ergreifen sollte, sei hier nicht erörtert. Man muß den Dingen ihren Lauf lassen. Polen wird sicherlich nicht als Erster die Hände nach dieser preußischen Kolonie ausstrecken.

153

Smogorzewski, S. 103.

... Der Führer des polnischen Nationalismus formulierte seine Idee während des Krieges. Es handelte sich damals für ihn darum, Prä-

sident Wilson für die Idee des Gebietszugangs Polens zum Meer zu gewinnen. Er wandte eine klassische Verhandlungsmethode an: mehr zu fordern, um weniger zu erhalten. Seine Idee, eine Verbindung zwischen Polen und Ostpreußen zu schaffen, war jedoch nicht so paradox, da die Königsberger Deutschen sie 1919 formuliert haben . . . Und nicht bloß die Deutschen. Oberst Th. Holdich . . . schrieb 1918 . . . : „Man muß Polen als Grenzen die Karpathen und die Ostsee geben, ihm Ostpreußen einfügen . . .“ Kürzlich schrieb Gustav Hervé⁴¹⁾ . . . : „Die Schwierigkeit ist unentwerrbar. Die einzige logische und vernünftige Lösung wäre, Ostpreußen zu Polen zu schlagen, um den Korridor zu beseitigen. Die Deutschen wollen das nicht? Nun, so mögen sie die kleinen Unbequemlichkeiten des polnischen Korridors ertragen . . .“

154 Entschließung des Westmarkenvereins vom 17. III. 1925.

Wir lenken die Aufmerksamkeit aller internationalen Faktoren, denen Aufrechterhaltung des Friedens Europas nicht bloße Phrase, sondern heiligstes Gebot . . . ist, darauf hin, daß jede Anzweiflung der polnischen Grenzen den Zündstoff für einen neuen Weltbrand bilden muß. Wir machen . . . alle internationalen Politiker, die auf Kosten Polens den Weltfrieden sichern wollen, darauf aufmerksam, daß der Hauptkessel, in dem dauernd der Vulkan der deutschen Vergeltung brennt, Ostpreußen ist, das uralte litauisch-polnische Land, das seinen Besitzern durch Raub entrisen wurde. Wir fordern Streichung Ostpreußens von der Karte Europas und Zuteilung des nördlichen Teils desselben an Litauen, des südlichen — Masuren und Ermland — an Polen. Erst dann wird sicher in Europa der Frieden einkehren.

155

Gazeta Gdańska, 9. X. 1925.

. . . Unsere Rechte auf diese Gebiete sind nicht verjährt. Wenn diese Gebiete infolge der Abstimmung nicht zu Polen kamen, so lag es an der Vergewaltigung der Polen durch die Deutschen. Die polnische Regierung erkennt eine solche Abstimmung nicht an, wird sie nie anerkennen . . . Wir fordern all diese Länder, weil dort die polnische Sprache erklingt, wir wollen sie unter die Fittiche des Weißen Adlers nehmen. Mögen die Deutschen in der ganzen Welt schreien, der sogenannte pommerellische Korridor sei ihnen unbequem — Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten.

⁴¹⁾ Und heute?

Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es sicher ein zweites Tannenberg, und alle diese Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück . . .

156

A B C (Warschau), Nr. 365, 1. I. 1929.

. . . Heute steht Polen ganz loyal auf dem Standpunkt, daß die verbindlichen Verträge unverletzlich sind. Es rollt die ostpreußische Frage nicht auf, findet sich im Namen des Friedens mit dem bestehenden Gebietszustand ab und arbeitet ehrlich an seiner Festigung. Wenn jedoch die deutschen Nationalisten die Frage der Not Ostpreußens als Argument vorbringen, das angeblich die deutschen Bestrebungen auf Loslösung Pommerellens von Polen rechtfertigt, so können wir auf eine solche Propaganda nur antworten: Es gibt noch eine andere Art, die Krise in Ostpreußen beizulegen, und zwar eine viel erfolgreichere. Man muß einfach zu dem Territorialprogramm des Pariser Nationalkomitees von vor 10 Jahren zurückkehren . . .

157

Slowo Pomorskie (Thorn), Nr. 16, 21. 1. 1930.

(Aus der Rede des Vorsitzenden der „Nationalpartei“ bei der „Zehnjahresfeier“ in Thorn) . . . Wenn der Orden aus Polens Gnaden, später auf Grund eines gefälschten Dokuments sich auf dem rechten Weichselufer niederließ, so haben wir das Recht auf dieses Land trotzdem nicht verloren. Wir Polen hatten stets, haben ein Recht auf diese Lande! Ist doch der Herr der Lage, der . . . ein moralisches Recht besitzt; das ist wichtiger als das, was augenblicklich geschieht. Wer das Recht nicht besitzt und herrscht, herrscht aus Übermacht, diese aber ist vergänglich . . .

157 a

„Kalendarz Morski“ (Gdingen) 1931, S. 41 f.

Kann schließlich Deutschland wegen der Bequemlichkeit der Dreimillionenbevölkerung Ostpreußens, die übrigens zu bedeutendem Teile aus Polen besteht (!), fordern, daß ihm die polnische Dreimillionenbevölkerung⁴²⁾ Pommerellens in die Knechtschaft ausgeliefert, dem Dreißigmillionenstaat der Zugang zum Meere geraubt werde?

Darauf gibt es nur eine Antwort. Das Interesse des polnischen Staates fordert die Stützung auf das Meer, an dessen Küste seit Jahrhunderten eine slavische Bevölkerung wohnt, eine Bevölkerung, die trotz der langjährigen Germanisierungsbestrebungen des preußischen Räubers ihr Polentum bewahrt hat. Ostpreußen, unter dessen Bevöl-

⁴²⁾ Tatsächlich noch nicht einmal eine Million, wovon vielleicht 650 000 Polen sind.

kerung der Germanisierungsprozeß bedeutendere Fortschritte gemacht hat, war früher gleichfalls polnisch, daher müssen wir, falls die Gespräche über eine Grenzrevison fort dauern sollten, mit aller Entschiedenheit die Rückgabe (!) Ostpreußens fordern.

Es ist höchste Zeit, daß . . . Europa . . . begreife, daß der Zündstoff zum Kriege im Osten nicht in Warschau, sondern in Berlin glimmt, daß der unmittelbare Grund dieses Krieges nicht das polnische Pommerellen, sondern Ostpreußen ist. Mit dem Augenblick, da Ostpreußen aufhört, zu Deutschland zu gehören, endet die Legende von einem pommerellischen „Korridor“, wird der Kriegslärm in Deutschland verstummen und die Welt wirklich erleichtert aufatmen. Andernfalls wird eines Tages die Welt inmitten eines unerhörten Kriegesgetöses erwachen.

Polen wird sich in der Frage Pommerellens niemals zu irgendwelchen Konzessionen verstehen. Schon so haben wir weniger erhalten, als uns zukam. Bedeutende Strecken polnischer Erde blieben noch in den deutschen Klauen, umso mehr werden wir verteidigen, was wir besitzen. Und wenn trotz allem Deutschland sich erkühnt, gegen polnisches Gebiet vorzugehen, dann heißt es unerbittlichen Kampf, der erst dann enden kann, wenn die polnischen Fahnen über Berlin wehen oder der letzte Pole den Heldentod stirbt . . .

157b

K u n c e w i c z , Przebudowa, S. 298 f.

Pommerellen . . . kann in keinem Falle, unter keinem Vorwand Gegenstand einer Diskussion bezüglich der staatlichen Zugehörigkeit sein . . . Pommerellen eröffnet Polen den einzigen Zugang zu den Seewegen, und dieser besitzt für uns unstreitig größeren Wert als für das Reich der Landverkehr, der Ostpreußen mit dem übrigen Deutschland verbindet. Abgesehen von dem Landwege hat Deutschland die Möglichkeit, die Verbindung mit Ostpreußen zur See aufrechtzuerhalten. Die Stärke der deutschen Handels- und Kriegsflotte gewährleistet, daß diese Möglichkeit niemals gestört wird.

Weitgehende Verständigung in Verkehrsfragen darf von unserer Seite nicht auf Schwierigkeiten stoßen. Falls Deutschland Pommerellen zurückerhielte, was übrigens ohne vorherige Zerschlagung des polnischen Staates unmöglich ist, würde sich Ostpreußens Wirtschaftslage nicht so erheblich bessern. Ein viel erfolgreicherer Mittel wäre die ehrliche und günstige Regelung der nachbarlichen Beziehungen; die Entfaltung der Handelsbeziehungen mit Polen würde Ostpreußens Existenz bedeutend erleichtern. Der Hafen Königsbergs, die Verkehrsmittel Ostpreußens bieten große Bequemlichkeiten für Polen. Würden uns diese direktesten Verbindungen zur ~~Ostsee~~ eröffnet, so würde das bedeutende beiderseitige Vorteile ergeben. Polen soll sich — in loyalem nachbarlichen Zusammenleben — nicht um politische

oder kulturelle Einflüsse in Ostpreußen bemühen; die Furcht vor dem Eindringen Polens in diese Gebiete erledigt sich bei gütlicher Regelung der Frage.

Um die Sicherheit gegenseitig zu garantieren und guten Willen zu zeigen, hat Polen . . . Entmilitarisierung Pommerellens und eines breiten Grenzstreifens mit dem Vorbehalt, in dem einzigen polnischen Hafen Gdingen einen militärischen Stützpunkt aufrechtzuerhalten, vorzuschlagen. Diese Bedingung ist Ausdruck der Notwendigkeit, eine Flottenbasis zu besitzen. Für diese Entmilitarisierung . . . muß Deutschland sämtliche Befestigungen in Ostpreußen wie in Oberschlesien und einem Teile Niederschlesiens beseitigen. Die Entwaffnung muß auch die militärischen — offenen und geheimen — Organisationen umfassen. Diese Mittel würden in Verbindung mit einem entsprechenden Handelsvertrag und der Beseitigung der Verkehrsschwierigkeiten, sowie der Aufhebung des Paßzwanges die Grundlagen für nachbarliche Zusammenarbeit schaffen . . .

IX. Ostpreußen in der polnischen Propaganda.

158

Srokowski, Z krainy, S. 24.

. . . Man muß 1. darauf hinstreben, daß Ostpreußen die Vorteile der Anlehnung an Polen einsieht, 2. in Europa und Amerika die allerlebhafteste Propaganda anstrengen zur Aufklärung, daß Ostpreußen eine Kolonie ist, die sich in den Schoß der ihr fremden slavisch-litauischen Welt eindrängte, darauf durch jahrhundertelange Gewalt zu einem Posten heranwuchs, der den Weltfrieden bedroht. Die Insel Ostpreußen ist eine Enklave, die überhaupt kein Recht besitzt, . . . mit dem Deutschen Reich territorial verbunden zu sein . . .

159

Srokowski, Zadania, S. 8.

. . . (Es ist) Aufgabe des „Baltischen Instituts“, genau festzustellen, welche Bedeutung Ostpreußen für die Welt, für Polen hat, wie es sich allmählich ausgestaltet, wonach es strebt, wovon es lebt. Denn das Pregelland ist die eigentliche polnische Meeresküste, das ganze Land südlich davon bis zu den Karpathen ist urpolnisches Land. Allein innerhalb der Grenzen Ostpreußens leben gegen 400 000 polnische Masuren, Ermländer und Powiślanen. Marienburg liegt auf dem gleichen Breitengrad wie Włocławek, Königsberg wie Bochnia . . ., die letzten östlichen Teile der Provinz reichen nicht weiter als der Längengrad von . . . Przemyśl. Mit diesem Ostpreußen beschäftigen wir uns entschieden zu wenig, trotz seiner unerhört wichtigen Lage; auf jeden Fall nicht so, wie es es verdient. Es ist

klar, daß unsere Diskretion nur den Bestrebungen nützt, deren Wiege stets das baltische Mutterland des Kreuzrittertums . . . war. Aber Ostpreußen befindet sich nicht allein an der Ostseeküste. Unmittelbar dahinter dehnt sich der litauische Staat aus, der heute gerade zu Polens Schaden mit vielen Banden an Königsberg . . . geknüpft ist. Aufmerksame Untersuchung der Lage in Litauen, besonders in Memel, Beurteilung der Möglichkeiten einer Verständigung . . . muß für das Baltische Institut Gegenstand eifrigster Bemühungen werden. Die Beseitigung der polnisch-litauischen Spannung bedeutet das Ende für die gewalttätigen Usurpationen der ostpreußischen Enklave, heißt dieser Enklave eine der wichtigsten Karten entreißen, die ihr nach dem verhängnisvollen Weltkrieg ein Gewinnspiel garantierte . . .

160

Professor K o s t r z e w s k i - Posen in:
Kurjer Poznański, 19. 3. 1928.

. . . (Gefordert wird) eine populäre Broschüre . . ., die die Geschichte Pommerellens, seine ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse behandle . . ., die kostenlos der ganzen Auslandspresse, allen Parlamentariern, Universitätsprofessoren, allen hervorragenden Vertretern von Kunst und Wissenschaft in Europa und Nordamerika zuzusenden sei. Diese Broschüre sollte nicht allzu umfangreich sein, . . . illustriert durch Karten (einige historische Karten, Karten der ethnographischen Verhältnisse vor dem Kriege und heute), die oft eindringlicher wirken als lange Ausführungen . . . In der Darstellung müßte darauf hingewiesen werden, daß neben dem Problem des sogenannten „Korridors“ die nicht weniger wichtige ostpreußische Frage besteht, die untrennbar damit verbunden ist, daß es ferner außer den 175 000 „bedrängten“ Deutschen in Pommerellen noch eine Viertelmillion Masuren und einige Zehntausend Volksgenossen im Ermland und Weichselland gibt, . . . daß die Deutschen in Ostpreußen . . . Eindringlinge verhältnismäßig neuen Datums sind . . .

161

Der „Westmarkenverein“ auf der Landesausstellung
in Posen 1929.

(Zu der bildlichen Gegenüberstellung von 8 700 000 to polnischer, 1 500 000 to deutscher Transporte durch den Korridor 1927 wurde erklärt): Der . . . fast sechsmal niedrigere (deutsche) Transport zeigt schlagend die Grundlosigkeit der häufig vorgebrachten deutschen Argumente, daß der Besitz Pommerellens für Deutschland, dagegen nicht für Polen unentbehrlich sei. Das Polentum Pommerellens und seine wirtschaftliche Bedeutung für den übrigen Staat sind Argumente, denen gegenüber sich die grundlosen deutschen Argumente nicht behaupten können . . . (Eine Karte der Transitbahnstrecken sollte zeigen), daß die deutschen Klagen über

angebliche Abschnürung Ostpreußens unzutreffend sind . . . (Aus dem Vergleich der Bevölkerungsbewegung Ostpreußens mit ganz Deutschland, Polen und den Randstaaten wird gefolgert), daß das dauernde Symptom der Entvölkerung Ostpreußens mit der Zugehörigkeit dieses Landes zum Deutschen Reich in Verbindung steht . . . (Schließlich wird mitgeteilt): In keinem Wirtschaftszweig besitzt Ostpreußen den Anteil, der ihm mit Rücksicht auf seine Gebietsgröße zustehen würde. Ostpreußens Wirtschaftsbilanz zeigt ein bedeutendes Defizit, der Importüberschuß beträgt 3 218 000 to jährlich. Der Import von Deutschland bildet natürlich den größten Teil des Gesamtimports, der Import aus Polen nimmt trotz des Fehlens eines Handelsvertrages zwischen beiden Ländern . . . den zweiten Platz ein. Dieses Phänomen zeigt deutlich, daß Ostpreußen wirtschaftlich nach Polen gravitiert . . .

162

Rocznik Korporacyjny (1928).

(Deklarationen bei der Tagung des Polnischen Akademikerverbandes am 5./6. Juni 1927 in Danzig:) Polen muß ein mächtiger Staat werden, sowohl politisch wie wirtschaftlich. Zu Polen müssen dauernd und fest gehören alle Länder, die es heute besitzt, ferner diejenigen, die Polen ihren Reichtum, ihre Kultur verdanken (= Danzig) oder die seit Jahrhunderten vom polnischen Volk bewohnt werden (= Ermland, Masuren!) . . . (Speziell gegen Ostpreußen gerichtet ist die Arbeit zweier Korporationen, der „Grunwaldja“-Warschau und „Mazowja“-Posen. Über die „Grunwaldja“, gegründet 20. V. 1922, heißt es:) Der Leitgedanke ihrer Gründer war die Schaffung einer Grunwald-Idee durch Weckung des Kampfgedankens gegen den Germanismus als urewigen Feind der polnischen Selbständigkeit . . . Im Juli 1927 nahm die „Grunwaldja“ tätigen Anteil an der Errichtung . . . des „Grunwald-Museums“ in Soldau, das schließlich den Namen „Masurisches Museum“ erhielt (S. 44 f.) (Über die „Mazowja“:) Die Mitglieder der Korporation versammeln sich alljährlich auf einer Tagung in Soldau am Jahrestag der Schlacht von Grunwald (= Tannenberg). Diese Tagung ist zugleich der Erinnerungstag an die verlorene Volksabstimmung in Ermland und Masuren. Die Korporation nimmt tätigen Anteil an der nationalen Aufklärungsarbeit unter den Masuren (S. 60).

163

Aufruf der Korporation „Mazowja“ in:
Kurjer Poznański, 3. VI. 1928.

. . . Die in Ostpreußen erscheinende Halbmonatsschrift „Życie Młodzieży“ wendet sich in bitteren Worten hilfesuchend an alle Landsleute. „Viel, sehr viel schreibt und spricht man über uns . . ., über die Notwendigkeit der Arbeit unter uns, über Verteidigung der Jugend gegen die Germanisierung. Man macht die verschiedensten Pläne . . ., dis-

kutiert und damit Schluß . . . Es scheint fast, als wisse das polnische Volk nicht, daß es um Sein oder Nichtsein von 300 000 P o l e n geht . . . Nein, so darf es nicht weitergehen. Stellen wir der gegen unsere Nationalexistenz gerichteten Phalanx nicht vorbildliche Arbeit an der nationalen Jugend entgegen, so wird man einst an einem Trauertage die Sterbeglocken am Grab des polnischen Volks in Ostpreußen vernehmen. Wir wollen aber nicht untergehen und zu Preußen werden, wollen leben und uns weiter in unseren nationalen Traditionen entwickeln.“ Dieser Appell an das polnische Volk, aus dem Verzweiflung und Klage gegenüber dem Mutterland herausklingt, wird zweifellos die ganze Bevölkerung zur Opferwilligkeit gegenüber den Volksgenossen in der Fremde, die noch immer das Joch der Germanisierung spüren, erwecken. Leisten wir ihnen also eiligst Hilfe durch Lieferung polnischer Bücher, eine Hilfe, die sie zweifellos vor dem Ansturm der deutschen Kultur bewahren wird. Diese Aktion hat sich die Korporation „Mazowja“ zur Aufgabe gestellt, sie . . . nimmt Bücher, Broschüren u. a. entgegen, um sie nach Ostpreußen zu senden . . .

163 a

Aufruf der Korporation „M a z o w j a“ in:
„Głos Narodu“, 14. XII. 1930.

. . . Die Masuren sind unsere Brüder, sind Polen aus der Nähe von Warschau, die scharenweise als Kolonisten den Südstreifen Ostpreußens in Besitz genommen haben und bis auf den heutigen Tag das Polentum dieser Gebiete dokumentieren.

Heute schreien die Deutschen nach Pommerellen, weil es ihnen ohne Pommerellen schwer wird, sich in den geraubten Ländern zu halten. Sie wollen nicht die Wahrheit verstehen, daß, wenn Preußen ohne Verbindung mit unseren Ländern sich nicht halten kann, es mit Polen mitarbeiten muß. Um sachlich diesen Standpunkt festzuhalten, muß man sich aktiv, aggressiv dieser Frage annehmen. Eine kollektive Tat muß klarstellen, daß wir wissen, was unser Eigentum ist.

Die Korporation „M a z o w j a“ an der Universität Posen ⁴³⁾ propagiert, indem sie nur ein Stückchen der ihr in dieser Richtung zugefallenen Aufgaben aufnimmt, dauernd die Idee des polnischen Ostpreußens, besonders des masurischen Landes. Jetzt fordert sie die mit ihr sich solidarisch erklärenden Polen auf, für Masuren polnische Bücher zu spenden wie Werke, Erzählungen, Handbücher, Broschüren — kurz alles, was das gesunde polnische Wort enthält . . . Die gesammelten Bücher schicken wir über die Grenze ins

⁴³⁾ Wie aus dem auch in anderen polnischen Zeitungen abgedruckten Aufruf hervorgeht, sind außer in Posen für diese Sammlung noch in folgenden westpreussischen Städten Sammelstellen eingerichtet worden: Thorn, Graudenz, Briesen, Strasburg, Pelpin, Neuenturg, Soltau, Mewe, Schwef, Łódau, Konig.

masurische Land. Schon vor zwei Jahren versahen wir die polnischen Gesellschaften in Masuren mit mehreren tausend polnischen Büchern, die in einer ähnlichen Aktion in der polnischen Öffentlichkeit gesammelt worden waren. Auf diese Sendung antwortete uns u. a. der Exekutive Rat des Verbandes der Jugendvereine in Ostpreußen mit heißem Dank und der Bitte, die Sammlung fortzusetzen. Sie schreiben: „Denn wir haben nur bescheidene Anfänge im Büchereiwesen, und so kommt Eure Hilfe zur rechten Zeit und findet überall auf den Dörfern freudige Aufnahme . . .“

164 Plan rozwoju wybrzeża polskiego, Warschau 1928.

(Das in Gdingen geplante Meeresmuseum soll u. a. die Geschichte des Zugangs Polens zum Meer bis zu den Teilungen zeigen, ferner) . . . eine historische und ethnographische Begründung unserer unverjährbaren und immer mehr unwiderruflichen Rechte auf weitere Küstengebiete, als wir sie heute besitzen . . .

165 Rzeczpospolita (Warschau), 21. VII. 1928.

. . . (Nach 1660) wollte die Bevölkerung . . . einen solchen Akt des Unrechts nicht gutheißen, erhob durch Kalkstein und Bürgermeister Roth aus Königsberg Protest, ließ sich bis zu bewaffnetem Kampf hinreißen. Die beiden Helden und Märtyrer: Kalkstein und Roth, die nach Warschau geflüchtet waren, wurden . . . hinterlistig nach Königsberg gebracht und dort hingerichtet. Von nun an beginnt der Prozeß der Loslösung Preußens von Polen, der Unterdrückung, Germanisierung . . . Man muß bedenken, daß Ostpreußen eine Bevölkerung von 2 100 000 Menschen besitzt, davon sind 650 000 Masuren und Ermländer, 250 000 Litauer, der Rest sind Deutsche . . . Eine solche Lage zeigt, daß Ostpreußen ein besonderer Organismus ist, keinerlei Verbindung mit dem Deutschen Reich besitzt, vielmehr von dessen Einflüssen gänzlich losgelöst werden muß. Daher soll die am 15. Juli (1928) . . . gegründete „Vereinigung der Landsleute aus Masuren, Ermland und dem Marienburger Land“ . . . in Bromberg . . . durch Denkschriften, Presse-Artikel, Broschüren die Frage der unbefreiten polnischen Gebiete, vor allem des Ermlands und Masurens, vor das Forum der internationalen Politik bringen, die Lage in Ostpreußen . . . nach der Abstimmung . . ., die Polen niemals anerkennen kann, einer Revision unterwerfen mit der Forderung: Ostpreußen . . . zur Baltischen Schweiz zu erklären. Diese, keine andere Antwort kann Polen . . . auf die geforderte Revision der Ostgrenzen erteilen . . .

166

Erklärung der „Vereinigung“ in:
Slowo Pomorskie Nr. 222, 26. IX. 1928.
Smogorzewski, S. 104.

... Deutschland hat aus Ostpreußen ein Verschwörernest gegen den Frieden Europas gemacht. Nicht genug, daß es die polnische und litauische Bevölkerung ausrottet, geschehen hier in Ostpreußen die Verschwörungen der preußischen Militaristen mit den Sowjet-Agenten. Wir sehen keinen andern Weg zur Sicherung des europäischen Friedens gegen die preußische nationalistische Maffia als: Ostpreußen auf Grund von Artikel 19 der Völkerbundsatzung zu einer freien Bundesrepublik mit Kantonalverfassung für die drei Nationalitäten... zu erklären, d. h. die Baltische Schweiz zu schaffen...

167 Ziemia Pruska (Zeitschrift der Vereinigung) Juli 1929.

... Das ostpreußische Land ist ein von Schweiß und Tränen unserer polnischen Urväter getränktes Land, für uns selbst das Heimatland, wo unsere Wiege stand, wo unsere Augen die Trauer und das nationale Unglück sehen und wahrnehmen gelernt haben. Das ostpreußische Land ist ein Teil des Deutschen Reichs, am polnischen Meere gelegen. Es ist eine von urslavischem, wenn auch oberflächlich germanisiertem Element bewohnte Insel. Ganz Ostpreußen, umso mehr unsere nächste Heimat: Ermland und Masuren, ist ein politisch-wirtschaftliches Kuriosum, das eine natürliche Neigung zu Polen hat, jedoch mit Berlin vereinigt ist. Ostpreußen ist eins der wenigen Länder in Europa, in denen sich die Nationalitätenverhältnisse noch im Zustand der Gärung befinden, wo der trübe Lack der fremden Politur stellenweise platzt und abfällt und dabei den gesunden polnischen Kern zeigt. Um Ermland und Masuren tobte vor 9 Jahren der Kampf zwischen Deutschland und Polen; diesen Kampf haben nur scheinbar die Deutschen gewonnen. Auf unserer Seite aber haben diese unblutigen Kämpfe das Eisen des Nationalbewußtseins gestählt... Brüder aus dem Ermland, aus Masuren und dem Marienburger Land! Fürchtet die Verfolgungen nicht, steht zur polnischen Fahne unserer Väter; für die Schläge, die euch von der Hand des Feindes versetzt werden, werden wir einmal den Lohn verlangen!

168

Sokół na Pomorzu (Graudenz 1929), S. 38.
(Aus einer Adresse des „masurischen Sokół“ an den Wojewoden
am 3. V. 1927.

... Durch künstliche, ungerechte Schranken der ostpreußischen Grenze in natürlicher Nationalentwicklung gen Osten gehemmt, ar-

beiten wir . . . in der heiligen Überzeugung, daß die geschichtliche Gerechtigkeit und die Gnade des Höchsten uns ermöglichen werden, der einst auf dem Altar des Vaterlandes das Sohnesopfer darzubringen in Taten, die zur Vereinigung dieses Landesteils mit dem Mutterlande führen . . .

169 Słowo Pomorskie Nr. 162 — 17. VII. 1928.

(Aus der Rede des Sokół-Führers für Pommerellen bei der von der „Militärvorbereitung“ in Graudenz veranstalteten „Brunwald“-Feier) . . . Gegenüber den deutschen Präzensionen auf Pommerellen muß Polen, dem durch die Verträge Unrecht geschah, die ihm von den Deutschen geraubten Gebiete fordern: Danzig, Masuren, Ermland, das Weichselgebiet und Königsberg . . . (Aus der „Resolution“) . . . Wir haben den stärksten Willen, die bisher unbefreiten Gebiete, das Ermland, Weichselgebiet und Masuren, wiederzuerlangen, die uns von den Deutschen geraubt wurden, wo unsere Brüder . . . heute schreckliche Verfolgungen erdulden. In dem unvermeidlichen, künftigen Endkampf auf den Fluren eines neuen Tannenbergs wollen wir diesen Landen die Freiheit . . . wiederbringen . . . Wir fordern die Regierung auf, . . . die Frage ihrer Befreiung offiziell vorzubringen . . .

170 P A T in: Dziennik Poznański Nr. 41 — 19. II. 1928.

Die „Action Française“ bringt eine Korrespondenz von Le Boucher über die deutsche Agitation in Litauen. Le Boucher führt darin aus, daß die Urheber des Traktats von Versailles einen Fehler begingen, als sie Ostpreußen, das 632 Jahre zu Polen gehört hat, in deutschen Händen beließen. Dieses Land umfaßt einen bedeutenden Teil des ehemaligen Großfürstentums Litauen. .

171 Minister Strasburger (Rede in Paris) Dzień Pomorski.
27. V. 1930.

. . . Die Lage Ostpreußens ist von sich aus schwierig, nicht weil Ostpreußen von dem Reich durch das polnische Pommerellen abgetrennt ist, denn der Landverkehr ist . . . völlig zufriedenstellend, der Seeweg aber steht in Friedenszeiten und bei allen möglichen kriegerischen Konflikten offen. Die Schwierigkeiten des sogenannten polnischen Korridors sind eher gefühlsmäßiger Natur. Die schwierige Wirtschaftslage Ostpreußens ist herbeigeführt durch die bedeutende Entfernung dieser Gebiete von dem deutschen Industriezentrum. Wegen dieser Abgelegenheit kann die Landwirtschaft Ostpreußens (nur) unter Schwierigkeiten mit anderen Agrarproduzenten . . . konkurrieren. . . Meiner Meinung nach wäre es eine dankbare Aufgabe der polnischen

Wirtschaftspolitik, durch ökonomische Annäherung mit Ostpreußen nach Maßgabe des Möglichen eine Erleichterung der Wirtschaftslage Ostpreußens zu erstreben.

X. Militärische Erwägungen betr. Ostpreußen.

172

U m i a s t o w s k i, Territorjum, S. 99—100.

... Für den Feind ergibt sich ... die dankbare Aufgabe, uns ... vom Meer abzuschneiden. Unsere Flotte, der Aktionsbasis in Danzig beraubt, ist dann bestenfalls genötigt, in den östlichen Ostseehäfen Schutz zu suchen. Dann wird auch für Ostpreußen die Eisenbahnverbindung mit Deutschland hergestellt ... Die Lage wäre ungleich unangenehmer als die der Russen bei Kriegsausbruch, da ihre Gebiete nicht so weit nach Westen reichten wie unser Großpolen (-Posen). Im strategischen Raum Pommerellen stützen sich die Flügel der deutschen und polnischen Truppen auf das Meer. Unsere Aktion zeigt die Schwierigkeit, daß wir ... die Operation in West- und Ostrichtung aufnehmen (müssen). Ostpreußen kann man nicht leicht nehmen; es ist nicht lange her, daß wir ihm besondere Aufmerksamkeit widmen mußten ... (1920!, Alarm deutscher Linksblätter!) ... Unsere Kriegshandlungen im Raum Pommerellens haben Ostpreußens Lage, von der Metropole getrennt, aufrechtzuerhalten ... Normalerweise wird Pommerellen wahrscheinlich stets Standort zahlreicher Divisionen sein, damit jede Aktion in kürzester Zeit unternommen werden kann ... (Im Westen sei zu erstreben: Abhaltung des Feindes von der Danziger Bucht, eventuell Vorstoß an der Küste, um mit Unterstützung einer von Posen gegen Pommern vorgehenden Offensive die Oderlinie zu erreichen und Stettin zu besetzen) ... Ostpreußen muß wegen seiner rückwärtigen Lage uns gegenüber vom ersten Augenblick Kampfgelände unserer Offensive ... sein. Die Offensive gegen Ostpreußen wird völlig selbständigen Charakter tragen, sie kann — das ist für uns ein Aktivposten — auf breiter Front begonnen werden. Außer Beherrschung mehrerer Zehntausend qkm Fläche wird uns besonders der Wunsch vorwärts treiben, in längerer Ausdehnung die Küste zu berühren und der polnischen Flotte durch Beherrschung der Häfen Ostpreußens Bewegungsfreiheit nach Norden zu sichern. Die umflügelte deutsche Armee wird inmitten der unzähligen Seen Masuriens sich wie in einer belagerten Festung befinden, früher oder später zur Niederlage gezwungen sein. Es ist zweifelhaft, ob sie, ihre Bedürfnisse aus örtlichen Mitteln bestreitend, in Erwartung der siegreichen Offensive von jenseits der Weichsel sich längere Zeit halten kann, ob sie aus obigen Gründen dort überhaupt in größerer Stärke aufgestellt sein wird.

W e g e n a c h O s t p r e u ß e n. Unsere Offensive gegen Ostpreußen wird vornehmlich mit Kräften aus dem strategischen Zentralraum geführt werden. Hindernd steht dem der Mangel an Eisenbahnen und das schwierige Grenzterrain entgegen. Pommerellens vorzügliche Verbindungen sind weniger nutzbar, da Pommerellens Kräfte zweifellos mit dem Schutz der Westgrenze beschäftigt sein werden. Um also schnell auf den in Ostpreußen stehenden Gegner zu treffen, verbleiben nur die Eisenbahnen und Wege in Pommerellen rechts der Weichsel. Die Ecke Pommerellens rechts der Weichsel, das alte Kulmerland bildet einen sich 60 km nach Norden vorschiebenden Keil, von dort wird wahrscheinlich die Aktion, den Gegner vom Fluß abzudrängen und diesen bis zur Mündung zu beherrschen, ausgehen. Dieser Keil hat zur Basis die Weichsel mit den Festungen Thorn und Graudenz, dazwischen bildet die Weichsel einen von der Innenfestung Kulm geschützten Bogen. Hier kann also im Fall des Mißlingens das Heer im Brückenvorfeld, dessen Flanken durch den Fluß gesichert sind, Schutzstellung nehmen. Zweitens flankiert das Kulmerland das masurische Seengebiet und macht, bei Beteiligung einer in breiter Front aus Kongreßpolen angreifenden Armee, den Hauptangriff von Westen wahrscheinlich. Ziel des Angriffs auf (Ost-) Preußen ist: Erweiterung des Ostsee-Korridors. Eine Armee aus dem strategischen Zentralraum hat bis zur Küste, zu den alten Königsberger Forts, 5—6 Tagesmärsche, eine pommerellische Armee hat, von Graudenz ausgehend, die Möglichkeit, in 3 Tagesmärschen die Nogatmündungen und den Hafen Braunsberg zu besetzen.

Jede aus dem Kulmerland vorgehende Offensive wird sich in den ersten Augenblicken auf Pommerellen und Posen stützen. Mit dem Augenblick, da die Verbindungslinie des Mittelweichselgebiets mit dem pommerellischen Netz, die Linie Sierpc—Strasburg, erbaut sein wird, erfährt die Lage eine bedeutsame Wandlung. Die Abstimmung lieferte die kürzeste Eisenbahnverbindung Danzig—Warschau nicht in unsere Hände; dieser Mangel aber wird teilweise durch den Bau der Parallele ersetzt. Diese gibt uns die Möglichkeit, die Strecke: Warschau—Nasielsk—Sierpc—Strasburg—Graudenz—Danzig auszunutzen. Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung dieser Linie wird ungeheuer sein... Diese Linie gestattet, Reserven von Warschau oder auch von Süden über Warschau unter dem Schutz der Festungen Pommerellens in die Gabelung Drenzen-Weichsel zu werfen, gestattet das Wachsen der Faust, die in Ostpreußens Westwand schlägt, um sie zu zertrümmern. Wenn man den Charakter der Deutschen, ihre Neigung zur Systematik und Vorsorge kennt, muß man darauf vorbereitet sein, daß sie nötigenfalls aus Ostpreußen eine ungeheure, mit Menschen und Kriegsmaterial versorgte

Festung machen werden, daß der Kampf um Ostpreußen ein Riesenkampf sein wird — selbstverständlich (nur wenn die deutschen Rechnungen ergeben, daß Ostpreußen der Verteidigung wert ist, daß es sich lohnt, ungeheure Ausgaben für die Verstärkung zu tragen. Ostpreußens Verteidigung ist sinnvoll, wenn Hoffnung sein wird, es mit der Metropole zu vereinigen . . . Aber sogar Besetzung des Korridors beseitigt nicht völlig (die Möglichkeit des) Abzugs der Deutschen aus Ostpreußen, besonders bei erschwelter oder unsicherer Verbindung, falls die Weichselbrücken zerstört sind . . . Den polnischen Angriff von Warschau oder der Unterweichsel kann eine Aktion von Osten in dem 50 km breiten Grenzabschnitt von Rajgród nach Norden begleiten. Eine Schwierigkeit ist . . . das Fehlen genügender Bahnlinien. Eventuell läßt sich hierzu die Eisenbahn über Grajewo und die sie begleitende Chaussee ausnützen, der Weg, den 1656 die Polen und die mit ihnen verbündeten Tataren benutzten, um nach dem Sieg von Prostken das Kurfürstliche Preußen zu überschwemmen . . . Es ist zweifelhaft, ob Preußisch-Masuren, an drei Seiten . . . von unseren Truppen umgeben, sich halten wird. Und die Rettung des nördlichen Restgebiets bezahlt nicht die ungeheuren Kosten der Verteidigung, ohne Hoffnung auf Sieg. Ein Gebietsstreifen, 160—200 km breit und 50 km tief, von uns umschlossen, . . . wird er sich vor dem Feind bewahren, sich verteidigen lassen?

174

U m i a s t o w s k i , Terrytorjum S. 140.

. . . Ostpreußens völlige Umschließung erfordert die Kooperation Litauens, mindestens dessen wirkliche Neutralität. Die heutigen Herren Preußens haben in ihrem tödlichen Haß gegen uns, in ihrem Drang nach Osten sich Litauen als Expansionsgebiet ausersehen, wo sie energische Propaganda treiben und Litauens Regierungen in ihren Bemühungen gegen das Polentum unterstützen. Jedoch existieren Streitpunkte zwischen Litauen und Deutschland (Memelgebiet): Deutschland erstrebt seine völlige Autonomie. An der anderen Grenze Ostpreußens hätte sich ein Danzig analoges Produkt gebildet, das bei Umsturz oder Krieg sich erneut mit dem Reich verbunden hätte . . . Streitgrund außer Memel . . . ist die Frage der Litauer auf dem linken Ufer der unteren Memel. Der Ausweg zum Meer durch Deutschland, Memel, die Gebiete Preußisch-Litauens, das sind die Gründe späterer Streitigkeiten, die nur bei Kooperation mit Polen für Litauen günstig entschieden werden können.

175

U m i a s t o w s k i , Terrytorjum, S. 144.

. . . Wie eine Hagelwolke schwebt Ostpreußen über unseren Verbindungen mit dem nordwestlichen Staatsgebiet, über dem nördlichen strategischen Zentralraum. Vom südlichsten Grenzpunkt Ostpreußens bis Warschau sind es nur 110 km . . . Es entsteht also die Frage: Wel-

cher Art soll unsere Aktion gegen Ostpreußen im Kriegsfall sein? Energisch — bei Verwendung größerer Truppenmengen — oder Beschränkung auf die Tätigkeit kleiner Abteilungen? Das ausgezeichnete Wegenetz des Seengebiets kann von seinem Besitzer zu schnellem Sprung benutzt werden. Außer der Beseitigung der Gefahr des Überfalls hat die Bekämpfung und Überwältigung des ostpreußischen Seengebiets als konkretes, positives Ziel vor sich: Königsberg und Pillau. Der Hafen Danzig liegt zu nahe der Westgrenze. — Es hält schwer, die Lage an der Ostsee, wie sie gegenwärtig ist, sich für längere Zeit vorzustellen. Es ist für beide Teile geradezu unmöglich, sie aufrechtzuerhalten. Zu dicht an Warschau liegt die ostpreußische Insel, zu schmal ist der lange Hals des Korridors. Die in ihm operierenden Truppen würden bei Aufrechterhaltung der politischen Grenzen als Fronten sich unsicher und schwach fühlen. Bedingung für die Erhaltung Pommerns, unerläßliche Bedingung im Kriegsfall ist: in ganzer Breite Ostpreußens zur Küste vorzudringen. Nur eine Art gibt es, die Würfel zu werfen, alle übrigen bedeuten Verlust der Weichselmündung . . .

176

Umiastowski, Geografja, S. 55—56.

. . . Bei der heutigen Grenzlage ist es für den von Polen kommenden Angriff nicht notwendig, die Seenkette zu forcieren. Das Kulmerland reicht weit nach Norden; sein Besitz gestattet Durchführung von Kampfhandlungen längs der unteren Weichsel, sofortigen Übergang in das Küstentiefland . . . nach Braunsberg, in das Pregelgebiet. Die Exklave Ostpreußen im Kriege zu halten, ist für Deutschland schwierig, selbst wenn es die See völlig beherrscht. Ostpreußen kann eine starke, selbständige Armee aufstellen . . . Diese Armee kann im Lande ernährt, aber nicht bewaffnet und equipiert werden. Hält sie sich länger, so schafft das für beide polnische Korridore eine Gefahr, sie kann ihnen die Verbindung mit dem Staat unterbrechen. Wird die Armee verstärkt, so hat sie im Süden ein durch nichts geschütztes Land vor sich . . . Gleichzeitig befindet sie sich in ausnahmsweise schwieriger Lage, denn sie steht auf einer Insel, die . . . 500—250 km von der Ostgrenze des geschlossenen Staatsgebiets liegt, während Ostpreußens Nordgrenze . . . kaum 140 km von Polens vorgeschobenen Grenzpunkten ab liegt.

177

Umiastowski, Geografja, S. 110.

. . . Litauen kann in einem deutsch-polnischen Kampf auf die eine oder andere Seite treten. Seine Flügelstellung ist für beide Teile wertvoll. Diese wenigen litauischen Divisionen — stehen sie nun auf der einen oder der andern Seite — können über Ost-

preußen oder den Wilna-Korridor entscheiden. Wohin führt Litauen sein wohlverstandenes Interesse? Wo hat es die Möglichkeit, reale Eroberungen zu machen?... Nur im Bündnis mit Polen! Es gibt nichts Litauisches im nordöstlichen Polen, wohl aber ungefähr 220000 Litauer in Preußisch-Litauen. Ihr Nationalbewußtsein erstickt der Oberpräsident Ostpreußens heute im Auftrage der deutschen Republik, wie er es s. Zt. für die deutsche Monarchie tat. Und nur mit Hilfe Polens kann Litauen . . . dieses sein Vätererbe wiedererlangen.

178 U m i a s t o w s k i, Geografja, S. 291.

. . . Nur in den ersten Kampftagen können die polnischen Fronten sich bis zu den nördlichen Grenzgebieten, zu den Düna-Ufern und dem offenen Meer erstrecken. Jeder spätere Augenblick muß sie verstärken; darunter ist zu verstehen: Bekämpfung und Beherrschung der Lande zwischen dem Unterlauf von Weichsel und Memel; andernfalls werden die nördlichen Frontabschnitte vernichtet.

179 U m i a s t o w s k i, Geografja, S. 38.

. . . Natürliches Ziel der polnischen Aktionen im Korridor ist die Bewahrung des Zugangs zum Meer, Aufrechterhaltung der Lage Ostpreußens in seiner Abschnürung vom Reich. V o r ü b e r g e h e n d e Aufgabe des pommerellischen Korridors, ganz oder teilweise, während eines Krieges ist völlig verständlich, kann stattfinden.

180 U m i a s t o w s k i, Geografja, S. 292.

. . . Kriegsimport wird . . . (über See) nur in vereinzelt Fällen möglich sein, da die Ausgangspforten der Belte leicht zu sperren sind. Die Verbindung mit dem Meer gehört daher nicht zur prinzipiellen Basis der polnischen Kampfhandlungen; A b s c h n ü r u n g v o m M e e r ist daher kein tödlicher Stoß für den Staatsorganismus. Sämtliche in Europa neu entstandenen Staaten sind Kontinentalstaaten . . . wie die Tschechoslowakei, Ungarn usw.

Ein Gebiet, das vorübergehend verloren gehen kann, wobei das Kriegsgeschick durch diese Tatsache nicht entschieden wird, ist Nordpolen. Man muß betonen, darunter ist zu verstehen: vorübergehender Verlust im Kriege in der Zeit intensiven Kampfes des Staatsorganismus, der ohne diese Gebiete zeitweilig das Fieberstadium überstehen kann. In Friedenszeiten dagegen haben diese Gebiete entscheidende Bedeutung für die Existenz der Nation . . . Verlust für die Dauer wäre für den Staat ein vernichtender Schlag, denn dort hindurch geht . . . die Weichsel, ohne die es keine Nation gibt.

181

Srokowski, Zadania, S. 7.

. . . Eine auch nur vorübergehende Vertreibung aus unserer Ostseeposition wäre das Grab unserer Großmachtstellung, da dieser Verlust von Dauer sein würde. Er wird gleichbedeutend sein mit dem Herabdrücken Polens in die Reihe drittrangiger, schwacher Kleinstaaten, wenn nicht gar mit gleichzeitiger Aufhebung der . . . Fähigkeit Polens, einen selbständigen Staat zu bilden. Wir sind der Meinung, daß wir . . . gerade in Pommerellen derart auf festen Füßen stehen müssen, daß von einer Vertreibung von dort nicht die Rede sein könnte. Dort, wo einst sich das Polen treue Danzig gegen Schweden verteidigte, ist auch der Platz für das polnische Verdun, zumal das an der Ostgrenze liegende Ostpreußen ein Land ist, das gar nicht daran denkt, sich zu unterwerfen und sich allmählich in ein großes Heerlager verwandelt.

182

Z. Żorawski, in: Kurjer Warszawski Nr. 40, 10. II. 1930.

. . . Pommerellen bedeutet nicht nur den Weg zum Meer, sondern auch die Schranke, die Ostpreußen vom Rest Deutschlands trennt und in hohem Maße Ostpreußens militärische Bedeutung mindert . . . Ostpreußen bildet eine ernste Bedrohung Zentralpolens. Man darf nicht vergessen, daß unmittelbar seiner Einwirkung Warschau ausgesetzt ist, von dem Ostpreußen kaum 110 km = drei normale Tagesmärsche für preußische Truppen, entfernt ist . . . Solange Pommerellen in unserer Hand ist, ist Ostpreußen ein Zahn, stets bereit, uns zu beißen, aber des Giftes beraubt. Anders wird die Lage, wenn aus irgendeinem Grund, sei er politisch oder militärisch, Pommerellen für die Zeit einer eventuellen Räumung unserer Herrschaft entgleitet. Dann werden die Deutschen sofort einen bedeutenden Teil unseres Gebiets im Halbkreis umfassen. Im Besitz der allergünstigsten Bedingungen für einen Angriff, werden sie durch unmittelbare Bedrohung unseres Staatszentrums uns zu Verteidigungsmaßnahmen nötigen, die unter den allerschwierigsten Bedingungen . . . ergriffen werden müßten. Ostpreußens Abtrennung vom Reich . . . mindert den gefährvollen Charakter dieses deutschen Ostbollwerks erheblich. Ostpreußen ist groß genug, um ein starkes Heer aufzustellen, zu klein und zu arm aber, um im Kriege seine Truppen aus eigenen Kräften mit Kriegsmaterial zu versorgen . . . Man gibt sich also keinem Irrtum hin, wenn man die Hauptgründe der hartnäckigen deutschen Bestrebungen auf Wiedergewinnung Pommerellens in dessen militärischer Bedeutung sucht . . . In Friedenszeiten behindert das polnische Pommerellen nicht die normale Entwicklung der Wirtschaft Ostpreußens, während es in Kriegszeiten die Verstärkung seiner Wehrmacht außerordentlich schwierig macht. Das ist der eigentliche Grund des sinnlosen revisionistischen Geschreis, das die Vernichtung des den deutschen Nationalisten so verhaßten „polnischen Korridors“ fordert.

Die Verteidigung dieses relativ langen, engen Gebietsstreifens ist allerdings keine einfache leichte Sache, keineswegs aber unlösbar. Schon die Bodengestaltung kommt uns zu Hilfe. Oberflächengestaltung und -bedeckung erschweren Operationen größerer, von Westen nach Pommerellen kommender Einheiten beträchtlich. Im Wege steht ihnen das Wald- und Seengebiet von Karthaus-Berent, das gewaltige Gebiet der Tuchler Heide und der Waldstreifen an der Brahe. Die breite Linie der Weichsel, die im pommerellischen Teil ein bedeutendes, selbst beim heutigen Stand der Kriegstechnik schwer zu überwindendes Hindernis bildet, schützt Pommerellen nach Osten. Die Verteidigung Pommerellens kann mit Leichtigkeit diese Terraineigenschaften ausnutzen — durch Schließung der schmalen Durchgänge durch die natürlich schützenden Gebiete und Befestigung der Weichsellinie, um ihre Überschreitung zu hindern . . . (Nach dem Muster der Wald-Sperranlagen im Süden Ostpreußens sei auszubauen) ein Blockhaus-System an der Westgrenze Pommerellens . . . Das gestattet, aus dem heutigen „Korridor“ einen wirklichen Verteidigungsrayon zu schaffen, an dessen Eroberung sich so leicht und so bald niemand wagen wird . . . Die einzige, Gott sei Dank verwirklichte Form der durch den Versailler Vertrag erzwungenen deutschen Rüstungsbeschränkungen besteht darin, daß Deutschland weitgehend seiner schweren Artillerie beraubt wurde . . . Gegen Feldartillerie, selbst schwereren Kalibers, ist Beton ein sehr wirksamer Schutz . . . Pommerellen kann darauf in hohem Maße seine Sicherheit und Verteidigung ausbauen. Die heutige Reichswehr . . . wird nicht wagen, die in Friedenszeit befestigte Weichsellinie zu erobern oder in Gebiete einzudringen, in denen die wenigen Wege durch ein von Beton verborgenes Feuernetz verschlossen sind . . . Vom politischen Standpunkt ist jede neue Verteidigungsstellung, jedes neue Maschinen-gewehrnest . . . in Pommerellen . . . ein Nagel zum Sarge für das Verlangen der Deutschen nach Revision der Ostgrenzen. Diese (Befestigungs-)Arbeiten werden in der ganzen Welt die Überzeugung stärken, daß wir unerschütterlich gewillt sind, unsere Länder zu behalten, daß dies ein Wille ist, den man nur in einem Kampf um Leben und Tod brechen kann. Aus solchem Kampf aber geht nur der als Sieger hervor, der seine Rechte verteidigt, der nicht nach fremdem Gute greift.

Nachtrag.

Hugo Barke und Kasimir Jaroszyk: „Walka o Mazowsze Pruskie“ (= „Der Kampf um Preußisch-Masowien“), Posen 1931, 103 Seiten (ill.).

Die während des Drucks dieser Sammlung veröffentlichte Schrift erscheint bedeutsam wegen der Person ihrer Verfasser. H. Barke war zeitweilig Schriftleiter der von seinem Bruder Karl Barke 1896 begründeten „Gazeta Ludowa“ in Lyck (später in Ortelsburg), die nach einigen Jahren ihr Erscheinen einstellen mußte. Kasimir Jaroszyk aber wirkte rund 20 Jahre in Ostpreußen für die polnische Propaganda, von 1908 bis nach der Abstimmungszeit als Schriftleiter des „Mazur“ in Ortelsburg, dann des „Mazurski Przyjaciół Ludu“; schließlich war er bei der „Gazeta Olsztynska“-Allenstein tätig. So enthält diese Schrift mancherlei persönliche Erlebnisse ihrer Verfasser (besonders Jaroszyks), darüber hinaus Mitteilungen über die Zustände in Masuren, die aber gegenüber früheren polnischen Darstellungen nichts Neues bieten.

Welche Ziele diese Arbeit verfolgt, wird in dem „Vorwort“ offen ausgesprochen. Sie sei veranlaßt durch „die deutsche Zehnjahresfeier des Abstimmungs„sieges“, durch den Treviranus-Angriff auf das polnische Pommerellen . . . Was Pommerellen betrifft, beißen die Deutschen auf Granit. Geantwortet haben ihnen das (polnische) Volk, Minister Zaleski, Frankreich; geantwortet hat Pommerellen, als es bei den letzten Wahlen keinen einzigen Deutschen in den polnischen Sejm entsandte. — Aber diese Antworten sind ungenügend. Die von den Preußen geraubten Lande sind zum Mutterland zurückgekehrt — diese Lande werden die Kreuzritter nie mehr zurückerhalten. Treviranus aber sollte wissen, daß dort in Ostpreußen noch polnische Gebiete . . . existieren . . ., daß dieser Preuße, der seine Tatzen nach urpolnischem Boden ausstreckt, gleichzeitig die polnische Bevölkerung knebelt und unterdrückt, daß er in Ostpreußen die Abstimmung durch Lüge und Terror gefälscht und auf Grund der gefälschten Abstimmung Masuren, Ermland und das Marienburger Land behalten hat — Länder, die von unstreitig polnischer Bevölkerung bewohnt werden und sich einst

mit dem Mutterlande vereinigen sollen und müssen“ (S. 3/4).

Maßuren sei das „Land, in dem das preußische System . . . nicht nur in abscheulicher Weise seit Jahrhunderten die Bevölkerung entnationalisiert, sondern sich auch bemüht, diese Bevölkerung . . . zu erbitterten Gegnern des eigenen Volkes zu erziehen, aus ihr und den hinzuströmenden deutschen Kolonisten an Polens Grenzen eine feindliche Armee zu bilden . . .

Auf unsere Ansprüche auf die polnischen Gebiete in Ostpreußen verzichten wir nicht, können wir nicht verzichten. Unsere Ansprüche sind berechtigt, da wir nicht — wie die Deutschen — Gebiete, die von Deutschen bewohnt werden, sondern solche, die von gebürtigen Polen bewohnt werden, verlangen. Dennoch droht Ostpreußen von polnischer Seite keine Gefahr. Kein Pole träumt von einem bewaffneten Überfall auf das „Land des Schwarzen Kreuzes“, niemand denkt daran, diese Provinz zu erwürgen. Im Gegenteil! Unermüdlich streckt Polen die Hand zur Versöhnung aus, wünscht (es) Anbahnung mindestens erträglicher Beziehungen zu Ostpreußen . . . (folgt eine entsprechende Erklärung des Ministers Zaleski!) . . . Aber das „Land des Schwarzen Kreuzes“ will dieser böse Geist sein, dieser Satan der Rache und Revanche, will unter der Losung „ex oriente lux“ ganz Deutschland mit diesem Geiste erfüllen . . ., erwartet — wie aus Pressestimmen und Reden bedeutender Persönlichkeiten Ostpreußens hervorgeht — ungeduldig . . . die Stunde der bewaffneten Abrechnung mit Polen . . . Ostpreußen nutzt seine Isolierung aus und rechnet nicht einmal mit der eigenen Zentralregierung in Berlin, sondern treibt eigene antipolnische Politik, verschwört sich mit Litauern und Bolschewisten; um Polen zu unterdrücken, ist das „Land des Schwarzen Kreuzes“ bereit, mit dem Teufel selbst sich zu verbünden.

Unaufhörlich kommen zu uns aus Ostpreußen Klagen unserer Landsleute über Gewalttaten der von der Presse verhetzten Renegaten und deutschen Chauvinisten gegen die wehrlose polnische Bevölkerung, über Schließung polnischer Schulen . . ., Beschränkung polnischer Gottesdienste, über die polenfeindliche Agitation . . . der deutschkatholischen Geistlichkeit, die die Germanisierungsergebnisse als „natürlichen Prozeß“ und „freiwillige Assimilierung“ der Bevölkerung bezeichnen trotz der Tatsache, daß sämtliche Deutschen . . . sämtliche Mittel des Terrors und der Hinterlist anwenden, nicht nur zur Entnationalisierung der polnischen Bevölkerung, sondern auch zur Erziehung dieser Bevölkerung . . . im Geiste jener „Heimattreuen“, die sich täglich das Kennzeichen des Polentums von der Stirn wischen und durch die verschiedensten polenfeindlichen Taten beweisen wollen, daß

sie nicht nur Preußen sind, sondern die gebürtigen Preußen im Haß gegen Polen sogar zu übertreffen verstehen. Die Klagen unserer Landsleute müssen in Polen ein Echo finden. Leider helfen Demonstrationen der patriotischen, mit besten Wünschen erfüllten Jugend unseren Landsleuten nicht; sondern wir müssen uns zu einer Antwort aufraffen, die die Deutschen am eigenen Leib empfindlich verspüren würden. Auf die Schließung polnischer Schulen in Deutschland müssen wir mit der Schließung deutscher Schulen in Polen antworten, mit dauerndem Boykott deutscher Waren und deutscher Filme; kurz, wir müssen uns zu einer energischen Aktion aufraffen, die . . . erzieherisch auf den Teil des deutschen Volkes wirken wird, der, durch ungesunden Nationalismus . . . verblendet, für die deutschen Minderheiten weitgehendste Rechte und Privilegien wünscht, . . . die eigenen Minderheiten . . . (aber) brutal und rücksichtslos unterdrückt . . .

Die Deutschen sagen, Pommerellen sei ein „Pfahl im deutschen Fleische“. Es scheint jedoch, daß eher Ostpreußen ein „Pfahl im polnischen Fleische“ genannt werden kann. Nicht genug, daß diese, sich in polnisches Land einzwängende . . . Provinz sich so . . . aufreizend und gehässig gegen Polen gebärdet, sie steckt auch die Bürger im Reich mit dem Geist des Hasses an, läßt . . . die deutschen Militärorganisationen sich blühend entwickeln . . ., verfolgt dicht unter den Augen Polens die polnische Minderheit . . .“ (S. 4—6).

Der erste Teil der Arbeit, der die Überschrift trägt: „Zum Untergang verurteilt“ (S. 9—20) wiederholt zunächst: „Die Kreuzritter in Ostpreußen feiern die zehnjährige Wiederkehr ihres angeblichen Abstimmungs„sieg“es“. Indes ist diese deutsche Feier eine Fälschung, denn in Ostpreußen gab es keine Volksabstimmung . . . Eine Volksabstimmung ist der Ausdruck des Volkswillens, und von Äußerung des Volkswillens konnte vor 10 Jahren in Masuren keine Rede sein. Der Abstimmungskommissar von Gayl selbst erklärte öffentlich . . ., daß dort einige Persönlichkeiten, die die kritiklosen Massen mit sich zogen, den Volkswillen zum Ausdruck brachten. Die Menge hörte blind auf ihre Führer — schreibt v. Gayl ausdrücklich. Mit Gewalt und Terror zwang man die Masuren, für Deutschland zu stimmen; wer der Sympathie für Polen verdächtig war, wurde als Verräter der deutschen Sache . . . behandelt.“ (S. 9.)

Als Erläuterung des polnischen Mißgeschicks folgen längere Ausführungen über die Germanisierung der Masuren in den Schulen, gegen deren allzu harte Art sogar Pastor Hensel in seiner Schrift über die Masuren (Zitat!) protestiert habe, jedoch auch nur, weil er selbst die Germanisierung durch Milde, durch Kirche und religiös gefärbte Zeitschriften (polnischer Sprache, aber antipolnischen Inhalts) vertreten habe. Das Resultat sei gewesen, daß „das

V

W ab onkykita
↓
↓
↓

masurische Volk, von den Preußen . . . verdummt, zum Gespött sogar der eigenen Erzieher wurde; diese schrieben: „Wo sich anfängt das Masur, da sich aufhört der Kultur“. Der Deutsche verachtete die Masuren, schmeichelte ihnen aber, wo er sie brauchte . . . Unwissenheit und Not waren die Folgen des Entnationalisierungssystems. Von nationaler Aufklärung der breiten Volksschichten konnte unter solchen Bedingungen keine Rede sein“ (S. 13).

Es folgen Mitteilungen über die Volksabstimmung, in denen nur die Terrorlüge variiert wird. U. a. heißt es: „Man hatte das arme Völkchen in der Hand, die Polen freundlich gesonnenen Masuren aber wurden in unerhörter Weise terrorisiert, als Verräter angesehen . . .“ Nichts habe sich durch die Interalliierte Kommission geändert, „der Terror verstärkte sich sogar noch. Die Polen konnten sich nicht rühren, überall überfielen sie die deutschen Banden, überall wurden die Versammlungen auseinandergetrieben. . . Die Deutschen hatten Geld und kauften die niedrigsten und verbrecherischsten . . . Elemente . . . Es war klar, daß unter solchen Bedingungen die Volksabstimmung Wahnsinn war“ (S. 15).

„Die Volksabstimmung hat den Übermut der ostpreußischen Kreuzritter noch gestärkt, heute betreiben sie ungehindert die Germanisierung des masurischen und ermländischen Volkes weiter . . . Sämtliche Parteien in Masuren und Ermland beteiligen sich an der Entnationalisierungsarbeit; katholische Zentrumsmänner stehen . . . Schulter an Schulter mit den evangelischen Pastoren, die den nationalen Tod der Masuren überwachen. Überall in der Presse wird das Entnationalisierungssystem verteidigt, die Entnationalisierung als historischer und natürlicher Prozeß angesehen . . .“ (S. 16). Die Absichten der Deutschen gingen dahin, „daß in Kürze in Masuren und im Ermland . . . nicht bloß (nur) Preußen vorhanden seien, sondern Todfeinde der Polen, jederzeit bereit . . . (für) den von ihnen erwarteten Tag . . . der Rache und der Revanche . . .“ (S. 18).

Es sei also notwendig, den inneren Streit in Polen zu überwinden. „Schon besteht Gefahr, der Feind bedroht Polens Grenzen, mobilisiert seine Kräfte. Wir dürfen uns nicht . . . in feindliche Läger spalten, sondern müssen unter einer starken, auf das Vertrauen des ganzen Volkes gestützten Regierung der drohenden Gefahr . . . die Stirn bieten . . . Ein starkes, einiges und mächtiges Polen wird die Absichten dieser unserer Feinde vernichten . . . Sie verurteilen in Ostpreußen unser Volk zum nationalen Tode, an den Grenzen legen sie einen Wall deutscher Siedlungen an, dann aber: „Nach Ostland wollen wir reiten!“ . . . Polen, Achtung!“ (S. 18—20).

1) Im Original deutsch!

Der nunmehr folgende Hauptteil: „Preußisch-Masovien“ (S. 20 bis 66) gliedert sich in mehrere Unterabschnitte.

Abchnitt I (S. 21—38) bringt kurze geographische Angaben, ferner Mitteilungen über die masurische Bevölkerung (u. a. „die Bevölkerung der polnischen Kreise beträgt rund 450 000“, S. 22) und ihre wirtschaftliche Lage, die im Gegensatz zu anderen Autoren als recht günstig bezeichnet wird.

Die Angaben über die Sprachenverhältnisse beschränken sich darauf, Proben des schlechten Polnisch in behördlichen Verfügungen zu bieten, näher eingegangen wird auf die Schulverhältnisse. Hierzu heißt es u. a. „Das sechsjährige Kind kommt zur Schule, ohne ein Wörtchen Deutsch zu verstehen, der Lehrer aber, der nicht Polnisch versteht, soll es unterrichten! Ist das nicht Wahnsinn?

Acht Jahre lang wird das Kind in der Schule gequält; das Resultat ist, daß es nicht Deutsch gelernt, aber vergessen hat, was es Polnisch konnte. Das Landkind kehrt nach der Schulzeit wieder zur Muttersprache zurück und vergißt in einigen Jahren die mühevoll gelehrtete deutsche Sprache völlig . . . Solche Ergebnisse erzielt die „berühmte“ preußische Schule in Masuren!

Das wäre aber nicht das größte „Übel“ der preußischen Schule in Masuren. Die Demoralisierung, die die preußische Schule in die polnische Bevölkerung Masurens hineinbringt, ist einfach schrecklich und verbrecherisch . . . Zwischen Eltern und Kindern schafft sie einen tiefen Abgrund“ (S. 28).

Die Kirchenverhältnisse in Masuren seien „in vieler Hinsicht . . . für die nationale Sache insofern besser, als die Pastoren . . . nicht den geringsten Einfluß auf die masurische Bevölkerung besitzen“ (S. 29). Danach geht die Darstellung zu den Sektensbildungen in Masuren über (S. 31—33).

Abchnitt II (S. 35—42) beginnt mit der seltenen Feststellung: „Preußisch-Masovien ist kein urpolnisches Land“ (S. 36), um in Kürze zu beschreiben: die Einfälle der Altpreußen in Polen, die vergeblichen polnischen Versuche, sie zu bekehren und zu unterjochen, sodann die Berufung des Deutschen Ordens durch Herzog Konrad von Masovien, die „Fälschungen“ des Ordens, schließlich die Kämpfe zwischen dem Orden und Polen unter Wladyslaw Lokietek.

Abchnitt III (S. 43—48) skizziert das Vordringen der masovischen Siedler nach 1350, ihre Ausbreitung in Ostpreußen bis Ende des 17. Jahrhunderts (nach Kętrzyński), schließlich das Zurückweichen der Sprachgrenze nach 1724 als Folge der „Belebung der deutschen Expansivität nach Eintreffen der Salzburger, sowie des Niedergangs des öffentlichen und literarischen Lebens“ (S. 48).

Abchnitt IV (S. 49—66) behandelt die Geschichte der masurischen bzw. polnischen Presse in Ostpreußen. Nach

Erwähnung der „Pocztą Królewiecka“ (1718—1720) und Hinweis auf die fortschreitende Verdeutschung Ostpreußens im 18. Jahrhundert werden erwähnt: der „Kurek Mazurski“ in Johannisburg (1824) der „Łecki Przypiaciel Ludu“ in Lyck, herausgegeben von den Pfarrern Gisevius und Mroingovius (in Danzig), wobei die Rolle Gisevius' in der masurischen Bewegung eingehender geschildert wird (S. 50—53), weiter die 1870/71 für die masurischen Soldaten erscheinende Zeitschrift „Hasło“ (= „Die Parole“), zu der bemerkt wird: „Wenn man die Masuren zur Landesverteidigung . . . brauchte, konnten die Deutschen sogar polnische Zeitschriften herausgeben . . . Mit solchen Mitteln und Mittelchen lockte man das polnische Volk in die Metzerei“ (S. 55).

Es folgen die seit 1882 in Breslau erscheinenden, aber auch in Masuren verbreiteten „Nowiny Śląskie“ (= „Schlesische Nachrichten“), dann aber die von Gersz herausgegebene „Gazeta Lecka“ (= „Lößener Zeitung“), deren Werk es sei, „daß heute die Mehrzahl der Masuren sich Preußen nennt“ (S. 55). Nach kurzer Erwähnung des von dem Apotheker Sembrzycki in Osterode kurze Zeit herausgegebenen „Mazur“ folgen längere Ausführungen über den aus „Reptiliengeldern“ herausgegebenen „Pruski Przypiaciel Familji“, schließlich werden die Schicksale der 1896 begründeten „Gazeta Ludowa“ (= „Volkszeitung“) in Lyck, sowie die Reichstagswahl 1898 auf Grund persönlicher Erinnerungen des Mitverfassers Hugo Barke geschildert. Dann wendet sich die Darstellung nochmals zu dem „Pruski Przypiaciel Familji“, dessen langjähriger Herausgeber, Superintendent H e n s e l - Johannisburg, „einer der fanatischsten Feinde . . . des masurischen Volks“ gewesen sei. „Dieser Hetzer, der öffentlich erklärte, die Masuren seien Polen, dieser „Diener Gottes“, von dem die Masuren wegen ihres Polentums viele Verfolgungen erduldeten, dieser „Verbreiter“ des Gotteswortes gab eine Schrift . . . heraus, in der er die Masuren in der niederträchtigsten und schamlosesten Weise verächtlich machte“ (S. 64, folgen Zitate aus der Hensel'schen Schrift über die Trunksucht der Masuren u. ä.). Der Nachfolger Hensels, Pfarrer Skowronnek, wird nur kurz als „ein echter Germanisator“ bezeichnet.

Über die Hintergründe der Ende des 19. Jahrhunderts in Ostpreußen einsetzenden polnischen Propaganda, zumal über ihre Beziehungen nach Warschau oder Posen, über die die Verfasser genaueste Auskunft geben könnten, wurden bisher kaum Mitteilungen gemacht. Ganz zum Schluß des Abschnitts werden in kurzen Worten die Förderer der Propaganda genannt: in Warschau Rechtsanwalt Osuchowski, Dr. Parczewski, Generalsuperintendent Bursche, in Posen K. Rzepecki u. a.

Die restlichen Seiten (S. 67—88) bieten Erinnerungen von K. J a r o s z y k aus seiner Tätigkeit in Ostpreußen, wobei des öftern auf die unermüdlige Förderung seiner Arbeit durch Rechtsanwalt Osuchowski-Warschau hingewiesen wird.

Der Abschnitt „Nach dem Weltkrieg“ (S. 77—88) behandelt vorzugsweise, allerdings unsystematisch, die Abstimmungszeit. Zwar werden vorwiegend persönliche Erlebnisse und Leiden des Verfassers berichtet, doch besitzt die Darstellung darüber hinaus Wert als Bestätigung des Urteils, das M. Worgitzki (in seiner Schrift: „Die Volksabstimmung in Ostpreußen“) über die polnischen Agenten gefällt hat. Hier heißt es nämlich: „Aus verschiedenen Gründen lohnt es sich nicht, hier ausführlich über die Tätigkeit des Masurischen Komitees zu schreiben. Es war aber übel, es gab unangenehme Fehlschläge und Enttäuschungen. Man trieb schlechte Politik, wirtschaftete schlecht. Die Gutmütigkeit und Schwäche der maßgebenden Persönlichkeiten nutzten raffinierte Ausbeuter, . . . die sich schnell bereichern wollten, aus. Osuchowskis Posten in Ortelsburg wurde ignoriert. Man wollte etwas Neues, Großes, Imposantes schaffen. Man schuf bis zum Ende der Abstimmung, geschaffen wurde nichts . . . Spione gab es viele im Hauptquartier des Masurischen Komitees. Worgitzki war von fast allen polnischen Absichten schnell unterrichtet . . . Dort, wo Geld wirklich gebraucht wurde, war keins vorhanden. Diese Wirtschaft war Wasser auf die Mühlen der deutschen Agitation und der Schlaueheit Max Worgitzki's“ (S. 84/85).

Vielsagend ist auch die Klage über die schlechte Behandlung Jaroszyks durch die maßgebenden Faktoren, wo es schließlich heißt: „Jaroszyk gab seinen Posten als Schriftleiter der „Gazeta Olsztyńska“ auf. Er war „verbraucht“. Nach zwanzigjähriger Arbeit in Masuren und Ermland schickte man ihn „in Ruhe“. Das sind aber Dinge, über die man nicht schreiben kann“ (S. 87). Nichtsdestoweniger schließt der Abschnitt mit großen Worten: „Die Deutschen sagen, der Masure ist blind. Meistens geben die Masuren ihre Blindheit zu, aber sie sagen, daß, wenn der Masure sehend wird, er durch ein zolldickes Brett hindurchsieht. Verlassen wir die preußischen Masuren nicht, denn früher oder später werden sie sehend werden und zum Mutterlande zurückkehren! Es lebe Polen! Es leben die Masuren!“ (S. 88.)

In dem „Schlußwort“ (S. 88—91) versichern die Verfasser selbstverständlich, daß kein Haß gegen die Deutschen sie zu ihrem Werk veranlaßt habe. „Aber wegen der deutschen Arroganz, wegen der . . . deutschen Rolle als Verteidiger nationaler Minderheiten . . . müssen wir . . . dem deutschen Volke die Heuchelei aufzeigen und die Ungeheuerlichkeit des in Preußisch-Masovien angewandten preußischen Germanisierungssystems hervorheben“ (S. 88).

Übrigens: „Zu wessen Verteidigung treten die Deutschen in Polen auf? Zur Verteidigung der „unterdrückten“, angeblich gebürtigen Deutschen? Nein! Niemand bedrückt noch polonisiert diese in Polen. Sie treten auf zur Verteidigung der durch sie selbst in der Zeit der Knechtschaft Germanisierten, sie fordern von Polen, daß es im eigenen

Lande . . . nationales Renegatentum dulde . . . Die Deutschen treten vor dem Forum der Welt auf als Verteidiger der angeblichen Rechte dieser Elemente, die der Abstammung nach Polen sind, aber heute noch nicht wissen, zu welcher Nationalität sie gehören.

Dieses deutsche Vorgehen müssen wir brandmarken und den deutschen Verteidigern der Rechte nationaler Minderheiten vor allem Preussisch-Masovien vorweisen. Wir brandmarken dieses deutsche Vorgehen nicht unter dem Einfluß eines Haßgefühls oder irgendwelchen Imperialismus', vielmehr erfüllen wir nur unsere nationale Pflicht, die ein jedes Kulturvolk, das seine Würde achtet, erfüllt. Fort mit dem kulturwidrigen, von allen Völkern verdamnten, niederträchtigen und schändlichen Entnationalisierungssystem!“ (S. 90/91.)

Anschließend werden auf S. 92—103 Titelblätter polnischer Drucke aus Ostpreußen als Beweis dafür, daß die Masuren Polen seien, wiedergegeben.

Verfasser-Verzeichnis.

(Die Nummern bezeichnen die nachfolgend mitgeteilten Quellenstellen.)

- Bagiński, S.: (9, 35, 40, 52, 110, 111, 145);
Deutsche in Ostpreußen 52,
Ermland 40,
Königsberg 110, 111,
Masuren 35,
O. und die Politik Polens 145,
Polen in Ostpreußen 9,
Polens Rechte auf Ostpreußen 35,
Ursprüngliche Besiedlung 40.
Barke, S.: Nachtrag.
Bukowiecki, St.: (139).
Buzek, J.: (17, 18).
Consulibus: (144).
Dmowski, R.: (50, 84, 132—137);
Deutsche in Ostpreußen 50, 133,
Geschichte Ostpreußens 133,
O. und die Politik Polens 132, 134
bis 137,
O. und das polnische Hinterland 84, 133,
Wirtschaftsfragen 84,
Zugehörigkeit zum Reich 137.
Grabski, St.: (138).
Grzybcz, B.: (8, 39, 80);
Abstimmung 80,
Ermländer 39,
Litauer 8,
Polen in Ostpreußen 8,
Ursprüngliche Besiedlung 8.
Jaroszyk, A.: Nachtrag.
Ketrzyński, W.: (15, 16, 68a);
Masuren 15, 16,
Polen in Ostpreußen 68a.
Kiorski, A.: (56, 152);
Berufung des Ordens 56,
Geschichte Ostpreußens 152,
Versailler Vertrag 152,
O. und die Politik Polens 152.
Kostrzewski, J.: (160).
Kunciewicz, J.: (157b).
Kurnatowski, J.: (12, 27, 49, 57,
63, 85, 121, 142, 143);
Ansiedlung 27,
Berufung des Ordens 57,
Germanisierung 27,
Geschichte Ostpreußens 63,
Heimatsdienst 121,
Heutiger Zustand 121,
Innenkolonisation 85,
Königsberg 85,
Litauer 49,
Masuren 27, 85,
O. und die Politik Polens 142, 143,
Politische Strömungen in O. 121,
Reformation in Ostpreußen 63,
Saison-Einwanderung 27,
Ursprüngliche Besiedlung 12,
Völkerbunds-Mandat f. Ostpreußen 143,
Wirtschaftsfragen 85.
Kutrzeba, St.: (77).
Limanowski, B.: (7, 30—34, 38, 51,
62, 71, 78, 122, 140, 141);
Abstimmung 71, 78, 141,
Bludau, Bischof 38,
Deutsche in Ostpreußen 51,
Ermländer 38,
Germanisierung 30—32, 38, 141,
Geschichte Ostpreußens 62,
Heimatsdienst 32, 140,
Litauer 34,
Masuren 30—32, 141,
O. und die Politik Polens 140, 141,
Polen in Ostpreußen 62,
Polnische Bewegung in Ostpreußen 122,
Polnische Sozialisten und die Masuren
122, 141,
Ursprüngliche Besiedlung 7,
Versailler Friede und Ostpreußen 140,
Wiederaufbau 71.
Ludko, L.: (81, 82, 125, 126);
Ansprüche auf Ostpreußen 125, 126,
Abstimmung 81, 82,
Polen in Ostpreußen 125, 126.
Orkowiec, M.: (10, 11, 60, 61, 69, 75);
Abstimmung 75,
Ermland 61,
Geschichte Ostpreußens 60,
Ortsnamen in Ostpreußen 11,
Polen in Ostpreußen 10, 11, 61,
Ursprüngliche Besiedlung 10, 11,
Wiederaufbau 69.
Poplawski, J. L.: (129—131).
Prutenus: (1, 53, 66, 89);
Berufung des Ordens 66,
Besiedlung Ostpreußens 53,
Geschichte Ostpreußens 66,

Deutsche in Ostpreußen 53,
Ermland 66,
Kulturgeschichte Ostpreußens 66,
Landeskunde 1, 66,
Polen in Ostpreußen 53, 66,
Wirtschaftsfragen 89.

Q u e s t i o n s: (19, 20, 42, 59, 114);

Elbing 114,
Geographie Ostpreußens 59,
Germanisierung 19, 20,
Geschichte Ostpreußens 59,
Masuren 19, 20, 42,
Polen in Ostpreußen 19,
Republik Königsberg 59,
Statistik 42.

R o g o w s k i, J.: (25, 26, 74);

Abstimmung 74,
Masuren 25, 26,
Wiederaufbau 26.

R o m e r, E.: (22, 23, 43, 44);

Germanisierung 23,
Masuren 22, 23,
Statistik 43, 44.

R u e c k e r, E.: (90).

S l a w s k i, St.: (64, 86, 87);
Ermland 87,
Geschichte Ostpreußens 64,
D. und die Politik Polens 87,
Wirtschaftsfragen 86, 87.

S m o g o r z e w s k i, E.: (46, 68, 76, 92,
100, 101, 108, 153, 166);

Ab schnü r u n g Ostpreußens 92,
Abstimmung 76,
D m o w s k i, R. 153,
Ermland 68,
Geschichte Ostpreußens 68,
Korridorverkehr 100, 101,
Masuren 46, 68,
Münsterwalde 108,
D. und die Politik Polens 153, 166,
Statistik 46, 68,
Wirtschaftsfragen 92.

S o b i e s k i, W.: (55).

S r o k o w s k i, St.: (2—6, 45, 54, 65,
67, 72, 88, 93, 99, 102, 112, 113, 115
bis 120, 123, 146—151, 158, 159, 181);

Allenstein 118,
Altpreußen 4, 67,
Autonomie Ostpreußens 120,
Besiedlung Ostpreußens 4, 54, 67,
Deutsche in Ostpreußen 4, 67,
Elbing 115,
Frauenburg 117,
Geschichte Ostpreußens 65, 67,
Heilsberg 119,
Innenkolonisation 102,
Königsberg 112, 113, 115, 123,
Korridorverkehr 99,
Kultur Ostpreußens 113, 123,
Kriegsfall, — D. im . . . 181,
Landeskunde 2—6,
Marienburg 116,
Masuren 4, 45,
Polen in Ostpreußen 45,
D. und die Politik Polens 146—151,
Politische Strömungen in Ostpreußen
120,
D. in der polnischen Propaganda 158,
159,
Preußentum 67, 113, 119, 123,
Verbindung mit dem Reich 4, 88, 93,
Wiederaufbau 72,
Wirtschaftsfragen 88, 93.

S t r o Ń s k i, St.: (96).

S u k e r t, E.: (13, 14, 28, 29, 58, 70,
79);

Abstimmung 79,
Berufung des Ordens 58,
Masuren 28, 29,
Polen in Ostpreußen 13, 14,
Ursprüngliche Besiedlung 13, 14.

S z y m a Ń s k i, A.: (24).

U m i a Ń s t o w s k i, R.: (36, 41, 48, 104,
105, 109, 172—180);

Ab schnü r u n g von der Weichsel 104, 105,
Abstimmung 41,
Germanisierung 36,
Königsberg 109,
Litauer 48, 174, 177, 178,
Masuren 36,
Ostpreußen im Kriegsfall 172—180,
Weichselpolen 41,
Korridor, — der . . . im Kriegsfall
179, 180.

Z o r a w s k i, J.: (182).

Sachverzeichnis.

A

- Abgeordnete, — masurische im polnischen Sejm 20,
 Abgeordnete, — polnische in Ostpreußen 20, 21,
 Abhängigkeit, — wirtschaftliche — Ostpreußens von Polen 87, 90, 95,
 Ablenkung der Handelsrichtung 150,
 Abtrennung durch den Korridor — kein Wirtschaftshindernis 3, 67, 86, 90, 92, 94, 97, 100, 171,
 Abstimmung 27, 37, 41, 71, 73—83, 117, 136, 138, 139, 141, 155, 162, 167,
 Abwanderung aus Ostpreußen 4, 23, 24, 27, 80, 88, 99, 150, 161,
 Agrarreform in Ostpreußen 85, 133,
 Agrarpolitik, deutsche — in Ostpreußen 24, 27,
 Abjaß ostpreußischer Agrarprodukte 90, 93,
 Allenstein 61, 118,
 Altpreußen 4, 7—14, 24, 58, 66, 67, 133,
 Annäherung, wirtschaftliche — an Polen 139, 171,
 Anschluß, — Österreichs gegen Verlust Ostpreußens 140, 144,
 Ansprüche, polnische — auf das Abstimmungsgebiet 26, 81, 150, 162, 168, 169,
 Arsenal, — Ostpreußen ein deutsches 89,
 Autonomie Ostpreußens 120, 124.

B

- Baltisches Institut (Thorn) 159,
 Barczewski, Pfarrer 38,
 v. Bafodki 4, 89, 90, 120,
 Bedrohung, — keine — Ostpreußens durch Polen 89, 90, 139,
 Bedrückung der Polen in Ostpreußen 24, 28, 32, 46, 125, 126,
 Bedrückung — geistige — Ostpreußens durch Deutschland 66,
 Berufung des Ordens 55—58, 66, 67,
 Besiedlung, — ursprüngliche 4, 7—14, 53, 66, 67, 154, 167,
 Bestie, die preußische 80,
 Bevölkerung, Dichte der 4, 27, 84, 145,
 Bevölkerung, Gliederung der 88, 133,
 Bewegung, masurisch-polnische in Ostpreußen 28—30, 32, 122, 126,
 Bludau, Bischof 38, 67, 117,
 Braunsberg 54, 117, 119.

C

- Choiseul (Herzog) 59,
 Croissy 59.

D

- Denkschrift des ev.-augsburgischen Konsistoriums, Warschau 21,
 Deutsche in Ostpreußen 34, 50—54, 57, 66, 67, 113, 133,
 Dmowski, R. 153,
 Dörfer, masurische 25.

E

- Eisenbahn:
 Danzig—Marienburg—Warschau 78, 173,
 Königsberg—Warschau 85,
 Bialystok—Mława—Thorn 150,
 Sierpc—Strasburg 173,
 Eisenbahntarife 93,
 Elbing 54, 66—68, 114, 115,
 Enteignung für Ansiedlung 125,
 Entvölkerung Ostpreußens 4,
 Entmilitarisierung Ostpreußens 90,
 Entmilitarisierung des Korridors 90,
 Erdrückung Ostpreußens durch Deutschland 93,
 Ermland 11, 38, 40, 61, 66, 68, 81, 87, 134, 145,
 Ermländer, polnische 38—39, 45, 47, 68, 118, 125, 138, 165,
 Eventualhuldigung Ostpreußens 59.

F

- Forbin de Janson 59,
 Forderungen Polens 1919 21, 59, 132, 134, 140,
 Frage, — die ostpreußische 4, 89, 90, 138, 160,
 Frauenburg 67, 117, 119,
 Friedrich d. Gr. 19, 64, 113, 114, 133,
 Fürsorge, — die deutsche — für die Masuren, ein Danaergeschenk 24.

G

- Galindier 14,
 Gayl, Freiherr v. 80,
 Gdingen und Königsberg 124,
 Gefahr, — Ostpreußen eine — für den Frieden Europas 89, 137, 146, 154, 166,
 Geierneß, Ostpreußen ein 124,

Geistesverfassung, preußische 119,
Gelehrte, polnische — in Königsberg
63, 66,
Geographie Ostpreußens 1—6, 87, 133,
139, 145, 159,
Germanisierung (auch Masuren, Erm-
länder) 40, 48, 49, 54, 67, 68a, 77,
80, 127, 141, 167,
Geschichte Ostpreußens 7—14, 19, 22,
24, 31, 40, 59—68a, 87, 124, 133,
139, 145, 148, 165, 170, —
Goten in Ostpreußen 12,
Grunwald-Idee 162,
„Grunwaldja“ (Korporation) 162,
Grunwald-Museum (Soldau) 162.

H

Haller-Armee, Masuren in der 26,
Handelsvertrag, deutsch-polnischer —
und Ostpreußen 87, 92, 98,
Heilsberg 67, 119,
Heimatsdienst 28, 33, 103, 121, 127, 141,
Hervé, Gustav — über Ostpreußen 153,
Hinterland, das polnische 66, 84, 87,
92, 98, 144,
Hoffmann, E. T. U. 66,
Holdich, Th. (Oberst) 79, 87, 153,
Hofius, Kardinal 66, 117.

I

Imperialismus, deutscher 89, 143,
Innenkolonisation 24, 27, 28, 85, 90,
102, 103, 150.

K

Kalkstein, Christian 59, 65, 124, 165,
Kampf um Ostpreußen 173,
Kant, J. 64, 66, 113, 123, 143,
Kantonalsystem für Ostpreußen 148,
166,
Kętrzyński, W. 7, 13, 24, 61,
Königsberg 54, 57, 59, 66, 85, 87, 97,
109—113, 115, 117, 123, 129, 130,
137, 139, 151, 169,
Königsberg, Universität in 63, 66, 123,
Kolonie, Ostpreußen eine 2, 64, 65, 142,
145, 146, 152, 158,
Koppernikus 66, 117,
Korporationen u. Ostpreußen 162, 163,
Korridor 92, 100,
Korridor, im Kriegsfall 179—182,
Korridorpsychose in Ostpreußen 128,
Korridorverkehr 93, 99—101, 108, 161,
Kostrzewski, Professor 160,
Kräfte, natürliche — in der Geschichte
Ostpreußens 66, 89, 139,
Kriegsfall, Ostpreußen im 144, 172 bis
182,
Kromer, Bischof von Ermland 117,
Küstenlage, Ostpreußens 4,

Kulmerland 40, 173,
Kultur, die deutsche 24, 37, 67,
Kultur, die — Ostpreußens 113, 123,
Kulturentwicklung Ostpreußens 64, 66,
Kultureinflüsse, polnische 66, 67, 119,
123,
Kulturmission, die deutsche — im Osten
90,
Kulturschande 127,
Kuren, die 4,
Kurzebrack, Hafen von 104.

L

Lage, die — Ostpreußens 65,
Land, Ostpreußen kein deutsches 143,
Landwirtschaft Ostpreußens vom pol-
nischen Absatz abhängig 95,
Linke, Gottlieb 28, 79,
Litauen, Ostpreußen ein Teil 170,
Litauen, Verständigung Polens mit
144, 151, 159,
Litauer in Ostpreußen 4, 8, 34, 48 bis
49, 121, 134, 165, 175, 177,
Luzusausgaben in Ostpreußen 93.

M

Marienburg 68, 116,
Marienwerder 41, 66, 104,
Masovien, Nachtrag,
Masuren, die 4, 8, 9, 12, 15—37, 41
bis 43, 66, 73, 81, 103, 126, 131,
141, 148, 165,
Masuren, Zahl der Masuren 25, 28,
34, 45, 47, 68, 134, 138,
Masuren, der Sommeralon Warschaus
85,
Masuren, Gebiet der Urslaven 4,
Masurischer Patriotismus 31, 121,
„Mazowja“ (Korporation) 158,
„Mazurska“, Gazeta — (Soldau) 28,
Meeresmuseum in Gdingen 164,
Memel, Konkurrenz für Königsberg
151,
Militärverbände in Ostpreußen 121,
Minderheitenschutz in Ostpreußen 121,
Mronговиус (Pfarrer) 49,
Münsterwalde, Brücke von 106—108.

N

Nationalitätenbewegung in Ostpreußen
42,
Njemen, die Internationalisierung des
105,
Notwendigkeit Ostpreußens für Polen
130—132, 155.

O

Offensive gegen Ostpreußen 172,
Oliva, Chronik von 13,
Oliva, Vertrag von 60, 63,

Ortsnamen, polnische — in Ostpreußen 10, 11, 13, 15,
 Organismus, — D. ein dem Reich fremder 93,
 Orientalismus, ostpreußischer 113,
 Ostdeutschland, Niedergang der Landwirtschaft in 93,
 Ostelbien, — D. wirtschaftlich ein Teil von 93,
 Ostpreußenhilfe 93,
 Ostprogramm, deutsches 98,
 Oststaatpläne 1919 120, 124,
 Ottokar, König von Böhmen 57.

P

Pavia, General 80,
 Polen in Ostpreußen (auch Masuren, Ermländer und Weichselpolen) 6, 7, 53, 67, 68a, 82, 83, 87, 150, 159, 160, 163,
 Politik, — D. und die polnische 87, 124, 129—157,
 Pomesanien 11, 41,
 Pommern, — in gleicher Lage wie Ostpreußen 93,
 Pomponne, Arnauld de 59,
 Pomorzanen 12,
 Pregelnd, das — Polens Küste 6, 35,
 Pregelnd, Reduzierung Ostpreußens auf das 112,
 Presse, polnische — in Ostpreußen 19, 21, 27,
 Preuße, der heutige — versteht nur einseitige Ausbeutung 113,
 Preußentum 113, 141,
 Propaganda, — D. in der polnischen 139, 144, 158—171,
 Propaganda, polnische — unter den Masuren 28, 74, 82, 138, 139, 162, 163,
 Protestanten, polnische — in Ostpreußen 19—21.

R

Radziwill, Fürst Boguslaw 63,
 Randstaat, Ostpreußen ein 3, 4, 143,
 Rassencharakter der Bevölkerung Ostpreußens 4, 31, 53, 54, 133,
 Raum, Ostpreußen als leerer 102,
 Rechte Polens auf Ostpreußen 35, 105a, 136, 157, 164,
 Reformation in Ostpreußen 24, 63,
 Reichsbahndirektion Königsberg, Broschüre 1923 90, 99, 152,
 Renegaten 32, 61, 118
 Rennie, Präsident 80,
 Republik Königsberg 59, 132, 134,
 Roth, Schöffmeister 59, 65, 66, 124, 165,
 Ruchaj, Aufruf des Lehrers 28, 141.

S

Sagen, masurische 29,
 Saisonwanderung 27, 97, 150,
 Schulbauten in Ostpreußen 93,
 Schweiz, Ostpreußen als Baltische 148, 165, 166,
 Sekten, polnisch-protestantische — in Ostpreußen 20, 21, 24, 28,
 Siedlungsstruktur Ostpreußens 4, 25,
 Siehr (Oberpräsident) 93,
 Simon-Denkschrift 89, 90, 92, 152,
 Slaven, Vernichtung der 24, 55,
 Sofortprogramm 90—92,
 Sokol, der — und Ostpreußen 168, 169,
 Soldaten, Ansiedlung von 85,
 Soldau, Zentrale der Masurenpropaganda 28, 74, 122, 162,
 Sozialisten, die polnischen — und die Masuren 122, 141,
 Speratus, Bischof 24,
 Sprachenatlas der deutschen Grenzgebiete 47,
 Srokowski, St. 90, 124, 152,
 Statistik, die deutsche 28, 37, 42—47, 68, 134,
 Strasburger, Minister — über Ostpreußen 171,
 Stuhm 41, 66,
 Sudermann, H. 66,
 Symbiose, Ostpreußens künstliche — mit dem Reich 147.

T

Teilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen 144, 154,
 Touristen, die polnischen — und Ostpreußen 138.

U

Übergangsgebiet zwischen Ostpreußen und dem Reich 93, 96, 118,
 Umklammerung, die — Ostpreußens durch den deutschen Imperialismus 91,
 Urslaven in Ostpreußen 4.

V

Verbindung Ostpreußens mit dem Reich 4, 64, 88, 90, 93, 134, 139,
 Vereinigung der Landsleute aus Ermland, Masuren und dem Marienburger Land 165—167,
 Vereinigung Ostpreußens mit Polen 152,
 Vergewaltigung der natürlichen Verbindung Ostpreußens mit Polen 66, 89,
 Versailler Vertrag, die Lösung des — unhaltbar 138, 149,
 Verwaltung Ostpreußens durch den Völkerbund 143.

W

- Wahlergebnisse, polnische in Ostpreußen 28, 39, 122,
Wasserstraßen, die — Ostpreußens 150,
Wege nach Ostpreußen 173,
Wehlau, Vertrag von 59, 63, 68,
Weichsel, Ostpreußens Abtrennung von der 104, 105, 105a,
Weichseldelta, das — ein Ganzes 114,
Weichselußgebiet, das — als Wiege Deutschlands 66,
Weichselföderation 141,
Weichselgebiet (s. auch Weichselpolen) 148, 169,
Weichselpolen 40, 41, 45, 145,
Welfkrieg, der — und die Masuren 26, 32, 69, 72, 79,
Westpreußen ohne Ostpreußen nicht zu halten 132,
Wiederaufbau, der — Ostpreußens 26, 69—72,
Wirtschaft, die — Ostpreußens 66, 84 bis 98, 120, 133, 139, 149, 171,
Wirtschaftsgebiet, Ostpreußen gehört zum polnischen 90, 111, 137, 152, 161,

- Wirtschaftsleben, — Ostpreußens besonderes — vor dem Kriege 93,
Wirtschaftspolitik, die — der früheren Regierung 88,
Wolszlegier, Pfarrer 30,
Worgizki, M. 79, 103.

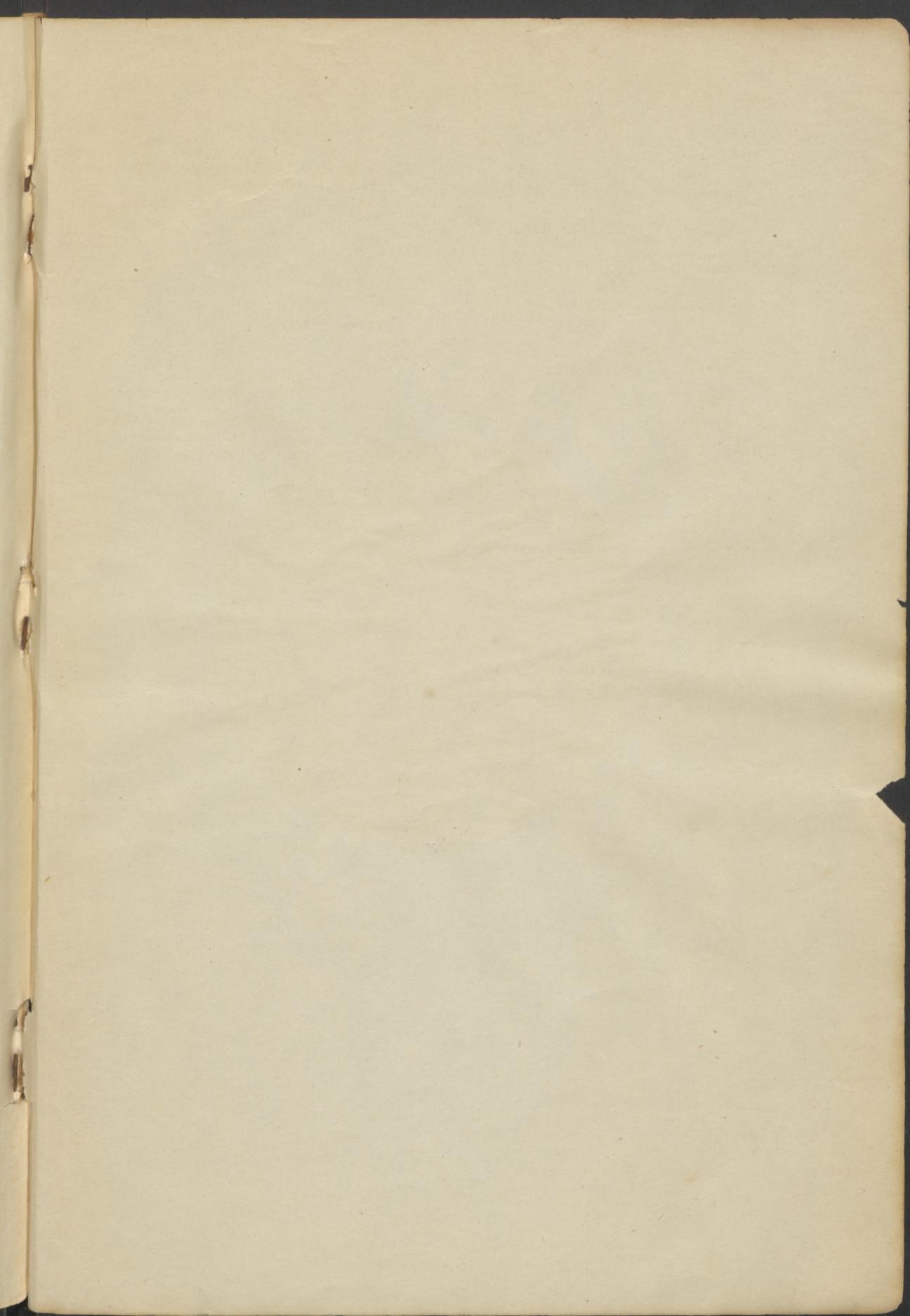
Z

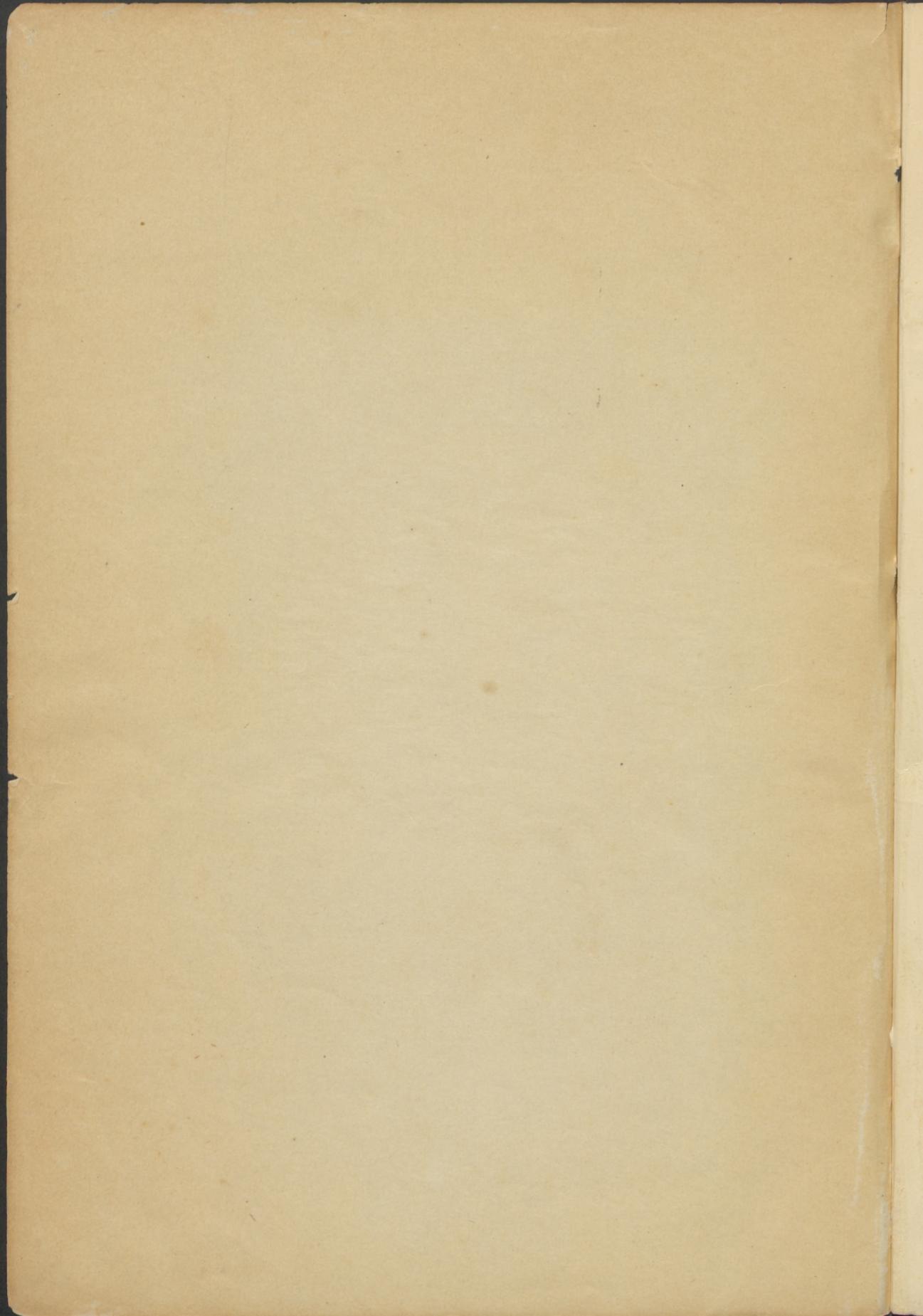
- „Ziemia Pruska“ (Zeitschrift der „Vereinigung“) 167,
Zint, Dr. H. — Danzig 141,
Zivilisationsarbeit, die Polonisierung Ostpreußens wirkliche 123,
Zollunion Ostpreußens mit Polen 90, 92, 133,
Zugehörigkeit Ostpreußens zu Deutschland pathologisch 137,
Zukunftsmöglichkeiten für Ostpreußen 149,
Zustand, der heutige — Ostpreußens 120—128, 143, 146, 149,

Ż

- Zeromski, St. (über die Abstimmung in Marienwerder) 41.

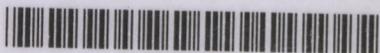






42,00

Wojewódzka Biblioteka Publiczna
w Olsztynie



081-008681

